

Das Parlament

Berlin, Montag, 20. Oktober 2014

www.das-parlament.de

64. Jahrgang | Nr. 43 bis 45 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Ministerrede zur Netzpolitik

Alexander Dobrindt Es war keine Selbstverständlichkeit, dass der Minister für Verkehr und digitale Infrastruktur die Positionen der Bundesregierung bei der Bundestagsdebatte zur Digitalen Agenda vertreten durfte. Denn um die Kompetenzen im Internetbereich rangeln außer Alexander Dobrindt (CSU) in dieser Legislaturperiode noch die Minister Sigmar Gabriel (Wirtschaft, SPD) und Thomas de Maizière (Inneres, CDU). Aber die Koalition hatte entschieden, dass der Minister, dessen Ressort das Thema auch im Namen führt und dazu dennoch den kleinsten Etat hat, bei der ersten großen Internet-Debatte reden dürfte. Schon im September bei der Etablierung 2015 hatte Dobrindt das ehrgeizige Koalitions-Vorhaben, bis 2018 jeden Haushalt mit einem schnellen 50-Megabit-Anschluss zu versorgen, angerissen. Am vergangenen Donnerstag erläuterte er den domigen Weg dahin und sprach von einem „Gemeinschaftsprojekt zwischen Politik und Wirtschaft“.



picture-alliance/dpa

kru

ZAHLE DER WOCHE

79

Milliarden Euro Umsatz machte die Internetwirtschaft im vergangenen Jahr in Deutschland. Das entspricht einem Anteil am Bruttoinlandsprodukt von rund drei Prozent. Insgesamt sind in der Internet- und Digitalwirtschaft hierzulande rund 900.000 Menschen beschäftigt.

ZITAT DER WOCHE

»Sie wollen die Neutralität im Netz opfern.«

Halina Wawzyniak von der Linksfaktion im Bundestag zu Regierungsplänen, für den Internetausbau Firmen als Gegenleistung für Investitionen zusätzliche Servicedienste zu erlauben.

IN DIESER WOCHE

INNENPOLITIK
Antiterrordatei Deutscher Bundestag setzt Karlsruher Vorgaben um Seite 5

WIRTSCHAFT UND FINANZEN
Wohnungsnot Abgeordnete debattieren prekäre Lage in Hochschulstädten Seite 8

EUROPA UND DIE WELT
Ukraine Das osteuropäische Krisenland wählt sein Parlament neu Seite 10

KEHRSEITE
Bundestag Die Parlamentarischen Vereinigungen und ihre Aufgaben Seite 14

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



4 194560 401004

Surfkurs im Bundestag

DIGITALE AGENDA Parlament streitet über Regierungspläne zum flächendeckenden schnellen Internet

Alexander Dobrindt (CSU) hat zwei Lieblingsthemen. Das ist zum einen die Pkw-Maut, für die er sich als Verkehrsminister stark macht, und das ist zum anderen die Digitalisierung, die ihn in seiner Rolle als Minister für digitale Infrastruktur fordert. Während der Gesetzentwurf zur heftig kritisierten Maut noch auf sich warten lässt, liegt bei der Digitalisierung nun die „Digitale Agenda der Bundesregierung 2014 bis 2017“ (18/2930) vor. Darin versprechen Dobrindt und seine ebenfalls für die Digitalisierung zuständigen Mitstreiter, Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) und Innenminister Thomas de Maizière (CDU), unter anderem, bis 2018 eine flächendeckende Breitbandinfrastruktur mit einer Downloadgeschwindigkeit von mindestens 50 Megabit pro Sekunde zu schaffen. Doch trotz dieser lockenden Aussicht trifft das 40-seitige Gemeinschaftswerk nicht den Geschmack der Opposition, wie sich im Verlauf der Bundestagsdebatte am vergangenen Donnerstag zeigte.

Von einer „folgenlosen Ankündigungspolitik“ der Bundesregierung sprach Halina Wawzyniak (Die Linke). Benötigt werde ein Fahrplan, „welches Vorhaben wann umgesetzt wird“. Stattdessen fülle die Regierung 40 Seiten auf, „mit Dingen, die zu tun sind“. Und das, obwohl es doch mehr als 100 konkrete Handlungsempfehlungen der Internet-Enquete aus der vergangenen Legislaturperiode gebe. Die Vorlage fülle die Regierung 40 Seiten auf, „mit Dingen, die zu tun sind“. Und das, obwohl es doch mehr als 100 konkrete Handlungsempfehlungen der Internet-Enquete aus der vergangenen Legislaturperiode gebe.

Frequenz-Versteigerung zeigte sich auch Sören Bartol (SPD) – und zwar von der Opposition. Linke und Grüne würden die Debatte „miesepetrig“ führen, beklagte er. Anders die Koalition: „Wir handeln und sie lamentieren immer nur.“ Der Abgeordnete Thomas Jarzombek (CDU) wies den Vorwurf zurück, die Koalition lege zu wenig Gewicht in die Digitalpolitik. Es gebe nicht nur inzwischen einen eigenen Ausschuss für das Thema, sondern mit Günther Oettinger (CDU) bald auch einen deutschen Digitalkommissar in der EU-Kommission.

Infrastrukturminister Dobrindt machte schließlich deutlich, dass man mit dem Verkauf von Mobilfunkfrequenzen zumindest einen Teil der finanziellen Mittel erwirtschaften wolle, mit denen der Breitbandausbau unterstützt werden soll. Fernsehanschauber, die ihr Programm über DVB-T empfangen, wird dies weniger freuen. Statt 2020 soll nun schon



Die weltweite Vernetzung durch digitale Datenströme nimmt rasant zu. Vor allem junge Menschen nutzen immer mehr das Internet.

© picture-alliance/dieKLEINERT.de / Rita KohelWestend61/Coliage: Stephan Rotes

2017 relativ übergangslos das Programm abgeschaltet werden, um die Frequenz für möglichst viel Geld zu verkaufen. Und dann ist da ja noch die Netzallianz Digitales Deutschland, in der sich investitionsfreudige Unternehmen der Telekommunikationsbranche zusammengefunden haben. Acht Milliarden Euro seien diese allein im kommenden Jahr bereit, in den Netzausbau zu investieren, freute sich der Minister. Bei der Linken-Abgeordneten Wawzyniak schrillen da jedoch die Alarmglocken. Schließlich hätten die in der Allianz zusammengeschlossenen Unternehmen relativ unverblümt deutlich gemacht, was sie sich als Gegenleistung für ihre Investitionen erwarten. Nämlich die Möglichkeit, zusätzliche „Service-Dienste“ anzubieten, also Leistungen, die für ein Extratgelt in besonderer Qualität angeboten werden. Ein Unding, findet Wawzyniak. „Sie wollen die Netzneutralität opfern, um den Breitbandausbau zu finanzieren“, sagte sie an die Regierung gewandt. „Das ist mit uns nicht zu machen“, fügte sie hinzu.

»Die Koalition wird die Netzneutralität gesetzlich verankern.«

Lars Klingbeil, SPD

Mit der SPD eigentlich auch nicht, haben sich die Sozialdemokraten doch immer für die Wahrung der Netzneutralität, also der Gleichbehandlung aller Daten im Netz, ausgesprochen. Laut Lars Klingbeil bleibt das auch so. „Wir werden die Netzneutralität gesetzlich verankern“, sagte der SPD-Abgeordnete. Dennoch sei Dobrindts Weg, alle Akteure an einen Tisch zu holen, richtig. „Am Ende entscheidet aber das Parlament“, machte er deutlich.

Die entscheidende Rolle des Bundestags betonte auch sein Fraktionskollege Sören Bartol. Die vorgelegte Agenda sei ein Maßnahmenplan, „der vom Parlament Schritt für Schritt abgearbeitet wird“, so Bartol. „Es liegt nun in unseren Händen, ob wir dabei

ängstlich nur die Risiken der Digitalisierung betonen oder ob wir die Digitalisierung als Chance begreifen“, sagte er mit Blick auf die Kritik aus den Reihen der Opposition. Davon angesprochen fühlte sich Konstantin von Notz und stellte klar. „Wir führen keine Angstdebatte.“ Der Fall Snowden sei aber die

Realität. Umso verwunderlicher, dass sich über den größten Datenschutzskandal kein Wort in der Vorlage finde. Was die Koalition hier als Agenda abzufernen versuche, so der Grünen-Abgeordnete, sei hochnotpeinlich. Tatsächlich sei die Digitalpolitik der Regierung von Kompetenzstreitigkeiten zwischen den zuständigen Ministerien gezeichnet, die allesamt versagt hätten. „Wirtschaftsminister Gabriel schafft es noch nicht einmal, Rechtssicherheit bei WLAN-Betreibern sicherzustellen“, so Notz. Innenminister de Maizière wolle IT-Sicherheit schaffen, halte aber an der Vorratsdatenspeicherung fest. Dobrindt wiederum wolle den Breitbandausbau vorantreiben, ihn aber nicht finanzieren.

Gegen die Skepsis Dem CDU-Abgeordneten Peter Tauber war das alles zu viel der Skepsis. „Die Debatte braucht einen positiven Impuls“, befand er und erinnerte an das schon gemeinsam Erreichte. Noch in der vergangenen Legislaturperiode sei es undenkbar gewesen, sich am Donnerstag zur Kernzeit zu einer Debatte über die Digitalisierung zusammenzufinden. Dass dies jetzt möglich sei, zeige doch, „dass die Politik in Deutschland verstanden hat, welche Weichen wir zu stellen haben“, sagte Tauber. Götz Hausding

EDITORIAL

Mensch und Werkzeug

VON JÖRG BIALLAS

Wenn ein politisches Projekt so komplex ist, dass es einen Vorgang gleichzeitig befördern und begrenzen soll, ist die Umsetzung zwar nicht zwingend unmöglich, aber doch eine besondere Herausforderung. So verhält es sich bei der Digitalen Agenda, die der Bundestag in der vergangenen Sitzungswoche behandelt hat. Denn einerseits sollen die technischen Möglichkeiten des Datenaustausches in Deutschland flächendeckend ausgebaut werden. Andererseits sollen Datenschutz wie Datensicherheit darunter nicht leiden und sich sogar deutlich verbessern. Kein Kinderspiel also. Und doch gibt es einen weitgehenden politischen Konsens, dass diese Ziele erreicht werden müssen, um der Zukunft mit dem notwendigen technischen Rüstzeug begegnen zu können.

Längst begleitet uns das Internet buchstäblich von der Wiege bis zur Bahre: Glückliche Eltern posten die Fotos ihrer Neugeborenen; traurige Hinterbliebene schalten Todesanzeigen – selbstverständlich auch im Netz. In der Zeit zwischen diesen beiden Ereignissen sammelt jeder von uns eine Datenakte unermesslichen Ausmaßes. Kontrollierbar sind die so zusammengetragenen, teils sehr intimen Fakten längst nicht mehr. Schon gar nicht von dem Betroffenen.

Gerade die nachwachsende Generation begegnet den Gefahren, die im Netz lauern, mit einer ungläublichen Sorglosigkeit. Die „sozialen“ Netzwerke sind vielleicht kommunikativ, vielleicht gesellig, vielleicht spaßig. Angesichts der Möglichkeit, damit andere Menschen an den Pranger zu stellen oder über sich selbst unbemerkt Persönliches preiszugeben, sind sie aber eines gewiss nicht: sozial.

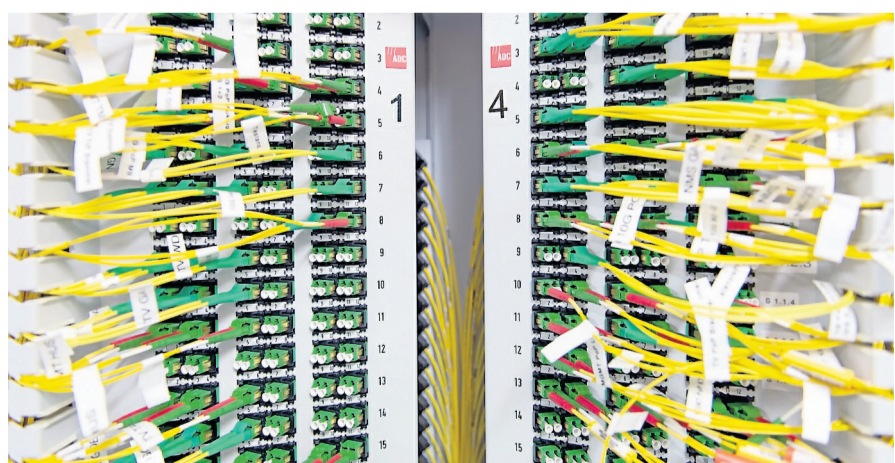
Und doch wird auch hier der technische Fortschritt immer wieder neue Akzente setzen. Deshalb sind klare Regeln nötig, wer, wann, wie auf welche Daten zugreifen darf. Solche Regeln müssen auch für den Staat und die Wirtschaft, die in großem Ausmaß von den Daten profitiert, gelten. Sie sollten kontinuierlich von wissenschaftlicher Abwägung begleitet, ethisch eingordnet und bei Bedarf politisch nachjustiert werden. Ein Leben ohne Internet ist längst nicht mehr vorstellbar. Das weltweite Netz ist nahezu überall präsent und notwendig. Umso wichtiger ist es, dass das Internet ein Werkzeug des Menschen bleibt. Und nicht umgekehrt.

Der Weg zum superschnellen Netz

STRATEGIE Der Ausschuss Digitale Agenda übernimmt die Federführung für die Ausbaupläne der Regierung

Mit Kritik musste der im Februar neu eingesetzte Ausschuss Digitale Agenda von Anfang an leben. Ein zahnloser Tiger sei er, da der Ausschuss nicht federführend agiere, hieß es. Und in der Tat – bei Kernfragen wie Netzneutralität, Netzausbau oder Datensicherheit haben weiterhin Wirtschafts-, Infrastruktur- sowie Innenministerium das Sagen. Bei der Digitalen Agenda der Bundesregierung für 2014 bis 2017 (18/2930) übernimmt der neue Internet-Ausschuss nun erstmals die Federführung.

Kernaussage der Agenda ist: Bis 2018 wird es eine flächendeckende Breitbandinfrastruktur mit einer Downloadgeschwindigkeit von mindestens 50 Megabit pro Sekunde (Mbit/s) in ganz Deutschland geben. 2013 nutzten nach Auskunft der europäischen Statistikbehörde Eurostat 85 Prozent der Deutschen Breitband-Anschlüsse. Eine verlässliche Aussage über die dabei erzielten Downloadgeschwindigkeit gibt es jedoch nicht. Die geplanten 50 Mbit/s will die Bundesregierung „mittels eines effizienten Technologiemixes“ erreichen. Neben dem Glasfaserkabel wird auf das mobile Breitband gesetzt. Mit der LTE-Mobilfunktechnologie beispielsweise



Ein Verteilerpunkt für Glasfaserkabel. Sie ermöglichen schnelles Internet. © picture-alliance/dpa

sind Übertragungsgeschwindigkeiten bis zu 100 Mbit/s möglich. Für den Aufbau der Hochgeschwindigkeitsnetze werden aus Sicht der Regierung staatliche Impulse benötigt. „Durch Rahmenbedingungen schaffen wir optimale Anreize für den Ausbau durch den Markt“, heißt es in der Agenda. Neben dem Ausbau der Infrastruktur spielt auch der Bereich der digitalen

Wirtschaft eine große Rolle in der Strategie der Bundesregierung. Sie unterstützt die Zukunftsprojekte 4.0 und „Smart Services“ der Hightech-Strategie, „die zu einer ressortübergreifenden Innovationsstrategie weiterentwickelt werden sollen“. Hinter Smart Services verbirgt sich der Gedanke, dass Produkte permanent vom Hersteller optimiert werden und Updates erhalten. Dies, so die Regierung, solle zur

Sicherung und zum Ausbau Deutschlands als leistungsfähigem Innovations- und Produktionsstandort und zur Rückholung von Produktion nach Deutschland dienen.

In der Agenda kündigt die Regierung auch eine Modernisierung des europäischen Datenschutzrechts an. Wichtigster Schritt dabei sei die Verabschiedung der Datenschutz-Grundverordnung spätestens im Jahr 2015. Ein weiteres Schlagwort ist „Big Data“. Dabei geht es um IT-Lösungen, die dabei helfen sollen, die immer schneller wachsenden Datenmengen zu strukturieren und sie nutzbar zu machen. Die Bundesregierung will hier ihre Innovationsförderung ausbauen, um die „großen Potenziale für Wirtschaft, Wissenschaft sowie das Gesundheitswesen“ zu erschließen. Auch die staatliche Verwaltung soll modernisiert werden. So plant die Regierung unter anderem, die De-Mail flächendeckend einzuführen. hau

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

BRAUCHT DAS INTERNET MEHR REGULIERUNG?

Sinnvoll steuern

PRO



Stefan Krempel
Freier Journalist

Regulierung ist ein Unwort in der Netzgemeinde. Die Gründerväter des Internets glaubten an „groben Konsens und laufenden Code“, formulierten die „Unabhängigkeitserklärung des Cyberspace“. Tatsächlich funktioniert die „Selbstorganisation“ in grundlegenden Bereichen der Netzverwaltung wie der Domainvergabe recht gut. Aber das ist nicht die ganze Geschichte. Mit dem Satz „Code is law“ machte der Harvard-Jurist Lawrence Lessig 1999 klar, dass Programme, Software und technische Architekturen rechtliche und soziale Normen setzen. Meist sind beim Entwickeln dieser Standards im Silicon Valley sitzende Netzkonzerne federführend, die ihre eigene Politik der Datennutzung und Kommerzialisierung pflegen. Das Internet ist aber für den Alltag eines großen Teils der Weltbevölkerung zu wichtig geworden, um seine Gestaltung – so Frank Schirrmacher – allein Ingenieuren, Industriegiganten oder Geheimdiensten zu überlassen.

Wird das Netz durch den Code eh „programmiert“, ist es wichtig, das Internet durch eine kluge und demokratische Netzpolitik sinnvoll zu steuern und weiterzuentwickeln. Volksvertreter sollten festlegen, dass der „Cyberraum“ ein Ort der Freiheit, der Offenheit und Transparenz bleibt. Sie sind dazu allemal legitimer als Apple, Google, Facebook oder Microsoft. Es macht auch Sinn, wenn Parlamente die Netzneutralität gesetzlich verankern und verhindern, dass Telekommunikations-Firmen das offene Internet in eine Ansammlung teurer „Spezialdienste“ zerfasern. Sie müssen dafür sorgen, dass der Zugang zum Netz offen bleibt, eine angemessene Breitbandgrundversorgung besteht, Wissen online geteilt und vermehrt werden kann. Es ist ihre Aufgabe, Verwaltungen mit Open Data Gläsern zu machen, die Daten der Nutzer aber zu schützen und kritische Infrastrukturen abzusichern.

Populärer Blödsinn

CONTRA



Daniel Bouhs
Freier Journalist

Zerschlagt Google! Setz Amazon Grenzen! Legt die Telekom an die Kette! Solche Parolen sind populär, aber auch Blödsinn. Wer die Suchmaschine mit ihren vielen Diensten oder das allumfassende Einkaufsportale kleinfahren möchte, der sollte zweierlei bedenken. Es sind die Nutzer, die den Dienst überhaupt erst groß gemacht haben. Keiner wird gezwungen, beim stündlichen Gang durchs Internet ausgerechnet auf einen US-Dienst zu setzen. Dass das erstaunlich viele machen, liegt nur daran, dass Google besser ist – auch, da die heimische Alternative fehlt. Intelligente Wirtschaftsförderung tut not. Außerdem waren Monopole im Netz noch nie von Dauer. Auch Google und Amazon werden schon bald harten Wettbewerb erfahren. In Asien stößt die Konkurrenz bereits auf Grenzen. Sie wird expandieren – bestenfalls mit Angeboten, die Nutzer zum Wechsel animieren. Der chinesische Riese Alibaba hat Amazon bereits den Kampf angesagt. Und dann die Telekommunikationsunternehmen. Sie ächzen unter der Last, die Flatrates für hochauflösende und damit datenhungrige Videos verursachen. Bequem ist das nur für die Anbieter, die ein gigantisches Volumen einspeisen, den Transport aber nicht bezahlen müssen. Wer Telekom und Co. verbieten möchte, für solch extreme Belastungen etwas zu verlangen, muss damit rechnen, dass die Netzqualität insgesamt leidet. Natürlich müssen Unternehmen verpflichtet werden, ein erschwingliches Grundangebot für alle vorzuhalten. Doch der Ausbau hochfrequenzierter Trassen kostet – auch fürs Digitale unter der Erde. Da ist es nur fair, wenn sich Intensivtäter beteiligen. Sonst droht Stau für alle.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 3. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Koeppen, Ihr Wahlkreis umfasst die Uckermark und den Barnim – ländliche Regionen im Norden Brandenburgs. Wie sieht es dort mit der Versorgung mit schnellen Internetanschlüssen aus?

Der Ausbau geht zwar voran, dennoch haben wir in meinem Wahlkreis noch zu viele weiße Flecken, die mittlerweile ein echter Nachteil für die Unternehmen und die Einwohner sind. Brandenburg ist leider auch bei der Versorgung mit schnellen Internetanschlüssen insgesamt kein Vorreiter.

Haben wir in Deutschland die Entwicklung der Digitalisierung zu lange ignoriert?

Die Entwicklung der Digitalisierung wurde nicht ignoriert, aber die rasante Dynamik wurde schlicht unterschätzt.

Nun gibt die Bundesregierung in ihrer Digitalen Agenda das Ziel vor, bis 2018 eine flächendeckende Breitbandinfrastruktur mit einer Downloadgeschwindigkeit von mindestens 50 Megabit pro Sekunde zu erreichen. Ist das realistisch?

Für mich ist dieses Ziel realistisch. Aber ganz klar ist, diese Infrastruktur gibt es nicht zum Nulltarif. Und ganz klar ist auch, dass die Länder sich ebenfalls engagieren müssen. Im Übrigen machen alternative Verlegungstechniken, wie etwa das Verlegen von Leerrohren, Micro- oder Minitrenching, oder die Mitnutzung offener Gräben, den Ausbau auch schneller und kostengünstiger.

Für die Zielerreichung wurde ein Zeitraum bis 2018 benannt. Wann ist die derzeitige Regierung aber gar nicht mehr im Amt. Will man sich so vor der Verantwortung im Falle eines Scheiterns drücken?

Nein! 2017 ist doch klar erkennbar, ob das Ziel erreicht wird oder nicht. 2017 wird das Ziel aber noch nicht erreicht sein. Eine Festschreibung von 45,8 oder 46,3 Mbit/s für das Jahr 2017 im Koalitionsvertrag wäre eine seltsame Festlegung.

Was die Finanzierung des Ausbaus des Internets angeht, so findet sich in der Digitalen Agenda der Bundesregierung nicht allzu viel Konkretes. Sie haben unlängst dafür plädiert, den Providern zusätzliche „Service-dienste“ zu erlauben, wenn sie ländliche Regionen an die Datenautobahn anschließen.

Irgendwo muss das Geld verdient werden, was anschließend von den Providern in die Infrastruktur investiert wird. Die Serviceleistungen müssen für mich ganz klar diskriminierungsfrei angeboten werden und das Ganze darf nicht zu Lasten der Leistung für die übrigen Nutzer gehen. Davon profitieren aus meiner Sicht letztendlich alle Nutzer.

Dennoch gab es Kritik an ihrem Vorschlag. Auch aus den Reihen der SPD hieß es, die Netzneutralität im Gegenzug für Investitionsversprechen in den Breitbandausbau aufzuweichen komme nicht in Frage. Was halten Sie dagegen?

Ich halte es für verfehlt, wenn wir Regionen von den Entwicklungschancen abkoppeln und die digitale Spaltung der Gesellschaft riskieren, nur weil wir die Netzneutralität zu dogmatisch formulieren wollen. Ich finde, wir brauchen hier eine Lösung, die für die Nutzer gut ist. Neue Erkenntnisse müssen auch zu neuen Entscheidungen führen.

Entscheidungen zum Thema Netzneutralität fallen den Bereich des SPD-geführten Wirtschaftsministeriums. Was auf das Problem hinweist, dass sich mit dem Wirtschafts-, dem Infrastruktur- und dem Innenministerium gleich drei Häuser um das Thema Digitale Agenda kümmern. Oder ist das gar kein Problem?

Ich sehe das gegenwärtig durchaus positiv. In drei ganz zentralen Ressorts der Regierung wird die Digitale Agenda engagiert vorangetrieben. Die Teamarbeit, die hier zwischen den Ressorts jetzt notwendig ist, kann beispielhaft

»Chancen greifbar machen«

Jens Koeppen Der Ausschussvorsitzende erwartet durch die fortschreitende Digitalisierung mehr Attraktivität für ländliche und periphere Regionen



© Martin Rulsch

werden aber nach wie vor von den genannten Ministerien und den ihnen zugeordneten Ausschüssen beraten und entschieden. Wäre eine Bündelung in einem „Internet-Ministerium“ und dem federführenden Ausschuss Digitale Agenda nicht sinnvoller?

Dann würden wir über Nacht alle großen Themen in unseren Ausschuss ziehen. Von der Energiewende über Industrie 4.0, über den Datenschutz, den Netzausbau, e-health bis zu sämtlichen Fragen des Verbraucherschutzes im Netz. Für mich als Ausschussvorsitzender ist das natürlich eine verlockende Idee. Aber man muss einfach nüchtern konstatieren, dass die bisherige Verantwortungs- und Zuständigkeitsaufteilung im Parlament eine gute Lösung ist. Das gleiche gilt für die Regierungsseite. Wir brauchen jetzt eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen meinem Ausschuss und den Fachpolitikern. Und nicht Reibungsverluste durch langwieriges Umstrukturieren und Neusortieren.

Der Netzausbau ist ein großes Thema bei Ihnen im Ausschuss. Doch es geht auch um die Datensicherheit, die digitale Wirtschaft, ein neues Urheberrecht, Medienkompetenz oder auch die Digitale Verwaltung. Wie gewichten Sie angesichts dieser Themenflut?

Das erfolgt selbstverständlich gemeinsam mit den Fraktionen. Für mich ist ganz wichtig, dass unser Ausschuss die Chancen der Digitalisierung für die Menschen greifbar macht. E-health ist nicht nur ein nettes Schlagwort, sondern kann die medizinische Unterversorgung in ländlichen Gebieten verhindern. Die Digitalisierung insgesamt kann die peripheren Regionen als Lebens- und Arbeitsort insgesamt wieder attraktiver machen. Durch neue Arbeitsmodelle müssen Arbeits- und Lebensort schließlich nicht mehr auf engste mit dem Sitz der Firma verbunden sein.

Welche Bedeutung hat dem eigentlich die Digitalisierung für uns? Ist sie in ihrer Dimension mit der industriellen Revolution Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts vergleichbar?

Ganz sicher. Es ist der Wachstums- und Wohlstandsmotor der kommenden Jahrzehnte. Das müssen wir für Deutschland nutzen.

Braucht das Internet eine stärkere Regulierung, um beispielsweise gesetzswidrige Inhalte von Kindern fernzuhalten?

Wir brauchen vor allem mehr Medienkompetenz bei den Kindern, den Eltern und den Lehrern.

Wie ist eigentlich ihr persönliches Internet-Nutzungsverhalten zu beschreiben? Sind Sie ein Nerd? Werden Sie nervös, wenn Sie mal länger als geplant offline sein müssen?

So schnell werde ich nicht nervös. Ich bin oft bewusst am Wochenende offline, bin weder ein Nerd noch ein „digital nativ“. Ich nutze das Netz und auch die sozialen Medien oft und gern. Den Wert von einem persönlichen Austausch und dem Treffen von Freunden bei mir zu Hause können Chats für mich aber nicht ersetzen.

Das Gespräch führte Götz Hausding.

Jens Koeppen (CDU) sitzt seit 2005 im Bundestag. Der Brandenburger war 2009 bis 2013 Unions-Obmann der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ und ist seit Februar Vorsitzender des neuen Ausschusses Digitale Agenda.



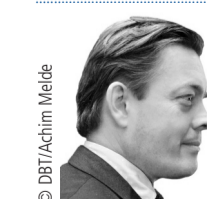
Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Netzpolitiker: Konstantin von Notz

Erst war die Politik, dann das Netz.“ Konstantin von Notz, Jahrgang 1971, ist gewiss kein lichtscheuer „Nerd“, der pausenlos am Computer sitzt und Mate-Limonade schlürft. Schon als Schüler im „spontipolitisierten“ Frankfurt am Main habe er sich für Politik interessiert, erzählt Notz. Vor allem das Thema Bürgerrechte habe ihn beschäftigt. Durch die digitalen Technologien habe sich auch die Bürgerrechtspolitik verändert. „So bin ich im Grunde über die Bürgerrechte zur Netzpolitik gekommen.“ Dass er bei den Grünen landete, ist für Notz folgerichtig. Sie hätten schon immer einen Schwerpunkt bei den Bürgerrechten gehabt. In den vergangenen Jahren hätten Partei und Fraktion zur Frage, „was bedeuten Bürgerrechte in der digitalen Welt“, sehr gute Antworten entwickelt. Notz, seit 2009 im Bundestag, ist heute netzpolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Obmann im Ausschuss Digitale Agenda, zudem Obmann im NSA-Untersuchungsausschuss und Vize-Fraktionschef. Dass die Bundesregierung jetzt eine Digitale Agenda vorgelegt hat, findet Notz nur im Grundsatz gut, nicht aber dem Inhalt nach. So sei es richtig und auch nicht neu, dass die digitale Spaltung zwischen Stadt und Land überwunden werden soll. Doch sei die Forderung nach schnellerem Internet für alle „mit keinerlei Finanzierung hinterlegt“. Vor allem wundert Notz, dass die Bundesregierung „so gut wie nicht aufgefingert“ habe, was die Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ des Bundestages in der vergangenen Legislaturperiode an Vorschlägen erarbei-

tet hat. Dort, berichtet Notz, hätten Mitglieder aller Fraktionen „sehr konstruktiv fraktionsübergreifend zusammengearbeitet“. „Wir hatten über 100 fraktionsübergreifende Handlungsempfehlungen. Leider nimmt jetzt die Digitale Agenda auf keinerlei dieser Handlungsempfehlungen Bezug.“ Das sei schade, da „wir mit den Ergebnissen der Enquete-Kommission eigentlich eine sehr tolle Agenda schon da liegen haben. An deren Abarbeitung hätte man sich mal machen sollen, statt jetzt nochmal neue Dinge auf-



»Die Forderung nach schnellerem Internet ist mit keinerlei Finanzierung hinterlegt.«

zuschreiben.“ Was da alles drin stand – Konstantin von Notz ist bei der Aufzählung kaum zu stoppen. „Wir brauchen vor allem ein Update im Datenschutz für die digitale Welt, für soziale Netzwerke. Wir brauchen die Verankerung der Netzneutralität als einen ganz wichtigen Grundsatz, wie das Internet funktionieren muss. Wir brauchen aber auch in Deutschland Hilfe für Start-Ups, für Crowd-Funding für junge Unternehmen. Wir brauchen ein Ver-

suchsfeld für partizipative Momente, für Open Data und ähnliche Dinge. Dann die Verankerung von Medien- und Netzkompetenz im Bildungssystem.“ Im Grunde sei jeder Politikbereich betroffen. Schon zu Beginn der Großen Koalition sei die Forderung der Enquete-Kommission, ein Ministerium zentral mit der Netzpolitik zu betrauen, nicht umgesetzt worden, bedauert Notz. „Jeder kocht sein eigenes Süppchen, die Zuständigkeiten zwischen den einzelnen Häusern sind weiterhin sehr unklar, und dementsprechend zäh ist die ganze Geschichte.“ Zumindest der Bundestag selbst hat, wenn auch erst im Februar diesen Jahres, einen Ausschuss Digitale Agenda eingesetzt. Allerdings, schränkt Notz ein, auch „nicht so, wie wir ihn in der Enquete vorgedacht haben“. Er hat keinerlei Federführung, entscheidet also nicht über einzelne Themen, sondern er ist nur mitberatend tätig. „Insofern bringt er einfach zu wenig Gewicht auf die Waage, um in der Netzpolitik entscheidend Einfluss zu nehmen.“ Er habe den Eindruck, betont der Grüne, dass es auch „eine große Unzufriedenheit bei Abgeordneten aus der Großen Koalition mit dem Zustand gibt.“ Unzufrieden ist Notz auch in seiner Eigenschaft als Obmann der Grünen im NSA-Untersuchungsausschuss. Es hätten sich erhebliche Zweifel ergeben, ob der Bundesnachrichtendienst immer im Rahmen des Rechts handelt. Wenn aber „unsere Geheimdienste verfassungswidrig agieren, muss das sofort abgestellt werden“. Eine Bereitschaft seitens der Koalition, hier umgehend gesetzgeberisch tätig zu werden, sehe er aber „bisher leider nicht“.

Peter Stütze |

DasParlament

Herausgeber **Deutscher Bundestag**
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 x
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (030) 227-305 15
Telefax (030) 227-365 24
Internet:
<http://www.das-parlament.de>
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
Jörg Biallas (jb)

Verantwortliche Redakteure
Julian Burgert (jbb)
Claudia Heine (che)
Alexander Heinrich (ahe), stell. v.d.
Michael Klein (mik)
Claus Peter Kosfeld (pk)
Hans Krump (kru), v.d.
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Fotos
Stephan Roters

Redaktionsschluss
20. Oktober 2014

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kurfürstenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Anzeigen-Vertriebsleitung
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Klaus Hofmann (verantw.)
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main

Leserservice/Abonnement
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Vertriebsabteilung Das Parlament
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (069) 75 01-42 53
Telefax (069) 75 01-45 02
E-Mail: parlament@fs-medien.de

Anzeigenverkauf
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Karin Kortmann
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (069) 75 01-43 75
Telefax (069) 75 01-45 02
E-Mail: karin.kortmann@fs-medien.de

Anzeigenverwaltung, Disposition
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Anzeigenabteilung
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (069) 75 01-42 74
Telefax (069) 75 01-45 02
E-Mail: anzeigenverwaltung@fs-medien.de

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitschrift „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Ohne Computer und Internet geht heute nichts mehr. Worte wie „googeln“, „liken“ oder „tweeten“ haben längst Einzug in die Alltagssprache gefunden.

© picture-alliance/dpa/dieKLEINERT.de / Bernd Struckmey/Cultura RF/Collage: Stephan Roters

Die Daten-Revolution

INTERNET Dem digitalen Wandel kann sich niemand mehr entziehen. Er verändert Alltag und Arbeitswelt fundamental

Er krepelt in rasantem Tempo ganze Wirtschaftszweige um und auch die Art und Weise, wie Menschen miteinander kommunizieren: der digitale Wandel. Der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz (SPD), urteilte am 12. Oktober in seiner Laudatio auf den Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels, Jaron Lanier: „Wir befinden uns inmitten eines Prozesses, der die Gesellschaften auf der ganzen Welt in einer Totalität herausfordert, wie dies zuletzt geschah, als die industrielle Revolution mit Macht das Gesicht der Welt rasant verändert hat.“

Das Digitale verändert althergebrachte Gewohnheiten und Geschäftsmodelle, ganze Branchen und Berufe. Wer heute etwas nachschlagen will, braucht keinen Brockhaus mehr. Er googelt oder sucht in der Online- und Mitmach-Enzyklopädie Wikipedia. Kosten: null. Immer mehr Inhalte werden auf dem Notebook, dem Tablet oder E-Book-Reader gelesen. Zwölf Prozent ihrer Umsätze machen die deutschen Verlage in diesem Jahr voraussichtlich mit elektronischen Büchern. In den USA haben sie bereits Anteile von mehr als 20 Prozent. Tageszeitungen verlieren massenhaft Leser, weil diese sich ihre Informationen lieber kostenlos im Netz beschaffen.

Denkende Algorithmen In anderen Branchen ist der Wandel bereits weitgehend abgeschlossen, etwa auf dem Musikmarkt. Physische Tonträger? Gibt es fast nur noch bei kleinen Spezialisten und im Online-Handel, viele Kaufhäuser haben ihre CD-Abteilungen dicht gemacht. Musik kauft man heute als MP3-Download, oder man zieht sie direkt aus dem Netz.

Die Medienbranche ist nur ein Schauplatz einer Entwicklung, die oft auch als „digitale Revolution“ bezeichnet wird – in Anlehnung an die industrielle Revolution Ende des 18., Anfang des 19. Jahrhunderts. Ersetzten vor 200 Jahren Maschinen die Muskelkraft, übernehmen in der digitalen Revolution Maschinen zunehmend intellektuelle Aufgaben. Computerprogramme basierend auf Algorithmen „denken“ heute mit, sie sortieren Informationen, wandeln unsere Fragen in Antworten um oder schlagen uns, auf Basis bisheriger Käufe, Produkte vor, die wir als nächstes kaufen könnten. Die digitale Technik könnte die menschliche Arbeitskraft in vielen Bereichen bald ganz ersetzen, in der Logistik etwa. Google arbeitet bereits am selbst fahrenden Auto, die Post hat schon eine erste Paketdrohne im Einsatz. Japan setzt Roboter zur Pflege alter Menschen ein.

Im Privaten sieht man mitunter gar nicht, wie viel Digitaltechnik auch jenseits von PC, Smartphone und Tablet in den Alltag eingezogen ist. Im Auto zum Beispiel funktionieren Sicherheitssysteme wie ABS, oder ESP, nicht mehr ohne Computer. Fernseher nennen sich heute „Smart TV“, holen Programm- und Hintergrundinformationen aus dem Internet und rufen Filme aus Online-Videotheken ab. Dabei ist Smart TV nur ein Vorreiter für die vollständige digi-

male Heimvernetzung, das „Smart Home“. Darin wärmt etwa die per Smartphone-App konfigurierbare Heizungssteuerung das Haus vor, während man noch auf dem Weg von der Arbeit ist. Smarte Lampen passen Lichtfarbe und -stärke an das Tageslicht und die Stimmung der Bewohner an. Die neue Technik verändert den Menschen und seine Gewohnheiten. Im Schauspiel Hannover macht der Autor und Kabarettist Rainald Grebe gerade mit seinem Stück „Das Anadigging“ den Medienwandel erlebbar. In kurzen Szenen lässt er die analoge Zeit wiederaufleben: Das nervige Warten in der Schlange vor der Telefonzelle etwa. Den Versuch, das ohnehin schon schrecklich verarschte Konzert im Fernseher mit einem Kassettenrekorder aufzunehmen. Aus heutiger Sicht kann man über solche Situationen nur noch schmunzeln.

Keine Frage: Viele technische Neuerungen haben das Leben einfacher, schneller, besser gemacht. Das Sonderangebot im Supermarkt – ist das wirklich ein Schnäppchen oder gibt es das Produkt woanders günstiger? Preisvergleichs-Apps klären schnell auf. Wer seine Dateien konsequent bei einem Internet-Speicherdienst lagert, dem kann es nicht passieren, dass er ein wichtiges Dokument bei der Arbeit „liegen lässt“. Der Zugriff auf die eigenen Daten, auf Musik oder Filme ist über das Internet von je-

dem Ort der Welt aus möglich. Besonders unverkrampft gehen die so genannten Digital Natives an die neue Technik heran. Diese Generation der 14- bis 29-Jährigen ist mit dem Internet quasi geboren. Das Netz ist für sie das mit Abstand wichtigste Medium, weit vor dem Fernsehen. Durchschnittlich sind die Jugendlichen knapp vier Stunden täglich online – fast doppelt so viel wie die über 30-Jährigen. Ihre Stars heißen Gronkh oder Sarazar und senden nicht auf ARD oder ZDF, sondern auf eigenen YouTube-Kanälen.

Kabarettist Grebe meint, durch die Digitalisierung haben wir nicht nur gewonnen, sondern auch viel verloren. Geduld zum Beispiel. Heute ist das Smartphone immer dabei. Ständig werden Nachrichten, E-Mails oder die neuesten Facebook-Einträge gecheckt – man könnte ja etwas Wichtiges verpassen.

Das hat auch Auswirkungen auf die Arbeitswelt und auf unser Freizeitverhalten: Mitarbeiter sollen heute ständig erreichbar sein, am Abend, im Urlaub, am Wochenende. Dabei ist das Internet das demokratische Medium schlechthin: Es macht in technischer Hinsicht keinen Unterschied, wer dort etwas veröffentlicht. Soziale Netzwerke und Internet-Plattformen tragen zum politischen Diskurs bei, informieren, bringen Menschen mit gleichen Interessen und

Forderungen zusammen und decken Missstände auf. Die Plagiatssäure zum Beispiel, die zum Rücktritt des damaligen Verteidigungsministers Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) geführt hat, wurde von der Online-Plattform GuttenPlag losgetreten. Diese neue Form der Transparenz und Bürgerbeteiligung, die in Demokratien inzwischen selbstverständlich ist, bereitet Diktaturen naturgemäß Probleme. Wenn Menschen per Smartphone heimlich Demonstrationen oder brutale Polizeieinsätze filmen und diese Videos unmittelbar im Netz verbreiten, dokumentieren sie die Realität jenseits der Staatspropaganda. Facebook und Twitter waren in den letzten Jahren zudem ein wichtiges Mittel für Oppositionsgruppen, um Proteste gegen Regierungen zu organisieren – beim arabischen Frühling etwa oder bei den Protesten in der Türkei gegen die Regierung Erdogan.

Angst der Diktaturen Aus diesem Grund versuchen einige Länder, den Zugang zu sozialen Netzwerken zu steuern, unliebsame Inhalte herauszufiltern oder ganz zu verbieten. Die Türkei hatte vor den Kommunalwahlen im Frühling eine Twitter-Sperre verhängt, die das türkische Verfassungsgericht jedoch kurz darauf wieder aufhob. Das größte Zensur-Projekt unterhält zweifellos China mit seiner „großen Firewall“. Sie blockiert nicht nur unliebsame Inhalte im Internet, sondern dient auch als Überwachungsnetzwerk zur Kontrolle der Bevölkerung – für die chinesische Führung ein extrem wichtiges Mittel zum Erhalt ihrer Macht.

Regierungen können das Internet also auch dafür benutzen, ihre Bürger auszuspähen. Davor warnt zum Beispiel der weißrussische Publizist Jewgeni Morozov. Er sagt: Die positiven Wirkungen sozialer Netzwerke in autoritären Gesellschaften solle man nicht überschätzen. So könne eine Regierung genau identifizieren, wer an Protesten teilgenommen habe, indem sie die Handy-Positionsdaten und Social-Media-Profile auswertet. Dass dies gravierende Folgen für die Demonstranten haben kann, ist klar. Die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) nutzt das Internet derzeit wie kaum eine andere extremistische Gruppe, um ihre Propaganda zu verbreiten und neue Anhänger zu rekrutieren. Frei im Netz kursieren Videos von brutalen Hinrichtungen des IS, die über Google leicht auch von Kindern gefunden werden können. Die Betreiber der betroffenen Video-Plattformen kommen mit dem Löschen der Videos kaum hinterher, zumal sie oft schnell weiter im Netz verbreitet werden. Doch nicht nur autoritäre Staaten und extreme Gruppierungen nutzen das Internet für ihre Interessen: Die Enthüllungen von Edward Snowden haben deutlich gemacht,

dass auch westliche Demokratien wie die USA den weltweiten Internet-Verkehr protokollieren und auswerten. Ausmaß und Hintergründe untersucht derzeit ein Untersuchungsausschuss im Bundestag. Und so wirft der digitale Wandel immer neue Fragen und Probleme auf, gerade auch im Hinblick auf den Datenschutz. Internetgiganten wie Amazon oder Google machen mit den Daten ihrer Nutzer Milliardenumsätze. Wie kann man da gegensteuern? Wissen ist bekanntlich Macht und wer weiß, was wir kaufen, wo wir uns

finden, mit wem wir befreundet sind und was unsere geheimsten Wünsche und Träume sind, der weiß zu viel über uns“, urteilte Martin Schulz in der Frankfurter Paulskirche. Die Debatte über Chancen und Risiken der digitalen Zukunft hat gerade erst richtig begonnen. Entziehen kann sich ihr keiner mehr.

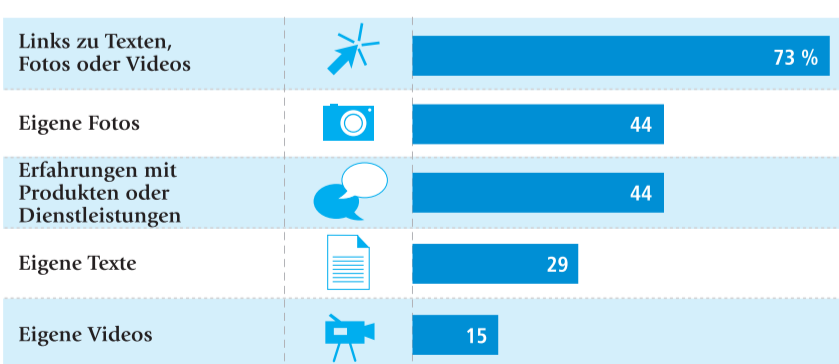
Der Autor ist Redakteur beim c't Magazin für Computertechnik und bei heise online

»Wer weiß, was wir kaufen und wünschen, der weiß zu viel über uns.«

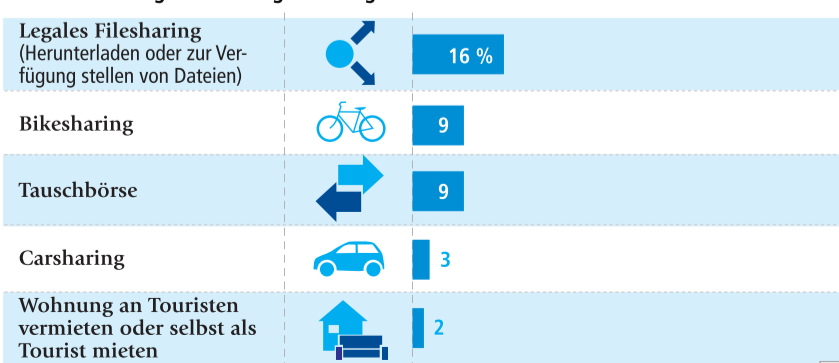
Martin Schulz (SPD)

Teilen im Internet

So viel Prozent der Internetnutzer* in Deutschland teilen zumindest hin und wieder:



So viel Prozent der Internetnutzer* in Deutschland haben in den vergangenen zwei Jahren folgende Sharing-Dienste genutzt:



Quelle: Bitkom (2013) Grafik: Globus 5907 (ediert) Stand: November 2012 *Befragte ab 14 Jahren

STICHWORT

Der Siegeszug des Internets

> Entstehung Angesichts der Bedrohungen des Kalten Krieges förderte das US-Militär in den 1960er-Jahren die Entwicklung weitreichender und ausfallsicherer Netzwerke. Am 1. September 1969 wurde an der Kalifornischen Universität in Los Angeles das ARPAnet in Betrieb genommen. Das Netz verband aber nur wenige Computer und wuchs sehr langsam.

> Weltweites Netz Erst 1989 erfand der Informatiker Tim Berners-Lee das World Wide Web. Jeder sollte von jedem Computer der Welt aus Internetseiten aufrufen können. Kurz darauf entstanden die ersten, dafür notwendigen Browser-Programme. Berners-Lee musste lange für seine Idee werben. Viele Kollegen und Experten verstanden die Tragweite seiner Erfindung zunächst nicht.

> Nutzer Heute nutzen weltweit fast drei Milliarden Menschen das Internet. 78 Prozent der deutschen Internetnutzer sind in mindestens einem sozialen Online-Netzwerk angemeldet. Mehr als 90 Prozent aller Daten und Informationen werden inzwischen digital gespeichert – im Jahr 1993 waren es lediglich drei Prozent.

Anzeige

Humanitäre internationale Politik



Humanitäre Interventionen
Struktureller Wandel in der Internationalen Politik durch Staateninteraktion
Von Dr. Max-Otto Baumann
2014, 371 S., brosch., 58,- €
ISBN 978-3-8487-1662-3
(Internationale Beziehungen, Bd. 21)
www.nomos-shop.de/23346

Was hält die Staatengemeinschaft zusammen? Anhand fünf humanitärer Interventionen seit 1990 zeigt die Studie, dass eine humanitäre internationale Politik kein gemeinsames (westliches) Wertefundament erfordert, sondern auch auf einer Kultur der Nord-Süd-Kooperation beruhen kann. Untersucht werden China, die Arabische Liga und die Afrikanische Union.

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37.
Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Erst standen die Züge still, dann blieben viele Flugzeuge am Boden. Dann standen wieder die Züge still – pünktlich zum Ferienbeginn in einigen Bundesländern. Viele Reisende bekamen in der vergangenen Woche und am Wochenende die Streiks von Lokführern und Piloten massiv zu spüren. Das sei zwar „ärgerlich“, bedeute aber nicht gleich den Untergang der deutschen Wirtschaft, stellte Karl Schiewerling, der Arbeitsmarktexperte der Unionsfraktion, am vergangenen Donnerstag vor dem Bundestagsplenarium fest. Auf der Tagesordnung stand die seit Jahren diskutierte Tarifeinheit, die die Bundesregierung per Gesetz festschreiben will. Das wollen wiederum die Grünen verhindern und legten einen entsprechenden Antrag (18/2875) vor, der genau das verlangt: Ein Ende der Diskussion um eine gesetzlich fixierte Tarifeinheit. Doch die Diskussion geht gerade erst in die heiße Phase.

Sie begann im Jahr 2010, als das Bundesarbeitsgericht (BAG) in einem Urteil den Grundsatz der Tarifeinheit zugunsten der Tarifpluralität aufgab und damit die Rolle kleiner Spartenvereinigungen stärkte. In ungewohnter Koalition hatten der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) im selben Jahr eine gemeinsame Initiative für eine gesetzlich geregelte Tarifeinheit gestartet. Ziel des Vorschlags war es, die größten Gewerkschaften in Unternehmen zu stärken und eine weitere Zersplitterung der Tariflandschaft zu vermeiden. Ein Jahr später verließ der DGB jedoch dieses Bündnis – der Widerstand in den eigenen Reihen gegen eine mögliche Einschränkung des Streikrechts für kleine Gewerkschaften war zu groß geworden. Dennoch verschwand das Projekt Tarifeinheit, für das vor allem die Arbeitgeber werben, nicht von der politischen Bühne. Erst im September hatte Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) in der Haushaltsdebatte erklärt: „Ein Betrieb, ein Tarifvertrag, das muss wieder gelten.“ Noch arbeitet das Bundesministerium für Arbeit und Soziales an einem Gesetzentwurf. Doch verfassungsrechtlich ist das eine knifflige Angelegenheit, will man nicht mit dem im Grundgesetz garantierten Streikrecht in Konflikt kommen.

Schutz der Verfassung Kein Wunder, dass die Redner aller Fraktionen betonten: Das Streikrecht, garantiert in Artikel 9 des Grundgesetzes, darf nicht angetastet werden. Bei der Diskussion über ein Gesetz zur Tarifeinheit gehe es doch nicht um die Gewerkschaft der Lokführer (GDL) oder die Vereinigung Cockpit (VC), sondern um die grundgesetzlich garantierte Koalitionsfreiheit, verteidigte Beate Müller-Gemmeke, Sprecherin für Arbeitnehmerrechte bei Bündnis 90/Die Grünen, den Antrag ihrer Fraktion. „Die Tarifpolitik der Gewerkschaften lebt von Solidarität, aber die kann man nicht gesetzlich verordnen“, sagte sie. Es sei auch schlicht nicht nötig, denn vier Jahre nach dem Urteil des BAG zeige sich, dass die damals prognostizierte Flut von Arbeitskämpfen ausgeblieben sei, so die Grünen-Politikerin. Karl Schiewerling verwies darauf, dass das Prinzip der Tarifeinheit vor dem BAG-Ur-



Die Lokführer streikten vergangene Woche unter anderem für fünf Prozent mehr Lohn.

© picture-alliance/dpa

Eine für alle

ARBEIT Die Grünen wollen ein Gesetz zur Tarifeinheit verhindern. Die Koalition verteidigt den Plan

teil 56 Jahre lang gegolten hat. Es gehe nun darum, zwischen den beiden Polen des verfassungsrechtlich geschützten Streikrechts und des nicht gesetzlich geregelten Prinzips des Betriebsfriedens einen Ausgleich zu finden. „Dem Betriebsfrieden haben wir unseren Wohlstand zu verdanken und den Umstand, dass in Deutschland statistisch gesehen wenig gestreikt wird“, betonte Schiewerling. Ein Gesetz zur Tarifeinheit solle keiner Gewerkschaft den Streik verbieten, könne aber versuchen, die Verhältnismäßigkeit von Streiks zu definieren. „Auch kleine Gewerkschaften müssen sich überlegen, ob ihr Streik verhältnismäßig ist“, sagte er.

Auch Klaus Ernst (Die Linke) betonte: „Hier wird nicht zu viel gestreikt.“ Wenn

die Regierung tatsächlich festschreiben wolle, dass nur der Tarifvertrag der größten Gewerkschaft innerhalb eines Betriebes gelten dürfe, „hebelt sie dadurch das Streikrecht aus“, warnte der Arbeitsmarktexperte. Im Übrigen liege die derzeit oft beklagte Zersplitterung der Tarifbindung nicht an den Spartenvereinigungen, sondern an Arbeitgebern, die ihre Firmen in immer kleinere Teilbereiche zersplittern. „Wir brauchen eine faire Betrachtung dessen, was Streik eigentlich ist“, appellierte der Linken-Politiker.

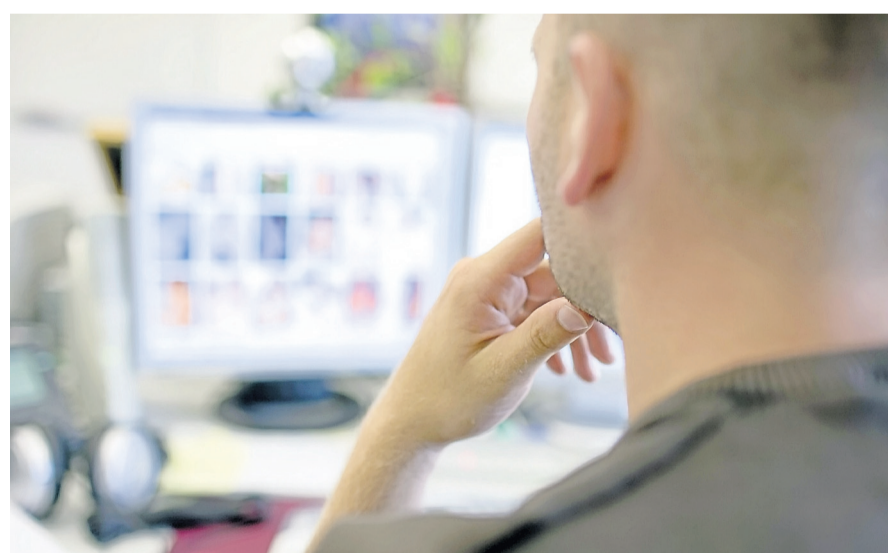
Viele Zahnräder wirken zusammen „Als Gewerkschafter will man das Beste für seine Interessengruppe heraushehlen, das ist überhaupt nicht verwerflich“, stellte Bernd

Rützel für die SPD-Fraktion klar. Deshalb bewege man sich bei dem angestrebten Gesetz zur Tarifeinheit auf dem „schmalen Grat“ zwischen der Festschreibung des Mehrheitsprinzips und der Unantastbarkeit des Streikrechts. Rützel versicherte aber: „Wir gehen an das Grundgesetz nicht ran, wir werden das Streikrecht nicht antasten.“ Dennoch müsse jede Gewerkschaft die Verhältnismäßigkeit ihrer Aktionen im Auge behalten und bedenken, dass „große Unternehmen nur funktionieren, wenn viele Zahnräder zusammenwirken“. Das müsse sich auch in der Tarifpolitik, also im Prinzip der Tarifeinheit, widerspiegeln, denn „darauf haben wir uns in den Betrieben jahrzehntelang verlassen“, sagte Rützel. Claudia Heine

Kritik an ungenauen Vorschriften

JUSTIZ Sachverständige plädieren für Nachbesserungen bei der geplanten Reform des Sexualstrafrechts

Die geplanten Änderungen im Sexualstrafrecht stoßen bei Experten auf ein unterschiedliches Echo. Dies wurde in einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz am 13. Oktober deutlich. Grundlage war der Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD zur Umsetzung europäischer Vorgaben zum Sexualstrafrecht (18/2601). Die Koalition will mit dem Gesetz die Kriterien dafür verschärfen, nach denen Bild- und Filmmaterial von Kindern als kinderpornografisch einzustufen sind. Die Dortmunder Oberstaatsanwältin Birgit Cirullies begrüßte zwar die neuen Vorschriften, an manchen Stellen aber habe sie Bedenken, sagte sie. Besonders fragwürdig sei die Neufassung des Paragraphen 184 b des Strafgesetzbuches, wonach zukünftig die Herstellung und Verbreitung von Bildern von „ganz oder teilweise unbedeckten Personen unter 14 Jahren in unnatürlich geschlechtsbetonter Körperhaltung“ strafbar sein soll. „Diese Formulierung ist zu unbestimmt“, sagte Cirullies dazu. Besser sei es, direkt die Formulierung des Übereinkommens des Europarats zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch („Lanzarote-Konvention“) zu übernehmen, das mit dem Gesetzentwurf unter anderem umgesetzt werden soll. So enthalte die Europarats-Konvention den Hinweis auf die entblößten Geschlechtsteile der Kinder, was eine größere Bestimmtheit zur Folge habe, argumentierte Cirullies. Andere Sachver-



Ein Fahnder wertet brisante Fotos im Internet aus.

© picture-alliance/dpa

ständige sahen das genauso und schlugen vor, die Formulierung „in aufreißender Pose“ hinzuzufügen oder explizit zu nennen, was auf den Bildern nicht zu sehen sein darf. Weiter betonte Cirullies, dass nicht, wie geplant, bestraft werden solle, wer unbefugt Bilder nackter Personen im öffentlichen Raum herstellt, sondern nur, wer sie unbefugt weitergibt. Würden jedoch unerlaubt Aufnahmen von einem besonders geschützten Raum gemacht, beispielsweise vom Schlafzimmer, solle auch die Herstellung schon strafbar sein, ergänzte sie.

Jörg Eisele von der Universität Tübingen teilte die Auffassung von Cirullies und kritisierte, dass künftig die Herstellung und Verbreitung von Bildern strafbar sein soll, die „dem Ansehen der Person schaden“, so die Formulierung des Gesetzesentwurfes. Diese Formulierung sei zu un-

nau und führe nur zu einer zusätzlichen Belastung der Gerichte. Dadurch würden zum Beispiel auch Fotos betrunkenen Menschen auf einer Party strafbar werden, sagte Eisele.

Keine Posingbilder am Strand Die Folgen der Neuregelungen für die Praxis waren auch Thema der Ausführungen von Rainer Franosch von der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main. Er begrüßte es, dass zukünftig von kinderpornografischen „Daten“ im Gesetz die Rede sein soll anstatt von kinderpornografischen „Schriften“. Das erleichtere die Strafverfolgung. Außerdem riet Franosch dazu, schon den Versuch des Cybergroomings unter Strafe zu stellen. Beim Cybergrooming nähern sich erwachsene Personen über das Internet Kindern und fordern diese zu sexuellen Handlungen auf. Bisher sei die Strafverfolgung hier sehr schwer.

Robert Grain, Richter am Amtsgericht München, kritisierte die Gleichstellung von Kinderpornografie und Jugendpornografie. Hier werde bisher unterschiedlich bewertet, da die sexuelle Entwicklung von Jugendlichen doch erlaubt ist. Vielmehr solle Jugendpornografie wie Erwachsenenpornografie behandelt werden. Die neue Regelung würde „sämtliche Posingbilder vom Strand beinhalten“. Jugendliche machten aber nun einmal Fotos vom ersten Freund oder der ersten Freundin und da könne auch das ein oder andere „Oben-ohne-Foto dabei“ sein, führte Grain aus. Überwiegend abgelehnt wurde von den Sachverständigen die Verlängerung der Verjährungsfrist von Kindesmissbrauch bis zum 30. Lebensjahr des Opfers. Rüdiger Deckers, Strafrechtler aus Berlin, sagte, nach einer so langen Zeit seien solche Verfahren „im Prinzip injustizabel“. Die Zeugen oder Opfer könnten sich schwer erinnern, was sowohl den Angeklagten als auch den Opfern schade. Durch die geringere Qualität der Aussagen werde gegen das Rechtsschutzgebot der Angeklagten verstoßen. Zudem liefen die Opfer Gefahr, durch andere Quellen beeinflusst zu werden. So hätten Studien nachgewiesen, dass externe Personen, Autosuggestion und selbst „gutgemeinte Therapien“ Einfluss auf die Rezeption der Wirklichkeit haben können, sagte Deckers. Hier widersprach Tatjana Hörnle von der Humboldt-Universität Berlin. Es seien zwar nur wenige Fälle, die nach so langer Zeit noch bestraft würden, aber es gebe sie. Außerdem sei es immer noch Entscheidung der Opfer, ob diese Misshandlungen anzeigen. Allerdings forderte Hörnle eine kostenfreie Rechtsberatung vor der Anzeige, damit die Opfer über die Erfolgsaussichten des Verfahrens Bescheid wüssten. Julian Burgert

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Oft umsonst versichert

ARBEITSLOSENGELD Kurzzeitig Beschäftigte sollen schneller das Arbeitslosengeld I erhalten. Das verlangt Die Linke in einem Antrag (18/2786), der am vergangenen Donnerstag in erster Lesung vom Bundestag beraten wurde. Um die Situation dieser Arbeitnehmer zu verbessern, schlägt die Fraktion unter anderem eine verlängerte Rahmenfrist vor, innerhalb derer Anwartschaften für das Arbeitslosengeld I erworben werden können. Matthias Birkwald (Die Linke) rechnete vor, dass 700.000 Leiharbeiter, Kellner oder Schauspieler nur Verträge von weniger als zehn Wochen am Stück hätten. Obwohl sie in die Arbeitslosenversicherung einzahlen, würden die meisten direkt in Hartz IV fallen. „Das ist ungerecht“, sagte Birkwald. Albert Weiler (CDU) betonte, eine Privilegierung einzelner Personengruppen sei schwer

ermittelbar. Dennoch arbeite die Koalition daran, die Rahmenfristen so zu regeln, „dass sie für alle Beschäftigten gerecht sind“. Bis dahin werde eine Sonderregelung im Dritten Buch Sozialgesetzgebung bis Ende 2015 verlängert, kündigte Weiler an. Markus Paschke (SPD) bezeichnet den Antrag als „im Kern richtig“. Der Zugang zur Arbeitslosenversicherung müsse für die Kurzzeitbeschäftigten dringend verbessert werden. Es gehe jedoch nicht um schnelle, sondern um nachhaltige Lösungen. Brigitte Pothmer (Bündnis 90/Die Grünen) verwies darauf, dass 83 Prozent der Beschäftigten in der Wissenschaft Kurzzeitbeschäftigte sind. Es könne nicht sein, dass man in die Arbeitslosenversicherung einzahlt, am Ende aber keinen Cent aus der Versicherung bekomme, kritisierte Pothmer. che

Vorstoß gegen Antiziganismus

MENSCHENRECHTE Die Fraktion Die Grünen dringt auf eine entschlossene Bekämpfung des Antiziganismus in Deutschland. Dazu hatte die Fraktion einen Antrag (18/1967) vorgelegt, der am vergangenen Freitag im Plenum debattiert wurde. Darin schreibt die Fraktion, Vorurteile gegenüber Mitgliedern der Bevölkerungsgruppe der Sinti und Roma seien in allen Bereichen von Politik und Gesellschaft verbreitet. Volker Beck (Grüne) begründete für seine Fraktion den Antrag mit einer Studie der Universität Leipzig. Diese habe ergeben, dass mehr als die Hälfte der deutschen Bevölkerung gegenüber Sinti und Roma negativ eingestellt sei. Zudem verglich Beck Antiziganismus mit Antisemitismus und sagte, beides sei „tief in unserer Gesellschaft und Geschichte verankert“. Er forderte deshalb eine Expertenkommission, die sich mit dem Thema beschäftigen soll. Bernd Fabricius (CSU) warf den Grünen vor, in ihrem Antrag überzogene Forderungen zu stel-

len und die Ergebnisse der Leipziger Studie überzeichnet und unsauber dargestellt zu haben. Notwendig sei vielmehr ein ganzheitlicher Ansatz zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. „Rassismus gegen Sinti und Roma gibt es“, bedauerte Gabriela Heinrich (SPD). Er sei aber nicht allein für die problematische soziale Situation dieser Bevölkerungsgruppe verantwortlich. Ebenso spielten Armut und mangelnde Bildung eine Rolle, deshalb greife der Antrag der Grünen zu kurz. Petra Pau (Die Linke) sagte, es sei nicht hinnehmbar, dass Sinti und Roma auch heute noch wie Aussätzige behandelt würden. Gleichzeitig warnte sie davor, zu viel von der geforderten Expertenkommission zu erwarten. Eine ähnliche Kommission zum Antisemitismus sei bisher leider „weitgehend folgenlos geblieben“. Der Antrag wurde an die zuständigen Ausschüsse, unter anderem den Menschenrechtsausschuss (siehe Seite 11), verwiesen. jbb

Reform des Staatshaftungsrechts

PETITIONEN Der Petitionsausschuss unterstützt die Forderung nach einer Reform des Staatshaftungsrechts. In der Sitzung vergangene Woche beschlossen die Abgeordneten einstimmig, eine dahingehende Petition dem Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz zu überweisen und den Fraktionen zur Kenntnis zu geben. In der Petition wird darauf verwiesen, dass das deutsche Staatshaftungsrecht zum Großteil auf Richterrecht beruhe, so dass es weder demokratisch legitimiert, noch in übersichtlicher Form zugänglich sei. „In einer Zeit zunehmender Inanspruchnahme Privater ist das Haftungsrecht nicht mehr zeitgemäß“, urteilen die Petenten. Da die Gesetzgebungskompetenz beim Bund liege, sei es schwer verständlich, warum dieser sich nicht dazu entschließe, ein modernes Staatshaftungsrecht zu erlassen. Wie aus der Begründung zur Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses hervorgeht,

räumt die Bundesregierung ein, dass einige wichtige Haftungsregelungen – wie etwa bei Entschädigungsansprüchen – „nur auf Gewohnheits- und Richterrecht beruhen“. Auch wenn es richtig sei, dass bisher weder der Bund noch die Länder von ihrer Gesetzgebungskompetenz Gebrauch gemacht hätten, gehöre die Haftung von Bund, Ländern und Kommunen für rechtswidriges hoheitliches Handeln jedoch zum „gesicherten Bestand der deutschen Rechtsordnung“, wird angemerkt. In den vergangenen Jahrzehnten habe sich eine umfangreiche, Rechtsprechung entwickelt, die in den meisten Fällen zu angemessenen Ergebnissen führe. Dennoch hätten die Koalitionsfraktionen vereinbart, das Staatshaftungsrecht zusammenzufassen, um das Verfahren für jene Bürger zu vereinfachen, die Schäden durch fehlerhaftes Verhalten staatlicher Stellen erlitten hätten, heißt es weiter. hau

Suche nach dem Leck

EDATHY-AUSSCHUSS Zeugen sind im Dezember geladen

Für den 2. Untersuchungsausschuss des Bundestages wird es schwer zu klären, ob der frühere SPD-Abgeordnete Sebastian Edathy von Kinderporno-Ermittlungen gegen ihn erfahren hatte. Das zeichnete sich nach der zweiten öffentlichen Zeugenvernehmung am 15. Oktober ab. Edathy hatte im Februar 2014 sein Mandat niedergelegt, kurz bevor die Staatsanwaltschaft Hannover sein Haus durchsuchen ließ. Viele Ermittlungsbehörden in ganz Deutschland hatten Unterlagen erhalten, in denen sich der Name Edathy befand. So stand er auf einer Liste mit 136 Namen, die das Bundeskriminalamt (BKA) am 15. Oktober 2013 zur Identitätsprüfung an alle Landeskriminalämter gesandt hatte. Dies bestätigte Kriminalkommissarin Julia Greiner vor dem Ausschuss. Sie bearbeitete zusammen mit einer Kollegin die „Operation Selm“, in deren Rahmen der Verdacht gegen Edathy aufgekommen war.

Gut zwei Stunden nach dem Versand der Listen habe sie der Leiter des zuständigen Fachkommissariats im niedersächsischen Nienburg angerufen und darauf hingewiesen, dass es sich bei dem Verdächtigen Edathy um einen Bundestagsabgeordneten handele, berichtete Greiner. Bis dahin war das nach allen bisherigen Zeugenaussagen keinem der Beteiligten aufgefallen. Nun aber wurden Greiners Vorgesetzte bis in die BKA-Spitze sowie der damalige Staatssekretär im Bundesinnenministerium Klaus-Dieter Fritsche über den Fall informiert. Verschiedene Dienststellen in der niedersächsischen Polizei und Justiz wurden mit dem Verfahren befasst.

Viele Möglichkeiten Bereits im Januar 2013 war die Liste mit allen über 800 deutschen Kundennamen aus dem kanadischen Großverfahren, auf das die „Operation Selm“ zurückgeht, an die Staatsanwaltschaft Mainz gegangen. Diese ermittelte damals gegen einen BKA-Beamten, dessen Name schon bei einer ersten flüchtigen Durchsicht der Liste aufgefallen war. In jeder Dienststelle, in der Edathys Name auftauchte, hätte jemand erkennen können, um wen es sich handelt. Überall dort hätte es daraufhin ein Leck geben können. Möglicherweise hat Edathy aber auch durch eine Pressemeldung der kanadischen Polizei vom November 2013 von dem Verfahren gegen den Kinderporno-Vertrieb erfahren. Zu diesen Spekulationen könnte sich Edathy selbst am 18. Dezember äußern. Denn unmittelbar vor der öffentlichen Zeugenvernehmung hatte der Ausschuss beschlossen, ihn zu diesem Termin vorzuladen. Möglich ist aber auch, dass Edathy als Beschuldigter in einem Strafverfahren jede Aussage verweigert. pst



Sebastian Edathy ist als Zeuge geladen.

© picture-alliance/dpa



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

KURZ NOTIERT

Menschenrechtsprotokoll soll ratifiziert werden

Die Bundesregierung will das Protokoll vom 24. Juni 2013 zur Änderung der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten ratifizieren. Dazu hat sie einen entsprechenden Gesetzentwurf (18/2847) vorgelegt, der vergangene Woche erstmals auf der Tagesordnung des Bundestages stand. Mit dem Gesetz sollen die innerstaatlichen Voraussetzungen für die Ratifikation des Protokolls geschaffen werden. Es sieht Änderungen der Konvention vor, „die zur Erhaltung der Arbeitsfähigkeit des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte beitragen sollen“. Dessen Arbeitsbelastung sei „kritisch hoch“, schreibt die Regierung in der Vorlage. *jbb*

Erste Lesung zu Haager Übereinkommen

Die Bundesregierung will das Haager Übereinkommen vom 30. Juni 2005 zu Gerichtsstandsvereinbarungen in deutsches Recht umsetzen. Dazu hat sie einen entsprechenden Gesetzentwurf (18/2846) vorgelegt, mit dem sich der Bundestag vergangene Woche in erster Lesung befasste. Das Übereinkommen regelt die internationale Zuständigkeit für Sachverhalte, bei denen eine ausschließliche Gerichtsstandsvereinbarung getroffen wurde. Nach dem Übereinkommen hat das vereinbarte Gericht die Rechtssache zu verhandeln, während die Gerichte aller anderen Vertragsstaaten sich für nicht zuständig erklären müssen. Die Vertragsstaaten haben danach die Entscheidungen des Gerichts anzuerkennen und zu vollstrecken. Um die Verpflichtungen aus dem Übereinkommen zeitgerecht und vollständig umsetzen zu können, bedürfe es einiger Durchführungsvorschriften im deutschen Recht, heißt es in der Vorlage. der Bundesregierung. *jbb*

Linke: Etats der Geheimdienste öffentlich darstellen

Die Bundesregierung soll nach dem Willen der Fraktion Die Linke die Haushalte der Nachrichtendienste ab dem Haushalt 2015 „entsprechend den Haushalten der anderen Sicherheitsdienste“ öffentlich darstellen. In einem Antrag (18/2872) fordert die Fraktion die Bundesregierung zudem auf, für die Haushalte der Nachrichtendienste die pauschale Möglichkeit der Flexibilisierung nicht zu nutzen. In der Vorlage verweisen die Abgeordneten darauf, dass im Haushaltsgesetz 2014 „entscheidende Kapitel und Titel“ der Haushalte der Nachrichtendienste flexibilisiert worden seien. Die geplanten Flexibilisierungsregeln verbieten sich für die „heute schon den kritischen Blicken der Öffentlichkeit entzogenen Haushalte der Nachrichtendienste“.

Verbot von Rüstungsexporten gefordert

Die Bundesregierung soll nach dem Willen der Fraktion Die Linke einen Gesetzentwurf für ein Verbot von Rüstungsexporten vorlegen. Zudem fordert die Fraktion in einem Antrag (18/2883) die Bundesregierung unter anderem dazu auf, „ein nationales Programm zur schrittweisen Konversion der Rüstungsindustrie in zivile Wirtschaftsbereiche“ zu erarbeiten und dem Bundestag in der laufenden Wahlperiode vorzulegen. *sto*



Das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum (gr. Bild) soll wie die Antiterrordatei dem Zusammenwirken von Polizei und Nachrichtendiensten zum Schutz auch vor „Syrien-Rückkehrern“ (kl. Bild) dienen. © picture-alliance/dpa

Streit ums Speichern

INNERE SICHERHEIT Opposition hält Novelle zu Antiterrordatei nicht für verfassungskonform

Für die Linke-Abgeordnete Ulla Jelpke ist es „nichts weiter als eine dürftige Flickschusterei“, für den Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Günter Krings (CDU), dagegen ein „guter und praktikabler Gesetzentwurf“. Die Rede ist von der Regierungsvorlage zur Novellierung des Antiterrordatei-Gesetzes (18/1565), die der Bundestag vergangene Woche gegen die Stimmen der Opposition in modifizierter Fassung (18/2902) verabschiedete. Damit sollen Vorgaben aus einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom April 2013 (1 BvR 1215/07) umgesetzt werden.

Danach ist die Antiterrordatei (ATD) „in ihren Grundstrukturen mit der Verfassung vereinbar“, genügt aber „in Einzelpunkten den verfassungsrechtlichen Anforderungen nicht“, wie die Regierung in der Vorlage ausführt. Mit der Neuregelung sollen die von den Karlsruher Richtern beanstandeten Vorschriften im Antiterrordatei-Gesetz sowie die entsprechende Passagen im Rechtsextremismustatei-Gesetz geändert werden. Ferner soll die Möglichkeit der „erweiterten Datennutzung im Rahmen konkreter Projekte“, wie sie bereits im Rechtsextremismustatei-Gesetz vorgesehen ist, auch für die Antiterrordatei

geschaffen werden. Die beiden Dateien vernetzen Erkenntnisse von Geheimdiensten und Polizeien von Bund und Ländern im Bereich des internationalen Terrorismus beziehungsweise des Rechtsextremismus.

Analysefähigkeit erweitert Für Krings werden diese Dateien „dringend“ gebraucht. Mit ihnen könne ein Behördenmitarbeiter bei seinen Ermittlungen schnell herausfinden, ob zu einer bestimmten Person bereits bei anderen Sicherheitsbehörden Informationen vorhanden sind, argumentierte er in der Debatte. Krings verwies zugleich darauf, dass zur Umsetzung der Karlsruher Vorgaben mit der Novelle die Definition der Personen, die gespeichert werden, enger gefasst werde. Auch würden Maßnahmen ergriffen, um die Transparenz der Datei zu erhöhen. So solle das Bundeskriminalamt „dem Bundestag einen regelmäßigen Tätigkeitsbericht erstatten“. Ferner habe man die Analysefähigkeit der Dateien erweitert. Im Ergebnis habe man einen Gesetzentwurf, der sowohl den verfassungsrechtlichen Anforderungen als auch den „Herausforderungen der Praxis bei der effektiven Terror- und Extremismusbekämpfung“ gerecht werde. Das sah Jelpke ganz anders. „Nicht einmal die offensichtlichsten Verfassungsverstöße“

»Wir beraten einen guten und praktikablen Gesetzentwurf.«
Günter Krings (CDU)

würden mit dem Änderungsgesetz kassiert, kritisierte sie. In seinem Urteil habe das Bundesverfassungsgericht „nicht zum ersten Mal die allzu weit ausgedehnten Kompetenzen von Polizei und Geheimdiensten wieder einschränken müssen“. Mehrere Sachverständige hätten in einer Anhörung darauf hingewiesen, dass die Vorgaben der Karlsruher Richter nicht umgesetzt würden. Ein neuer Paragraph sehe zudem vor, dass in sogenannten Projektdaten die Daten miteinander verknüpft und kombiniert werden sollten. Dies sei ein klarer Verstoß gegen den Grundsatz der Zweckbindung. Auch sei die Bundesregierung den Nachweis schuldig geblieben, dass die Antiterror- und die Rechtsextremismustatei „tatsächlich ein effektives Instrument gegen den Terror sind“, monierte Jelpke. Ihre Fraktion lehne den Gesetzentwurf ab, weil er zur Bekämpfung des Terrors nichts beibringe, aber „den Grundrechten weiter Ketten anlegt“.

»Das Gesetz ist nichts weiter als eine dürftige Flickschusterei.«
Ulla Jelpke (Linke)

Streit um Trennungsprinzip Auch die Grünen-Abgeordnete Irene Mihalic hielt der Regierungskoalition vor, keinen verfassungskonformen Gesetzentwurf vorgelegt zu haben. „Am informationellen Trennungsprinzip und an der Verfassung“ störe sich die Koalition „in ihrem Gesetzentwurf

nicht im Geringsten“, sagte sie. Mit dem Datenschutz sehe es nicht besser aus. Zudem lasse die Koalition „die Sicherheitsbehörden bei der konkreten Umsetzung dieses Gesetzes schlicht und ergreifend im Regen stehen“. Das sei „angesichts der Gefahren des Terrorismus heutzutage völlig unverantwortlich“. Der Bundesregierung fehle es an einer Strategie für die Bekämpfung des Terrorismus.

Vertreter der CDU/CSU- und der SPD-Fraktion wiesen die Kritik der Opposition entschieden zurück. Der SPD-Parlamentarier Uli Grötsch argumentierte, dass jeder Tag zähle, wenn es darum gehe, Anschläge in Deutschland zu verhindern. Daher halte er eine Diskussion über die Notwendigkeit der Antiterrordatei für unverantwortlich. Er sei erleichtert, dass man fristgerecht den Entwurf zur Novellierung des Antiterrordateigesetzes vorlege, „damit dieses wertvolle Instrument zum Informationsaustausch der Sicherheitsbehörden“ weitergeführt werden könne.

Dabei habe das Bundesverfassungsgericht eindeutig festgestellt, dass die Antiterrordatei verfassungskonform sei, fügte der SPD-Abgeordnete hinzu. Das sei insbesondere für diejenigen eine wichtige Nachricht, „die sich um das Trennungsgebot von Nachrichtendiensten und Polizeibehörden

Sorgen machen“. Dabei seien das Gemeinsame Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum und das Gemeinsame Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus „gelebte Kooperation zwischen Polizei und Verfassungsschutz“.

Alternativen vermisst Der CDU-Abgeordnete Clemens Binnering hielt der Opposition vor, keine Alternativen zum Regierungsvorschlag zu präsentieren. Eine solche Verbunddatei sei notwendig, weil es aufgrund der föderalen Struktur der Bundesrepublik 37 verschiedene Behörden gebe, die für die Bekämpfung des internationalen Terrorismus zuständig seien. Wenn man wolle, dass diese Behörden im Interesse der Sicherheit der Bürger erfolgreich sind, müsse man sicherstellen, dass die Informationen dieser 37 verschiedenen Stellen zusammengeführt werden. Dazu könne er sich kein anderes Instrument vorstellen, als diese Informationen in einer Datei zusammenzuführen, fügte Binnering hinzu. Wenn in der Vergangenheit eine Polizei vom Verfassungsschutz eine Information über eine Person haben wollte, habe die Dauer der Beantwortung neun Monate betragen. Bei der Terrorismusbekämpfung müsse aber „im Zweifel innerhalb von Minuten feststehen, ob eine Person schon bekannt ist und irgendwo als militanter Rechtsextremist oder als gewaltbereiter Islamist aufgefallen ist“. Deshalb brauche man das Instrument dieser Dateien, das nun verfassungskonform ausgestattet werde. *Helmut Stoltenberg*

Eklat im Untersuchungsausschuss

NSA-AFFÄRE Gremium hat Unterlagen nicht erhalten – Sitzung abgebrochen

Jetzt sollte es hart zur Sache gehen. Zu Beginn seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuss zur Durchleuchtung des NSA-Spähskandals hatte der Zeuge T. B., zwischen 2003 und 2007 bei der vom BND betriebenen Satelliten-Abhörstation in Bad Aibling für die Kooperation mit dem US-Geheimdienst NSA zuständig, vergangene Woche einen Pflock eingerammt: In keinem Fall seien im Rahmen der Auswertung ausländischer Datenströme Informationen über deutsche Bürger an die NSA geflossen, „wir haben immer deutsches Recht beachtet“. Nun wollten die Fraktionsobleute nachhaken: Stimmt das? Haben etwa Filtersysteme Erkenntnisse über hiesige „Grundrechtsträger“ aus dem gigantischen Datenfluss umfassend aussortiert?

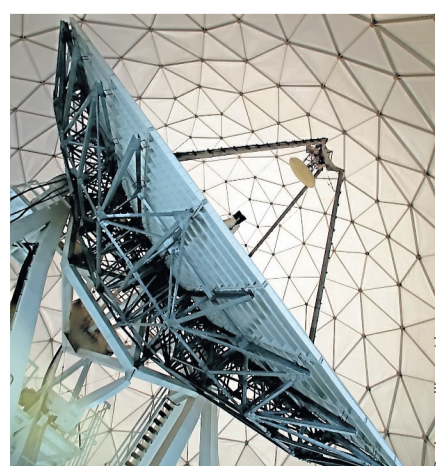
Verstimmte Parlamentarier Zunächst aber kam auf Fragen von Martina Renner (Linke) heraus, dass sich T. B. auf seine Anhörung auch mit Hilfe von Unterlagen vorbereiten konnte, die der Ausschuss entweder gar nicht oder erst am Vorabend erhalten hatte. In interner Runde kamen die Abgeordneten einhellig überein, die Sitzung demonstrativ abzubrechen: So könne man nicht arbeiten, kommentierte der Vorsitzende Patrick Sensburg (CDU) den Eklat, Renner sah ein „wichtiges Signal“ Richtung

Regierung, die Arbeit des Gremiums nicht weiter zu behindern. Viel Ärger hat sich aufgestaut. Die Zeugenvernehmungen werden oft überlagert vom Streit über die Arbeitsweise. So sind die Parlamentarier verstimmt über viele Schwärzungen in Dokumenten durch die Regierung, auch wenn beide Seiten dieses Problem jetzt in einem „Clearingverfahren“ lösen wollen. Die Opposition kritisiert, dass der Ausschuss manche Akten erst dann bekommen soll, wenn die USA und andere in die NSA-Affäre verwickelte Länder zustimmen. „Die USA haben doch kein Vetorecht“, schimpfte Hans-Christian Ströbele (Grüne). Unions-Obmann Roderich Kiesewetter (CDU) wiederum äußerte Verständnis für das Vorgehen der Regierung und warf der Opposition „künstliche Skandalisierungen“ vor. Christian Flisek (SPD) sagte, auch bei einem Nein aus den USA müsse letztlich die Regierung in jedem Einzelfall entscheiden, ob sie dem Ausschuss ein Dokument übermittele oder nicht.

Altmaiers Brief Für Aufregung sorgte auch ein Brief, in dem Kanzleramtsminister Peter Altmaier (CDU) Sensburg aufforderte, dafür zu sorgen, dass die Abgeordneten die Geheimhaltung beachten. Ausgelöst wurde dieser Vorstoß von Medienberichten, die

sich auf geheime Dokumente stützten. Im Wiederholungsfall behalte man sich eine Strafanzeige vor. Er fühle sich „nicht angesprochen“, meinte Kiesewetter kühl. Flisek sprach von einer „kleinen Rechtsbelehrung“. Die Opposition hingegen konterte, Vertrauliches könne auch aus Regierungskreisen durchgestochen werden. Renner sah eine „neue Stufe der Eskalation“. Ströbele witterte, Altmaiers Brief sei ein „Droh schreiben“.

Karl Otto Sattler



Satellitenschüssel in der BND-Außenstelle Bad Aibling

Unabhängig für den Datenschutz

BUNDESBEAUFTRAGTE Das Amt von Andrea Voßhoff soll oberste Bundesbehörde werden

Das Amt der Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Andrea Voßhoff, soll den rechtlichen Status einer obersten Bundesbehörde erhalten, die eigenständig und unabhängig ausgestattet ist. Das sieht ein Gesetzentwurf der Bundesregierung (18/2848) vor, den der Bundestag vergangene Woche in erster Lesung behandelte.

Aus für Dienstaufsicht Gegenwärtig untersteht die Bundesbeauftragte der Dienstaufsicht des Bundesinnenministeriums (BMI), während die Rechtsaufsicht durch die Bundesregierung ausgeübt wird. Durch die Regierung in der Vorlage ausführt, findet indes in der Praxis keine Dienst- oder Rechtsaufsicht statt. Die Unabhängigkeit werde nicht eingeschränkt. Der Wortlaut des Bundesdatenschutzgesetzes entspreche jedoch im Wesentlichen den bisherigen Vorschriften für die Kontrollstellen der Länder, die nach Einschätzung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) mit europarechtlichen Vorschriften nicht vereinbar sind. Mit dem Gesetzentwurf solle den Anforderungen des EuGH Genüge getan und die Datenschutzaufsicht auf Bundesebene insgesamt gestärkt werden. Danach soll die Bundesbeauftragte mit Dienstsitz in Bonn künftig ausschließlich



Datenschutzbeauftragte Andrea Voßhoff

parlamentarischer und gerichtlicher Kontrolle unterstehen. Auf eine Rechtsaufsicht der Bundesregierung und Dienstaufsicht des BMI soll verzichtet und die organisatorische Anbindung an das Ministerium aufgehoben werden. Gewählt werden soll die Bundesbeauftragte laut Vorlage vom Bundestag; ihren Amtseid soll sie vor dem Bundespräsidenten leisten. Für den CSU-Abgeordneten Stephan Mayer genießt die Bundesbeauftragte mit der Neu-

regelung „auch formell volle Unabhängigkeit“. Die Bedeutung der Datenschutzbeauftragten werde durch den Gesetzentwurf „sowohl rechtlich als auch politisch klar unterstrichen“, gab Mayer zu Protokoll. Aus Sicht des SPD-Parlamentariers Gerold Reichenbach zeigt die Vorlage, dass die Regierung die „herausragende Bedeutung von Datenschutz und Informationsfreiheit erkennt“. Er verwies darauf, dass mit der Überführung in eine oberste Bundesbehörde auch der personelle und finanzielle Bedarf steige. Linksfraktionsvize Jan Korte bemängelte, dass die Regierung die neue Behörde mit nur vier neuen Stellen ausstatten wolle. Grünen-Fraktionsvize Konstantin von Notz forderte eine „massive Aufstockung der Mittel der Bundesbeauftragten“. Wie Korte wertete er den Gesetzentwurf als lange überfällig. Beide Oppositionsabgeordneten kritisierten zudem scharf die „vorgesehene Beschränkbarkeit der Aussagebefugnisse der Datenschutzbeauftragten“, wie es Notz formulierte. *sto*





Die Altenpflege erfordert viel Kraft, viel Zeit und spezielles Wissen zum Beispiel über die Besonderheiten von Demenzerkrankungen.

© picture-alliance/Westend61

Kritik an Fallpauschalen

GESUNDHEIT Die Bundesärztekammer (BÄK) erhofft sich eine Weiterentwicklung des in Kliniken geltenden umfassenden Fallpauschalensystems. Ärztekammerpräsident Frank Ulrich Montgomery sagte vergangene Woche im Gesundheitsausschuss des Bundestages, er sei zwar ein Verfechter dieses Systems, aber nicht überzeugt, dass damit wirklich alle Leistungen abgedeckt werden könnten. Das Fallpauschalensystem habe „vor allem in seiner lernenden Variante viel Gutes“ gebracht. Das Problem sei nur die Ausschließlichkeit, mit der es gehandhabt werde und die daraus resultierende mangelnde Flexibilität. Denkbar wäre, für bestimmte Leistungen ein Mischsystem einzuführen, um einerseits Fehlanreize zu vermeiden und zum anderen für die Kliniken eine auskömmliche Finanzierung zu gewährleisten.

Die Ärzte beklagen schon länger, dass mit den diagnosebezogenen Fallpauschalen die tatsächlichen Kosten in den Krankenhäusern nicht mehr zu decken sind und kritisieren eine Tendenz zur Ökonomisierung der Medizin, die zulasten der Patienten gehe. Heftigen Streit gab es zuletzt über das Pauschalierende Entgeltsystem Psychiatrie und Psychosomatik (PEPP), das aus Sicht der Opposition auch dem Prinzip der Fallpauschalen folgt. Experten warnen davor, in der Psychiatrie nach Pauschalen abzurechnen. Das DRG-Fallpauschalensystem (Diagnosis Related Groups) wurde 2003 eingeführt. Bis dahin wurden stationäre Klinikleistungen über tagesbezogene Pflegesätze vergütet, die aber den tatsächlichen Behandlungsaufwand nicht widerspiegeln und nicht leistungsgerecht waren. **pk**

Milliarden für Millionen

PFLEGEREFORM Linke und Grüne halten Finanzierung für nicht gesichert. Kritik an Vorsorgefonds

Die Experten mahnen, die Opposition zweifelt und die Regierung schafft Fakten. Das erste sogenannte Pflegestärkungsgesetz (18/1798), das am Freitag im Bundestag mit den Stimmen von CDU, CSU und SPD verabschiedet wurde, soll der Einstieg sein in eine umfassende Pflegereform. Ist es nun ein großer Wurf oder doch nur ein Anlauf in Trippelschritten, wie die Opposition meint? Die Pflegereform, das ist ein milliardenschweres Unterfangen, keine Kleinigkeit, die mal so eben nebenbei finanziert wird. Rund sechs Milliarden Euro zusätzlich sollen in das System fließen, eine schwer vorstellbare Summe und dennoch nicht genug, wie Experten befürchten. Der Pflegebeauftragte der Bundesregierung, Karl-Josef Laumann (CDU), freute sich gleichwohl unlängst, es habe weder aus dem Arbeitgeberlager noch aus der Bevölkerung Protest gegen die Beitragssatzerhöhung gegeben. Laumann wertet dies als Beleg für den „großen Konsens in der Sache“.

Mehr Geld Um die Leistungsverbesserungen für 2,5 Millionen Pflegebedürftige, Angehörige und Pflegekräfte zu finanzieren, wird der Beitrag zur gesetzlichen Pflegeversicherung 2015 um 0,3 Prozentpunkte auf 2,35 Prozent (2,6 Prozent für Kinderlose) erhöht. Teil der Novelle ist ein Inflati-

onsausgleich in Höhe von vier Prozent. Ab 2015 fließen 2,4 Milliarden Euro jährlich (0,2 Prozentpunkte) in die Pflegeleistungen, darunter 1,4 Milliarden Euro in die häusliche und eine Milliarde Euro in die stationäre Pflege. Vorgesehen sind Verbesserungen bei der sogenannten Verhinderungs- und Kurzzeitpflege wie auch bei der teilstationären Tages- und Nachtpflege. Ein wichtiges Ziel ist, Leistungen besser miteinander kombinieren zu können. In der voll- und teilstationären Pflege soll die Zahl der zusätzlichen Betreuer von 25.000 auf bis zu 45.000 erhöht werden. Die Demenzzkranken sollen künftig auch Leistungen der Tages- und Nachtpflege, der Kurzzeitpflege oder den Zuschlag für Mitglieder ambulant betreuter Wohngruppen (WGs) erhalten. Für die WGs sind leicht erhöhte und ausgeweitete Leistungen vorgesehen. Zudem enthält das Gesetz Anreize, Pflegekräfte besser zu bezahlen, indem von Anbietern gezahlte Tariflöhne nicht mehr als unwirtschaftlich abgelehnt werden dürfen. Weitere 1,2 Milliarden Euro (0,1 Prozentpunkte) sind für einen Vorsorgefonds reserviert. 2017 soll mit dem zweiten Pflegestärkungsgesetz ein neuer Pflegebedürftigkeits-

begriff eingeführt werden mit fünf Pflegegraden statt der bisher drei Pflegestufen. Die Opposition bezweifelt, dass dafür genügend Geld übrig ist.

Heftiger Streit In der Schlussdebatte fochten Vertreter von Regierung und Opposition ihre konträren Positionen nochmals aus, wobei nicht die Reform an sich infrage gestellt wird, sondern der Weg dahin. Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) erinnerte daran, dass Menschen allen Alters pflegebedürftig werden könnten und das Gesetz daher alle angehe. Der Minister versprach, es werde auch die zweite Reformstufe umgesetzt. Gröhe dankte den Familienangehörigen für ihr Engagement in der Pflege. Diese Menschen hätten Anspruch auf Unterstützung, um auch einmal eine Atempause zu bekommen. Gröhe verteidigte den Ausbau so genannter niedrigschwelliger Entlastungsangebote, also einfacher Haushaltshilfen, für die bis zu 40 Prozent des Leistungsbetrags der ambulanten Pflege eingesetzt werden können. Dies sei ein wichtiger Schritt zur individuellen Betreuung. Die SPD trägt die Reform mit, auch wenn sie eigentlich lieber gleich eine

Pflegebürgerversicherung einführen würde und sich darin einig weiß mit Grünen und Linken. Hilde Mattheis (SPD) betonte, die Pflegereform sei „ein Köcher an Maßnahmen“ und spielte auf das unlängst im Kabinett verabschiedete Pflegezeitgesetz und das geplante Pflegeberufgesetz an. Die Opposition lehnt vor allem den Vorsorgefonds ab. Die Linke-Abgeordnete Katja Kipping monierte, hier werde das Geld der Beitragszahler „abgezweigt und auf die Finanzmärkte geworfen“. Nach Ansicht von Elisabeth Scharfenberg (Grüne) ist die Reform „teuer und luftleer und ohne Vision“. Der Vorsorgefonds sei sozialpolitisch so unsinnig wie der Pflege-Bahr. Die Union hält den Fonds dagegen für weitsichtig. Georg Nüßlein (CSU) versicherte, das Geld

werde gut angelegt. In einer Anhörung hatten Experten die Befürchtung geäußert, die Mittel könnten zweckentfremdet werden. Die Linke-Abgeordnete Pia Zimmermann befürchtete einen verschärften Trend zur Minutenpflege und zur prekären Beschäftigung und damit ein „Einfallstor zur Absenkung der Qualitätsstandards“. Jens Spahn (CDU) hielt der Opposition im Gegenzug „Brachialrhetorik“ vor. Allein die Aufstockung der Betreuungskräfte führe zu seiner Entlastung und mehr Zeit für die Menschen. Spahn betonte mit Blick auf die Kraftanstrengungen der Angehörigen, diese bräuchten „Inseln der Erholung“. Bevor es zur Erholung kommt, müssen sich die Familien aber erst einmal durch das neue Regelwerk arbeiten. **Claus Peter Kosfeld**

»In der Sache gibt es einen großen Konsens.«

Karl-Josef Laumann (CDU)

> STICHWORT

Die Reform der gesetzlichen Pflegeversicherung

> **Finanzierung** Der Beitrag zur gesetzlichen Pflegeversicherung wird 2015 um 0,3 Prozentpunkte erhöht. Zur Finanzierung der Verbesserungen nach dem neuen Pflegebegriff werden voraussichtlich ab 2017 weitere 0,2 Beitragssatzpunkte aufgeschlagen.

> **Leistungen** Ab 2015 fließen zusätzlich 1,4 Milliarden Euro in die ambulante und 1,0 Milliarden Euro in die stationäre Versorgung.

> **Vorsorge** Für den Pflegevorsorgefonds werden über einen Zeitraum von 20 Jahren 1,2 Milliarden Euro pro Jahr angelegt.

Anzeige

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.

Mehr Themen.

Mehr Hintergrund.

Mehr Köpfe.

Mehr Parlament.

www.das-parlament.de
parlament@fs-medien.de
Telefon 069-75014253



Direkt zum E-Paper



Nachbesserungswünsche am Elterngeld Plus

FAMILIE Arbeitgeber, Gewerkschaften und andere Interessenvertreter befürchten Benachteiligung

Die Arbeitgeber befürchten durch die geplante Einführung des Elterngeld Plus und die Flexibilisierung der Elternzeit Belastungen für die Wirtschaft. Vor allem kleine und mittlere Betriebe seien davon betroffen, sagte Christina Raab vom Bundesverband Deutscher Arbeitgeber (BDA) in einer Anhörung des Familienausschusses in der vergangenen Woche. Der Ausschuss hatte Wissenschaftler und Vertreter verschiedener Interessengruppen eingeladen, um zum Gesetzentwurf der Bundesregierung (18/2583) Stellung zu beziehen. Prinzipiell begrüßten diese das Gesetz einhellig, aber es wurden Nachbesserungen gefordert. Der Gesetzentwurf sieht unter anderem vor, dass sich der Bezug des Elterngeldes von zwölf auf 24 Monate verlängert, wenn Eltern in dieser Zeit einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen. Gleichzeitig halbiert sich zum Ausgleich die Höhe des Elterngeldes um die Hälfte. Der Lohn aus der Teilzeit soll aber nicht verrechnet werden. Damit

sollen Eltern, vor allem Frauen, ermutigt werden, früher ins Berufsleben zurückzukehren. Als problematisch sieht der BDA unter anderem an, dass die Elternzeit zukünftig in drei statt wie bisher zwei Zeitabschnitte aufgeteilt werden können soll. Die Betriebe müssten dann in diesen Zeitabschnitten jeweils Ersatz für die ausfallende Arbeitskraft suchen. Für Betriebe mit bis zu 50 Beschäftigten müsse deshalb ein Überforderungsschutz vorgesehen werden, mahnte Raab.

Widerspruch des DGB Diesem Begehren widersprach Anja Westheuff vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB). Durch die derzeit geltende Grenze von 15 Beschäftigten – unterhalb dieser Grenze können Betriebe Einspruch gegen eine Elternzeit erheben – würden schon jetzt viele Eltern, vor allem Mütter, von der Elternzeit ausgegrenzt. Frauen seien überdurchschnittlich stark im Dienstleistungsgewerbe beschäftigt. Diese Branche sei aber sehr stark von kleineren Betrieben geprägt. Noch engere Grenzen würden deshalb den Sinn des Gesetzes konterkarieren, argumentierte die DGB-Vertreterin. Unterstützung bekam sie vom Arbeitsrechtler Gerrit Forst von der Freien Univer-

sität Berlin. Die flexibleren Möglichkeiten, Elternzeit und Teilzeitarbeit zu kombinieren, kämen letztlich den Betrieben zu Gute. Dies verbessere das Betriebsklima und damit die Produktivität der Beschäftigten. Edith Schwab vom Verband alleinerziehender Mütter und Väter befürchtet ebenfalls Benachteiligungen. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit von Alleinerziehenden

mit Kindern unter drei Jahren liege bei 7,8 Wochenstunden. Der Korridor von 25 bis 30 Wochenstunden für eine Teilzeitbeschäftigung sei deshalb faktisch eine zu hohe Hürde, um das Elterngeld Plus beantragen zu können. Diese kritisierten auch die Sozial- und Familienexpertin Maria Wersig von der Hochschule Hannover und Gerrit Forst.

Mehrlingsgeburten Auch der Familienbund der Katholiken forderte Nachbesserungen an dem Gesetzentwurf. Dessen Vertreter Hans Joachim Helmke monierte, dass Mehrlingsgeburten bei der Höhe des Elterngeldes zukünftig nicht mehr berücksichtigt würden. Eltern von Mehrlingen seien aber finanziell viel stärker belastet. Sorgen bereite die Einführung des Elterngeldes Plus trotz prinzipieller Zustimmung auch den Kommunen. Die Regelungen seien sehr komplex und würden zu einem größeren Beratungsbedarf in den Elterngeldstellen der Kommunen führen, sagte Regina Offer von der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände. Dies würde gegebenenfalls mehr Personal erfordern. Die zusätzlichen Kosten könnten von den Kommunen aber nicht getragen werden, sie müssten ihnen erstattet werden, forderte Offer. **Alexander Weinlein**

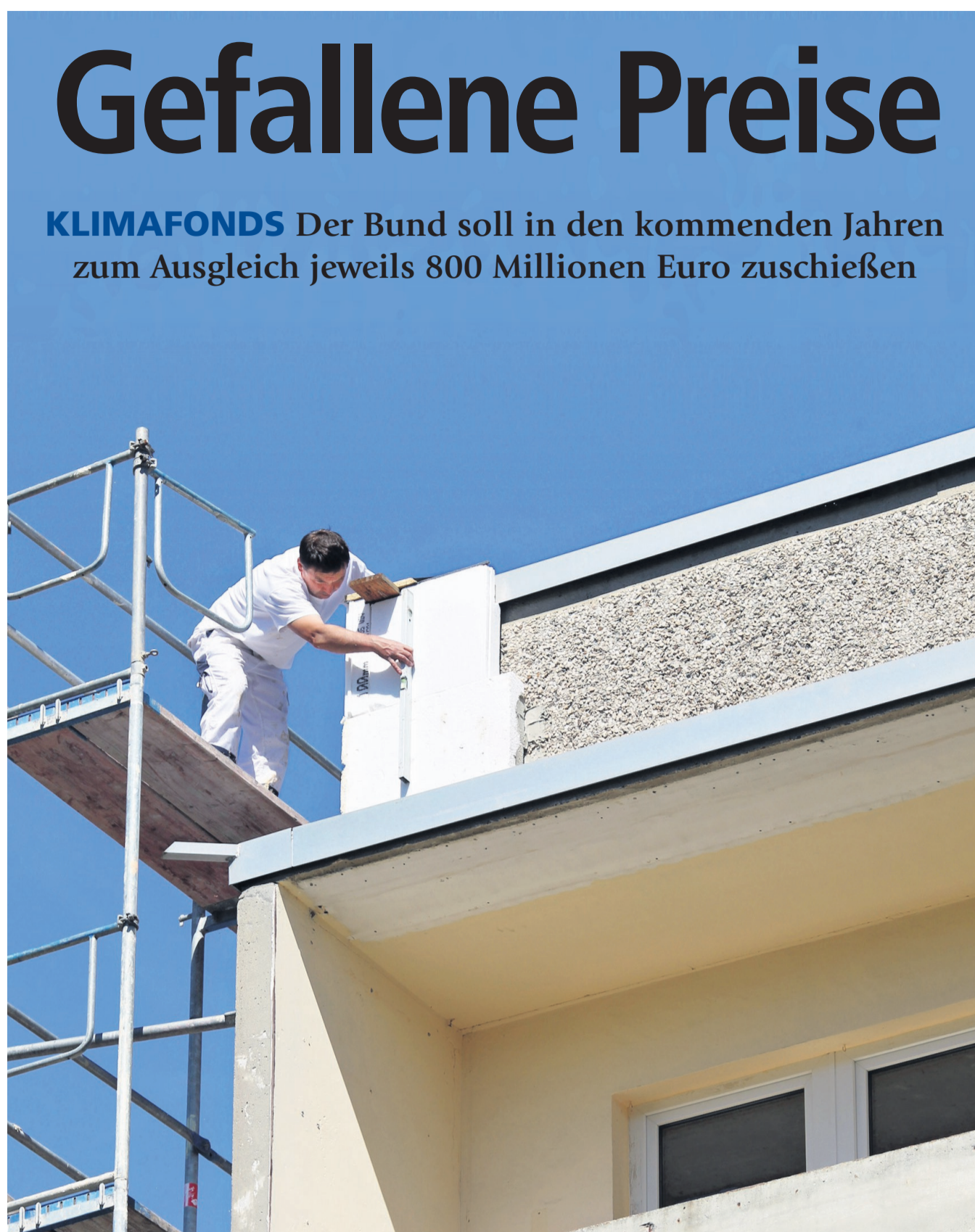


Partnerschaft: Mütter sollen früher in den Job zurückkehren. © picture-alliance/dpa

Eigentlich ist die Idee gut. Um die Energiewende zu finanzieren, richtete die Bundesregierung 2010 den Energie- und Klimafonds (EKF) als Sondervermögen des Bundes ein, aus dem Projekte wie die Förderung der Erneuerbaren Energien im Wärmebereich und die energetische Gebäudesanierung gefördert werden. Gespeist wird der Fonds zurzeit hauptsächlich aus den Erlösen aus der Versteigerung von Berechtigungen zum Ausstoß von Treibhausgasen (so genannte Kohlendioxid-Zertifikate). Die Preise für die Zertifikate sind jedoch seit 2012 deutlich gefallen. Die geringeren Einnahmen des Energie- und Klimafonds reichen daher nicht mehr aus, um den notwendigen Finanzierungsbedarf des Fonds zu decken. Deshalb soll der Bund einspringen und in den kommenden Jahren jeweils rund 800 Millionen Euro beisteuern.

Planungssicherheit Der entsprechende Gesetzentwurf der Bundesregierung (18/2443) war vergangene Woche Thema einer öffentlichen Anhörung des Haushaltsausschusses. Dabei sprachen sich die meisten Sachverständigen für den Zuschuss aus, um Planungssicherheit bei den Maßnahmen zu erhalten. Christian Noll von der Deutschen Unternehmensinitiative für Energieeffizienz (DENEFF) begrüßte den Gesetzentwurf der Bundesregierung. Mit dem beabsichtigten, überjährigen Bundeszuschuss entstehe eine Mischfinanzierung und mit dieser eine weitgehende Stabilisierung der Mittelausstattung des EKF. „Diese sollte auch nach 2018 fortgeschrieben werden“, betonte er. Dadurch werde nicht nur das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm verstetigt, sondern es würden auch weitere wichtige Energieeffizienzprogramme im Bereich privater Haushalte, Unternehmen oder die Forschungsförderung vorangetrieben. Auch für Professor Marc Ringel von der Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen-Geislingen ist eine Stabilisierung der Einnahmen seitens des EKF durch Bundeszuschüsse sinnvoll, um einen reibungslosen Ablauf der Programme zu gewährleisten. Jenseits dieser Stabilisierung sei mittelfristig eine stärkere Fokussierung des Fonds auf Maßnahmen für Energieeffizienz und erneuerbarer Energien zu erwägen. Diese würden den EKF mit einem klaren Profil ausstatten.

Reform angemahnt Maria Krautzberger, Präsidentin des Umweltbundesamtes, setzte sich für eine rasche und wirksame Reform des Emissionshandels ein. Ein Ausbleiben dieser Reform könnte eine weitere Absenkung der Erlöse nach sich ziehen. Sie sah außerdem die Möglichkeit, dass durch den Abbau energiebezogener umweltschädlicher Subventionen die Finanzierung des EKF weitgehend ohne zusätzliche Belastung des Bundeshaushalts erfolgen könnte. Dies würde darüber hinaus die Anreize zur Steigerung der Energieeffizienz und zum Klimaschutz stärken. Dafür kämen unter anderem die Reduzierung der allgemeinen Strom- und Energiesteuerermäßigungen für das produzierende Gewerbe und die Land- und Forstwirtschaft in Frage. Damian Ludewig vom Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft forderte ei-



Auch die energetische Gebäudesanierung soll durch die Energie- und Klimafonds gefördert werden.

© picture-alliance/zb

Gefallene Preise

KLIMAFONDS Der Bund soll in den kommenden Jahren zum Ausgleich jeweils 800 Millionen Euro zuschießen

ne höhere Transparenz bei der bestehenden geplanten Finanzierung einzelner Programme aus Sondervermögen einerseits und Bundeshaushalt andererseits. Weiter sollten nicht zielführende Positionen wie beispielsweise die Ausgleichszahlungen für stromintensive Industrien aus dem Fonds gestrichen werden. Um die Maßnahmen und Programme zur Unterstützung und Beschleunigung der Energiewende schnellstmöglich auf eine solidere Finanzgrundlage zu stellen, empfahl er unter anderem eine ambitioniertere Form des Emissionshandels auf europäischer Ebene und eine leichte Anhebung von ökologischen Lenkungssteuern wie Kernbrennstoffsteuer und Heizstoffsteuer.

Auch Felix Matthes vom Öko-Institut geht davon aus, dass es in den kommenden Jahren im EKF einen Zuschussbedarf gibt. Um die Einnahmesituation jedoch zu verbessern, schlug er unter anderem die Einführung von Mindestpreisen für CO₂-Zertifikate und die Einführung der Marktstabilitätsreserve bereits ab 2015 vor. Christine Wörten, arepo consult, begrüßte den veranschlagten Zuschuss „grundsätzlich“, da eine gesicherte Finanzierungsgrundlage für die erfolgreiche Durchführung von Klimaschutzprogrammen essentiell sei, um negative Effekte aus „suboptimalen planbaren Förderprogrammen“ zu verhindern. Sie kritisierte allerdings, dass im Gesetzentwurf der Bundesregierung das

Gesamtvolumen des EKF „nach wie vor nicht definiert“ sei. Zudem könnten die vorgesehenen Maximalbeiträge zu einer Deckelung des EKF auf einen möglicherweise niedrigeren Wert als heute führen. Nur bei Ausnutzung der Maximalbeiträge und Eintreten der aus heutiger Sicht leicht optimistischen Erlösannahmen bleibe das heutige Niveau von 1,7 Milliarden Euro erhalten. Dieses Niveau liege bereits deutlich unter den ursprünglichen Planungen von drei Milliarden Euro. Sachlich zielführender im Sinne einer Planbarkeit der Klimaschutzprogramme wäre es, ein angestrebtes Gesamtvolumen gesetzlich festzuschreiben, betonte Wörten. Michael Klein

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Senkung der Rentenbeiträge möglich

HAUSHALT „Zum jetzigen Zeitpunkt ist der deutsche Arbeitsmarkt Rückgrat der konjunkturellen Entwicklung.“ Dies betonte die Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Andrea Nahles (SPD), am Donnerstag bei den Beratungen des Regierungsentwurfs für den Haushalt 2015 im Haushaltsausschuss (18/2000, Einzelplan 11). Die allgemeine Entwicklung lasse es deshalb zu, dass im kommenden Jahr wahrscheinlich die Rentenbeiträge abgesenkt werden könnten. Die Koalition betonte, dass im 125-Milliarden-Etat des Ministeriums der weitaus größte Teil gesetzlich gebunden sei. Das gelte vor allem für die Ausgaben für den Arbeitsmarkt und die Rente. Auch wegen des Zieles eines ausgeglichenen Haushaltes seien deshalb die Spielräume gering. Anträge der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD führten dabei zu Verschie-

bungen vor allem bei der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin – ohne dass die Gesamtausgaben des Etats erhöht wurden. Mit insgesamt fünf abgelehnten Änderungsanträgen wollte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unter anderem die Verwaltungskosten für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitssuchende um 165 Millionen Euro auf 4,21 Milliarden Euro und den Regelsatz für das Arbeitslosengeld II auf 420 Euro erhöhen. Die Mehrkosten dafür würden mit 1,5 Milliarden Euro beziffert. Die ebenso abgelehnten Änderungsanträge der Fraktion Die Linke hätten Mehrkosten von 33 Milliarden Euro beinhaltet. Dabei ging es unter anderem um die Beteiligung des Bundes an der Leistung für Unterkunft und Heizung sowie die Anhebung des Arbeitslosengelds II auf 500 Euro. mik

Weniger Einnahmen bei Lkw-Maut

VERKEHR Bei der Lkw-Maut gibt es neue Preise. Einem entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Bundesfernstraßenmautgesetzes (18/2444) stimmte der Bundestag vergangenen Donnerstag auf Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses (18/2857) zu. Danach werden die Mautsätze dem neuen Wegekostengutachten vom 25. März 2014 angepasst und somit billiger. Außerdem dient das Gesetz auch als Grundlage für eine eigene günstige Mautkategorie für die besonders schadstoffarmen Euro-VI-Lkw. Zudem werden die Kosten der Luftverschmutzung, die auf den Lkw-Verkehr zurückzuführen sind, in die Mautsätze eingerechnet. Dadurch ergeben sich im Zeitraum 2015 bis 2017 Mindereinnahmen gegenüber dem Finanzplan von rund 460 Millionen Euro. Dabei seien die zu erwartenden zusätzlichen Einnahmen aus der teilweise Anlastung der Luftverschmutzungskosten bereits berücksichtigt.

Abgelehnt hat der Bundestag ebenfalls auf Empfehlung des Verkehrsausschusses (18/2875) einen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (18/1620), nach dem die Lkw-Maut nachhaltig und ökologisch ausgerichtet werden sollte. Deshalb sollte die Bundesregierung die Berechnung der Lkw-Mautsätze auf eine neue Grundlage mit höherer ökologischer Lenkungswirkung stellen. Das eigentliche Ziel der Lkw-Maut sei, ausreichend Mittel zum Bau und Erhalt der Bundesfernstraßen zur Verfügung zu stellen und dabei eine ökologische und ökonomische Lenkungswirkung zu entfalten. Dieses Ziel werde durch die empfohlenen Mautsätze nach dem neuen Wegekostengutachten nicht erreicht. In Deutschland würden die externen Kosten für Unfälle, Lärm, Luftverschmutzung, Klimawandel und indirekte Auswirkungen geschätzt 88 Milliarden Euro pro Jahr betragen, die von der Gesamtgesellschaft getragen werden müssten. mik

Airbus ärgert sich über Berlin

WIRTSCHAFT II Das Ausbleiben der deutschen Exportgenehmigung für 14 Militärhubschrauber nach Usbekistan hat der Vorstandsvorsitzende der Airbus-Group, Thomas Enders, als „schwerwiegendes Problem“ bezeichnet. Er fürchte um die von seinem Unternehmen geplante stärkere Kooperation der Helikopterproduktion zwischen Deutschland und Frankreich, sagte er vergangene Woche im Gespräch mit den Mitgliedern des Ausschusses für Wirtschaft und Energie. Bei den Hubschraubern handele es sich um ein französisches Produkt. Aus Deutschland sei „mit ein paar Schleifringen“ lediglich eine „Subkomponente“ geliefert worden – mit nun womöglich „weitreichenden Folgen“. Der Fall Sorge „in Frankreich für sehr viel böses Blut“. Enders legte dar, dass es sich bei Helikoptern um ein klassisches Dual-Use-Produkt mit ziviler wie militärischer Variante handele. In Sachen Usbekistan gehe es „nicht um einen Ein-

zelfall“, sondern um eine generelle Frage der deutsch-französischen Zusammenarbeit: „Das macht uns große Sorge für die Helikopterei.“ Die Airbus-Group müsse abwägen, ob es bei der geplanten stärkeren deutschen Einbindung in die Helikopterfertigung bleiben könne. Konkret gehe es um den Standort Donauwörth, wo das Unternehmen derzeit 5.000 Mitarbeiter beschäftigt. Enders verwies darauf, dass nun die Auslieferung der deutschen Version des Militärtransporters A400M eingeleitet werde. Vor allem wegen der Kosten durch die jahrelange Verzögerung werde Airbus „keinen Cent daran verdienen“, sagte er. „Das haben wir uns selber eingebrockt.“ Die Marktperspektiven im Bereich der Zivilflugzeuge sind nach Enders Darstellung durchaus befriedigend: Es werde „nach wie vor mit Wachstum“ gerechnet – vier bis fünf Prozent pro Jahr. fla

KURZ NOTIERT

Grüne: Rente nicht von der Hofabgabe abhängig machen

Der Bezug einer Rente aus der Alterssicherung der Landwirte soll nicht mehr von der Hofabgabe abhängig gemacht werden. Das fordert die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in einem Antrag (18/2770), der in der vergangenen Woche zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen wurde. Demnach soll die Bundesregierung einen Gesetzentwurf vorlegen, der die Abgabe eines landwirtschaftlichen Unternehmens mithilfe der sogenannten Hofabgabeklausel nicht zur Voraussetzung für den Bezug einer Regelaltersrente macht. Die Grünen begründen die Forderung damit, dass die Regelung nicht mehr zeitgemäß und ungerecht sei. eis

Vorstoß für genügend Nachwuchs in der Nautik

Die Anzahl der Studenten im Studienfach Nautik und angrenzender Ausbildungsberufe nimmt seit einigen Jahren drastisch ab. Der Nachwuchsmangel macht sich auch bei den Lotsen bemerkbar, die bis 2024 zu über einem Drittel in Rente gehen werden, schreibt Bündnis 90/Die Grünen in ihrem Antrag (18/2748). Es bestehe das Risiko, eine langfristige und qualitativ hohe Ausbildungsmöglichkeit in Deutschland auf Dauer nicht mehr aufrechterhalten zu können. Es drohe hierzulande langfristig gar der Verlust maritimen Know-hows. Deshalb fordert die Fraktion unter anderem im Antrag ein bedarfsorientiertes maritimes Ausbildungskonzept zusammen mit den Küstenländern für eine nachhaltige Neuausrichtung der maritimen Ausbildungsberufe zu erarbeiten. rol

Einig gegen EU-Reformpläne

LANDWIRTSCHAFT Koalition und Opposition fürchten Nachteile für deutsche Ökobranchen

Die geplante Reform der europäischen Öko-Basisverordnung (EG) Nr. 834/2007 durch die EU-Kommission stößt auf Kritik im Bundestag. Über alle Fraktionen hinweg waren sich die Redner am vergangenen Donnerstag einig, dass der vorgelegte Kommissionsvorschlag zur Änderung der Vorschriften für die ökologische und biologische Produktion nicht das Wachstum der Öko-Branche durch „überzogene“ Anforderungen ausbremsen darf. „Das ist nicht selbstverständlich und unterstreicht den Konsens, den wir in Deutschland hinsichtlich des Öko-Landbaus erreicht haben“, sagte Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU).

Stellungnahme Die Bundesregierung hatte das Maßnahmenpaket dem Bundestag zur Stellungnahme (18/1393) gemäß Artikel 23 Absatz 3 des Grundgesetzes vorgelegt. Sowohl die Oppositions- als auch die Regierungsfaktionen forderten einhellig, dass statt einer umfassenden Änderung des EU-Regelwerks nur eine punktuelle Fortentwicklung angestrebt werden soll. „Die Revision schießt über das Ziel hinaus und geht weg von der Praktikabilität“, stellte Schmidt fest, denn „im Kern ist die Öko-Basisverordnung tragfähig“ und bedürfe keiner Totalüberarbeitung. Ziel der Revision sei es unter anderem, die komplizierten Kennzeichnungs- und Rechtsvorschriften zu vereinfachen sowie den Verwaltungsaufwand zu minimieren. Zudem sollen die Grenzwerte für Verunreinigungen verschärft und die Regeln für die Zulassung von Bio-Produkten strenger werden. Johann Saathoff (SPD) sah darin eine Benachteiligung der Bio-Landwirte, die im Vergleich zu konventionellen Betrieben mehr Geld für Kontrollen auf synthetische Dünger oder Pflanzenschutzmittel ausge-

ben müssen, die sie ohnehin nicht verwenden dürfen. Hans-Georg von der Marwitz (CDU) gestand der Kommission zu, dass mit dem Erfolg der Bio-Branche die Anpassung gesetzlicher Bestimmungen erforderlich geworden ist, nachdem in den vergangenen Jahren vermehrt Betrugsfälle bei der Deklaration von Bio-Produkten aufgedeckt wurden. Doch das Problem würde nicht wie auf EU-Ebene festgestellt an der derzeit gültigen Regelung liegen, sondern an „Umsetzungsproblemen in einigen Mitgliedstaaten, die nicht durch eine neue Verordnung gelöst werden“. Die Prinzipien des ökologischen Landbaus sah der Unionsabgeordnete in der derzeit gültigen Basisverordnung gut verankert, die entsprechend der dem Plenum vorgelegten Entschließung (18/2839) durch die Bundesregierung im Rahmen der Verhandlungen

im europäischen Rat weiterentwickelt werden sollen. Den Plan zur Einführung spezieller Grenzwerte für Bio-Lebensmittel wies von der Marwitz zurück, den auch die Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen ablehnten. „Grenzwerte müssen in jedem Fall sicherstellen, dass der Verzehr von Lebensmitteln unbedenklich ist“, sagte dazu Kirsten Tackmann (Die Linke). „Grenzwerte sind kein Qualitätssiegel und dürfen auch keines werden.“ Am Ende würden dadurch konventionelle Betriebe gegen ökologische ausgespielt. Doch entgegen der zur Schau gestellten Einmütigkeit kritisierte sie die Haltung der Koalition, nicht mit der Opposition gemeinsam eine Stellungnahme zu erarbeiten.

Antrag In einem extra zur Abstimmung vorgelegten gemeinsamen Antrag (18/2873) forderten Linke und Grüne die Bundesregierung dazu auf, die Leistungen des Ökolandbaus angemessen zu entlohnen, indem das Bundesprogramm „Ökologischer Landbau und andere Formen der Nachhaltigen Landwirtschaft“ nur für Projekte des Ökolandbaus zur Verfügung gestellt werden soll. Harald Ebner (Bündnis 90/Die Grünen) monierte, dass die Bundesregierung im Hinblick auf den EU-Entwurf zweigleisig fahre. Auf EU-Ebene werde mit breiter Brust für die Interessen der Bio-Landwirte gestritten, aber auf nationaler Ebene habe die Regierung in den vergangenen Jahren zum Generalangriff auf die Öko-Branche geblasen. Kürzungen der Mittel im Bereich der Agrarumweltmaßnahmen seien das Gegenteil von Öko-Landbauförderung. Die Entschließung wurde einstimmig angenommen, der gemeinsame Antrag der Oppositionsfraktionen abgelehnt. Jan Eisel



EU will andere Kennzeichen für Bio-Ware.

Rüstungsexporte rückläufig

WIRTSCHAFT Regierung legt ersten Halbjahresbericht vor

Die deutschen Rüstungsexporte gehen zurück. Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) berichtete in der vergangenen Woche in einer Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Energie, im ersten Halbjahr 2014 seien für Rüstungsgüter 5.939 Einzelausfuhrgenehmigungen im Wert von insgesamt

Die CDU/CSU-Fraktion verwarnte sich in der Debatte gegen den Eindruck, dass Rüstungsexporte grundsätzlich verwerflich seien. Rüstungsexporte seien vielmehr auch ein Instrument der Außen- und Sicherheitspolitik und würden mit den nationalen Kernfähigkeiten zusammenhängen, „damit wir uns nicht von anderen abhängig machen“.



Minister Gabriel im Wirtschaftsausschuss

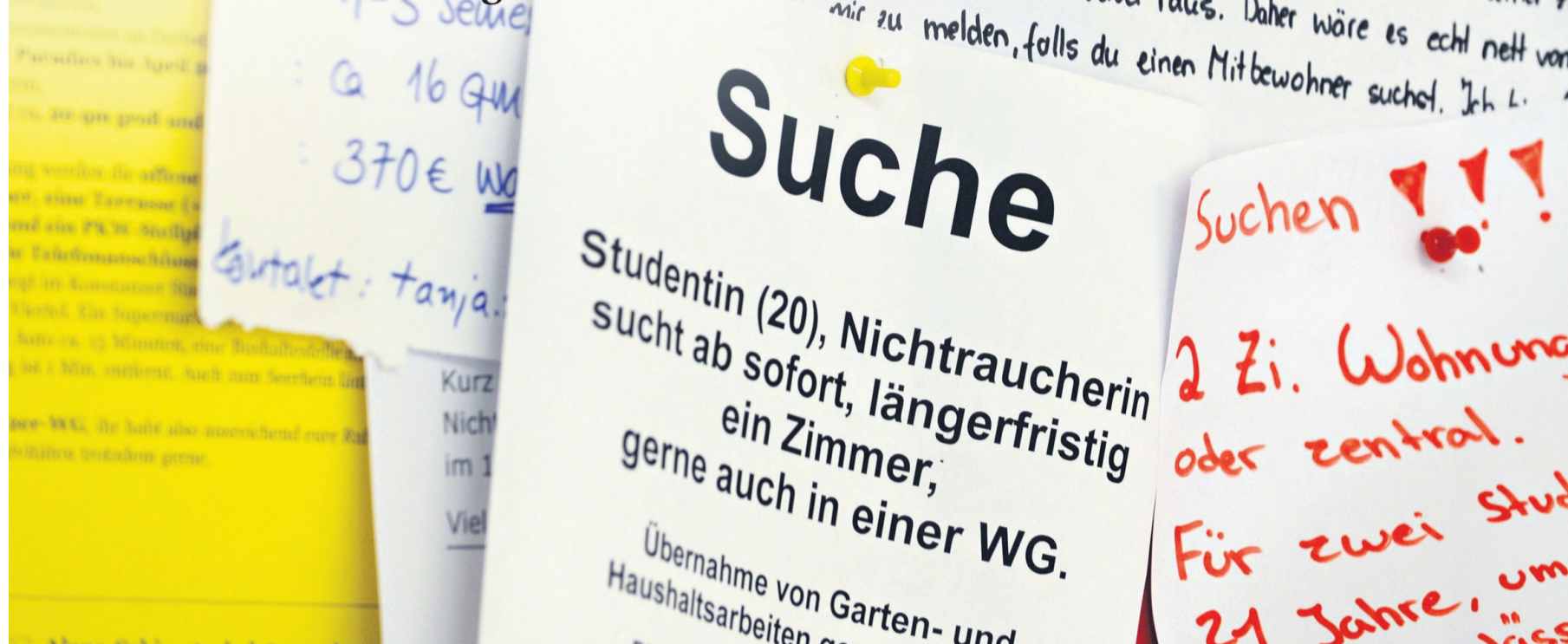
2,229 Milliarden Euro erteilt worden. Im ersten Halbjahr 2013 seien es 2,925 Milliarden Euro gewesen. Gabriel zeigte sich erfreut, dass der Gesamtwert damit um fast 700 Millionen Euro niedriger ausgefallen sei als im Vorjahr. Als besonders positiv würdige der Minister den Rückgang beim Kleinwaffenexport in Drittländer. Das sind Länder, die nicht zur Nato gehören oder Nato-Ländern gleichgestellt sind. Der Wert der Exportgenehmigungen sank von 18,2 Millionen auf nur noch 1,4 Millionen Euro. Gabriel sagte außerdem, mit der Vorlage des ersten Halbjahresberichts werde die Zusage, die Rüstungsexportpolitik transparenter zu machen, umgesetzt.

Linke erfreut Die SPD-Fraktion begrüßte, dass die Rüstungsexportpolitik mit den Halbjahresberichten und den Informations der Bundesregierung über Einzelentscheidungen des Bundessicherheitsrates viel transparenter als früher geworden sei. Die Linksfraktion zeigte sich sehr erfreut über den Rückgang in Höhe von 92 Prozent bei den Kleinwaffenexporten in Drittländer. „Wenn das so weiter geht, stimmt das hoffnungsvoll“, sagte ein Sprecher der Fraktion. Auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zeigte sich im Ausschuss erfreut, dass über Entscheidungen des Bundessicherheitsrates direkt informiert werden solle. Allerdings kritisierte die Fraktion die ihrer Ansicht nach zu späte Vorlage des Halbjahresberichts durch den Minister. Gabriel hatte den druckfrischen Bericht in die Sitzung mitgebracht und verteilt lassen. Im Gespräch mit den Abgeordneten wandte sich Gabriel dagegen, die restriktive deutsche Exportpolitik im Rahmen einer gemeinsamen europäischen Rüstungsexportpolitik aufzuweichen. hle



Teures Pauken

WOHNEN Viele Studenten ächzen angesichts mangelnder Wohnheimplätze und hoher Mieten in Hochschulstädten. Die Linksfraktion fordert eine »Wohnheimoffensive für Studierende« und ein Vorziehen der Bafög-Reform



Wohnung verzweifelt gesucht: In Hochschulstädten wie München oder Köln ein alltägliches Bild

So viele junge Menschen wie noch nie sind derzeit an einer Hochschule eingeschrieben. Das führt nicht nur zu Enge in den Hörsälen, sondern auch zu knappem Wohnraum in vielen Hochschulstädten. Viele Schulabgänger würden durch hohe Mieten vom Studium abgehalten, beklagt die Fraktion Die Linke und fordert die Bundesregierung in einem Antrag (18/2870) auf, gegen die Wohnungsnot in Hochschulstädten vorgehen. Unter anderem verlangt die Fraktion wesentliche Veränderungen in dem von der Bundesregierung unlängst beschlossenen Gesetzentwurf für eine Mietpreisbremse sowie einen »Neustart des Sozialen Wohnungsbaus«.

Es wird immer mehr zu einer sozialen Frage, ob man in einer Stadt wie München oder Köln oder Frankfurt überhaupt studieren kann, klagte die Linken-Bildungspolitikerin Nicole Gohlke am Freitag in der Bundestagsdebatte über diesen Antrag. Gohlke verwies auf die letzte Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, derzufolge im Jahr 2012 Studierende in Städten wie Hamburg, Köln und Frankfurt »im Schnitt 350 Euro hinblättern« müssten für Miete und Nebenkosten. Der Durchschnitt für alle Hochschulstädte liege »immer noch bei stolzen 298 Euro«.

Sie forderte die Bundesregierung auf, die für 2016 geplante Anpassung der Sätze nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (Bafög) vorzuziehen und die darin enthaltene Wohnkostenkomponente deutlich über die vorgesehenen 250 Euro hinaus zu erhöhen.

Besonders eklatant ist Gohlke zufolge der Mangel an Studentenwohnheimen. Nicht

einmal mehr zehn Prozent der Studierenden hätten heute einen Wohnheimplatz. Anfang der Neunziger Jahre habe diese Quote noch bei 15 Prozent gelegen. Die Linke schlägt daher ein Bund-Länder-Programm vor, um innerhalb der nächsten vier Jahre 45.000 neue Wohnheimplätze in Trägerschaft der Studentenwerke fertigzustellen.

Symptome lindern Sylvia Jörissen (CDU) hielt dem entgegen, die Linksfraktion gehe mit ihrem Antrag ein Problem an, »auf das wir bereits reagieren«. Studien zeigten, dass sich das hohe Mietniveau auf einige Städte konzentriere. Daneben gebe es auch Hochschulstädte mit wenig angespanntem Wohnungsmarkt. Eine flächendeckende Mietpreisbremse, wie die Linksfraktion sie fordere, sei darauf »keine adäquate Antwort«. Stattdessen brauche es zielgerichtete Maßnahmen, wie sie der vor kurzem von der Bundesregierung beschlossene Gesetzentwurf für eine Mietpreisbremse vorsehe. Diese sei freilich ein Instrument, das »Symptome lindert«. Längerfristig sei der Bau neuer Wohnungen notwendig, weshalb die Koalition Neubauten von der Mietpreisbremse ausnehmen werde. Jörissen regte an, darüber hinaus über steuerliche Vergünstigungen für den Wohnungsbau in Kommunen mit angespanntem Wohnungsmarkt nachzudenken.

Die CDU-Abgeordnete verwies im übrigen darauf, dass die Studierenden-Zahlen zwar laut Statistischem Bundesamt derzeit mit 2,6 Millionen auf einem Höchststand seien. Dies hänge aber mit Sonderfaktoren wie der Abschaffung der Wehrpflicht sowie doppelten Abiturienten-Jahrgängen aufgrund der Einführung des achtjährigen

Gymnasiums zusammen. Schon in wenigen Jahren würden die Zahlen wieder zurückgehen.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärte Kai Gehring, der Antrag der Linken weise »in die richtige Richtung, auch wenn wir in einzelnen Punkten nicht mitgehen können«. Auch er kritisierte, dass die Bafög-Novelle erst 2016 greifen soll. »Zwölf Semester ohne Bafög-Erhöhung, das geht doch nicht«, sagte Gehring. Er forderte zudem, den Wohnanteil im Bafög dem Mietniveau am jeweiligen Studienort entsprechend zu staffeln.

Gehring verwies aber auch darauf, dass in einigen Ländern das Problem des Wohnraummangels in Hochschulstädten inzwischen erkannt worden sei. So hätten Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg,

zwei Bundesländer mit grüner Regierungsbeteiligung, die Förderung des Wohnheimbaus ausgeweitet. Den vielfältigen Aktivitäten der Länder stehe jedoch die »Tatenlosigkeit« der Bundesregierung gegenüber.

Diesen Vorwurf wies Michael Groß (SPD) zurück. Er erinnerte unter anderem an die vor der Verabschiedung stehende Mietpreisbremse, die geplante Bafög-Novelle und das von Bundesbauministerin Barbara Hendricks (SPD) ins Leben gerufene »Bündnis für bezahlbares Bauen und Wohnen«. Allein von der Mietpreisbremse würde ein halbe Million Mieter, darunter auch viele Studenten, profitieren.

Neue Wohnheimplätze Für die von der Linksfraktion geforderte »Wohnheimoffensive für Studierende« soll der Bund 270 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich zur Verfügung stellen, die zusammen mit Mitteln der Länder für den Bau neuer Wohnheimplätze eingesetzt werden sollen. Außerdem soll der Bund den öffentlichen Wohnheimträgern Immobilien aus seinem eigenen Bestand zu Sonderkonditionen zur Verfügung stellen. Die Linken verlangen darüber hinaus, dass der Bund Länder und Kommunen dabei unterstützt, in Hochschulstädten mit besonders hohen Wohnkosten Übergangslösungen etwa in Form von Wohncontainern zu schaffen.

Einer dieser Vorschläge fand immerhin auch Zustimmung im Lager der Koalition. Der Rechtspolitiker Jan-Marco Luczak (CDU) regte an, die Bundeshaushaltsordnung so zu ändern, dass Immobilien des Bundes nicht mehr an den Meistbietenden verkauft werden müssen, sondern sie für Zwecke wie dem Studentenwohnheimbau zur Verfügung zu stellen. Peter Stützel

STICHWORT

Große Belastungen für Studenten

> **Hohe Mietkosten** Dem Deutschen Studentenwerk zufolge gibt es heute weniger Wohnheimplätze für Studenten als noch im Jahr 2008. Viele müssen sich deshalb eine Wohnung mieten: Die Ausgaben hierfür haben sich jedoch zwischen 1991 und 2012 verdoppelt.

> **Bafög** Die Wohnkostenpauschale im Bafög soll ab Herbst 2016 auf 250 Euro angehoben werden. Zwei Drittel aller Studenten in Deutschland geben aber mehr als 250 Euro für Wohnkosten aus – in Köln und München etwa sind es im Durchschnitt fast 400 Euro.

Geld für Investitionen

WIRTSCHAFT Bundestag beschließt ERP-Vermögensplan

Mit den Stimmen aller Fraktionen hat der Bundestag am Donnerstag den Wirtschaftsplan des ERP-Sondervermögens beschlossen. Aus dem nach dem früheren Marshall-Plan benannten ERP-Sondervermögen sollen für 2015 807,9 Millionen Euro bereitgestellt werden. Damit sollen besonders mittelständische Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und Angehörige Freier Berufe zinsgünstige Finanzierungen erhalten. Diese können ein Volumen von insgesamt 6,32 Milliarden Euro erreichen.

In der Debatte betonten Redner aller Fraktionen die Bedeutung der Wirtschaftsförderung angesichts der zurückgenommenen Wachstumserwartungen. Gabriele Katzmarek (SPD) sagte, die aktuellen Korrekturen an den Konjunkturprognosen würden zeigen, dass weiterhin alle Möglichkeiten genutzt werden müssten, um die Wirtschaft zu unterstützen. »Im Zentrum stehen dabei kleine und mittelständische Unternehmen. Diesen Unternehmen in ihrer Wachstumsphase und in ihrer Expansionsphase Geld in Form von Krediten zur Verfügung zu stellen, ist eine zentrale Herausforderung.« Allerdings zeigte sich Katzmarek verwundert über Aussagen von Unionspolitikern, »dass der Mindestlohn, die Frauenquote und die Rente mit 63 unsere heimische Wirtschaft gefährden oder gar direkt für die um 0,6 Prozent reduzierte Wirtschaftsprognose verantwortlich seien. Einmal abgesehen von dem logischen Bruch, dass der Mindestlohn erst in einigen Monaten wirkt, steht fest: Soziale Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Erfolg sind kein Widerspruch. Im Gegenteil: Soziale Gerechtigkeit und sozialer Frieden sind Standortvorteile in der Bundesrepublik Deutschland«, betonte die SPD-Politikerin.

Auch Andreas Lenz (CSU) kam auf die zurückgenommenen Wachstumsprognosen zu sprechen. Es müsse alles getan werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft dauerhaft zu sichern: »Das heißt, wir brauchen weiterhin einen

flexiblen und damit aufnahmefähigen Arbeitsmarkt und einen stabilen wirtschaftspolitischen Rahmen, um langfristige Investitionen zu ermöglichen.« Die ERP-Programme würden vor allem dem Mittelstand dabei helfen, diese Investitionen zu tätigen. Lenz wies darauf hin, dass lediglich acht Prozent der Investitionen vom Staat oder öffentlichen Institutionen kämen. Daher sei es wichtig, privates Kapital für Investitionen zu mobilisieren. Es gebe in Deutschland zwar gute Startprogramme für Gründer, aber wichtig sei auch Wachstumsfinanzierung nach der Gründungsphase.

Für die Opposition verwies Thomas Nord (Linke) auf die Geschichte des Marshall-Plans. Die USA hätten Deutschland 1953 einen Schuldenerlass gewährt. Damit sei das ERP-Sondervermögen ein gutes Beispiel, wie aus der Geschichte gelernt werden könne, um richtig mit der Lage in der EU und insbesondere in der Euro-Zone umzugehen: »Statt den Mitgliedstaaten die Sparmaßnahmen und bei sprudelnden Steuerquellen eine Nullrunde für den eigenen Haushalt aufzuliegen, stehen hier Wiederaufbau, wirtschaftlich sinnvolle Kredite und Schuldenerlass im Mittelpunkt einer klugen Politik.« Dies sei ein fast 70-jähriges Erfolgsmodell. »Es wird aber offensichtlich heute nicht mehr verstanden«, kritisierte Nord.

Dieter Janeczek (Grüne) sagte, angesichts der eingetribenen Konjunkturaussichten müsse man nicht das Rad neu erfinden, sondern endlich die Vorschläge, die im Raum stünden, umsetzen. Dazu zählte er die steuerliche Forschungsförderung, eine Erhöhung der Abschreibungsgrenze für geringfügige Wirtschaftsgüter und eine stärkere Förderung der Gebäudesanierung und des Breitbandausbaus. Wenn man sich die bisherige Wirtschaftspolitik der Großen Koalition ansehe, dann sei außer den bestehenden Programmen wie dem ERP nur »ein großes Nichts« zu sehen. hle

»Wir brauchen einen stabilen Rahmen, um Investitionen möglich zu machen.«

Andreas Lenz (CSU)

Nur noch ein Steueramt

FINANZEN Grüne: Länderverwaltungen zusammenlegen

Die Steuerverwaltung soll komplett auf den Bund übergehen. Dies fordert die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in einem Antrag (18/2877), der am Donnerstag vom Bundestag an die zuständigen Ausschüsse überwiesen wurde. Wie die Abgeordneten schreiben, entgehen Deutschland jedes Jahr viele Milliarden Euro an Steuereinnahmen, weil es Einzelnen erfolgreich gelinge, sich ihrer Steuerverantwortung zu entziehen. Ein Grund dafür sei die ineffiziente deutsche Steuerverwaltung der Bundesländer. »Das Nebeneinander von 16 Landessteuerverwaltungen hat sich nicht bewährt«, schreibt die Fraktion. Es gebe Koordinierungsprobleme, Informationsverluste und Anreizprobleme im Länderfinanzausgleich. Die Bürger könnten nicht immer darauf vertrauen, dass sie überall im Bundesgebiet gleich behandelt würden. Doch die Höhe der Steuerzahlung müsse von der Leistungsfähigkeit abhängen und nicht vom unterschiedlichen Vollzug am jeweiligen Wohnort oder Unternehmenssitz innerhalb Deutschlands, heißt es in dem Antrag.

Problem Umzüge In der Debatte erklärte Lisa Paus (Grüne), die Wahrscheinlichkeit, Besuch von der Steuerfahndung zu bekommen, sei in Hessen beinahe zehnmal größer als in Bayern. »Der Umzug eines Steuerpflichtigen von einem Bundesland in ein anderes stellt die Finanzämter hier und heute noch immer vor Herausforderungen unvorstellbaren Ausmaßes. Die elektroni-

schen Daten werden nämlich nicht einfach überspielt, sondern es gehen auch im 21. Jahrhundert zuweilen ausschließlich Papierakten auf die Reise«, kritisierte Paus. Wie die Grünen kritisierte auch Richard Pitterle für Die Linke die Verhältnisse bei der Steuerprüfung. 2010 habe die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) gefordert, die Steuerprüfung zu verschärfen und vor allem die Banken härter zu kontrollieren. So ließen sich Einnahmen um viele Milliarden Euro im Jahr erhöhen. Jedoch sei bis jetzt nichts passiert.

Protest der CDU Andreas Schwarz (SPD) nannte den Antrag der Grünen einen interessanten Vorschlag, »über den wir natürlich gerne diskutieren«. Die SPD setze sich für eine stärkere Koordinierung und Vereinheitlichung der Steuerverwaltung ein, um einen Standortwettbewerb zu vermeiden und einen gerechten Steuervollzug zu erreichen. Aber das Ergebnis stehe am Ende eines solchen Diskussionsprozesses fest und nicht am Anfang. Deshalb mache es keinen Sinn, den Antrag zu beschließen und damit den Verhandlungen zwischen Bund und Ländern vorzugreifen. Margaret Horb (CDU) widersprach energisch der Auffassung, in einem Land werde geprüft und im anderen weggesehen: »Ich kenne keinen Mitarbeiter, keine Mitarbeiterin, keinen Sachbearbeiter und keinen Betriebsprüfer in der Finanzverwaltung, der bei Steuerklärungen und -prüfungen wegsieht.« hle

Plädoyer für Erhalt und Pflege der heimischen Naturlandschaften

TOURISMUS Sachverständige fordern bessere Vermarktung der Naturschutzgebiete. Im Ausschuss mehr staatliche Hilfen gefordert

Eine intakte Natur ist das Kapital für eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung des Tourismus in Großschutzgebieten. Private und öffentliche Akteure sollen sich demnach stärker für deren Erhalt einsetzen und eine gemeinsame Vermarktung der Gebiete forcieren – zu diesem Fazit kamen Sachverständige vergangene Woche in einer öffentlichen Anhörung des Tourismusausschusses des Bundestages. Thema der Anhörung war die Wertschöpfung durch den Tourismus in Großschutzgebieten. Die Sachverständigen waren sich darin

einig, dass die Natur in den Schutzgebieten erhalten bleiben müsse, schließlich kämen idyllische Menschen, um sich in der unberührten Landschaft zu erholen. Darin liege großes wirtschaftliches Potential gerade für den ländlichen Raum. Die Sachverständigen wünschten sich eine dauerhaftere staatliche Unterstützung, bessere finanzielle und personelle Ausstattung und vor allem eine koordinierte, bundesweite Vermarktung der Naturschutzgebiete.

Elke Baranek, Geschäftsführerin des Europarc Deutschland e.V., des bundesweiten Dachverbandes der Nationalparks, Biosphärenreservate und Naturparks, sagte, die unberührte Natur sei Grundvoraussetzung für touristische Aktivität und der daraus folgenden wirtschaftlichen Wertschöpfung. Dazu müsse es innovative und nachhaltige Tourismusange-

bote geben, die von den Naturparkverwaltungen umgesetzt werden müssten. Zudem müssten die Urlaubsregionen von einem klaren Absender vermarktet werden. Baranek begrüßte die Pläne der Deutschen Zentrale für Tourismus (DZT), 2016 ein Themenjahr »Faszination Natururlaub in Deutschland« zu veranstalten und im Ausland zu bewerben. Diese Kampagne auch im Inland zu fahren, forderte Ulrich Köster, Geschäftsführer des Verbands Deutscher Nationalparks e.V. Er sagte, die Naturschutzgebiete seien »die Schatzkammer der deutschen Kultur«. Jeder von der öffentlichen Hand für ihren Erhalt ausgegebene Euro sei eine »kluge Investition«. Gerade die Naturparkverwaltungen müssten personell besser ausgestattet werden. Köster forderte, wie die Schweiz nationale Förderprogramme für Naturparks zu entwickeln.

Einen Blick auf das Ausland zu werfen rief Franz Leibl, Leiter der Nationalparkverwaltung Bayerischer Wald. Er pries das Beispiel Österreich, wo es eine gut funktionierende überregionale Vermarktung der Naturparks, Biosphärenreservate und Nationalparks gebe. Ähnliches schwebte ihm auch für Deutschland vor. Mario Schrupf vom Naturpark Stechlin-Ruppiner Land sagte, die Politik müsse sich der Großschutzgebiete annehmen und Natur und Landschaft langfristig sichern.

Martin Flade vom Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin wies auf die Besonderheiten von Biosphärenreservaten hin. Sie seien »keine Naturschutzgebiete im eigentlichen Sinn, sondern Experimentierfelder, auch für ökologische und nachhaltige Landnutzung«. Auch sie seien touristisch interessant, erklärte Flade, wengleich auch nicht für den Massentourismus.



Naturparks, wie hier rund um den Stechliner See, ziehen viele Urlauber aufgrund der schönen und intakten Landschaft an.

Gefährdet seien sie allerdings durch große Infrastrukturprojekte wie Stromtrassen oder Autobahnen, dem großflächigen Bau von Windkraftanlagen und der allgemeinen Sparpolitik. Flades Kollege Eugen Nowak vom Biosphärenreservat

Spreevald bedauerte, dass »private und öffentliche Tourismusakteure bisher zu wenig erkennen, dass die intakte Naturlandschaft das Kapital für eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung ist.« Julian Burgert



Es ist eine Zahl, die man sich nicht vorstellen will: Die US-Gesundheitsbehörde CDC geht in einem ihrer Szenarien von einer Zahl zwischen 550.000 und 1,4 Millionen Menschen aus, die sich bis zum Januar nächsten Jahres mit dem Ebola-Virus infizieren könnten. Zumindest dann, wenn es nicht gelingt, die Übertragungsketten in den am meisten betroffenen Ländern in Westafrika zu unterbrechen. Und es ist klar, dass das ohne Hilfe von außen nicht geht. Auf rund eine Milliarde US-Dollar beziffert etwa die Vereinten Nationen den Bedarf – und beklagte vergangene Woche, dass die internationale Staatengemeinschaft erst rund ein Viertel dieser Summe für einen UN-Sonderfonds bereitgestellt habe.

Die internationale Staatengemeinschaft reagiert spät, die Politik gesteht das auch ein. „Wir haben Ebola unterschätzt“, sagt Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD). Und auch wenn Experten zur Sachlichkeit mahnen und vor Panikmache warnen (siehe Interview rechts): Nach den ersten Übertragungen von Mensch zu Mensch in Europa und in den USA setzt sich die dringliche Einsicht durch, dass der beste Schutz vor Ebola die Hilfe für Westafrika ist. „Das, was wir jetzt tun, um in Westafrika zu helfen, ist im besten Sinne des Wortes notwendige Hilfe für die Menschen dort aber auch der wirksamste Eigenschutz für die Bevölkerung in Europa“, sagte etwa Gesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) am Donnerstag während eines Treffens mit anderen europäischen Ministern in Brüssel. Bei dem Treffen wurde unter anderem beschlossen, dass im Zusammenspiel mit der Weltgesundheitsorganisation (WHO) Reisende schon bei der Ausreise aus den drei hauptbetroffenen Ländern befragt und überprüft werden sollen, um ein weltweites Übergreifen des Virus zu verhindern. Kurz zuvor wurde vergangene Woche bekannt, dass der Haushaltsausschuss des Bundestages noch einmal zusätzliche Mittel bewilligt hat – damit stellt Deutschland jetzt insgesamt rund 100 Millionen Euro für die Bekämpfung der Epidemie bereit.

Engagement Die Frage, ob das deutsche Engagement ausreicht, beschäftigte am vergangenen Freitag auch erneut das Bundestagsplenum. Maria Böhmer (CDU), Staatsministerin im Auswärtigen Amt, verwies darauf, dass Deutschland weitere 85 Millionen Euro bereitstellen werde, 50 Millionen Euro davon noch in diesem Haushaltsjahr. Zudem sei man dabei, Freiwillige für den Einsatz in den Krisenländern gezielt auszubilden.

Den Dank für die freiwilligen Helfer verband Staatsministerin Böhmer mit der Zusage, diese im Falle einer Ansteckung zu evakuieren. Die Bundesregierung werde dazu ein Flugzeug mit einer der höchsten Ansprüchen genügenden Isolierstation anmieten. „Wir sind bereit, an Ebola erkrankte Helfer in Deutschland zu behandeln“, sagte sie. Das gelte auch für Nicht-Deutsche. Auch wenn niemand wisse, ob das die Hilfe schon ausreichend sei, stehe eines fest, sagte Böhmer: „Wir wollen und wir müssen die Ebola-Epidemie stoppen.“ Es sei gut, dass Deutschland mehr Geld für den Kampf gegen Ebola zur Verfügung stelle, sagte Niema Movassat (Die Linke). Allerdings habe im Entwicklungsausschuss schon Ende September ein Vertreter von Ärzten ohne Grenzen betont, dass es bei der ohnehin verspäteten Hilfe jetzt um Stunden und Tage, nicht um Wochen und Monate gehe. Nach Informationen aus den betroffenen Ländern komme dort jedoch auch Wochen später kaum Hilfe an. „Das ist ein Armutszeugnis für Deutschland und die gesamte Welt“, befand Movassat. Zugleich verwies er darauf, dass als Folge der

Späte Einsicht

EBOLA Deutschland verstärkt sein Engagement im Kampf gegen die Epidemie in Westafrika



Mitarbeiter des Roten Kreuzes beim Einsatz in Liberias Hauptstadt Monrovia

© picture-alliance/dpa

Ebola-Epidemie eine Hungersnot drohe. Der Kampf gegen den Hunger laufe allerdings unter erschwerten Bedingungen. 180 Millionen Dollar brauche das Welternährungsprogramm, für Logistik und Nahrungsmittel. „Das ist doch im Vergleich zu dem, was man für jeden Militäreinsatz ausgibt, eine Kleinigkeit“, sagte Movassat.

Gesundheitsversorgung Die Hilfe sei überallig, sagte Heinz-Joachim Barchmann (SPD). „Die Gefahr wurde zu lange nicht erkannt.“ Es sei die Organisation Ärzte ohne Grenzen gewesen, die als erste vor der Ebola-Epidemie gewarnt hätte. „Lange vor der Weltgesundheitsorganisation WHO“, fügte er hinzu. Die Krise zeige auch gravierende Probleme bei der Entwicklung in den betroffenen westafrikanischen Ländern auf. Es fehle unter anderem nach wie vor an einer stabilen Gesundheitsversorgung. Im Senegal und in Nigeria hingegen seien die aufgetretenen Fälle so behandelt worden, dass es nicht zu einer Epidemie gekommen sei. „Man kann also etwas machen“, sagte Barchmann.

Spätestens nachdem die Weltgesundheitsorganisation WHO Anfang August den Gesundheitsnotstand ausgerufen habe, hätte die Bundesregierung handeln müssen, sagte Uwe Kekeritz. Stattdessen diskutiere man heute über einen Entschuldigungsantrag (18/2607), der überwiegend Prüfaufträge an die Bundesregierung beinhalte. „Die Zeit der Prüfaufträge ist aber vorbei“, sagte der Grünen-Abgeordnete. Damit werde lediglich bestätigt, „dass die Bundesregierung nicht willens oder auch nicht fähig ist, entschlossen und schnell zu handeln“. Jetzt die Hilfe aufzustocken, sei seines Erachtens zu spät. „Man hätte viele Menschen retten können, wenn man schon im August gehandelt hätte“, sagte Kekeritz.

„Zu sagen: Das habe ich alles schon vorher gewusst, bringt uns nicht weiter“, entgegnete Sabine Weiss (CDU). Man müsse das Problem nun konstruktiv angehen, „so wie es die Bundesregierung tut“, sagte die Unionsabgeordnete. Weiss sagte weiter, es sei wichtig, Panik zu vermeiden. Besonders

den Medien müsse man sagen: Die Krankheit ist beherrschbar, die Ausbreitung kann gestoppt werden. Dies habe man auch nach früheren Ebola-Ausbrüchen sehen können. Sie sei im Übrigen, trotz Medienumfragen, wonach die Deutschen die Behandlung Ebola-Erkrankter in Deutschland zu 51 Prozent ablehnen würden, der Meinung, „dass die deutsche Bevölkerung es akzeptiert, wenn wir infizierte Helfer hier behandeln“.

Fehleinschätzungen Karl Lauterbach (SPD) machte deutlich, dass der Infektionsverlauf anders sei als bei vorherigen Ebola-Fällen. Lauterbach sagte zudem, dass die WHO die Situation falsch eingeschätzt habe, „und wir uns darauf verlassen haben“. Die Bundesregierung habe aber im August unmittelbar reagiert und unter anderem zwei lokale Labors sowie einen Krisenstab eingerichtet. Lauterbachs Fazit: „Es gab eine Fehleinschätzung von allen. Aber niemand hat hier gegen sein Gewissen gehandelt.“ *Götz Hausding/aheldpa*

»Westen nicht bedroht«

INTERVIEW Seuchenexperte Gottschalk zur Ebola-Katastrophe

Herr Gottschalk, die Ebola-Epidemie in Westafrika hat jetzt fast 4.500 Tote gefordert. Wie schätzen Sie die Lage ein?
Für die Afrikaner ist es eine Apokalypse. Was diese armen Menschen durchmachen, kann man sich nicht vorstellen. Aber für die westliche Welt ist das keine Bedrohung, weil unser Gesundheitssystem gut ist.

Wie konnte es dann zu Infektionen in den USA und Spanien kommen?
Das ist schwer zu sagen. Wir haben hier in Frankfurt eine lange Erfahrung mit solchen Erkrankungen, wir haben das Hochschichtlabor in Marburg, das seit 1967 mit gefährlichen Erregern arbeitet, und es hat nie eine Übertragung gegeben. Wir verfügen über eine gute Schutzausrüstung und ein sehr gutes Training. Bei uns ist niemand ein Mitarbeiter in dem Bereich allein am Patient oder muss sich allein den Schutzanzug ausziehen. Es sind immer Kollegen dabei, die helfen, auch bei der ersten Desinfektion und erst dann wird der Anzug ausgezogen. Ebola lässt sich leicht desinfizieren. Es reicht im Prinzip eine waschaktive Substanz, um es zu inaktivieren.

Wie groß ist die Gefahr, dass sich Ebola in Deutschland ausbreitet?
Was die Ausbreitung angeht: null. Dass ein Einzelfall auftreten kann, will ich gar nicht verneinen, aber Patienten würden bei uns sofort behandelt, Kontaktpersonen würden gesucht und gefunden, und im Gegensatz zu Afrika würden die sich ja auch gerne bei uns melden.

Haben wir denn wirklich genügend Isoliermöglichkeiten hier?
Wir sind weltweit führend, was die Isolierbetten angeht. Wir haben derzeit 50 und die werden wir sicher erst einmal nicht brauchen.

Selbst wenn im Supermarkt oder Fußballstadion ein Verdachtsfall auftritt, gerät das System nicht außer Kontrolle?
Nein, bei uns herrscht gesunder Menschenverstand vor. Selbst wenn jemand behaupten würde, da wäre ein Ebola-Fall, würde man das schnell in den Griff kriegen.

In einer Großstadt U-Bahn zu fahren oder ein Konzert zu besuchen, halten Sie in Zeiten von Ebola für ungefährlich?
Da kriegen Sie eher eine Meningitis oder eine Tuberkulose als irgendwas anderes.

Wie muss man sich die Rettungsschiffe vorstellen, die jetzt aufgebaut wird?
Wenn ein deutscher Mitarbeiter sich in Afrika infizieren würde, was absolut unwahrscheinlich ist, weil wir ihn schulen und er gute Schutzkleidung hat, wird eine besondere Maschine, die mit einem geschulten Team hinfliegt, ihn aufnehmen und während des Fluges versorgen können. Der Patient kommt dann in ein Behandlungszentrum und wird intensivmedizinisch betreut.

Wer ist an der Rettung beteiligt?
Bei uns in Frankfurt eingebunden ist die Flughafenfeuerwehr, die Berufsfeuerwehr, die Airportsicherheit, Bundespolizei, Landespolizei, wir vom Kompetenzzentrum, der Rettungsdienst, leitende Notärzte. Und die sind alle trainiert.

Beim Training wird geübt, wie man einen Schutzanzug an- und auszieht?
So ist es. Da achte ich sehr darauf, dass niemand in einem Schutzanzug arbeitet, der nicht trainiert ist.

Ist Ebola drastischer als das, was Sie an Infektionskrankheiten schon hatten?
Für den, der es hat, ist es eine schlimme Erkrankung. Aber Ebola ist eigentlich einfach zu bekämpfen, weil es nicht über die Luft übertragen wird wie Grippe, es ist auch nicht übertragbar, bevor Symptome aufgetreten sind und Sie können sich nur infizieren, wenn sie ganz nah an den Patienten herangehen. So eine Erkrankung ist für einen Seuchenbekämpfer eigentlich ideal. Aber für den, der Ebola abbekommen hat, ist es ganz schlecht.

Muss sich die Bevölkerung in dieser Lage irgendwie vorbereiten?
Nein, überhaupt nicht. Es gibt für Deutschland keine Bedrohungsszenarien. Wir müssen jetzt den Afrikanern dringend helfen. Aber diese Epidemie ist mit den Maßnahmen des öffentlichen Gesundheitsdienstes dort nicht mehr zu stoppen. Die westliche Welt hat viel zu lange zugehört, ohne etwas zu tun. Wir müssen jetzt auf einen Impfstoff warten. Aber das ändert nichts daran, dass für Deutschland keine Bedrohungslage da ist.



René Gottschalk ist Arzt und Afrikaexperte.

Was halten Sie von Kontrollen an Flughäfen mit Fiebermessungen?
Das macht keinen Sinn. Sie können ein ganzes Flugzeug mit Ebola-Infizierten haben, wenn die innerhalb der Inkubationszeit einreisen und keine Symptome haben, dann finden Sie die nicht. Und wenn Sie im Ausland sind und unbedingt heim wollen, weil sie krank sind, wissen aber, dass Fieberscreenings gemacht werden, dann können Sie das Fieber so weit runter kriegen, dass die Geräte nicht anspringen. Außerdem müssten sie dann ja auch den Bus- und Zugverkehr screenen, das ist schwierig.

Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass ein Impfstoff bald bereit steht?
Es gibt schon Tests an gesunden Freiwilligen. Da ist es relativ wahrscheinlich, dass es in absehbarer Zukunft einen Impfstoff geben wird.

Sprechen wir nächstes Jahr noch immer über Ebola?
Im ersten Quartal auf jeden Fall. Dann haben wir hoffentlich einen Impfstoff.

Das Gespräch führte Claus Peter Kosfeld. ||

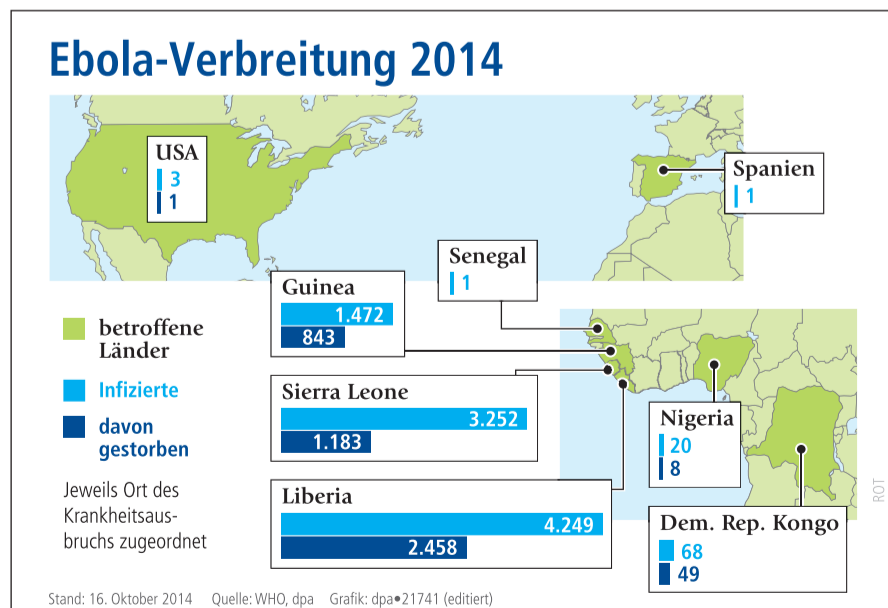
Professor René Gottschalk ist Infektiologe und Sprecher des Ständigen Arbeitskreises der Kompetenz- und Behandlungszentren für hochkontagiose und lebensbedrohliche Erkrankungen. Der STAKOB ist seit 2014 aktiv und beim Robert-Koch-Institut (RKI) angesiedelt.

Alle sind in der Pflicht

HILFEN Die Seuchen-Bekämpfung in Westafrika ist eine globale Aufgabe

Die Vereinten Nationen kritisieren, dass die internationale Hilfe nur schleppend anlaufe: Die Zusagen für den Sonderfonds zur Bekämpfung von Ebola in Westafrika belaufen sich bisher nur auf rund ein Drittel der eigentlich anvisierten eine Milliarde US-Dollar. Es ist aber nicht so, dass die Welt tatenlos beiseite steht: Annähernd 400 Millionen Dollar haben die UN-Hilfsorganisationen und andere Organisationen für den Kampf gegen Ebola von Staaten, der Afrikanischen Union, der Europäischen Union und anderen bekommen. Bereits Anfang August sagte die Weltbank zudem Nonthilfen in Höhe von 200 Millionen US-Dollar zu, sie verdoppelt Ende September diesen Betrag auf 400 Millionen Dollar.

Die internationale Hilfe erschöpft sich aber nicht nur in Geld-Beträgen: Von den 4.000 Soldaten, die US-Präsident Barack Obama in das Katastrophengebiet zu schicken versprochen, sind mittlerweile knapp 600 angekommen. Darüber hinaus entsandten die USA rund 100 zivile Ärzte und Pfleger – gleiches tut übrigens auch Kuba mit mehreren Hundert Medizinern und Fachkräften. Die Bundeswehr plant gemeinsam mit der französischen Armee eine Luftbrücke in die von der Ebola-Epidemie betroffenen Länder aufzubauen sowie einen Lufttransportstützpunkt in der Region einzurichten. Zudem



soll unter anderem das Deutsche Rote Kreuz dabei unterstützt werden, ein mobiles Krankenhaus mit mehr als 200 Betten sowie zwei Gesundheitsstationen aufzubauen und zu betreiben. Immer deutlicher zeigt sich die Herausforderung, bei den nun immer stärker anlaufenden Unterstützungen, die Fäden in der

Hand zu behalten, Hilfen dorthin zu bringen wo sie am besten wirken – sei es als Ausbildung, medizinische Aufklärung, beim Bau von Krankenstationen oder beim Transport von Ausrüstung. Für den Ebola-Sonderbeauftragten der Bundesregierung, Walter Lindner, ist diese Koordination nichts Geringers als eine „Mega-Aufgabe“. *aheldpa*

Das Killer-Virus aus dem Kongo

FAKTEN ZU EBOLA Das Viruskrankheit sorgt in Afrika seit Jahren für Angst

Der jüngste Ausbruch des Ebola-Virus ist der schwerste in der knapp 40-jährigen dokumentierten Geschichte dieser gefährlichen Krankheit. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) bezeichnete die Ebola-Epidemie unlängst als den schlimmsten Gesundheitsnotfall in der jüngeren Geschichte. Generaldirektorin Margaret Chan sagte, sie habe niemals zuvor eine Gesundheitskrise erlebt, die so viel Angst und Schrecken verbreitet habe. Inzwischen wurden der WHO aus sieben Ländern insgesamt mehr als 8.900 Erkrankte gemeldet, rund 4.500 erlagen dem Virus. Die WHO fürchtet bis Dezember pro Woche bis zu 10.000 neue Ebola-Fälle in Westafrika. Die am stärksten betroffenen Länder sind Liberia, Sierra Leone und Guinea.

HERKUNFT Das Ebola-Fieber ist eine für Menschen oft tödlich verlaufende Virus-Infektion. Experten vermuten, dass Flughunden den Virus-Herd in sich tragen und ursprünglich für die Verbreitung sorgten. Benannt ist die Krankheit nach einem Fluss im Kongo, dort brach die gefährliche Infektion erstmals 1976 aus. Unterschieden werden fünf Virus-Arten: Zaire, Sudan, Tai Forest, Bundibugyo und Reston. Bei der aktuellen Epidemie in Westafrika handelt es sich um den Zaire-Virus.

INFEKTION Eine Übertragung der Krankheit ist von Tier oder Tierprodukten zu Mensch und von Mensch zu Mensch möglich. Infizierte Menschen können das Virus über ihre Körperflüssigkeiten weitergeben: Blut, Speichel, Spermen, Schweiß, Urin und Erbrochenes oder über Gegenstände, die mit infektiösen Flüssigkeiten in Kontakt gekommen sind, etwa Operationsbesteck oder Bettwäsche. Infizierte Menschen sind auch nach ihrem Tod noch ansteckend. Eine Übertragung über die Luft ist bisher nicht nachgewiesen. Sobald Infizierte Krankheitszeichen entwickeln und so lange sie Fieber haben, sind sie auch ansteckend. In Samenflüssigkeit können die Viren bis zu drei Monate nach der Genesung noch enthalten sein.

AUSBRUCH Die Inkubationszeit, also jene Zeitspanne von der Infektion bis zum Ausbruch der Krankheit, beträgt meist acht bis zehn Tage. Die ersten Symptome der Krankheit sind unspezifisch und ähneln einem Grippeinfekt. Es kommt zu Fieber, Kopf- und Muskelschmerzen, Übelkeit und Durchfall. Später können heftige innere und äußere Blutungen folgen sowie Hals-schmerzen, Brustschmerzen, Schluckbeschwerden und Atemnot. Die Diagnose im Labor ist aufwendig, wobei das Ebola-Virus

teilweise erst 72 Stunden nach Beginn der Symptomatik nachgewiesen werden kann. Die Sterblichkeitsrate liegt je nach Virus-Art zwischen 30 und 90 Prozent, im Fall des Zaire-Virus in Westafrika bei über 50 Prozent.

BEHANDLUNG Einen Impfstoff gegen Ebola gibt es nicht, ebenso wenig eine spezifische Therapie. Behandelt werden nur die Symptome. Hoffnung macht ein neues Medikament namens ZMapp der US-Firma Mapp Biopharmaceutical mit drei verschiedenen Antikörpern. Das kanadische Unternehmen Tekmira Pharmaceuticals hat ein Produkt namens TKM-Ebola entwickelt. Beide Präparate sind aber noch nicht systematisch an Menschen getestet worden. Derzeit sind die Wirkstoffe auch nicht in ausreichend großen Mengen verfügbar, weil die Seren die vorgeschriebenen klinischen Tests noch nicht durchlaufen haben. Weitere Medikamente werden derzeit erprobt. *Claus Peter Kosfeld*



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Erste freie und geheime Wahlen

TUNESIEN Am 26. Oktober wird in Tunesien, dem Ursprungsland des Arabischen Frühlings, das Parlament gewählt. Mehr als 15.000 Kandidaten in 1.327 Listen treten an. Das neue Wahlgesetz sieht eine paritätische Besetzung der Listen mit Frauen und Männern vor. Über fünf Millionen Wahlberechtigte haben sich registriert, um die 217 Volksvertreter zum ersten Mal in der Geschichte des Landes frei und geheim zu wählen.

Nachdem der langjährige Diktator Ben Ali am 14. Januar 2011 nach Saudi-Arabien geflüchtet war, errang die islamistische Nahda bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung im Oktober 2011 die Mehrheit. Nach langen und kontroversen Diskussionen verabschiedete diese Anfang des Jahres eine neue Verfassung, die Meinungs- und Gewissensfreiheit sowie die Gleichstellung der Geschlechter sichert. Sie gilt als eine der modernsten im arabischen Raum.

Im vergangenen Jahr hatten zwei politische Morde und die sich verschlechternde Wirtschafts- und Sicherheitslage Tunesien in eine politische Krise gestürzt. Demonstrationen eines breiten Bündnisses von Opposition und Zivilgesellschaft forderten den Rücktritt der Nahda-Regierung und führten zum politischen Stillstand. Erst ein von Gewerkschaft, Arbeitgeberverband und Zivilgesellschaft organisierter Nationaler Dialog konnte einen Konsens und Ausweg finden: Unmittelbar nach Unterzeichnung der Verfassung am 27. Januar übergab die Nahda unter Führung von Rached Ghannouchi und die 2011 von Béji Caïd Essebsi gegründete säkulare Partei Nida Tounes. Aufgrund der zersplitterten Parteienlandschaft und des Listenwahlrechts ist mit einer Koalitionsregierung zu rechnen.

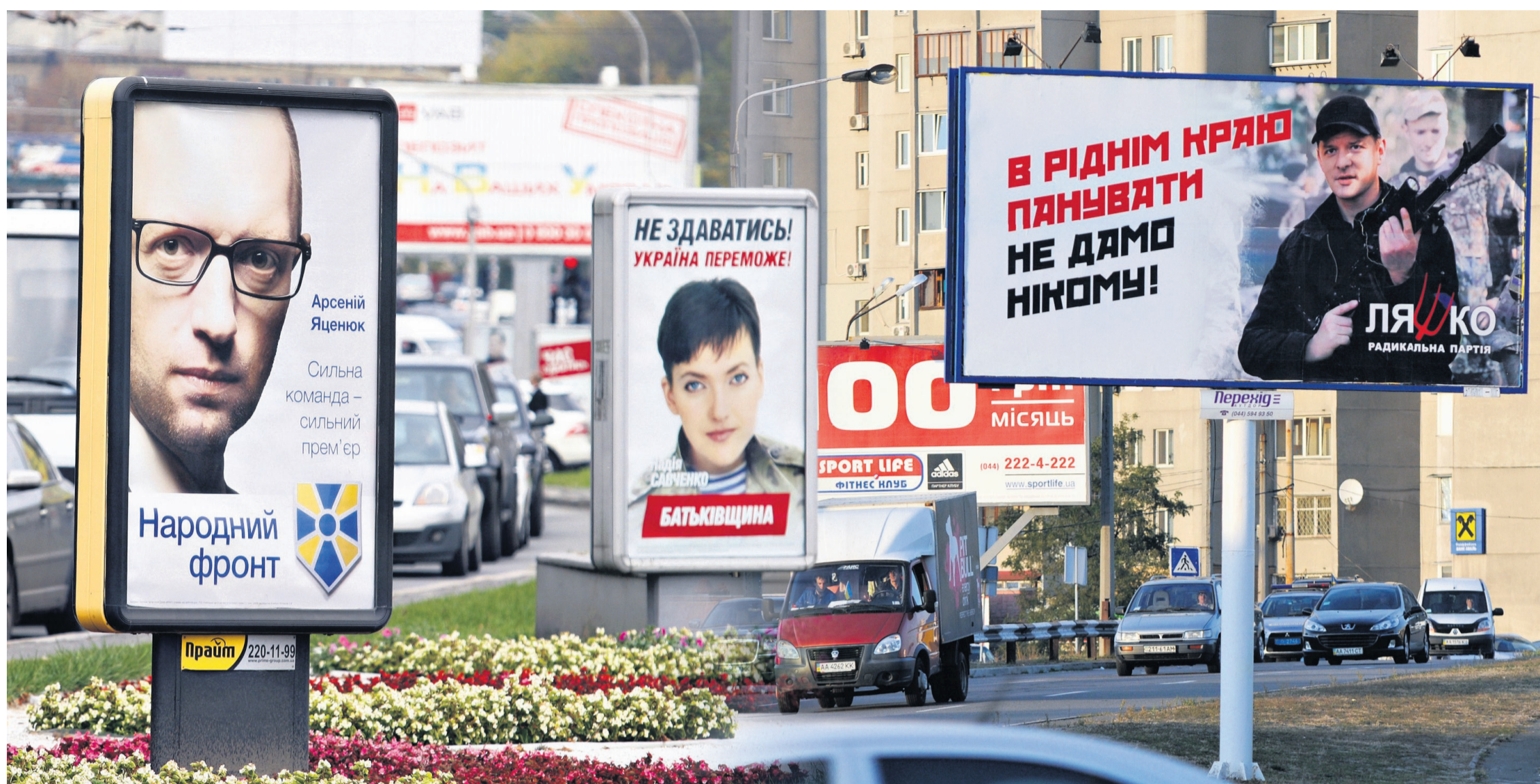
Am 23. November finden zudem Präsidentschaftswahlen statt, für die sich 27



Wählerregistrierung im Zentrum der Hauptstadt Tunis

Kandidaten beworben haben, unter anderem der derzeitige Amtsinhaber Moncef Marzouki und der 87-jährige Béji Caïd Essebsi. Verlaufen beide Wahlen friedlich und demokratisch, kann der tunesische Weg zum Beispiel in der Region und in der Welt für einen friedlichen Übergang in die Demokratie werden. *Annette Steinich*

Die Autorin ist freie Journalistin in Tunesien.



Die Parteien werben mit einer Kampfpilotin (Mitte) und Mitgliedern der ukrainischen Freiwilligenbataillone (rechts). Links ein Plakat von Premier Arsenij Jazeniuk „Volksfront“

© picture-alliance/dpa/Collage: Stephan Roters

Poroschenkos Siegeszug

UKRAINE Das Präsidenten-Bündnis dürfte die Parlamentswahl gewinnen. »Volksrepubliken« nehmen nicht teil

Ganz Kiew ist gepflastert mit Wahlplakaten, im Fernsehen laufen rund um die Uhr Wahlwerbespots, und in den Talkshows kämpfen die Kandidaten mit harten Bandagen um die Wählerherzen. Am kommenden Sonntag wählt die Ukraine ein neues Parlament, und alles scheint wie immer.

Das gilt auch für die Praxis der Wählerbestechung: Nachdem die im Mai abgehaltenen Präsidentschaftswahlen praktisch ohne sie auskamen, wird sie nun wieder massiv angewendet. Kandidaten asphaltieren Straßen, schenken Kindergärten neue Spielplätze oder verteilen bei Wahlkampfevents Essen und Getränke. Viele Politiker sehen die Wahl als letzte Chance, einer Strafverfolgung zu entgehen. „Mindestens zwei bis drei Millionen Dollar gibt jeder Kandidat für diese Wahlen aus“, schätzt Witalij Teslenko, Direktor des „Ukrainischen Wählerkomitees“. Ein Drittel bis die Hälfte davon werde in die oben genannten Wahlgeschenke investiert.

Neue Parteien Geändert hat sich jedoch die politische Landschaft des Landes. Über die letzten zehn Jahre dominierte die Konkurrenz zwischen der „Partei der Regionen“ und einer eher westukrainisch geprägten Partei den Wahlkampf. In diesen Wahlen nimmt die durch die Flucht von Ex-Präsident Wiktor Janukowitsch delegitimierte „Partei der Regionen“ jedoch nicht mehr teil. Ein deutlicher Sieg wird dagegen dem

Parteienbündnis von Präsident Petro Poroschenko vorhergesagt. Poroschenkos eigene Partei „Solidarnost“ ist zwar unbedeutend, allerdings hatte er sich schon vor den Präsidentschaftswahlen mit „UDAR“ verbündet, der Partei von Vitali Klitschko, die landesweit über einen funktionsfähigen Parteiapparat verfügt. Laut Umfragen wird der „Block Poroschenko“ mit 30 bis 40 Prozent im Abstand die stärkste Kraft im Parlament.

Kriegsmüdigkeit Die Stärke der Präsidentenpartei ist auf Poroschenkos Friedenskurs zurückzuführen: Zwar wird im Osten noch immer um einzelne strategisch wichtige Punkte gekämpft. Aber die im September in Minsk zwischen Kiew, Moskau und den Separatisten getroffenen Vereinbarungen haben das Land dem Frieden einen großen Schritt näher gebracht (siehe auch Seite 11). Den hat die wirtschaftlich am Abgrund stehende Ukraine bitter nötig. So sieht das auch das Gros der Bevölkerung: Schon Mitte August sprach sich nur noch ein Drittel der Ukrainer für eine Fortsetzung des Krieges aus, mehr als die Hälfte traten für eine Kompromisslösung ein.

Von den 28 Parteien, die bei den Wahlen antreten, werden neben Poroschenkos Partei nur vier oder fünf über die Fünf-Prozent-Hürde kommen. Zweitstärkste Kraft wird wohl die „Radikale Partei“ von Oleh Ljashko, der mit seinen nationalistischen und populistischen Losungen auf mehr als zehn Prozent kommen dürfte. Benötigt Poroschenkos Partei einen Koalitionspartner,

wird dies wohl die „Volksfront“ sein, die Partei des jetzigen Premierministers Arsenij Jazeniuk. Dieser hatte sich im Sommer mit seiner Partei von Julia Timoschenko losgesagt.

Das Erbe von Janukowitsch, „Partei der Regionen“ tritt die Partei des Milliardärs Sergej Tigipko, der „Oppositionelle Block“ und die Kommunistische Partei an. Auf deren Listen stehen die meisten ehemaligen „Regionalen“. Keine der drei Parteien wird jedoch als politische Kraft bedeutsam sein. Insbesondere die Kommunistische Partei steht unter Druck: Im Juli löste Poroschenko die Parlamentsfraktion der Partei auf, ein Verbotsantrag der Partei liegt derzeit im Justizministerium. Grund ist die angebliche Unterstützung der Separatisten. Viele heutige Abgeordnete aus dem Janukowitsch-Lager treten bei der Wahl zudem als Direktkandidaten an. Dies ist möglich, weil das Parlament sich zur Hälfte aus Direktkandidaten und zur Hälfte aus Listenkandidaten formiert.

Der Wahlkampf ist geprägt von Patriotismus und Populismus. In mehreren Parteien treten führende Mitglieder der ukrainischen Freiwilligenbataillone an, die Liste der Timoschenko-Partei führt sogar eine ukrainische Kampfpilotin an, die derzeit in Russland in Untersuchungshaft sitzt.

Immer wieder kommt es zu Gewalt, und zwar ausschließlich gegenüber Angehörigen des früheren Regimes. In Odessa wurde Nestor Schufritsch, Abgeordneter der „Partei der Regionen“, von einem nationalistischen Mob brutal verprügelt. Mehrfach warfen militante Nationalisten frühere Angehörige des Regimes in Müllimer. Verantwortlich zeichneten Angehörige des „Rechten Sektors“, und auch der Radikale Oleh Ljashko legt gerne selbst Hand an.

Im Osten wird es keine Parlamentswahl geben, 35 der 450 Sitze bleiben vakant.

Nach der Wahl wird Poroschenko eine Hausmacht im Parlament haben, mit der er die vom Maidan geforderten grundlegenden Reformen umsetzen könnte. Denn bislang ist wenig passiert. Erst mit dem Nahen der Neuwahlen stieg die Reformwilligkeit der Regierung. Ende vergangener Woche trat das „Gesetz über die Reinigung der Behörden“ in Kraft, das sich an der „Lustration“ in Polen nach dem Ende der Sowjetunion orientiert. Es ermöglicht, „belastete“ Mitglieder des früheren Regimes und vom KGB ausgebildete Beamte mit zehnjährigem Berufsverbot zu belegen. Der Präsident hatte die Unterschrift bis zuletzt hinausgezögert, denn das Gesetz betrifft über eine Million Staatsbeamte der ukrainischen Bürokratie.

In seiner letzten Sitzung verabschiedete das Parlament mehrere wichtige Antikorrupti-

onsgesetze, darunter die Einrichtung eines Antikorruptionsbüros. Die eilige Abstimmung über die Gesetze – zu deren Überwachung Präsident Poroschenko extra ins Parlament kam – macht auf Experten jedoch den Eindruck eines Wahlkampfmanövers. „Diese Gesetze machen nur den Anschein von echten Reformen“, sagt etwa der Kiewer Politologe Juri Romanenko.

Vakante Sitze In den von den Separatisten besetzten Gebieten im Osten werden die Parlamentswahlen nicht stattfinden, das hat die Wahlkommission schon eingestanden. Etwa dreißig der 450 Sitze bleiben deshalb vakant. Die Führung der selbst ernannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk organisiert am 2. November eigene Wahlen. Beobachter erwarten, dass sich bei den Wahlen die jetzigen Führer der Volksrepubliken durchsetzen werden. Konkurrenten droht die physische Ausschaltung: So wurde Mitte Oktober das Auto von Pawel Gubarjew, der sich im Frühjahr zum Volksgouverneur erklärt hatte, beschossen. Gubarjew überlebte schwer verletzt und liegt seitdem in einem Krankenhaus in Südrussland.

Präsident Poroschenko hat klargemacht, dass er diese Wahlen nicht anerkennen wird. Stattdessen bietet Kiew den beiden Gebieten Kommunalwahlen für den 7. Dezember. Eine Durchführung erscheint jedoch als unwahrscheinlich.

Moritz Gathmann || Der Autor berichtet als freier Journalist aus Russland und der Ukraine.

Anzeige

DAS WILL ICH LESEN!

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Meinung.
Mehr Parlament.*

Bestellen Sie unentgeltlich vier kostenlose Ausgaben. Lieferung immer montags druckfrisch per Post.

Telefon 069-75014253
parlament@ds-parlament.de
www.ds-parlament.de



Premier gegen Bürgermeister

RUMÄNIEN Duell zwischen Victor Ponta und Klaus Iohannis bei der Präsidentschaftswahl

Er gilt als dröge, trocken, langweilig – kurz, als extremes Gegenstück zum bisher in Rumänien anerkannten Idealtyp eines Politikers. Die müssen vor allem in TV-Talkshows temperamentvoll brillieren. Dennoch haben Rumäniens verbündete Mitte-Rechts-Parteien PNL und PDL es gewagt, den Siebenbürger Sachsen Klaus Iohannis, seit 14 Jahren Bürgermeister von Sibiu (Hermannstadt), als Kandidaten bei der Präsidentschaftswahl Anfang November ins Rennen zu schicken. Ausschlaggebend waren die Umfragewerte: Iohannis kommt dabei mit Sympathiewerten von knapp unter 50 Prozent von allen Oppositionspolitikern seinem sozialdemokratischen Konkurrenten, dem bisherigen Premier Victor Ponta, am nächsten, der bei knapp über 50 Prozent liegt.

Das Staatsoberhaupt Rumäniens verfügt zwar kaum über Kompetenzen in der Sozial- und Wirtschaftspolitik, doch seine Rolle in der Sicherheits- und Außenpolitik sowie

als Oberbefehlshaber der rumänischen Streitkräfte machen ihn zu einem wichtigen Akteur. Dementsprechend sind das Interesse und die Beteiligung der Rumänen an den Präsidentschaftswahlen meistens größer als bei den Wahlen zum Parlament. Amtsinhaber Traian Băsescu darf nach zehn Jahren nicht noch einmal antreten. Allen Umfragen zufolge kann sich Victor Ponta die größten Chancen ausrechnen, dessen Nachfolger zu werden. Seine Partei,



Victor Ponta (oben) und Klaus Iohannis

die PSD, regiert seit 2012 das Land. Ponta, der mit dem bürgerlichen Băsescu häufig genug über Kreuz lag und diesen 2012 per Referendum aus dem Amt hebeln wollte, verweist auf eine aus seiner Sicht gute Bilanz in der Wirtschaftspolitik: Das Bruttoinlandsprodukt hat wieder das Vorkrisenniveau erreicht, drastische Sparmaßnahmen der liberalen Vorgängerregierungen wurden rückgängig gemacht. Viele Anhänger betrachten die zahlreichen Korruptionsaffären prominenter Sozialdemokraten als zweitrangig. Pontas aussichtsreichster Gegenkandidat Iohannis wirbt vor allem um die Stimmen der Mittelschicht in den Großstädten. Genau wie Ponta tritt er für die Euro-Einführung und eine klare europäische Position gegen die Einmischung Russlands in der Ukraine und im Nachbarland Moldau ein. Doch vor allem will der Kandidat der Opposition mit dem Motto punkten, er stehe mit „weniger Spektakel, weniger Lärm, mehr Seriosität“ für eine neue politische Kultur. Mit solchen Sätzen versucht Iohannis auch jene wahlmüden Rumänen zu erreichen, die von der gesamten politischen Klasse enttäuscht sind.

Silviu Mihailda ||

Der Autor ist freier Osteuropa-Korrespondent.

Hilfen für AKP-Staaten

ZUSAMMENARBEIT 6,28 Milliarden Euro für Entwicklungsfonds

Deutschland wird sich in den Jahren 2014 bis 2020 mit 6,28 Milliarden Euro am Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) beteiligen. Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD nahm der Bundestag vergangenen Donnerstag einen entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung (18/2588) zum „Internen Abkommen“ zur Einrichtung und Finanzsicherung des Fonds an. Der EEF ist das wichtigste Instrument der EU-Entwicklungszusammenarbeit mit der Gruppe der Staaten in Afrika, im Karibischen Raum und im Pazifischen Ozean (AKP) und den überseeischen Ländern und Gebieten. Die Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen begrüßten, dass mit dem „Internen Abkommen“, die Weichen gestellt werden, den EEF ab 2020 in den regulären EU-Haushalt zu überführen. Sie begründeten ihre Haltung jedoch unter anderem damit, dass derzeit aus dem Fonds auch für die Militärausbildung im Rahmen der African Peace Facility finanziert werde. Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen votierte das Plenum zudem für eine Reihe von Änderungen im Partnerschaftsabkommen zwischen der EU und AKP-Staaten, zu denen die Bundesregierung ein Gesetzentwurf vorgelegt hatte (18/2591). Dazu zäh-

len unter anderem die Aktualisierung der Bestimmungen zur politischen Dimension des Abkommens – das nunmehr der gestiegenen Bedeutung neuer Akteure in den Partnerstaaten, insbesondere auf regionaler Ebene Rechnung tragen soll. Zudem sind demnach Vorschriften zum AKP-EU-Handelsregime seit Ende 2007 gegenstandslos und sollen nunmehr von den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) abgelöst werden. Neue Regelungen gehen auf Strategien zur Unterstützung der Integration der AKP-Staaten in den Welthandel ein, insbesondere durch Handelshilfe. Aus Sicht von Frank Heinrich (CDU) belege das Abkommen „einmal mehr, wie wichtig der EU die Zusammenarbeit mit den AKP-Staaten“ ist. Sascha Raabe (SPD) forderte, dass den Partnerländern bei den EPAs die Möglichkeit eingeräumt wird, „sensible Produkte von der Liberalisierung auszunehmen und dauerhaft zu schützen“. Heike Hänsel kritisierte, dass mit den vorgesehenen Handelshilfen Entwicklungsgelder umgewidmet würden, „um die Interessen der europäischen Unternehmen zu bedienen“. Auch Uwe Kekeritz (Grüne) verwies auf die „eindeutig“ negativen Auswirkungen der EPAs: „Sie drohen eine eigenständige und nachhaltige Entwicklung in den Partnerländern zu verhindern.“ *ah*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



»Kompetenzen überschritten«

EUROPA Der Europäische Gerichtshof (EuGH) verhandelt seit vergangenen Dienstag über die umstrittene Ankündigung des Chefs der Europäischen Zentralbank (EZB), Mario Draghi, aus dem Jahr 2012, für die Euro-Rettung notfalls auch unbegrenzt Staatsanleihen aus Euro-Krisenstaaten zu kaufen. Deutsche Kritiker werten dies als Verstoß gegen das EU-Recht und Kompetenzüberschreitung der EZB. Der geplante massenhafte Anleihenkauf sei eine verbotene Finanzierung von Staaten mit der Notenpresse, urteilten die Kläger, der CSU-Bundestagsabgeordnete Peter Gauweiler, die frühere Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin (SPD), die Bundestagsfraktion „Die Linke“ sowie der Verein „Mehr Demokratie“.

Mit dem in Aussicht gestellten Kaufprogramm verlagere die EZB Solvenzrisiken in Höhe immenser Milliardenbeträge von den Gläubigern der Krisenstaaten auf die Steuerzahler der Euro-Länder, kritisierte der Anwalt Gauweilers vor Gericht. Linken-Fraktionschef Gregor Gysi warf der Notenbank vor, die Käufe nur unter der Auflage von Sanierungsprogrammen für Krisenländer vorzunehmen. Diese bedeuteten aber einen „gewaltigen Sozialabbau“.

Der EZB-Vertreter Hans-Georg Kamh hielt dagegen, in der Krise sei der Beschluss eine „notwendige und angemessene Reaktion“ gewesen. Sie sei durch das Mandat der EZB gedeckt. Hauptaufgabe der Notenbank ist es, die Preisstabilität im Euro-Raum zu sichern. Ein Vertreter der Bundesregierung argumentierte, die bloße Ankündigung sei kein Verstoß gegen das Mandat des EZB. Bisher sei das so genannte OMT-Programm („Outright Monetary Transactions“) nicht genutzt worden.

Tatsächlich kam es in der Praxis bisher nicht zu den Anleihekäufen – die bloße Ankündigung sorgte für eine Beruhigung der Schuldenkrise. Deutschland hatte 2012 im EZB-Rat gegen das OMT-Programm gestimmt.

Das Bundesverfassungsgericht hatte die Sicht der Kläger im Februar gestützt und das Programm als rechtswidrig bezeichnet. Jedoch überließ es dem EuGH die Entscheidung. Das Urteil wird in einem Jahr erwartet. Beobachter gehen davon aus, dass die Luxemburger Richter „EZB-freundlich“ entscheiden werden.

job |



Der runde Tisch hat nichts genutzt: Putin, Merkel und Poroschenko in Mailand (v.l.n.r.)

© picture-alliance/dpa

OSZE-Mission in der Ukraine

AUSWÄRTIGES Deutschland und Frankreich hoffen bis Ende Oktober auf Klarheit über eine mögliche gemeinsame Überwachungsmission im Osten der Ukraine. Die Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) und Laurent Fabius erneuerten in Berlin das Angebot, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) dafür auch Drohnen zur Verfügung zu stellen. Die Antwort der OSZE steht noch aus. Umstritten ist, ob eine solche Mission durch bewaffnete Soldaten von Bundeswehr und französischer Armee geschützt werden darf.

Steinmeier sagte, er gehe davon aus, dass die Prüfung des deutsch-französischen Angebots „noch in diesem Monat abgeschlossen wird“. Beide Minister verwiesen aber darauf, dass noch eine Reihe von Hindernissen zu überwinden seien. Dazu gehört, dass die OSZE eigentlich keine bewaffneten Missionen unternimmt. Auch das ukrainische Parlament müsste einer solchen Vereinbarung zustimmen.



Auf dem Weg zum Auswärtigen Ausschuss: Frank-Walter Steinmeier (SPD, links) und Laurent Fabius

Fabius sagte, er hoffe auf eine „möglichst schnelle Entscheidung“. Zugleich riefen die Minister Russland und die Ukraine auf, die jüngsten Vereinbarungen für eine friedliche Lösung des Konflikts endlich auch vollständig umzusetzen.

Fabius hatte vergangene Woche als erster französischer Außenminister an einer Sitzung des Bundeskabinetts teilgenommen. Zudem nahmen die beiden Minister an einer Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages teil. Thema der Konsultationen war zudem die Entwicklung der Wirtschaft in beiden Ländern.

dp/scl |

Ziele verfehlt

EUROPA Die Krisendiplomatie am Rande des Europa-Asiens-Gipfels ist gescheitert: Keine Lösung in Ukraine-Frage

Eigentlich wollten die rund 50 Spitzenpolitiker auf dem zweitägigen Europa-Asien-Gipfel Ende vergangener Woche über eine engere Zusammenarbeit in den Bereichen Handel und Wirtschaft sprechen. Doch viel entscheidender war letztlich das, was am Rande des offiziellen Treffens in Mailand geschah. Bis spät in die Nacht redeten Russlands Präsident Wladimir Putin und Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) miteinander, um eine Lösung im Ukraine-Konflikt zu finden oder wenigstens eine Annäherung zu erreichen. Es ging vor allem um die von der EU geforderte Überwachung der russisch-ukrainischen Grenze, über die immer wieder militärischer Nachschub für die prussischen Separatisten

gestützt und Russland vorgeworfen, eine Krise zu provozieren“, sagte der russische Staatschef. Den Westen warnte er vor weiteren Sanktionen. „Wir hoffen, dass unsere Partner die Rücksichtslosigkeit der Erpressungsversuche gegen Russland begreifen.“ Unterstützung bekam Putin dafür von der Linkenfraktion im Bundestag. Deren Ansicht, dass die Sanktionen falsch seien und ihre Wirkung verfehlten, bekräftigte Fraktionschef Gregor Gysi erneut. „Ohne eine Rücknahme der Sanktionen ist das Verhältnis zu Russland nicht zu normalisieren“, donnerte Gysi. Auch die Verschiebung des Petersburger Dialogs wertete er als „völlig falsches Signal“. Er plädierte für mehr statt weniger Dialog und deutlich engere politische, ökonomische und zivilgesellschaftliche Beziehungen. Nur so könne ein Krieg zwischen Russland und dem übrigen Europa ausgeschlossen werden.

»Den entscheidenden Beitrag zur Deeskalation muss Russland leisten.«

Angela Merkel (CDU)

Demgegenüber gab die Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Katrin Göring-Eckardt, der Kanzlerin eine Bitte auf den Weg nach Mailand: „Sagen Sie Herrn Putin unmissverständlich, dass die EU ihre Sanktionen erst lockern wird und kann, wenn seinen Ankündigungen auch Taten folgen und die Ukraine nicht mehr gewaltsam destabilisiert wird.“ Bis Redaktionsschluss sah es nicht danach aus, als würde das Ringen um eine Zukunft der Ukraine positiv entschieden. Annäherungen gab es immerhin im Gastreit. Am frühen Abend hieß es, man habe sich auf Grundsätze eines Vertrages geeinigt, der die Gasversorgung Europas im Winter sichern solle. Ein Teilerfolg, immerhin.

Drohendes Scheitern Für Bundeskanzlerin Merkel geht das Ringen um Lösungen schon Ende dieser Woche weiter. Auf der Agenda des EU-Gipfels stehen dann allerdings zwei ganz andere, aber nicht weniger wichtige Themen: das Klima und die Konjunktur. So wollen die 28 Staats- und Regierungschefs über die Klima- und Energieziele der Union bis zum Jahr 2030 beraten

– und diese eigentlich auch beschließen. Die Kommission hatte im Januar konkrete Vorschläge vorgelegt: Sie will den Ausstoß von Treibhausgasen im Vergleich zu 1990 um 40 Prozent verringern, den Anteil erneuerbarer Energien auf mindestens 27 Prozent steigern und den Primärenergieverbrauch um 30 Prozent senken. Eine Einigung gilt als wichtiges Signal für die Verhandlungen über ein globales Klimaschutzabkommen Ende 2015 in Paris. Doch Merkel zeigte sich im Bundestag skeptisch, ob das alles so kommen wird. „Uns stehen schwierige Verhandlungen bevor“, räumte sie ein. Während Deutschland sich noch ehrgeizigere Klimaschutzziele vorstellen könne, gingen die Vorschläge der EU-Kommission anderen EU-Mitgliedern „entschieden zu weit“.

Wachstumspaket Der Vorschlag des neuen EU-Kommissionschefs Jean-Claude Juncker, ein 300-Milliarden-Euro-Konjunkturpaket für mehr Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit in Europa zu schnüren, dürfte auf dem Gipfel weniger kontrovers diskutiert werden. Allerdings ist bislang unklar, aus welchen Töpfen es finanziert werden soll. Gegen Junckers Pläne, dafür ungenutzte Gelder aus dem Euro-Rettungsfonds ESM zu nehmen, regt sich Widerstand. „Hände weg vom ESM“, warnte Hans-Peter Friedrich (CSU) im Bundestag. Er sieht für die Finanzierung Spielräume im EU-Haushalt und will private Investitionen stärker fördern. Auch der SPD-Fraktionsvorsitzende Thomas Oppermann betonte: „Der ESM darf nicht geplündert werden.“ Eine Zweckentfremdung der Mittel komme für die SPD nicht in Betracht. Anders hatte sich zuvor jedoch der Präsident des Europäischen Parlaments, der Sozialdemokrat Martin Schulz, geäußert. „Ein Teil der ungenutzten ESM-Mittel könnte es der Europäischen Investitionsbank ermöglichen, für einige wenige Jahre deutlich mehr Förderkredite zu vergeben.“ Dass schnell gehandelt werden muss, ist angesichts der dramatischen Lage in der Eurozone allen klar: Die Konjunktur ist eingebrochen, die Deflationsgefahr steigt. Lange nicht mehr hat man so besorgte Mienen bei Europas Währungshütern gesehen.

Johanna Metz |

Grenzschutz im Fokus

MENSCHENRECHTE I Kritik an Frontex-Operation »Triton«

Die Bundesrepublik wird sich voraussichtlich mit Hubschraubern und sogenannten „Debriefern“ an der geplanten Operation „Triton“ der EU-Grenzschutzorganisation Frontex beteiligen, die Anfang November anlaufen soll. Das teilte ein Vertreter des Bundesinnenministeriums vergangene Woche im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe mit. Bei Debriefern handelt es sich um Beamte, die unter anderem ankommende Geflüchtete registrieren. Ziel der Operation der EU-Grenzschutzagentur sei der Schutz und die Überwachung der Außengrenzen. Laut Bundesregierung sollen aber auch Kapazitäten zur Rettung von Schiffbrüchigen vorhanden sein. Der genaue Operationsplan sei aber noch nicht bekannt, da dieser noch zwischen Italien und Frontex ausgehandelt werde. Die monatlichen Kosten der Operation bezifferte der Vertreter des Innenministeriums auf 2,9 Millionen Euro.

Ein Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen kritisierte, dass die Frontex-Operation keinen Ersatz für die italienische Marineoperation „Mare Nostrum“ (Unser Meer) darstelle. Die italienische Regierung hatte in Reaktion auf den Untergang eines Schiffes mit Geflüchteten im Oktober 2013, bei dem mehr als 360 Menschen starben, die Marine

angewiesen, Flüchtlinge auf dem Meer zu retten. Die Operation soll bald auslaufen. Italien hatte die EU aufgefordert, die Aktion, die rund neun Millionen Euro pro Monat kosten soll, zu übernehmen. Ein Vertreter der Linkenfraktion kritisierte, dass „Mare Nostrum“ eingestellt werde, weil die EU dafür kein Geld bereitstellen wolle. Die Frontex-Operation sei hingegen eine „neue Flüchtlingsjagd“. Ein Vertreter der SPD-Fraktion betonte die positive Wirkung von „Mare Nostrum“ und hob hervor, dass Abschreckung gegenüber Flüchtlingen nicht helfen werde. Vielmehr müsse die Verteilung besser organisiert und die Aufnahmekontingente erhöht werden. Ein Vertreter der CDU/CSU-Fraktion verwies in Bezug auf die Flüchtlingsproblematik auf die afrikanischen Staaten, die ebenfalls Verantwortung übernehmen müssten.

Eine Vertreterin des Auswärtigen Amtes berichtigte in diesem Kontext, dass die Bundesregierung daran arbeite, insbesondere in nordafrikanischen Mittelmeeranrainerstaaten einersetzlich den Grenzschutz und die Verfolgung von Schleusern zu verbessern, andererseits nationale Asylsysteme aufzubauen. Dazu sollen demnächst Fortbildungen für Vertreter aus Tunesien und Marokko stattfinden.

scr |

Anspruch und Wirklichkeit

MENSCHENRECHTE II EU-Jahresberichte 2012 und 2013

Mit den Stimmen der Koalition und gegen die Stimmen der Opposition hat der Bundestag vergangene Woche den EU-Jahresbericht 2012 über Menschenrechte und Demokratie in der Welt sowie den Entwurf des EU-Jahresberichts 2013 angenommen (18/2866; Ratsdokumente 9431/13 und 10848/14).

Mit der Verleihung des Friedensnobelpreises an die EU im Jahr 2013 sei eine große Erwartung an die Gemeinschaft verbunden worden – deshalb müsse die EU ihre Menschenrechtspolitik weiterentwickeln, sagte Frank Schwabe (SPD). Er begrüßte den erstmaligen strategischen Aktionsplan der EU und die Schaffung eines EU-Sonderbeauftragten für Menschenrechte. Dessen Mandat laufe aus, müsse aber verlängert werden.

Annette Groth (Die Linke) beanstandete, dass die Berichte nur Menschenrechtsverletzungen außerhalb der EU beleuchteten, aber die diejenigen innerhalb der Gemeinschaft verschweigen würden. So würden keine Konsequenzen aus Waffenlieferungen an autoritäre Staaten genannt und auch die negativen Folgen von Freihandelsabkommen fehlten. Auch die EU-Flüchtlingspolitik werde nicht in den Berichten erwähnt. Es sei eine Schande, dass die Operation „Mare Nos-

trum“ zur Rettung Schiffbrüchiger beendet werde.

Tom Koenigs (Bündnis 90/Die Grünen) forderte die EU dazu auf, die Menschenrechte als Leitlinien der Außenpolitik fortzuführen und Verletzungen intern zu unterbinden. Als Beispiel nannte er die „offene Wunde“ Mittelmeer. Auch er kritisierte, dass das Programm „Mare Nostrum“ der italienischen Regierung aus Kostengründen eingestellt werde.

Erika Steinbach (CDU) begrüßte, dass es einen Sonderbeauftragten der EU für Menschenrechte gibt und sprach sich für eine Verlängerung seines Mandats aus. „Er hat seine Arbeit gut gemacht“, urteilte sie. Zugleich wies Steinbach auf zahlreiche Verletzungen der Menschenrechte weltweit hin. So mache sie die Gewalt gegen religiöse Minderheiten besonders im Nahen Osten durch die Terrorgruppe IS fassungslos. Zugleich verteidigte sie die deutschen Waffenlieferungen an die kurdischen Peschmerga. Bei Enthaltung der Grünen lehnte das Parlament einen Entschließungsantrag der Linken (18/2896) ab, der eine Reihe von Vorgaben zur künftigen Ausgestaltung der EU-Jahresberichte enthält, für die sich die Regierung in Brüssel stark machen sollte. job |

Start mit Gegenwind

ENTWICKLUNG Textilbündnis für faire Arbeitsbedingungen

Der Minister setzt ein Zeichen, aber nicht alle ziehen mit: Als Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) am vergangenen Donnerstag jene 29 Unternehmen und Verbände vorstellte, die an dem von ihm initiierten Bündnis gegen die Ausbeutung von Textilarbeitern im Ausland teilnehmen, fiel die Liste kürzer aus als geplant. Mehr als die Hälfte der Partner, die Müller für seine Initiative gewinnen wollte, traten dem Bündnis nicht bei.

dieser Argumentation hält. Entlang der Produktionsketten in der Bekleidungsbranche seien „Ausbeutungsstrukturen einer globalen Wirtschaft“ sichtbar, sagte Müller. „Diese neue soziale Frage muss auf den Tisch, ihr kann sich niemand entziehen.“ Wenn Branchenverbände nun aussteigen würden, dann spreche das für sich und sei auch nicht eins zu eins mit der Haltung in den Unternehmen gleichzusetzen, sagte Müller. Die Verbände müssten ihren Mitgliedern konkret beantworten, ab welchem Lebensalter sie die Arbeit von Kindern in Entwicklungsländern für gerechtfertigt halten. Der Minister unterstrich, dass es nicht um eine Verdopplung der Preise für Textilien gehe: Mit einem Euro pro Kleidungsstück ließen sich existenzsichernde Löhne und Bildung für Kinder in Entwicklungsländern wie Bangladesch ermöglichen – ein „Sprung beim Wertschöpfungspotenzial“ solcher Länder.

Ein Vertreter der SPD-Fraktion nannte den Ausstieg der Verbände kurz vor Gründung des Bündnisses eine „Unverschämtheit“. Diese würden mit dieser Reaktion nun selbst die Frage aufwerfen, ob man mit verbindlichen Regeln für die Branche nicht weiterkomme als mit einem Bündnis, das freiwillige Selbstverpflichtungen definiere. Ein Vertreter der Grünen nannte das vom Minister anvisierte Textilsiegel das „Gegenstück von verbindlichen Regelungen“. Auch die Linkenfraktion machte sich für gesetzliche Regelungen stark. Ein Vertreter der Unionsfraktion sprach hingegen von einer „kritischen Situation“ für mittelständische Unternehmen, die etwa Folgekosten bei der Kontrolle der Lieferketten nicht abschätzen könnten. Er brachte ein Modell „abgestufter Verantwortlichkeiten“ ins Spiel für solche Unternehmen, die nicht über eine „internationale Rechtsabteilung“ verfügen.

aha |



Minister Gerd Müller und die Ausschussvorsitzende Dagmar Wöhl (beide CSU)

Ziel der Initiative ist es, soziale und ökologische Mindeststandards in der Produktions- und Lieferkette von Textilien durchzusetzen – und zwar „vom Baumwollfeld bis zum Bügel“, wie Müller betont. Und genau in diesem Anspruch sieht ein Teil der Branche offenbar ein Problem: Unternehmen könnten nicht jeden Produktionsschritt bei ihren Lieferanten und Subunternehmern im Ausland komplett überwachen, argumentierte etwa der Gesamtverband Textil und Mode.

Bereits am Vortag hatte Müller im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung deutlich gemacht, was er von



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Die letzten beiden Jahre seiner zweiten Amtszeit könnte Präsident Barack Obama (Mitte) angesichts der Mehrheiten der Republikaner in beiden Kongresskammern nur noch eingeschränkt regieren. Mitch McConnell, Fraktionschef der Republikaner im Senat (links), und John Boehner, Sprecher des Repräsentantenhauses (rechts), in dem die „Grand Old Party“ bereits heute die Mehrheit hat.

Satelliten für Entwicklung

STUDIE Das Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) sieht ein deutliches Potenzial der Fernerkundung durch Satellitentechnik für die Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika. Wie es in einem Bericht für den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung heißt (18/581), sei Afrika der Kontinent mit der geringsten Verfügungsgewalt über zivile Fernerkundungssysteme. Angesichts „ökologischer und sozialer Probleme (Desertifikation, Erosion, Stadtentwicklung)“ und angesichts der Herausforderungen des Klimawandels sehen die Gutachter gerade in dieser Weltregion einen hohen Bedarf an der Nutzung der Satellitentechnik. Der Bericht, den das Plenum am vergangenen Freitag in die Ausschüsse überwiesen hat, lenkt den Blick unter anderem auf die US-Entscheidung, die mit öffentlichen Geldern finanzierten Fernerkundungsdaten frei zugänglich zu machen, sowie die chinesisch-brasilianische Entscheidung, die Daten des bilateralen Fernerkundungssystems CBERS Anwendern in Afrika kostenlos zur Verfügung zu stellen. „Diese Maßnahmen tragen zum Abbau bestehender Barrieren bei und fördern eine selbstbestimmte Nutzung der Fernerkundung in afrikanischen Ländern, wozu unterschiedliche völkerrechtliche Vereinbarungen auffordern.“ Die europäischen Strukturen – etwa die Europäische Weltraumagentur (ESA) und die Europäische Organisation für die Nutzung meteorologischer Satelliten (EUMETSAT) – sind in den Augen der Gutachter „besonders geeignet, um über Erleichterungen beim Datenzugang die Anwendungsmöglichkeiten der Fernerkundung in Afrika zu verbessern“. *aha*

Das Zugpferd zieht nicht mehr

USA Vor den Kongresswahlen gehen die Demokraten auf Distanz zu ihrem Präsidenten

Wer den Abstand messen will, den inzwischen viele demokratische Amtsinhaber vor den Halbzeit-Wahlen zum US-Kongress am 4. November zwischen sich und ihrem Parteifreund im Weißen Haus zu bringen versuchen, kommt an diesem Video nicht vorbei. Alison Lundergan Grimes wird darin gefragt, ob sie bei den Wahlen 2008 und 2012 für Barack Obama gestimmt hat. Eigentlich unverfänglich für eine Demokratin. Doch die hoffnungsvolle Kandidatin im Kohle-Bundesstaat Kentucky für den Senat verdreht die Augen, sucht nach Ausreden, beschreibt sich als Hillary Clinton-Fan und flüchtet am Ende ins Wahlgeheimnis – ein klares Ja kommt ihr nicht über die Lippen. Grimes' Distanzierung ist vor den „mid-terms“, bei denen ein Drittel der 100 Senatoren und sämtliche 435 Abgeordneten des Repräsentantenhauses zur Wahl stehen, symptomatisch. Der Hoffnungsträger von einst, auf dessen Sympathiewellen 2008 Dutzende Politiker ins Parlament gespült wurden, gilt sechs Jahre später als politischer Totengräber, von dem man sich am besten fernhält. Der Liebeszug geht so weit, dass Obama in spielscheidenden Bundesstaaten wie Alaska, Louisiana, Arkansas, Montana, South Dakota oder West Virginia im Wahlkampf als unerwünschte Person gilt. „Nicht Obama steht auf dem Wahlzettel“,

sagt stellvertretend Senator Mark Udall aus Colorado, „sondern ich.“ Viel steht auf dem Spiel. Nachdem das Repräsentantenhaus 2010 an die Republikaner fiel und dort auch bleiben wird, müssen die Demokraten nun auch mit dem Verlust ihrer knappen Mehrheit im Oberhaus rechnen. Von 36 Sitzen, die neu zu vergeben sind, werden 21 von Demokraten gehalten. Den Konservativen reicht der Zugewinn von sechs Mandaten, um eine Mehrheit von 51 zu 49 zu erreichen. Gewinnen können sie nach Einschätzung des Politikwissenschaftlers Larry Sabato von der Universität Virginia „acht bis neun“. Dass sie es schaffen, davon geht das nahezu komplette Feld der Auguren aus. Allen voran Nate Silver, der zuletzt punktgenau das Ergebnis der zweiten Obama-Wahl prognostiziert hatte. Er sieht die Konservativen mit „mehr als 60 Prozent“ vorn. Dabei sind Zwischenwahlen im Kongress kein Strafenfest der Demokratie. Vor vier Jahren zog es nicht einmal 40 Prozent der Wahlberechtigten an die Urne. Diesmal interessieren sich laut einer aktuellen Gallup-Umfrage nur noch 33 Prozent für die Zwischenwahlen. Bei den tendenziell Obama und den Demokraten zugetanen Wählern

der Altersklasse 18 bis 29 Jahre sind es nur fünf Prozent. Hauptgrund: Der Kongress hat sich den Ruf einer unproduktiven Kampfstätte parteipolitischer Blockade-Ideologen erworben, die das Land in den Stillstand führen. Wer seinen beruflichen Lebensmittelpunkt mit „Capitol Hill“ angibt, findet sich in den Rankings der beliebtesten Berufe regelmäßig am Ende; noch hinter Gebrauchtwagenhändler oder Zuhälter. Wer in dieser Gemengelage dennoch zur Urne geht, schreibt das Magazin „Politico“, verteilt in der Regel Denkartikel. Hauptadressat: Obama. In der wöchentlich vermessenen Medien-Demokratie Amerikas sind seine Zustimmungsraten auf Tiefstwerte um die 40 Prozent gesunken. Außenpolitisch gilt Obama vielen als Zauderer, dessen Taktikerei – siehe Syrien – Amerika am Ende teuer zu stehen kommen könnte. Innenpolitisch hat die Administration durch eine nicht abbreifende Welle von Skandalen, die von der politisch gefärbten Steuerbehörde IRS bis zum jüngsten Versagen der Personenschützer vom Secret Service reichen, einen so schweren Stand, dass Obamas Pluspunkte untergehen. In den vergangenen 55 Monaten hat die US-Wirtschaft zehn Millionen Jobs ge-

schaffen – „das längste ununterbrochene Jobwachstum in unserer Geschichte“, wie der Präsident nicht müde wird zu betonen. Aber er dringt damit nicht mehr durch. Über die Konsequenzen einer möglichen „Ein-Parteien-Herrschaft“ in beiden Kammern des Parlaments kursieren verschiedene Ansichten. Die konventionelle Betrachtung erwartet eine Beschleunigung der Machtlosigkeit Obamas in den letzten zwei Jahren seiner Amtszeit. Gegen die Einheits-Front der „Grand Old Party“ (GOP) werde Obama nur noch mit präsidialen Verordnungen anrennen können, vermutet das „Wall Street Journal“. Andere halten ein Abdriften in eine Veto-Republik, in der sich Parlament und Weißes Haus gegenseitig nur noch mit Verfahrenstricks neutralisieren, für unwahr-

scheinlich. „Die Republikaner könnte sich im Falle einer Machtübernahme im Senat keine Fundamental-Opposition mehr leisten. Sie müssen beweisen, dass sie etwas gestalten wollen“, sagen Wissenschaftler der Denkfabrik Brookings. Andernfalls könne die Präsidentschaftswahl 2016 für die GOP zum Fiasko werden. Als Schreckensszenario gilt den Konservativen dagegen ein Patt im Senat. Bei 50 zu 50 Sitzen würde Vizepräsident Joe Biden in strittigen Abstimmungen die Rolle als Zünglein an der Waage zufallen. Obamas treuer Eckkehard als mächtigster Mann Amerikas? *Dirk Hautkapp*

Der Autor ist USA-Korrespondent der Funke Mediengruppe.

»Nicht Obama steht auf dem Wahlzettel, sondern ich.«

Mark Udall, demokratischer Senator aus Colorado

STICHWORT

US-Kongresswahlen 2014

- > **Wahlverfahren** Alle zwei Jahre werden die derzeit 435 Abgeordneten des Repräsentantenhauses und rund ein Drittel der insgesamt 100 Senatoren gewählt.
- > **Mehrheitsverhältnisse** Derzeit halten die Demokraten im Senat eine knappe Mehrheit von 53 Sitzen gegenüber 45 Republikanern und zwei Unabhängigen. Im Kongress stellen die Republikaner seit der Wahl 2012 mit 233 Abgeordneten die Mehrheit.
- > **Kompromisse** Verlieren die Demokraten die Senatsmehrheit, wäre Obamas Projekt einer Einwanderungsreform nur mit deutlichen Zugeständnissen an die Republikaner möglich.

Widerstand gegen AKW

EUROPA Mit Erlaubnis der Europäischen Kommission subventioniert Großbritannien den Neubau des Atomkraftwerkes Hinkley Point C im Südwesten Englands – zum Ärger der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. In einem Entschließungsantrag (18/2895) forderten sie die Bundesregierung am vergangenen Donnerstag auf, gegen die Entscheidung der EU-Kommission eine Nichtigkeitsklage beim Europäischen Gerichtshof einzureichen oder sich der Klage Österreichs anzuschließen. Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt nahm die Regierung in die Pflicht: „Wenn Sie es ernst meinen mit dem Atomausstieg und der europäischen Energiewende, dann müssen Sie gegen diese Fehlentscheidung Druck machen.“ In der namentlichen Abstimmung fand der Antrag jedoch keine Mehrheit. Nur 118 Abgeordnete stimmten ihm zu, 475 lehnten ihn ab, darunter auch Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD). Sie hatte den Beschluss der Kommission in der Vorwoche noch als „grundfalsch“ kritisiert und Verständnis für die Anknüpfung Österreichs geäußert, Klage einzureichen. Wenn ein Kernkraftwerksbetreiber mit öffentlichen Geldern unterstützt werden soll, muss die EU-Kommission – wie bei anderen Unternehmen auch – prüfen, ob die Förderung in Einklang mit den EU-Staatshilfe-Richtlinien erfolgt. Dies wurde im konkreten Fall bejaht. Der Neubau soll 43 Milliarden Euro kosten. Geplant ist, dass die beiden Reaktoren im Jahr 2023 in Betrieb gehen. Bis 2030 will Großbritannien acht weitere Reaktoren bauen. *job*

Das gefährliche Leben der Parlamentsabgeordneten

IRAK In der vergangenen Woche wurde wieder ein Abgeordneter in Bagdad gezielt von der Terrormiliz IS getötet. Für die Volksvertreter beginnt nun erneut ein Versteckspiel

Er war auf dem Nachhauseweg von einer Parlamentsitzung, als die Autobombe vergangenen Dienstag explodierte und Ahmad al-Khafaji tötete. Es war die erste Sitzung der Volksvertreter nach dem islamischen Opferfest. Der schiitische Abgeordnete hatte eine lange Woche Urlaub hinter sich und war guter Dinge, die enormen Herausforderungen dieser Tage im Irak zusammen mit seinen 327 Kollegen angehen zu wollen. Der Mann, der im Auto saß und die Bombe zündete, war kein geringerer als ein Cousin von Abu Bakr al-Bagdadi, Chef der Terrortruppe IS („Islamischer Staat“) und selbst ernannter Kalif eines Deschihadisten-Staates. Der Anschlag habe gezielt dem Abgeordneten gegolten, besagte eine Mitteilung des IS tags darauf. Die Bombe riss außer al-Khafaji weitere 22 Menschen in den Tod und verletzte 60 Personen. Parlamentsabgeordnete im Irak leben gefährlich. Wieder, muss man sagen. Denn schon einmal, in den Bürgerkriegsjahren 2006/07 und 2008, waren sie Zielscheibe

des Terrors. Damals bombte Al-Qaida gegen die amerikanischen und britischen Besatzer und gegen alle, die mit ihnen zusammenarbeiteten. Man wollte der US-Administration keine Chance geben, einen neuen, demokratischen Staat aufzubauen. Ein funktionierendes Parlament war den Extremisten ein Dorn im Auge. Fast jede Woche wurde ein Abgeordneter entweder getötet, bedroht oder seine Familienmitglieder wurden verschleppt. Die parlamentarische Arbeit wurde zum Versteckspiel. Wahlkämpfe fanden zumeist ohne öffentliche Auftritte statt, Wahlplakate wurden ohne Fotos gedruckt und selbst in den Medien waren Fernsehinterviews rar. Erst 2010, als die Zahl der Anschläge merklich nachließ, die Amerikaner Al-Qaida als besiegt erklärten und guten Gewissens ihren Abzug aus dem Irak planten, kehrte so etwas wie Normalität in den parlamentarischen Alltag ein. Die Abgeordneten zeigten sich mehr und mehr in der Öffentlichkeit, es gab Debatten und Talk-Shows. Der Wahlkampf im Frühjahr 2014 war der bunteste, den Irak jemals erlebt hat. Hunderte von Wahlplakaten hingen zuweilen dicht gedrängt und säumten Bagdads Straßen. Unter ihnen viele Frauen. Die Parteien, Listen und Allianzen warben offen mit den Gesichtern ihrer Kandidaten. Als das neu

gewählte Parlament sich am 1. Juli zu seiner konstituierenden Sitzung zusammenfand, waren die Killer des Islamischen Staates bereits über das Land hergefallen. Seitdem hat sich vieles verändert. **Ohne Recht und Gesetz** Shirouk Abayachi ist nervös. Nicht nur, weil die Terrorbande ihren Parlamentskollegen umgebracht hat, sondern weil auch sie sich zunehmend bedroht fühlt. Sie wolle eigentlich keine Leibwächter, sagt die Abgeordnete der kleinen Partei „Allianz für zivile Demokratie“, die es auf Anhieb ins Parlament schaffte: „Ich will frei sein.“ Doch angesichts der sich derzeit häufenden Bombenanschläge, gezielten Tötungen durch Erschießen und Entführungen, ist Abayachi gezwungen, ihren persönlichen Schutz zu verstärken. Sie ist aus ihrer Wohnung ausgezogen in ein mit Sicherheitskontrollen ausgerüstetes Hotel, fährt mit einem gepanzerten Fahrzeug zum Parlament und hat Bodyguards engagiert. „Es herrscht kein Recht und Gesetz derzeit in Bagdad, alle wollen die Straße besetzen.“ Wenn man an einem Kontrollpunkt vorbeikommt, wisse man oft nicht, von welcher Miliz er unterhalten werde. Bewaffnete Gruppen aller Art dominieren das Stadtbild. Das mache Angst.

Vor zehn Jahren kam die 56-Jährige aus Wien in ihre Geburtsstadt Bagdad zurück und wollte eigentlich nur ihre Mutter besuchen. „Bagdad lag in Ruinen“, erinnert sie sich, „die Menschen waren müde und ich war schockiert.“ Sie blieb und half. Jetzt ist die Bauingenieurin in die Politik eingestiegen. Die erste Sitzung der neuen Volksvertreter war sie ein Ereignis. „Es war bewegend für mich, alle aufzustehen und die

Nationalhymne gespielt wurde.“ Zum ersten Mal spürte Shirouk so etwas wie nationale Identität. Im Irak ist das keine Selbstverständlichkeit. Die meisten der 33 Millionen Einwohner fühlen sich entweder ihren Ethnien oder ihren Religionen zugehörig. Übergreifende Parteien wie Shirouks „Allianz für zivile Demokratie“, die säkular geprägt Kurden, Araber und Christen vereinen, haben noch keine breite Zustimmung

erfahren. Lediglich vier Sitze konnte die Allianz erringen. Nachdem die sektiererische Politik des vorigen Premiers Nuri al-Maliki die unterschiedlichen Gruppen des Vielvölkerstaates gegeneinander aufgebracht hat, kommt dem neuen Regierungschef, Haider al-Abadi, nun die Versöhnrolle zu. Um gegen den IS ankämpfen zu können, muss er die Volksgruppen einen. Nur eine politische Lösung führt letztlich zum Erfolg. Wie schwierig dies ist, zeigten die letzten Tage. Noch immer ist das Kabinett unvollständig, obwohl der Premier bereits bei seiner Amtseinführung Anfang September versprochen hatte, innerhalb einer Woche die umstrittenen Posten des Innen- und Verteidigungsministers zu besetzen. Beide Ressorts sind für die Sicherheitskräfte zuständig, die derzeit in einem desolaten Zustand sind. Nun hat er sich abermals Bedenken zum Parlament ausgedrückt, bis er mehrheitsfähige Kandidaten gefunden hat. In der Zwischenzeit greifen die IS-Kämpfer weiter an. Ohne klare Befehle und Kommandostrukturen seitens der Regierung haben Armee und Polizei kaum Chancen, ihnen standzuhalten. *Birgit Svensson*



Abgeordnete Shirouk Abayachi: »Ich will frei sein.«

Die Autorin arbeitet als freie Journalistin im Irak.



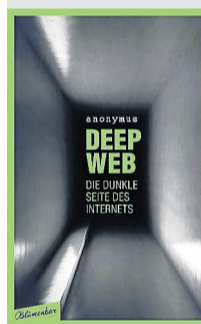
KURZ REZENSiert



Julia Encke:
Charisma und
Politik

Carl Hanser Verlag,
München 2014;
176 S., 17,90 €

Es fehlt der Politik an Typen. An Typen, die Menschen begeistern und an denen sie sich zugleich reiben können. Und weil es an diesen Typen fehlt, die Politik zunehmend von Technokraten und glatten Karrieristen geprägt wird, wenden sich die Bürger von ihr ab. Wann auch immer solche beliebten Verallgemeinerungen bemüht werden, fallen stets die gleichen Namen. Die Namen jener Politiker, die es früher schafften, die Menschen in ihren Bann zu ziehen: Konrad Adenauer, Willy Brandt, Franz-Josef Strauß oder Herbert Wehner. Julia Encke, Feuilletonredakteurin der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“, hat sich dieses Phänomens angenommen und ein Plädoyer für mehr Charisma und Leidenschaft in der Politik vorgelegt. Sie weiß natürlich, dass das Bild des charismatischen Politikers in Deutschland historisch belastet ist. Es sei Konsens, „dass Charisma durch den Appell an die niederen Instinkte und emotionalen Triebe der Massen automatisch den Volkswillen korumpiert“. Dennoch zeigt sie sich davon überzeugt, dass eine „lebendige Demokratie“ charismatische Politiker nicht fürchten muss. Die „schöpferische Kraft des Charisma“ könne im positiven Sinne vielmehr vor Teilnahmslosigkeit schützen. Als Kronzeuge muss einmal mehr Barack Obama herhalten. Das mag wenig originell sein, doch vorbei kommt man am US-Präsidenten wohl nicht bei diesem Thema. Nicht immer mag man Encke in ihrer Einschätzung folgen, welche Politiker über Charisma verfügen – etwa im Fall von Marina Weisband, der ehemaligen politischen Geschäftsführerin der Piratenpartei. Aber Encke stellt die Piratin, die sich aus freien Stücken aus der ersten Reihe der Politik zurückzog, geschickt als Gegenentwurf zu Karl-Theodor zu Guttenberg dar, dessen Selbstinszenierung sie als Blendwerk enttarnt. Es ist vor allem die Darstellung solcher Gegensätze – etwa Joschka Fischer und Gerhard Schröder auf der einen und Angela Merkel auf der anderen Seite –, die das Buch lesenswert machen. **aw**



Anonymus:

Deep Web.
Die dunkle Seite
des Internets.

Aufbau Verlag,
Berlin 2014;
221 S., 17,99 €

Die „dunkle Seite des Internets“ will ein anonym Autor seinen Lesern näher bringen. Das klingt reißerisch und geheimnisvoll. Doch die Geschichte, die „Anonymus“ – dahinter versteckt sich der Journalist Alexander Krützfeldt – zu erzählen hat, ermüdet den Leser schnell und lässt ihn vor allem ratlos zurück. Erzählt wird die Geschichte einer Recherche auf jenen abgelegenen und geheimnisvollen Pfaden der weltumspannenden Datenautobahn, auf denen sich der durchschnittliche Internet-Nutzer nicht verirren wird. Es ist der virtuelle Tummelplatz all derer, die sich nicht in die Karten schauen lassen wollen: Dissidenten, Hacker, Journalisten, Geheimdienste, Waffen- und Drogenhändler, Verkäufer von Kinderpornografie. Zugang zu dieser Welt, dem Tor-Netzwerk, bietet eine spezielle Software. Entwickelt wurde das ganze einst von der US-Marine. Heute entwickelt eine Stiftung die Technik weiter, zu großen Teilen weiterhin von der amerikanischen Regierung unterstützt. Kein Zweifel, das Thema hat Brisanz. Es geht um Datensicherheit, die Freiheit des Bürgers und die Überwachungsmöglichkeiten des Staates. Und darum, wie Kriminelle eine solche Technik ebenfalls nutzen. Doch der Autor lässt seinen Leser weitgehend allein mit all den recherchierten Informationen, bietet ihm keine echte Einordnungen. Da helfen die eingestreuten Interviews mit Fachleuten auch nicht weiter. Dafür erzählt Krützfeldt ausgiebig über seinen Kaffee-Konsum während der Recherchen, über seine Zweifel am Projekt und über den ständigen Zeitdruck, dem ihm der Verlag macht. Gespöck wird das ganze mit vagen Andeutungen. Das verbreitet auf den ersten Seiten noch einen gewissen Charme, im weiteren Verlauf des Buches nervt es nur noch. Offenbar konnte sich Alexander Krützfeldt nie entscheiden, was für eine Art von Buch er schreiben will. Herausgekommen ist eine unentschiedene Mischung aus Sachbuch, Netz-Thriller und investigativem Journalismus. Für Laien, die das kleine ABC der Computersprache nicht beherrschen ist das Buch jedoch kaum verständlich. Umgekehrt dürfte es Kennern der Materie kaum neue Informationen liefern. **aw**



Helfer für Schüler jenseits des Unterrichts: Ein Schulsozialarbeiter im baden-württembergischen Ehningen.

© picture-alliance/dpa

Alte Fronten

SCHULSOZIALARBEIT Die Linke fordert ein größeres Engagement des Bundes. Zuständig sind aber die Länder

Die Debatten über die Bildungspolitik im Bundestag verlaufen seit Jahren nach einem vertrauten Schema. Während Sozialdemokraten, Linke und Grüne regelmäßig fordern, dass der Bund den Ländern finanziell stärker unter die Arme greifen soll, verweist die Union in ebenso schöner Regelmäßigkeit auf die Zuständigkeit der Bundesländer für den Bildungsbereich. Doch die alten Fronten sind durchlässiger geworden. So soll die institutionelle Förderung von Hochschulen durch eine Grundgesetzänderung ermöglicht werden und der Bund will das Bafög ab 2015 komplett finanzieren und damit die Bundesländer entlasten. Die entsprechenden Gesetzesvorlagen sind eingebracht und werden derzeit beraten. Das sogenannte Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern hat Risse bekommen.

Am vergangenen Donnerstag jedoch prallten die alten Fronten wieder aufeinander. Anlass: Ein Antrag der Fraktion Die Linke zur Schulsozialarbeit (18/2013).

Bildungs- und Teilhabepaket Seit dem Jahr 2011 unterstützt der Bund die Länder im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes mit 400 Millionen Euro jährlich in der Schulsozialpolitik. Soweit so gut. Die Kommunen, so lobte Bildungspolitikerin Rosemarie Hein (Die Linke), hätten diese Mittel auch „reichlich genutzt“, ungefähr 3.000 Schulsozialarbeiterstellen seien darüber finanziert worden. „Das Dumme ist nur, dass dieser Geldregen bis zum Jahresende begrenzt war. Nun gibt es zwar noch das Bildungs- und Teilhabepaket, aber vom Bund nichts mehr für die Schulsozialarbeit“, kritisierte Hein. Die Regierung habe „den Leuten Appetit gemacht“, jetzt müssten „sie sehen, wo sie bleiben“.

Die Linksfraktion fordert deshalb, dass die Schulsozialarbeit im Jugendhilferecht des Achten Sozialgesetzbuches (SGB VIII) als Regelleistung verankert wird. Zudem müsse sichergestellt werden, dass bis zur Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern die Schulsozialarbeit ausreichend finanziert wird. „Das wird, wenn wir Glück haben, 2020 sein“, sagte Hein.

Bei der Union stößt die Linke mit dieser Forderung trotz ihres Bekenntnisses zur Wichtigkeit der Schulsozialarbeit auf Ablehnung. Die 400 Millionen Euro jährlich seien von Anfang an als „Anschubfinanzierung“ gedacht gewesen, argumentierte die CDU-Abgeordnete Christina Schwarzer. „Eine dauerhafte zweckgebundene Finanzierung der Schulsozialarbeit durch den Bund verbietet das Grundgesetz. Die Zuständigkeit für das Schulwesen liegt allein bei den Ländern“, sagte die Familienpoli-

kerin. Es sei zwar „schlau gedacht“ von der Linksfraktion, wenn sie die Finanzierung über das SGB VIII verankern und somit durch den Bund ermöglichen will. „Aber Tatsache ist, Schulsozialarbeiter arbeiten im schulischen Raum, und ohne Wenn und Aber bewegen wir uns hier in einem Bereich, für den die Kompetenz bei den Ländern und Kommunen liegt“, beschied die Christdemokratin.

Entlastung durch den Bund Schwarzer rechnete der Opposition vor, wie der Bund die Länder und Kommunen in den kommenden Jahren finanziell entlastet. Er übernehme ab dem Jahr 2014 die Kosten für die Grundversicherung im Alter und bei Erwerbsminderung komplett. Dies sei noch von der letzten Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP beschlossen worden und den Kommunen allein bis zum Jahr 2016 eine Entlastung von mehr als 18 Milliarden Euro, sagte sie. Zum Jahresbeginn 2015 übernehme der Bund zudem die Finanzierung des Bafög, die Länder würden dadurch um weitere 1,2 Milliarden Euro entlastet. „Mein Rat an Länder und Kommunen lautet: Setzen Sie etwas von dem Geld für die Schulsozialarbeit ein“, forderte Schwarzer. „Wir sind uns einig, dass es dort besonders gut angelegt ist.“

Schwarzers Gegenrechnung wollte Rosemarie Hein allerdings so nicht akzeptieren, dies sei eine „Milchmädchenrechnung“. In Deutschland gebe es 34.000 allgemeinbildende Schulen und 9.000 berufsbildende Schulen. „Wenn man an jeder Schule nur eine pädagogische Fachkraft haben wollte, dann wäre ein Finanzvolumen von 1,7 Milliarden Euro erforderlich“, argumentierte Hein. Dies sei weit mehr, als die Übernahme des Bafög durch den Bund den Ländern einbringe.

Auch bei den Sozialdemokraten stieß die Linksfraktion auf wenig Gehör. „Natürlich halten auch wir in der SPD-Bundestagsfraktion die Sicherstellung der Schulsozialarbeit für ein wichtiges Mittel und Instrument, Schulen zum Lebensraum zu machen“, sagte Ulrike Bahr. Abgesehen von verfassungsrechtlichen Grundsätzen und Finanzierungsregeln im föderalen System der Bundesrepublik erkenne sie allerdings auch ein „generelles Problem“ im Antrag der Linksfraktion. Der Schulsozialarbeit und auch der Kinder- und Jugendhilfe werde „viel zu viel aufgebürdet“, führte die Familienpolitikerin an. „Beide werden als Platzhalter für eine Art Generalreparatur verwendet - als wenn man mit ein bisschen Schulsozialarbeit hier und ein bisschen Jugendsozialarbeit dort gesellschaftliche Probleme leicht und abschließend lösen könnte.“ Eine „kurzfristige Symptombehandlung“ durch einen neuen Paragraphen im SGB VIII löse nicht automatisch grundlegende Probleme.

Unterschiedlicher Bedarf Unterstützung bekam Die Linke zumindest inhaltlich von Bündnis 90/Die Grünen. Deren Bildungsexpertin Beate Walter-Rosenheimer lobte zwar das Engagement des Bundes bei der Finanzierung der Schulsozialarbeit, aber das Bildungs- und Teilhabepaket sei auch „ein bürokratisches Monster“ gewesen. „Es gab Kompromisse, Unklarheiten, Unzulänglichkeiten und negative Erfahrungen bei der Umsetzung“, monierte sie. Dies lasse zeigen, „dass das Kooperationsverbot abgeschafft werden muss“, forderte Walter-Rosenheimer. Gleichzeitig hielt sie der Linksfraktion entgegen, dass sie den Finanzierungsbedarf nicht konkretisiert habe. Eine Förderung der Schulsozialarbeit nach dem „Gießkannenprinzip“ mache zudem keinen Sinn. „Wir denken, dass bei weitem nicht alle Regionen und auch nicht alle Kommunen den gleichen Bedarf haben. Auch nicht jede Schule hat den gleichen Bedarf.“ **Alexander Weinlein**

Frauenquote in der Kunst

KULTUR Frauen sind im Kulturbetrieb nach Ansicht von Bündnis 90/Die Grünen noch immer unterrepräsentiert und benachteiligt. In einem Antrag (18/2881) fordert die Fraktion deshalb die Bundesregierung auf, gezielte Maßnahmen zu ergreifen, um bessere Grundlagen für die Gleichstellung von Frauen im Kulturbereich zu schaffen. So soll der Bund nach dem Willen der Grünen bei den durch ihn finanzierten und Projektträgern eine geschlechterparitätische Vergabe von Führungspositionen, Intendanten, Stipendien und Werkaufträgen sowie bei der Besetzung von Orchestern und bei Ausstellungen von Werken zeitgenössischer Künstler und Künstlerinnen festlegen, soweit dem keine künstlerischen Vorgaben entgegenstehen. Dies müsse auch bei der Besetzung von Jurys zur Auswahl von Preisen, Förderprogrammen und Projekten gelten. Zudem soll die Bundesregierung auf die Bundesländer einwirken, ebenfalls entsprechende Förderkriterien festzulegen.

Die Grünen berufen sich auf die Studie „Frauen in Kunst und Kultur II“, die der Deutsche Kulturrat für die Kultusministerkonferenz erarbeitet hatte. Diese Studie belege, dass im Zeitraum von 1995 bis 2000 beispielsweise lediglich drei Prozent der Intendanten an Staats- und Landestheatern mit Frauen besetzt waren. Und lediglich jedes vierte Kunstmuseum und 27 Prozent der Filmförderinstitutionen seien von einer Frau geleitet worden. Je höher Gehalt, Ansehen und Funktion einer Stelle, desto geringer sei der Frauenanteil im Kulturbetrieb. **aw**

Lehren der Einheit

KOREANISCHE WIEDERVEREINIGUNG Welche Lehren lassen sich aus der Deutschen Einheit für eine mögliche Wiedervereinigung Nord- und Südkoreas ziehen? Unter dieser Leitfrage stand das Deutsch-Koreanische Friends- und Wiedervereinigungsforum 2014, das vergangene Woche im Fraktionsaal der CDU/CSU-Fraktion im Reichstagsgebäude stattfand. In seinem Grußwort hob Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) die Bedeutung des Veranstaltungsortes hervor. Der Reichstag sei einst „Symbol für die Teilung“ gewesen, später dann zum „Symbol der Einheit“ Europas geworden. Deutschland gebe seine Erfahrungen gern weiter, so Lammert. Allerdings verwies der Bundestagspräsident darauf, dass die historischen Erfahrungen der Deutschen nur bedingt übertragbar seien, es gebe schlicht keine Standardlösungen für Einigungsprozesse.

Hartmut Koschyk (CSU), Vorsitzender der Deutsch-Koreanischen Parlamentariergruppe, verwies im Kontext der Annäherungsbemühungen zu Nordkorea auf das Wirken der politischen Stiftungen, zum Beispiel auf das Engagement der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung, die das Wiedervereinigungsforum gemeinsam mit dem koreanischen „National Unification Advisory Council“ veranstaltete. Die Stiftungen würden jeden Spielraum nutzen, um Erfahrungen auch im kommunistischen Norden einzubringen, vor allem in „praktischen Fragen“ wie etwa der Wiederaufforstung. Die rund 200 Teilnehmer des Forums setzten sich unter anderem mit der Menschenrechtspolitik der BRD gegenüber der DDR auseinander. **scr**

Startrampe statt Resterampe

BERUFLICHE BILDUNG Trotz positiver Bilanz gibt es Defizite im Ausbildungsbereich

Der deutschen Wirtschaft geht es gut und damit das so bleibt, braucht sie gut qualifiziertes Fachpersonal. Die Bundestagsdebatte über Anträge der Koalitionsfraktionen, der Linken und von Bündnis 90/Die Grünen zur Stärkung der beruflichen Bildung am vergangenen Donnerstag zeigte jedoch: Aus Sicht der Bildungspolitiker liegt hier einiges im Argen. „Wir dürfen nicht zulassen, dass die berufliche Bildung zur Resterampe der Bildungsrepublik Deutschland wird“, warnte Thomas Feist (CDU). Und Rosemarie Hein (Die Linke) rechnete vor: „Über zehn Prozent der 18- bis 24-Jährigen befindet sich nicht in Ausbildung.“

Auch wenn die Gesamtbilanz gerade im internationalen Vergleich positiv ausfällt, wird über eine große Baustelle schon länger diskutiert. Das ist die Schwierigkeit vieler Betriebe, geeignete Auszubildende zu finden. Zum einen ist die Attraktivität einer akademischen Ausbildung für Schulabgänger so hoch wie noch nie. Auf der anderen Seite steigt die Zahl derer, die aufgrund eines fehlenden Schulabschlusses den Übergang in den Beruf nicht schaffen.

Höhere Durchlässigkeit Union und SPD plädieren in ihrem Antrag (18/1451), den der Bundestag mit den Stimmen der Koalition annahm, für eine höhere Durchlässigkeit

des Bildungssystems und wollen eine Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung erreichen. Die Linke fordert in ihrem Antrag (18/1454) unter anderem, das Recht aller auf eine Ausbildung umzusetzen und die Berufsberatung grundlegend zu reformieren. Bündnis 90/Die Grünen machen sich in ihrem Antrag (18/1456) unter anderem dafür stark, die betriebliche Ausbildung konjunkturunabhängiger zu gestalten und das Kooperationsverbot in der Bildung aufzuheben.

Assistierte Ausbildung Mit ihrer Forderung stieß die Grünen bei der Koalition auf taube Ohren. So stellte Thomas Feist in der Debatte klar, dass die Länder nicht aus ihrer Pflicht entlasten werden könnten, ihren Beitrag zur Berufs- und Studienorientierung zu leisten. Junge Leute sollten nicht erst über den Umweg eines angebrochenen Studiums den Weg in die Berufsausbildung zu finden. Das sei weder volkswirtschaftlich noch für die Betroffenen sinnvoll, mahnte er. Andererseits müsse man das Modell der „assistierten Ausbildung“ überdenken, um damit mehr Jugendliche mit besonderem Förderbedarf zu unterstützen. Rosemarie Hein erinnerte daran, dass im Koalitionsvertrag eine Ausbildungsgarantie versprochen worden war. „Aber was soll das heißen? Wer garantiert jetzt wem was? Sollen Unternehmen garantieren, dass sie ausbilden?“, fragte sie und gab gleich die Antwort: „Nein, denn derzeit bildet nur einer von fünf Betrieben aus und es sieht nicht so aus, als ob irgendjemand daran etwas ändern möchte“, stellte Hein fest.

Nach Ansicht von Rainer Spiering (SPD) sollte es erst einmal darum gehen, überhaupt „valide“ Erkenntnisse über die Motivation von Schülern bei ihrer Berufs- oder Studienwahl zu sammeln. Hier herrsche verbreitet Unwissen, bemängelte er. Überzeugt zeigte er sich darin, die berufliche Bildung unter anderem durch deren stärkere internationale Ausrichtung attraktiver machen zu können, analog zu den Erasmus-Programmen für Studenten.

Beate Walter-Rosenheimer (Bündnis 90/Die Grünen) verwies auf den DGB-Ausbildungsreport 2014 und die dort aufgelisteten Defizite in der Ausbildungsqualität. Sie begrüße die Bemühungen der Wirtschaft, qualitativ hochwertige Ausbildungsplätze anzubieten, doch sei das leider keine Selbstverständlichkeit. „Wer Jugendliche in der Ausbildung nicht ernst nimmt und denkt, an der Qualität der Ausbildung sparen zu können, muss schleunigst zu einem Umdenken veranlasst werden“, mahnte sie. **che**

Protestantisches Zentrum

REFORMIERTE KIRCHEN Hannover ist neuer Hauptsitz

Der Bundestag hat den Vertrag zwischen der Weltgemeinschaft Reformierter Kirchen (WGRK) und der Bundesrepublik Deutschland vom 14. April dieses Jahres ratifiziert. Den entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung (18/2587) verabschiedete das Parlament am vergangenen Donnerstag mit den Stimmen aller Fraktionen.

Der Vertrag soll die Arbeit der Weltgemeinschaft an ihrem neuen Hauptsitz in Hannover erleichtern, der im Januar dieses Jahres eröffnet wurde. Bislang war ihr Sitz im schweizerischen Genf. Das Exekutivkomitee der WGRK hatte den Umzug im November 2012 aus Kostengründen beschlossen; Genf gilt als eine der teuersten Städte der Welt. Bereits im Dezember 2012 wurden der WGRK von der niedersächsischen Landesregierung die Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts verliehen. Die Bundesregierung begrüßt die Ansiedlung der Weltgemeinschaft in Hannover. Die Stadt entwickle sich damit „immer mehr zu einem protestantisches Zentrum in Deutschland in Europa“, heißt es in der Begründung des Ratifizierungsgesetzes.

Durch den Vertrag mit der Bundesrepublik werden der WGRK Sonderrechte bei der Einreise und dem Aufenthalt ihrer ausländischen Mitarbeiter und Gäste eingeräumt. Zudem wird der Zugang zur gesetzlichen

Krankenkasse für WGRK-Mitarbeiter ermöglicht.

80 Millionen Gläubige Die WGRK vertritt als internationale Dachorganisation 229 reformierte, presbyterianische, kongregationalistische und unierte Kirchen in 108 Ländern, denen weltweit rund 80 Millionen Menschen angehören. Zu den Mitgliedern der WGRK in Deutschland zählen die Evangelisch-reformierte Kirche, die Lippische Landeskirche, die Evangelisch-alte reformierte Kirche sowie der Reformierte Bund. In Deutschland gehören rund zwei Millionen Menschen den reformierten Gemeinden an, das entspricht neun Prozent der deutschen Protestanten. Zu den Aufgaben der WGRK gehört unter anderem die Pflege des ökumenischen und interreligiösen Dialogs sowie theologische Fragen und Missionsarbeit. Die reformierten Kirchen stehen in der theologischen Tradition der Reformatoren Ulrich Zwingli und Johannes Calvin. **aw**



AUFGEKEHRT

Schweizerische Provokationen

Das Verhältnis zwischen der Schweiz und Deutschland ist kein einfaches. Mal sind die Eidgenossen auf der Zinne, weil deutsche Finanzbeamte Steuerstücker-CDs kaufen. Der Fiskus wiederum ist sauer, weil das Nachbarland Steuerflüchtige lange Zeit hofierte. Ein früherer Finanzminister drohte deswegen gar mit der bundesdeutschen Kavallerie – wohlweislich ohne vorher nach deren Einsatzfähigkeit zu fragen. Die Schweizer nerven seit Jahren zudem mit der penetranten Selbstvergewisserung, dass sie es waren, die ein gewisses Hustenbonbon erfunden haben.

Nun provozieren die Eidgenossen erneut: Ein Sprecher der Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) hat auf der Kurznachrichtenplattform Twitter über die Deutsche Bahn gelästert. Dabei ist Bahn-Bashing bekanntermaßen ein bundesdeutsches Privileg und exklusiver Volkssport zwischen Flensburg und Garmisch-Partenkirchen. Da lässt man sich nicht gern von Touristen reinreden. Was dem Sprecher widerfuhr, klingt vertraut: Seine Bahn war verspätet, der Anschluss war weg. Dass sich die Deutsche Bahn 2013 mit einer Pünktlichkeitsquote von 94,1 Prozent brüstete, wird den SBB-Sprecher kaum beeindruckt haben. Für schweizerische Verhältnisse – handelt es sich doch um das Land der Uhrmacher – ist ein solcher Wert vermutlich knapp vor der Anarchie. Die Lästereien schlugen Wellen, der SBB-Sprecher löschte die Nachrichten peinlich berührt. Eine angemessene Reaktion der Deutschen Bahn steht indes noch aus. Anstatt in gemeinsamer Anstrengung die Vorwürfe zu entkräften, stehen die Zeichen weiterhin auf Streik. Immerhin: Wer nicht fährt, kann auch nicht zu spät kommen. *Sören Christian Reimer*

VOR 45 JAHREN...

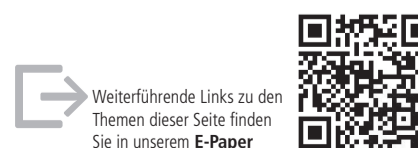
Der erste rote Kanzler

21.10.1969: Willy Brandt gewählt „Wandel durch Annäherung“, „Ostverträge“, „Kniefall von Warschau“. Willy Brandts Kanzlerschaft blieb wegen eines Strategiewechsels in der deutschen Außenpolitik und einer großen Geste in Erinnerung. Am 21. Oktober 1969 wurde er zum ersten sozialdemokratischen Kanzler gewählt. Vielen galt er als Hoffnungsträger für die deutsch-



Bundeskanzler Willy Brandt (SPD)

deutschen Beziehungen, anderen war seine neue Ostpolitik ein rotes Tuch. Es war nicht Brandts erster Anlauf Richtung Kanzleramt, als er 1969 Chef einer sozial-liberalen Regierung wurde. Bereits 1961 und 1965 war er als Kandidat der SPD angetreten. 1969 standen die Zeichen auf Wechsel: Die studentische Protestbewegung hatte die Republik verändert. Zwar wurde die Union erneut stärkste Fraktion, doch erstmals bildeten SPD und FDP ein Regierungsbündnis mit einer Mehrheit von zwölf Sitzen im Parlament. „Mehr Demokratie wagen“ lautete das Motto von Brandts erster Regierungserklärung. Doch die Aufbruchsstimmung hielt nicht lange. Nach anhaltendem Streit um seine Ostpolitik, die auf Verständigung mit der Sowjetunion, der DDR und Polen setzte, und einem gescheiterten Misstrauensvotum gegen ihn stellte Brandt 1972 die Vertrauensfrage und der Bundestag wurde vorzeitig aufgelöst. Seine Wiederwahl im selben Jahr wertete Brandt als Bestätigung seiner Politik. Doch seine Kanzlerschaft sollte schon 1974 enden: Nachdem sein enger Mitarbeiter Günter Guillaume als DDR-Spion enttarnt wurde, trat er zurück. *Benjamin Stahl*



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

ORTSTERMIN: VEREINIGUNGEN DER PARLAMENTSMITARBEITER



Ob Knesset in Jerusalem (von links oben im Uhrzeigersinn), Congreso de los Diputados in Madrid, Sejm in Warschau, Camera dei deputati in Rom, Capitol Hill in Washington, D.C., oder Assemblée nationale in Paris – Bundestagsmitarbeiter pflegen Kontakte zu ihren Kollegen im Ausland.

Die Internationalisten

Wie geht es weiter mit dem transatlantischen Freihandel? Ein spannendes Thema, das in den vergangenen Wochen nicht nur die Abgeordneten des Bundestages umtrieb. Auch eine Veranstaltung der Deutsch-Amerikanischen Vereinigung der Parlamentsmitarbeiter widmete sich dem Thema. Jürgen Hardt (CDU), Koordinator der Bundesregierung für die transatlantischen Beziehungen, berichtete unter anderem über den Stand der Verhandlungen über das Freihandelsabkommen CETA und stellte sich den Fragen der Gäste. Erstmals mit dabei: Eine Delegation von Mitarbeitern des US-Kongresses, die sich auf Europa-Reise befand. Der Austausch mit internationalen Kollegen, das genau ist eines der Ziele der sechs Mitarbeitervereinigungen des Bundestages. Auch das Kennenlernen des Partnerlandes durch Vorträge und Gespräche gehört zu den Aktivitäten der Vereine. Die Deutsch-Amerikanische Vereinigung ist dabei die jüngste Organisation, sie wurde 2008 gegründet. Mit etwa 150 Mitgliedern ist sie inzwischen die größte. Deutlich älter ist die Vereinigung deutsch-französi-

scher Parlamentsmitarbeiter. Sie wurde im November 1989 gegründet und zählt rund 50 Mitglieder. Entsprechend breit verteilt sind die Vorlieben: „Mancher interessiert sich mehr für Politik, andere wollen mehr über das Land lernen oder die Kultur entdecken“, sagt Michael Hilger, Vorsitzender des Vereins. Zuletzt konnte die Vereinigung zum Beispiel eine Referentin der französischen Botschaft zum Thema Steuerpolitik gewinnen. 1996 wurde die Vereinigung Deutscher und Polnischer Parlamentsmitarbeiter aus der Taufe gehoben. Sie hält den Kontakt zum Sejm, dem polnischen Pendant des Bundestages. Bei der Vereinigung Deutscher und Italienerischer Parlamentsmitarbeiter, gegründet 1999, führen alle Wege nach Rom. Gespräche und Kontakte zu Kollegen im Rahmen der parlamentarischen Austauschprogramme bilden das Kerngeschäft. Es standen aber auch schon Reisen zu Seminaren in die Ewige Stadt auf dem Programm. Ein weites Feld bearbeitet die Deutsch-Ibero-Amerikanische Vereinigung der Parlamentsmitarbeiter. 2006 als Deutsch-Spanische Vereinigung für Parlamentsmitarbeiter gegrün-

det, benannte sich die Organisation 2009 um und erweiterte das Portfolio – nun stehen die Länder der iberischen Halbinsel sowie Lateinamerika im Fokus. Rund 30 Mitglieder zählt der Verein. Auch hier geht es um Austausch, etwa mit Teilnehmern der Austauschprogramme. Zudem stehen etwa Besuche von Botschaften auf dem Programm. Die Deutsch-Israelische Vereinigung der Parlamentsmitarbeiter wurde 2005 gegründet – im 40. Jahr der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit dem jüdischen Staat. Das besondere Verhältnis zwischen den beiden Ländern ist auch bei der Arbeit des Vereins präsent. „Viele unserer Mitglieder haben eine persönliche Beziehung zu Israel“, sagt Vorsitzender Andreas Trampe. Rund 60 Mitglieder zählt der Verein aktuell und hat laut Trampe gerade in diesem Jahr Zuwachs. Die Vereinigung ist sehr aktiv. Feste Bestandteile des Programms sind etwa sogenannte Lunches mit israelischen Gästen aus Kultur, Medien und Politik. Probleme, das Programm zu füllen, habe die Vereinigung nicht, freut sich Trampe: „Es gibt großes Interesse an unserer Arbeit.“ *Sören Christian Reimer*

LESERPOST

Zur Ausgabe 40-41 vom 29.9.2014, „Klammer für Europa“ auf Seite 1: Die Klammer, die Europa zusammenhalten soll, kann nicht überzeugen. Denn erstens darf stark bezweifelt werden, ob die bereitgestellten Mittel für den gemeinsamen Abwicklungsfonds der Banken wirklich ausreichend sind. Und zweitens gibt es mittlerweile im mediterranen Raum eine soziale Krise, die schon durch ihre riesigen Ungerechtigkeiten die Probleme auf den Finanzmärkten bei weitem überwiegt. Und die der großen europäischen Idee zusehends ihre historische Legitimität entzieht. Weswegen vor allem hier endlich das Band beziehungsweise das Bindeglied verstärkt werden muss, indem die Bundesregierung, aber auch die Opposition endlich das direkte Gespräch mit den wahren Reformmotoren sucht, die in Ländern wie Spanien, Italien oder Griechenland weniger die alten Eliten als vielmehr die jungen Demonstranten sind! *Rasmus Ph. Helt, Hamburg*

Zur Ausgabe 38-39 vom 15.9.2014, „Geteilte Gesellschaft“ auf Seite 12: Wer als russischer Kriegsgefangener die Jahre 1945 bis 1948 (oder länger) in Estland verbrachte und im Ölschieferbergwerk oder in der Ölschieferfabrik arbeiten musste, erlebte hautnah die Verzweiflung der estnischen Arbeitskollegen, die bei Arbeitsbeginn als erstes von der erneuten nächtlichen Verschleppung von Nachbarn berichteten. Jahrelang lebten sie Nacht für Nacht in der Angst, ohne ihr Hab und Gut in Viehwaggons gesperrt und nach Ost-Russland deportiert zu werden. Im Gegenzug wurde der auf diese Weise frei gewordene Wohnraum von russischen Übersiedlern bezogen, die sich in ein gemachtes Nest setzten. Die gewaltsame Russifizierung Estlands führte bei der verzweifelten estnischen Jugend vielfach zu Alkoholismus. Heute ist nur noch von der bedauernden russischen Minderheit zu lesen, die unter der Abneigung traumatisierter Esten leiden, die ihren verschleppten Verwandten und Freunden nachtrauern. Niemand fragt, wie viele Esten damals deportiert wurden und unter welchen Bedingungen und mit welchen Rechten sie und ihre Nachkommen in der neuen „Heimat“ lebten und noch leben. *Hans Buob, Niederkassel*

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 3. – 7.11.2014
 Abgabenordnung (Do), 25 Jahre friedliche Revolution (Fr)
 Phoenix überträgt live ab 9 Uhr
 Auf www.bundestag.de: Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

SEITENBLICKE



Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 10. November.

PERSONALIA

>Erwin Lotter
Bundestagsabgeordneter 2008-2013, FDP

Am 7. Oktober starb Erwin Lotter im Alter von 63 Jahren. Der Arzt aus Aichach gehörte seit 1995 der FDP an, war von 1997 bis 2008 Kreisvorsitzender und seit 2005 stellvertretender Vorsitzender der FDP Schwaben. Lotter arbeitete im Gesundheitsausschuss mit.

>Gabriele Iwersen
Bundestagsabgeordnete 1990-2002, SPD

Am 25. Oktober vollendet Gabriele Iwersen ihr 75. Lebensjahr. Die Architektin aus Wilhelmshaven trat 1971 der SPD bei, war von 1976 bis 1991 dort Stadtverordnete und von 1986 bis 1991 Bürgermeisterin. Die Direktkandidatin des Wahlkreises Friesland – Wilhelmshaven arbeitete stets im Ausschuss für Raumordnung mit.

>Martin Götsching
Bundestagsabgeordneter 1990-1994, CDU

Martin Götsching wird am 28. Oktober 70 Jahre alt. Der protestantische Pfarrer aus Bad Frankenhausen schloss sich 1977 in der DDR der CDU an und war 1990 Mitglied der ersten frei gewählten Volkskammer. Im Bundestag saß Götsching im Innenausschuss.

>Kurt Ueberschär
Bundestagsabgeordneter 1981-1983, SPD

Kurt Ueberschär feiert am 31. Oktober seinen 75. Geburtstag. Der promovierte Jurist aus Weißenburg trat 1968 der SPD bei und war von 1984 bis 1990 Kreisrat. Im Bundestag gehörte er dem Rechtsausschuss an. Seit 1997 Ueberschär ist CDU-Mitglied.

>Georg Schlaga
Bundestagsabgeordneter 1969-1987, SPD

Am 3. November vollendet Georg Schlaga sein 90. Lebensjahr. Der Pädagoge aus Hirzenhain/Wetteraukreis, SPD-Mitglied seit 1946, war von 1962 bis 1976 Kreistagsabgeordneter. Schlaga saß zuletzt im Ausschuss für innerdeutsche Beziehungen.

>Eduard Lintner
Bundestagsabgeordneter 1976-2009, CSU

Eduard Lintner wird am 4. November 70 Jahre alt. Der Rechtsanwalt aus Münnerstadt wurde 1962 CSU-Mitglied. Lintner engagierte sich vorwiegend im Ausschuss für innerdeutsche Beziehungen sowie im Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen. Von 1991 bis 1998 war er Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Inneren und erster Beauftragter der Bundesregierung für Drogenfragen.

>Wolfgang von Geldern
Bundestagsabgeordneter 1976-1994, CDU

Am 4. November begeht Wolfgang von Geldern seinen 70. Geburtstag. Der Rechtsanwalt und promovierte Historiker aus Nordholz/Kreis Cuxhaven schloss sich 1966 der CDU an und war von 1979 bis 1991 Vorsitzender des Bezirksverbands Stade. Von Geldern, von 1983 bis 1991 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundeslandwirtschaftsminister, saß im Umweltausschuss, dessen Vorsitz er von 1991 bis 1994 inne hatte.

>Ekkehard Voigt
Bundestagsabgeordneter 1978-1980, 1982-1987, CSU/fraktionslos

Ekkehard Voigt wird am 5. November 75 Jahre alt. Der Offizier trat 1964 der CSU bei und gehörte dem Bezirksvorstand Schwaben an. Voigt trat 1983 aus der CSU aus und war Mitbegründer der Partei „Die Republikaner“.

>Siegfried Scheffler
Bundestagsabgeordneter 1990-2005, SPD

Am 5. November wird Siegfried Scheffler 70 Jahre alt. Der Ingenieur aus Berlin trat 1989 in die SPD ein. Scheffler gehörte dem Verkehrsausschuss an. Von 1998 bis 2000 amtierte er als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesverkehrsminister.

>Björn Engholm
Bundestagsabgeordneter 1969-1983, SPD

Am 9. November vollendet Björn Engholm sein 75. Lebensjahr. Der Politologe aus Lübeck, SPD-Mitglied seit 1962, engagierte sich zumeist im Bildungsausschuss. Von 1977 bis 1981 war er Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft und trat 1981/82 an die Spitze des Ministeriums. Engholm amtierte von 1988 bis 1993 als Ministerpräsident von Schleswig-Holstein und von 1991 bis 1993 als SPD-Bundesvorsitzender.

>Elmar Pieroth
Bundestagsabgeordneter 1969-1981, CDU

Elmar Pieroth wird am 9. November 80. Jahre alt. Der Volkswirt trat 1965 der CDU bei, war von 1981 bis 1993 Bundesvorstandsmitglied und von 1987 bis 1993 Vorsitzender der CDU-Mittelstandsvereinigung. Von 1972 bis 1981 gehörte er dem Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion an. Pieroth war von 1981 bis 1989 und von 1991 bis 1998 Senator in Berlin. *bmh*

Dr. Angela Merkel, CDU/CSU, Bundeskanzlerin:

Wir müssen Europa zu neuer Stärke führen



Angela Merkel (*1954)
Bundeskanzlerin

Der ASEM-Gipfel bietet ein großes und bedeutendes Forum, auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs regelmäßig Fragen zu besprechen, die von gemeinsamem Interesse für Europa und Asien sind. Er ist damit auch Ausdruck der immer enger und wichtiger werdenden Partnerschaft zwischen Industrieländern, Schwellenländern und Entwicklungsländern, einer Partnerschaft, die wir heute und morgen auf dem ASEM-Gipfel in Mailand weiter stärken wollen. Die großen globalen Herausforderungen – wir wissen es – werden wir nur gemeinsam bewältigen können. Eine – um das Motto des Gipfels zu zitieren – verantwortungsvolle Partnerschaft für nachhaltiges Wachstum und Sicherheit kann hierzu wertvolle Beiträge leisten.

Lassen Sie mich drei Beispiele nennen.

Erstens. In Asien wird deutlich, dass freie und sichere Seewege wahrlich nicht nur eine regionale Angelegenheit sind, sondern auch unsere Interessen als Handelsnationen sind dort unmittelbar berührt. Zusammen mit unseren Partnern setzen wir uns dafür ein, dass in strittigen Territorialfragen internationale Streitschlichtungsmechanismen genutzt und vertrauensbildende Maßnahmen ergriffen werden.

Was es bedeutet, wenn Völker-

recht gebrochen und so die internationale Rechts- und Friedensordnung beschädigt wird, führt uns in Europa die Ukraine-Krise drastisch vor Augen. Die Folgen sind nicht nur für das betroffene Land, in diesem Fall die Ukraine, verheerend, sondern auch weit darüber hinaus gravierend. Dem muss die Staatengemeinschaft geschlossen und entschlossen entgegenreten.

Am Rande des ASEM-Gipfels werde ich zu Gesprächen mit dem ukrainischen Präsidenten Poroschenko und dem russischen Präsidenten Putin zusammenkommen. Die Lage in der Ukraine ist trotz der Vereinbarung der Waffenruhe weiterhin äußerst schwierig. Immerhin sind seit Inkrafttreten der Waffenruhe über 300 Menschen gestorben; immer noch gibt es täglich Berichte über Kämpfe und Opfer.

Den entscheidenden Beitrag zur Deeskalation muss Russland leisten. Ganz wesentlich dafür ist die vollständige Umsetzung der Minsker Vereinbarung vom September. Das verlangt unter anderem den Abzug russischer Waffen, eine effektive Grenzsicherung unter Führung der OSZE sowie die Durchführung von Kommunalwahlen im Osten der Ukraine, und zwar nach ukrainischem Recht. Genau diese Dinge werden wir auch ansprechen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden weiterhin keinerlei Zweifel daran lassen, dass die Verletzung der territorialen Integrität der Ukraine und der Bruch des Völkerrechts in unserer unmittelbaren Nachbarschaft nicht folgenlos bleiben. Deshalb sind Sanktionen ein wichtiger Teil unseres Ansatzes, den Konflikt um die Ukraine zu lösen.

Selbstzweck sind sie aber nicht. Wir suchen unvermindert immer auch den Dialog mit Russland. Das eine, Sanktionen, schließt das andere, den Dialog, nicht aus – um immer wieder die Stärke des

Rechts durchzusetzen.

Zweitens. Die Terrororganisation IS bedroht den Nahen und Mittleren Osten in völlig neuer Qualität. Mehr noch: Sie bedroht die gesamte freie Welt. Deshalb müssen wir sie auch als weltweite, als gemeinsame Herausforderung begreifen, der wir uns gemeinsam zu stellen haben. So können wir zum Beispiel zwischen Europa und Asien eng zusammenarbeiten, um die Reisetätigkeit potenzieller Dschihadisten einzudämmen. Wir können uns auch darüber austauschen, wie wir weiteren Radikalisierungstendenzen in unseren Gesellschaften wirksam begegnen können.

Drittens. Auch die Ebolaepidemie, diese schreckliche Heimsuchung für die Menschen, die sich mit dem Virus infizieren, diese Heimsuchung für die Länder Westafrikas, die von ihr ganz besonders betroffen sind, ist in der globalisierten Welt von heute nur mit einer deutlich engeren internationalen Zusammenarbeit und mit deutlich effektiveren Strukturen einzudämmen, als wir sie im Augenblick haben. Ebola und vergleichbare Epidemien machen nicht an Grenzen halt; sie gehen uns alle an.

Diese drei kurz skizzierten Beispiele stehen dafür, wie wichtig eine verantwortungsvolle Partnerschaft auf der Welt ist. Sie stehen dafür, wie wichtig bilaterale Kontakte europäischer und asiatischer Partner sind, und diese bilateralen Kontakte wird es natürlich auch am Rande des ASEM-Gipfels geben. In solchen Gesprächen spüre ich im Übrigen immer wieder deutlich, wie hoch die Erwartungen an uns in Europa sind, dass wir unsere Stimme erheben, sie zu Gehör bringen und andere unterstützen. Umso wichtiger ist es, dass wir in Europa stets aufs Neue verstehen, dass nur ein einiges, nur ein starkes Europa seine Interessen und Werte in der Welt erfolgreich vertreten kann.

Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist und bleibt, dass Europa stärker aus der europäischen Staatsschuldenkrise hervorgeht, als es in sie hineingegangen ist.

Wir müssen Europa zu neuer Stärke führen. Das ist die große Herausforderung, die die Mitgliedstaaten der Europäischen Union und die europäischen Institutionen in den nächsten Jahren gemeinsam leisten müssen. Dazu muss die europäische Ebene sich wirklich nicht für alles zuständig fühlen, sondern da, wo es darauf ankommt, stark sein; sie muss ihre Ressourcen auf genau diese Bereiche konzentrieren. Deshalb ist es von so großer Bedeutung, dass der Europäische Rat im Juni mit dem neuen Kommissionspräsidenten eine sogenannte strategische Agenda für die nächsten fünf Jahre beschlossen hat. Genau auf dieser Grundlage werden wir uns beim Europäischen Rat in der nächsten Woche damit beschäftigen, wie wir Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung in Europa weiter stärken können, und zwar gezielt und nachhaltig. Genau das ist eine der wichtigen Lehren aus der Krise der vergangenen Jahre.

Dass wir seit ihrem Beginn den richtigen Weg eingeschlagen haben, belegen erste Erfolge. In den von der Krise besonders betroffenen Ländern steigt die Produktivität, die Leistungsbilanzen haben sich verbessert und die Haushaltsdefizite werden abgebaut. Mit Irland, Portugal und Spanien haben drei von fünf Programmländern ihre Programme bereits erfolgreich abschließen können.

Dennoch – und das werde ich wieder und wieder sagen – sind wir noch lange nicht am Ziel. Die Krise ist noch nicht dauerhaft, noch nicht nachhaltig überwunden; denn ihre Ursachen, sowohl im Hinblick auf die Gestaltung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion als auch auf die Lage einzelner Mitgliedstaaten, sind noch nicht vollständig beseitigt. Wir müssen unsere Anstrengungen für nachhaltiges Wachstum, für solide öffentliche Finanzen und die Schaffung von Arbeitsplätzen weiter entschlossen vorantreiben.

Die kontinuierliche Ausrichtung nationaler Politik auf Strukturformen zur Stärkung von Wettbewerbsfähigkeit, von Wachstum und Beschäftigung ist und bleibt entscheidend für einen dauerhaf-

ten Erfolg der Wirtschafts- und Währungsunion. Ich werde mich deshalb auch weiterhin – obwohl wir das vielmals schon ohne sichtbare Erfolge getan haben – für eine engere und verbindliche wirtschaftspolitische Koordinierung in Europa einsetzen. Wir brauchen das, wenn wir in einem Währungsgebiet gemeinsam dauerhaft und nachhaltig wachsen wollen und Beschäftigung generieren wollen.

Es war richtig und wichtig, dass sich die europäischen Staats- und Regierungschefs im Juni noch einmal gemeinsam zu den Regeln des gestärkten Stabilitäts- und Wachstumspakts bekannt haben. Alle – ich betone an dieser Stelle noch einmal: alle – Mitgliedstaaten müssen die gestärkten Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts voll respektieren. Diese Regeln müssen gegenüber allen Mitgliedstaaten glaubwürdig angewandt werden. Nur dann kann der Pakt seine Funktion als zentraler Anker für Stabilität und vor allen Dingen für Vertrauen in der Euro-Zone erfüllen.

Die entsprechenden europäischen Rechtsakte sind im Übrigen nicht vom Himmel gefallen, sondern sie wurden vom Europäischen Parlament mit beschlossen. Die neuen Regeln zur Überwachung nationaler Haushalte wurden dort nach langen Beratungen vor gerade erst anderthalb Jahren von einer breiten Mehrheit mitgetragen. Ich bin sicher, dass sich die derzeitige genauso wie die künftige Europäische Kommission der zentralen Verantwortung bewusst ist, die sie für die Glaubwürdigkeit des Stabilitäts- und Wachstumspaktes trägt.

Die wirtschaftliche Erholung in Europa, die endlich – wenn auch

Die Krise ist noch nicht dauerhaft, noch nicht nachhaltig überwunden.

Fortsetzung auf nächster Seite

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.
www.bundestag.de/live/tv/index.html

noch sehr zaghaft, vielleicht auch zu zaghaft – auch auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar ist, ist immer noch zu fragil, als dass wir einfach zur Tagesordnung übergehen könnten. Dazu reicht allein schon ein Blick auf die Jugendarbeitslosigkeit. Sie macht uns unverändert große Sorgen. Wir müssen deshalb weiter daran arbeiten, dass nationale und europäische Mittel, die für die Förderung von Jugendbeschäftigung verfügbar sind, schnell und effektiv eingesetzt werden.

Wir müssen die Mobilität von Arbeitskräften national und grenzüberschreitend weiter voranbringen. So haben wir es auf dem Beschäftigungsgipfel in Mailand in der letzten Woche verabredet. Dennoch ist es nicht zufriedenstellend, dass nur ein ganz kleiner Teil der 6 Milliarden Euro, die für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zur Verfügung stehen, bis jetzt abgerufen wurde.

Es ist auch wichtig – ich habe noch einmal darauf hingewiesen –, dass wir wissen, wohin wir junge Leute ausbilden. Wir haben hier leidvolle Erfahrungen aus der Zeit der deutschen Einheit.

Deshalb muss auch identifiziert werden, wo die Wachstumsregionen Europas liegen.

Meine Damen und Herren, den Europäischen Rat und den Euro-Zonen-Gipfel in der kommenden Woche werden wir insgesamt dazu nutzen müssen, eine Bilanz zu ziehen, was die im Rahmen des vor zwei Jahren beschlossenen Pakts für Wachstum und Beschäftigung vereinbarten Maßnahmen bisher gebracht haben. Ich glaube,

es ist wichtig, eine solche Bilanz aufzustellen; denn nur auf dieser Grundlage sind wir überhaupt in der Lage, richtige Entscheidungen für die Zukunft zu treffen. Darum wird es vor allem bei dem Rats-treffen im Dezember gehen, bei dem wir über Investitionen und über Wachstum sprechen werden sowie über die Schwerpunkte, in denen das stattfinden soll.

Ohne Zweifel können wir eine Reihe von Fortschritten feststellen. Zum Beispiel hat die Europäische Investitionsbank, an deren Kapitalerhöhung wir hier durch Beschlüsse mitgewirkt haben, inzwischen Kredite für rund 230 000 kleine und mittlere Unternehmen in Europa mobilisiert. Das ist eine gute Nachricht.

Im Übrigen hat die Europäische Investitionsbank – parallel zu den Mitteln aus dem europäischen Haushalt – 6 Milliarden Euro zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit eingesetzt. Über die Europäische Investitionsbank sind inzwischen Kredite in Höhe von 9,6 Milliarden Euro vergeben worden. Die Europäische Investitionsbank hat also in kurzer Zeit mehr gemacht, als

sie versprochen hat.

Wir müssen auch über den EU-Haushalt sprechen, für den wir seit 2012 eine Reihe wichtiger Weichenstellungen vorgenommen haben, die zeigen, dass wir den Schwerpunkt auf nachhaltiges Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit legen. In diesem Zusammenhang geht es aber immer wieder um die richtigen Rahmenbedingungen für Investitionen. Ich glaube, wir kön-

nen in Deutschland zeigen, dass Wachstum und Investitionen gestärkt werden können, ohne dass man den Konsolidierungskurs verlassen muss.

Im Übrigen sind es die Wirtschaft und die Unternehmen, die Arbeitsplätze und Innovationen schaffen. Es muss also vor allem, wenn wir Wachstum in Europa wollen, um die Mobilisierung privaten Kapitals gehen, und das wird zurzeit zu wenig gemacht.

Wir müssen darüber sprechen, wo wir durch Investitionen und verbesserte Rahmenbedingungen gezielt Stärkungen hervorrufen können, um möglichst starke Wachstumsimpulse zu erzeugen. Für mich gehören der gesamte Bereich der digitalen Wirtschaft wie auch die Förderung kleinerer und mittlerer Unternehmen im Energiebereich dazu. Über den digitalen Bereich wird in diesem Haus heute ja noch debattiert; ich glaube, das ist außerordentlich wichtig.

Hinsichtlich der klima- und energiepolitischen Diskussion bedeutet der Europäische Rat in der nächsten Woche eine weitere wichtige Etappe, und zwar nicht nur innerhalb der Europäischen Union, sondern auch mit Blick auf die internationalen Klimaverhandlungen, die nächstes Jahr in die entscheidende Konferenz in Paris münden. Wir haben das Ziel einer dauerhaft sicheren, bezahlbaren und umweltverträglichen Energieversorgung; genauso verfolgen wir ehrgeizige Klimaziele. Beim Europäischen Rat werden wir konkrete Ziele und wichtige Eckpunkte für den Klima- und Energierahmen der EU bis zum Jahr 2030 beraten.

Die Situation in der Ukraine hat uns zudem in besonderem Maße noch einmal die Bedeutung der Energieversorgungssicherheit für unser Land und für Europa vor Augen geführt. Beide Themen gehören eng zusammen: Fortschritte beim Ausbau der erneuerbaren Energien und bei der Energieeffizienz tragen auch dazu bei, die Abhängigkeit Europas von Energieimporten zu verringern.

Den Beratungen in der nächsten Woche liegen die Vorschläge der Kommission für einen Klima- und Energierahmen 2030 zugrunde. Danach sollen die Treibhausgasemissionen um 40 Prozent gegenüber 1990 verringert werden, der Anteil der erneuerbaren Energien soll 2030 bei mindestens 27 Prozent liegen, und der Primärenergieverbrauch soll um 30 Prozent gesenkt werden.

Wir wollen – ich glaube, hier habe ich die Unterstützung des Bundestages –, ebenso wie viele andere Partner in der Europäischen Union auch, dass von Europa ein starkes Signal für den Klimaschutz ausgeht, gerade auch

mit Blick auf die internationalen Klimaschutzverhandlungen.

Sie müssen im Dezember nächsten Jahres in Paris endlich mit einem ambitionierten Abkommen abgeschlossen werden. Dazu wollen wir uns auch die Möglichkeit offenhalten, im Kontext eines globalen Abkommens im Klimabereich über das vorgeschlagene 40-Prozent-Ziel hinauszugehen.

Für das Gesamtpaket setzt die Bundesregierung auch auf ein klares Signal für eine rasche und nachhaltige Reform des europäischen Emissionshandels. Er ist und bleibt das zentrale Klimaschutzinstrument in Europa und muss seinen Beitrag zur Erreichung der neuen Klimaziele bis 2030 leisten.

Hier müssen wir es schaffen, die bestehenden Überschüsse an Zertifikaten so schnell wie möglich abzubauen und den Emissionshandel wieder auf Kurs zu bringen. So können wir Anreize für Investitionen in effiziente Technologien setzen. Damit aber unsere Wirtschaft diese Investitionen tätigen kann, brauchen wir weiterhin effektive Regelungen, die unsere Wirtschaft im internationalen Wettbewerb schützen und eine Verlagerung von Produktionskapazitäten ins Ausland verhindern. Deutschland will seine industrielle und wirtschaftliche Stärke nutzen, um den Klimaschutz mit innovativen Technologien weiterzubringen. Denn es wäre wahrlich niemandem geholfen, wenn CO₂-Emissionen außerhalb Europas freigesetzt würden und in Europa Arbeitsplätze verloren gingen.

Wir Deutschen können uns beim Klimaschutz oder beim Ausbau der erneuerbaren Energien durchaus noch ambitioniertere Ziele als die von der Kommission vorgelegten vorstellen. Anderen Mitgliedstaaten hingegen gehen bereits die auf dem Tisch liegenden Vorschläge der Kommission entschieden zu weit. Es steht also außer Zweifel: Uns stehen noch schwierige Verhandlungen bevor. Es ist auch noch offen, ob es schon nächste Woche gelingen wird, einen Klima- und Energierahmen 2030 zu beschließen, oder erst später.

Wer Europa kennt, weiß, wie wichtig Geduld und Ausdauer sind. Wer Europa kennt, weiß, dass es richtig ist, die spezifischen Besonderheiten aller Mitgliedstaaten zu berücksichtigen und niemanden zu überfordern. Denn unser künftiger Klima- und Energierahmen muss von allen Mitgliedstaaten – wir müssen das einstimmig entscheiden – getragen

werden. Aber genauso richtig ist und bleibt: Alle Mitgliedstaaten müssen faire Beiträge leisten. Deutschland ist bereit, wirtschaftlich schwächere Mitgliedstaaten bei der Modernisierung ihrer Energiesysteme und ihrer Wirtschaft im Rahmen des Möglichen zu entlasten. Aber Deutschland erwartet im Gegenzug auch, nicht über Gebühr belastet zu werden. Auf beides lege ich Wert.

Es gehört zum Geist der europäischen Zusammenarbeit und der Verantwortung, dass am Ende immer alle einen Beitrag leisten

müssen, um ein gemeinsames Ergebnis zu ermöglichen. Ein solches gemeinsames Ergebnis wird dem Klimaschutz dienen, und es wird dazu dienen, Klarheit über den anstehenden Investitionsbedarf im Energiesektor sowie Planungssicherheit für unsere Industrie zu schaffen. Diesen Aspekt darf man nicht unterschätzen. Die Industrie wartet auf klare Signale, wie sich der Klimaschutz weiterentwickelt.

Wir werden dabei natürlich auch die Fragen der Verbesserung der Energieversorgungssicherheit für Europa und für unser Land beraten. Es ist richtig, unsere Energiebezugsquellen und -transportwege weiter zu diversifizieren und unsere Importabhängigkeiten zu verringern. Diesen Weg müssen wir ebenso entschieden wie mit Augenmaß fortsetzen. Von zentraler Bedeutung ist dabei auch die europäische Zusammenarbeit beim Ausbau der Strom- und Gasnetze, insbesondere um die Leitungsverbindungen zwischen den Mitgliedstaaten weiter zu verbessern. Dieser Netzausbau ist zugleich eine zentrale Voraussetzung dafür, ein weiteres wichtiges Ziel zu erreichen, und das ist die Verwirklichung des EU-Energiebinnenmarktes. Auch dafür setzt sich die Bundesregierung ein.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich wünsche mir, dass bei dem heute beginnenden ASEM-Gipfel und beim Europäischen Rat in der nächsten Woche gezeigt wird, was Europa auszeichnet und was wir in der globalen Welt brauchen: dass wir am Ende auch bei den schwierigsten Themen stets eine für alle tragfähige Lösung im Geist der Zusammenarbeit und der Verantwortung finden. Dafür setze ich mich heute und morgen in Mailand und nächste Woche in Brüssel mit ganzer Kraft ein und bitte um Ihre Unterstützung.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU – Beifall bei der SPD)



Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Frankreichs Präsident François Hollande im Gespräch beim ASEM-Gipfel © picture-alliance/dpa

Die Industrie wartet auf klare Signale, wie sich der Klimaschutz weiterentwickelt.

Dr. Gregor Gysi, DIE LINKE:

Deutschland braucht enge Beziehungen zu Russland



Gregor Gysi (*1948)
Wahlkreis Berlin-Treptow – Köpenick

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben zum Schluss auch über die Energiefrage gesprochen. Wenn ich es richtig verstanden habe, soll es ja darum gehen, die Abhängigkeit von Erdgas und Öl aus Russland abzubauen, und wenn ich es weiter richtig verstanden habe, sind die USA daran interessiert – und Sie auch dazu bereit –, dass Sie den Import von Erdgas aus den USA – welches übrigens durch Fracking hergestellt wird – ausweiten. Erstens ist Fracking umweltschädlich, zweitens ging es den USA bei ihrer Forderung, dass sich die EU von Russland unabhängig machen solle, und bei der Forderung nach Sanktionen gegen Russland doch wieder um eigene ökonomische Interessen: dass sie mehr verkaufen können; das kommt dabei heraus.

Nun ging der deutsche Export – die dramatische Zahl hat auch Herrn Gabriel etwas durcheinandergeworfen – im August um 5,8 Prozent zurück. Dafür gibt es zwei Gründe, die Sie nicht benannt haben:

Der erste Grund ist die völlig verfehlte Sanktionspolitik gegenüber Russland, das daraufhin die Importe aus Deutschland stark reduziert hat. Das ist politisch, ökonomisch und auch sozial der falsche Weg. Es wird geschätzt, dass uns das bis zu 300 000 Arbeitsplätze kosten kann.

Jetzt sage ich Ihnen, was der Vorteil einer Mitgliedschaft in der EU ist: Der Vorteil einer EU-Mitgliedschaft besteht darin, dass die Länder politisch, wirtschaftlich und zivilgesellschaftlich so eng miteinander verflochten sind, dass ein Krieg zwischen ihnen gar nicht mehr denkbar wäre; da müsste vollständig Irrationalismus herr-

schen. Wenn das stimmt, dann brauchen wir zu Russland genauso enge politische, ökonomische und zivilgesellschaftliche Beziehungen: damit ein Krieg zwischen Russland und dem übrigen Europa ebenfalls ausgeschlossen wird.

Wenn wir das hätten, wenn wir so enge Beziehungen hätten, könnten wir auch Einfluss nehmen auf Fragen der Entwicklung der Demokratie, der Freiheit und des Umgangs mit Lesben und Schwulen und viele andere Dinge, die uns stören. Das ist der richtige Weg. Der Weg der Sanktionen ist völlig falsch und schadet letztlich auch uns, unserer Wirtschaft wie unseren Bürgerinnen und Bürgern.

Deshalb ist, finde ich, die Verschiebung des Petersburger Dialogs ein völlig falsches Signal, das wir in dieser Zeit überhaupt nicht brauchen können.

Nun nehmen wir ja alle erstaunt zur Kenntnis, dass sich – es gibt immerhin das Minsker Abkommen – doch Lösungen in der Ukraine anbahnen. Deshalb sage ich Ihnen noch einmal: Jetzt müssen Sie auch Ihre Bereitschaft signalisieren, die Sanktionen zurückzunehmen; anders ist das Verhältnis nicht zu normalisieren.

Für den Rückgang der Exporte gibt es noch einen zweiten Grund. Dieser zweite Grund hat mit der Politik in Bezug auf den Süden Europas zu tun. Diese Politik war und bleibt falsch. Nach wie vor haben wir die Situation, dass die Banken spekulieren können, soviel sie wollen – es haften immer die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für sämtliche Verluste.

Nach wie vor haben wir die Situation, dass die Banken, denen das Geld ja in den Rachen geworfen wird, dieses Geld nicht für Investitionen nutzen, sondern weiter mit Wertpapieren und Immobilien spekulieren. Die notwendige Regulierung, die Sie mehrfach angekündigt haben, findet bis heute nicht statt.

Wenn jetzt angekündigt wird, dass die Europäische Zentralbank bereit ist, den Banken auch noch die Staatsanleihen abzukaufen, macht das die Banken natürlich noch reicher und noch sicherer. Vorgestern habe ich beim Europäischen Gerichtshof in Luxemburg

argumentiert – ich finde: in Übereinstimmung mit dem Bundesverfassungsgericht –, weshalb dies rechtswidrig ist. Wir werden sehen, wie der Europäische Gerichtshof entscheidet. Ein direkter Ankauf von Staatsanleihen – bei den Staaten – durch die Europäische Zentralbank wäre durchaus sinnvoll, ist aber durch den Lissabonner Vertrag verboten. Vielleicht müssen wir doch einmal darüber nachdenken, diesen zu korrigieren.

Jetzt komme ich zu Ihrem Spardiktat gegenüber dem Süden Europas. Ich will Ihnen einmal wirklich aufzählen, was dort angeordnet worden ist. Die Folgen sind – zunächst in diesen Ländern und jetzt auch bei uns – erheblich: Über 26 Millionen Bürgerinnen und Bürger in der EU sind arbeitslos. Millionen junger Menschen haben keine Perspektive: In Griechenland und Spanien liegt die Jugendarbeitslosigkeit bei über 50 Prozent, in Italien bei 44 Prozent. In Griechenland bekommen nur 27 Prozent der Arbeitslosen Arbeitslosengeld. Beim Europäischen Gerichtshof habe ich die Folgen für Griechenland einmal konkret wie folgt benannt: Die Säuglingssterblichkeit stieg in der Zeit der Krise um 21 Prozent, die Kindersterblichkeit stieg um 43 Prozent, die HIV-Ansteckungsquote stieg um 52 Prozent. Die Selbstmordrate stieg um 37 Prozent. – Es tut mir leid, Frau Bundeskanzlerin, aber das ist das Ergebnis Ihrer Politik.

Jetzt sage ich Ihnen Folgendes: Erstens. Die Staatsschulden liegen in den betroffenen Ländern nun auf Rekordniveau. Deshalb gibt es eine mögliche und eine jetzige Folge. Wir haften bekanntlich für 27 Prozent dieser Darlehen. Ich sehe nicht, wie die Staaten das Geld je zurückzahlen können. Wenn wir mit 27 Prozent haften, müssen wir irgendwann 300 Milliarden Euro bezahlen. Ich möchte einmal wissen, woher Sie das Geld nehmen wollen. Sie unterbreiten keinen einzigen Vorschlag, wie Sie das machen wollen. Sie unterschreiben die Bürgschaft und verraten uns nicht, was im Haftungsfall passieren soll.

Mein zweiter Punkt. Sie organisieren, dass die betroffenen Länder Tag für Tag weniger Geld ha-

ben. Deshalb können sich die Menschen in diesen Ländern die Importe aus Deutschland nicht mehr leisten. Das ist der zweite Grund für den Exportrückgang. Aber Deutschland ist Vizeweltmeister beim Export! Das haben wir übrigens immer wieder gerügt, weil wir der Auffassung sind: Wir sind damit weltweit sehr stark abhängig, wir müssen stattdessen die Binnenwirtschaft stärken. Aber Sie haben uns diesbezüglich nie zugehört.

Die Zahl der verlorenen Arbeitsplätze überschreitet bald 300.000. Dann haben wir hier gewaltige soziale Probleme, die Sie damit indirekt verursacht haben.

Herr Kauder, seit der ersten Debatte habe ich Ihnen gesagt: Wenn wir das Spardiktat gegen den Süden durchsetzen, werden die Exporte zusammenbrechen. Sie haben mir immer widersprochen. Jetzt brechen die Exporte zusammen. Der Rückgang von 5,8 Prozent im August ist erst der Anfang.

Sie sehen es wieder: Sie hätten gleich auf mich hören sollen, Herr Kauder; das habe ich Ihnen schon mehrfach gesagt.

Wissen Sie, was der Süden gebraucht hätte? Eine Art Marshallplan, von dem wir nach 1945 profitiert haben. Das wäre sinnvoll gewesen, weil das ein Aufbauplan gewesen wäre.

Dann hätten die Länder mehr Geld und könnten die Darlehen zurückbezahlen. Aber das wollten Sie nicht. Wissen Sie, was Ihre Auffassung ist? Dass die Agenda 2010, erfunden von SPD und Grünen, weltweit ein Heilsbringer ist.

Ein schwerer Irrtum, kann ich nur sagen.

Übrigens: Der französische, inzwischen zurückgetretene Wirtschaftsminister hat Folgendes gesagt – ich bin mit meiner Meinung schließlich nicht alleine –: Die Sparpolitik in Frankreich und in ganz Europa ist eine einzige Absurdität. Sie führt in die Rezession und bald auch zur Deflation.

Wegen dieser richtigen Erkenntnis musste er zurücktreten. Das ist die Wahrheit in Europa.

Ich sage Ihnen noch etwas: Der EZB-Präsident Draghi stemmt sich nun hilflos gegen die Krise und die Deflation. Die Leitzinsen machen jetzt ein halbes Prozentpünktchen aus. Was ich aber wirklich eine Unverschämtheit finde – da will die Regierung zwar etwas

machen, aber bitte handeln Sie nicht halbherzig, Herr Maas, sondern machen Sie etwas Vernünftiges –, ist, dass die Banken beim Dispokredit unverschämte hohe Zinsen kassieren, obwohl sie selbst das Geld fast kostenlos erhalten. Das darf nicht mehr geschehen.

Wissen Sie, dass die Sparerinnen und Sparer in Deutschland die ganze Krise mit einem Wertverlust ihrer Sparguthaben bezahlt haben? 23 Milliarden Euro macht der Wertverlust der Sparguthaben aus. Auch darüber sprechen Sie nie. Erklären Sie doch einmal den Sparerinnen und Sparern, weshalb sie für die Krise haften, die sie nicht verursacht haben.

Ich habe es schon gesagt: Wir müssen die Abhängigkeit vom Export abbauen. Wir brauchen mehr Binnenwirtschaft. Dafür brauchen wir Investitionen. Ich sage auch Ihnen, Herr Bundesfinanzminister: Ihre schwarze Null ist nichts wert, wenn dafür auf Zukunft verzichtet wird. Wir brauchen Investitionen in die Infrastruktur und in die Bildung. Dafür ist es höchste Zeit. Es wird Ihnen auch nicht gelingen, diese Bereiche zu privatisieren. Dann wird eine Rendite erwartet, die für die Bürgerinnen und Bürger unbezahlbar sein wird.

Deshalb sage ich Ihnen: Wir müssen umsteuern.

Übrigens, Herr Peter Ramsauer, wenn Sie jetzt vorschlagen, alle Maßnahmen auszusetzen, die Rente ab 63, den Mindestlohn: Mein Gott, damit ruinieren Sie doch die Binnenwirtschaft. Machen Sie doch einmal eine kleine volkswirtschaftliche Lehre! Dafür wird es höchste Zeit! Ganz abgesehen davon, dass das sozial ungerecht ist. Also: Wir müssen in Europa umkehren.

Ich habe einen Wunsch, den ich Ihnen zum Schluss mitteilen will: Ich möchte, dass die europäische Integration attraktiv wird, gerade auch für die jungen Leute und damit für die Zukunft.

Die Europawahlen, die wir noch gar nicht richtig ausgewertet haben, sind ein schlimmes Zeichen. Rechtsextreme und nationalistische Parteien hatten große Erfolge. Wenn wir das nicht wollen, Frau Bundeskanzlerin, müssen Sie dafür sorgen, dass unter dem Begriff „Europa“ gerade bei der Jugend endlich wieder mehr Frieden, mehr Demokratie und mehr soziale Wohlfahrt verstanden wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Wissen Sie, was Ihre Auffassung ist? Dass die Agenda 2010 weltweit ein Heilsbringer ist.

Sie verraten uns nicht, was im Haftungsfall passieren soll.

Thomas Oppermann, SPD:

Der Mindestlohn schwächt unsere Wirtschaft nicht



Thomas Oppermann (*1954)
Wahlkreis Göttingen

Die Bundesregierung hat in dieser Woche ihre Wachstumsprognose korrigiert. Wir können 2015 mit einem Wachstum von 1,3 Prozent rechnen. Das ist weniger als erwartet. Die Ursachen dafür sind bekannt. Unsere Binnenwirtschaft läuft zwar gut, aber die internationalen Konflikte zwischen Russland und der Ukraine oder im Nahen Osten gehen nicht spurlos an der deutschen Wirtschaft vorbei. Hinzu kommt, dass die Schwellenländer nicht mehr so stark wachsen. Vor allem aber bereitet uns die ausbleibende Erholung im Euro-Raum ein riesiges Problem. Das bestätigen auch die Wirtschaftsinstitute in ihren Gutachten aus der letzten Woche. Gleichzeitig erwecken sie aber den Eindruck, all das habe mit der Rentenreform und dem gesetzlichen Mindestlohn zu tun, obwohl der erst 2015 in Kraft tritt. Was ist das für eine sonderbare Argumentation?

Wenn sich das Wachstum abschwächt, dann kann es doch nicht falsch sein, wenn jetzt für 4 Millionen Arbeitnehmer in diesem Land eine zusätzliche Kaufkraft von über 10 Milliarden Euro in den nächsten beiden Jahren generiert wird.

Der Mindestlohn schwächt unsere Wirtschaft nicht. Er wird die Binnennachfrage stimulieren, er wird die Konjunktur ankurbeln und auch für mehr Importe sorgen. Das ist etwas, was auch unseren europäischen Nachbarn hilft.

Deshalb kommt der Mindestlohn genau zum richtigen Zeitpunkt.

Genauso ist es richtig, dass wir den Rentenbeitrag im nächsten Jahr senken, wenn die Möglichkeit

dazu besteht. Das kann weitere 3 Milliarden Euro Entlastung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber bringen.

Meine Damen und Herren, ich finde es erstaunlich, dass jetzt sogar die konservativen Wirtschaftsinstitute fordern, dass wir mehr Schulden machen sollen. Bisher haben sie uns immer genau das Gegenteil erzählt.

Unsere Wirtschaft wird im nächsten Jahr über 1 Prozent wachsen. Das ist deutlich mehr als 2012 und 2013. Mit diesem Wachstum können wir einen ausgeglichenen Haushalt erreichen. Den wollen wir und den werden wir hier im Bundestag im November auch beschließen, meine Damen und Herren.

Wir haben eine starke Binnen- nachfrage und einen robusten Arbeitsmarkt. Deshalb gibt es überhaupt keinen Grund für Schwarzmalerei und Pessimismus. – Cassandra Gysi, es war völlig überflüssig, was Sie da gesagt haben.

Keine Panik wegen der wirtschaftlichen Situation, aber bitte auch keine Panik wegen der Frauenquote.

In der korrigierten Wachstumsprognose mögen einige Herren die letzte Chance erkannt haben, die Frauenquote doch noch zu stoppen. Aber, meine Herren, ich muss Sie enttäuschen: Die Frauenquote kommt, sie kommt mit

Macht, und sie ist keine Belastung für unsere Wirtschaft, sondern eine große Chance für Wirtschaft und Gesellschaft.

Wir brauchen kein schuldenfinanziertes Strohfeuer, keinen Aktionismus und keine Einmal-

effekte. Was wir brauchen, ist eine Strategie, wie wir mit öffentlichen und privaten Investitionen die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft dauerhaft stärken können. Daran hat diese Koalition bereits kräftig gearbeitet, meine Damen und Herren.

Wir investieren 3 Milliarden Euro mehr in Forschung und Entwicklung, 5 Milliarden Euro mehr in die Modernisierung der Infrastruktur. Wir entlasten die Länder. Mit der Übernahme des BAföG werden in den Ländern 1,3 Milliarden Euro frei, die in Kitas und Schulen gesteckt werden können.

Das schafft nicht nur unmittelbare Arbeit; es sichert auch langfris-

tig ausreichend qualifizierte Fachkräfte.

Wir entlasten die Kommunen. Eine jährliche Entlastung um 5 Milliarden Euro bei der Grundversicherung ist bereits realisiert. Eine weitere Milliarde Euro kommt ab 2015 hinzu, und ab 2017 wird es weitere Entlastungen geben. Es geht darum, die Investitionsfähigkeit der Kommunen in Deutschland wiederherzustellen, meine Damen und Herren.

Wir entlasten auch die Wirtschaft. Mit der Reform des EEG haben wir erreicht, dass Strom bezahlbar bleibt. Energieintensive Unternehmen bleiben von der Umlage befreit und können in Deutschland investieren. Jetzt ist auch der Anstieg der EEG-Umlage gestoppt. Insbesondere für Unternehmen ist es auch eine gute Nachricht, dass es jetzt eine Verständigung über Stromtrassen in Bayern geben wird. Auch sie gehören zur Versorgungssicherheit und tragen zu Preisstabilität in der Energieversorgung bei.

Was wir jetzt brauchen, ist eine Investitionsagenda. Wir müssen Start-ups besser fördern und Bürokratie in der Wirtschaft abbauen. Bürokratieabbau bleibt unser gemeinsames Ziel. Daran werden wir arbeiten, meine Damen und Herren.

Unsere Wirtschaft ist in hohem Maße auf den Export angewiesen. Der Löwenanteil, nämlich 60 Prozent unserer Exporte, geht in die Europäische Union. Deshalb bleibt die alte Wahrheit auch eine neue Wahrheit: Deutschland geht es auf Dauer nur gut, wenn es allen in Europa gut geht.

Wenn es in Schlüsseländern wie Frankreich und Italien kein Wachstum gibt, dann schlägt das auch auf uns zurück. Deshalb sind dort jetzt harte Strukturreformen nötig, die auch in Besitzstände eingreifen. Wenn man selber so etwas noch nicht getan hat, dann lassen sich solche harten Strukturreformen leicht fordern. Aber wir Sozialdemokraten wissen, wovon wir reden. Denn wir haben bei der Agenda 2010 gesehen, dass sich durchgreifende Arbeitsmarktreformen und ein milliardenschweres Sparprogramm jedenfalls gleichzeitig nicht durchsetzen lassen. Deshalb dringen wir darauf, dass die EU die Flexibilität des Stabilitätspaktes ausschöpft, um Strukturreformen zu ermöglichen.

Gleichzeitig brauchen wir aber Wachstumsimpulse und Innovationsanreize, um die Reformländer

zu unterstützen. Wir freuen uns über die Initiative von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, ein 300 Milliarden Euro schweres Wachstumspaket auf den Weg zu bringen. Aber es muss auch klar sein, dass das nicht aus Mitteln des ESM finanziert wird.

Der ESM darf nicht geplündert werden.

Das würde das Vertrauen, das wir gerade hergestellt haben, wieder infrage stellen. Eine Zweckentfremdung der ESM-Mittel kommt für uns nicht in Betracht, meine Damen und Herren.

Aber vor allen Dingen müssen die europäischen Länder aufhören, sich gegenseitig die Steuerbasis abzugraben. Das sind Milliardenverluste, und es bezahlen am Ende immer die Steuerzahler, wenn einzelne Mitgliedsländer Schlupflöcher für internationale Konzerne schaffen, die am Ende nach Hause gehen, ohne überhaupt einen einzigen Euro oder Cent an Steuern zu zahlen. Das müssen wir stoppen, meine Damen und Herren.

Ich habe Italien erwähnt. Italien braucht jetzt nicht einfach nur mehr Geld, sondern es muss zualtererst wieder wettbewerbsfähiger werden. In Italien ist die Produktivität in den letzten 15 Jahren so gut wie gar nicht gestiegen. Der Abstand zu Deutschland, was die Produktivität angeht, ist stattdessen um 35 Prozent gewachsen. Matteo Renzi hat seit seinem Amtsantritt ganz entscheidende Reformen angepackt. Ob die Wahlrechtsreform, die Senatsreform, die Justizreform oder die Arbeitsmarktreformen: Ich finde, Matteo Renzi verdient dafür jede Unterstützung, die wir geben können.

Und ich danke der Frau Bundeskanzlerin, dass sie auch der französischen Regierung ihre Unterstützung zugesagt hat und dass sie die Reformanstrengungen der Regierung Valls gelobt hat. Auch wenn es Meinungsverschiedenheiten gibt, ist und bleibt die deutsch-französische Freundschaft der Lebensnerv und der Motor der europäischen Einigung. Deutschland und Frankreich dürfen sich nicht auseinanderdividieren lassen, meine Damen und Herren.

Meine Damen und Herren, uns beschäftigen die Folgen der internationalen Konflikte für unsere Wirtschaft. Aber noch viel mehr beschäftigt uns die Lage der Menschen in den Konfliktregionen; denn in Syrien und im Irak scheint sich jetzt zu bewahrheiten, wovor wir auf unserer Sondersitzung am 1. September gewarnt hatten. Die ISIS-Terroristen lösen

einen Flächenbrand bis an die Grenze des NATO-Landes Türkei aus. Seit Wochen toben die Kämpfe um die syrisch-türkische Grenzstadt Kobane. Es ist gut, dass unter Führung der Vereinigten Staaten jetzt eine internationale politische und militärische Allianz gegen die ISIS-Terroristen zustande gekommen ist.

Es ist ganz klar eine Aufgabe der internationalen Gemeinschaft, diesen ISIS-Terrorismus zu stoppen.

Eine Schlüsselrolle im Kampf um Kobane hat die Türkei. Natürlich erwartet niemand, dass die Türkei jetzt in Syrien einmarschiert. Aber die Türkei könnte den kämpfenden Kurden in Kobane mit anderen Mitteln helfen.

Das böte eine große Chance, den Frieden zwischen den Kurden und der türkischen Regierung langfristig zu untermauern.

Diese Chance ist bislang nicht genutzt worden. Ich hoffe, dass es noch dazu kommt.

Wenn ich mir heute die Bilder vor Augen führe, die wir Tag für Tag aus Kobane sehen, dann bin ich jedenfalls froh, dass wir vor fünf Wochen die dringend benötigten Waffenlieferungen für die Kurden im Nordirak in diesem Hause nicht abgelehnt haben, meine Damen und Herren.

Diejenigen in der Opposition, die uns dafür kritisiert haben, sollten das nun zum Anlass nehmen, ihre Entscheidung noch einmal zu überdenken. Es ist schon bemerkenswert, dass Sie, Frau Göring-Eckardt, plötzlich einen Einsatz der Bundeswehr in Syrien nicht mehr ausschließen.

Sie wissen genau, dass es in dieser Situation kein UN-Mandat geben wird. Der Sicherheitsrat ist in der Syrien-Frage blockiert. Weil Sie das genau wissen, gehört Ihre Forderung eher in das politische Schaufenster. Das halte ich für nicht überzeugend.

Das, was ging, nämlich Waffen an die Kurden zu liefern, haben Sie abgelehnt. Aber das, was definitiv nicht geht, fordern Sie jetzt. Das ist keine glaubwürdige Politik.

Im Übrigen, ob mit oder ohne Mandat, halte ich es für eine völlig abwegige Idee, dass in dieser Situation deutsche Soldaten in den syrischen Bürgerkrieg geschickt werden.

Wir haben immer klargemacht, dass für uns die humanitäre Hilfe im Vordergrund steht. Wir sind aber auch im eigenen Land gefordert. Wir müssen alles dafür tun, dass die Menschen aus den Kriegsgebieten bei uns menschenwürdig aufgenommen und untergebracht

Es ist Aufgabe der internationalen Gemeinschaft, den ISIS-Terrorismus zu stoppen.

werden. Die Zeit drängt. Hamburg muss jeden Monat 600 Flüchtlinge aufnehmen. In München ist die Erstaufnahme zusammengebrochen. Deshalb brauchen wir jetzt drei Dinge: erstens eine Änderung des Baugesetzbuches für den schnellen Bau von Unterkünften, zweitens eine Liegenschaftspolitik des Bundes, die eine Unterbringung von Asylbewerbern unterstützt, und drittens eine weitere

Entlastung der Kommunen im Rahmen des Asylbewerberleistungsgesetzes. Wir werden prüfen, was wir sonst noch tun können. Wir dürfen die Kommunen in dieser Situation nicht alleine lassen, meine Damen und Herren.

Wir müssen damit rechnen, dass die Zahl der Flüchtlinge aus Syrien und Irak weiter zunimmt. In diesem Winter könnte im Nahen Osten die größte Flüchtlingskata-

strophe seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs bevorstehen. Deshalb müssen wir zuerst dafür sorgen, dass die Flüchtlinge den nächsten Winter überleben. Das kann nur gelingen, wenn wir die Länder unterstützen, die 90 Prozent der Flüchtlinge aufnehmen. Das sind vor allem Libanon, Türkei und Jordanien.

Des Weiteren kommen aber auch wir selbst nicht umhin, in

Europa mehr Flüchtlinge aufzunehmen.

Es ist kein Ruhmesblatt, wie sich Europa insgesamt in dieser Frage bisher verhält.

Einzelne Länder sind an der Grenze ihrer Aufnahmefähigkeit, andere halten sich weitgehend heraus. Flüchtlinge irren auf dem Kontinent umher. Im Mittelmeer spielen sich Tragödien ab. Das ist beschämend für Europa, meine

Damen und Herren. Deshalb, Frau Bundeskanzlerin, habe ich die herzliche Bitte: Sprechen Sie auch dieses Thema im Europäischen Rat an. Wir brauchen eine faire Verteilung der Flüchtlinge auf alle Länder in Europa. Europa muss in dieser Frage solidarisch zusammenstehen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Katrin Göring-Eckardt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Weg mit der nationalstaatlichen Brille



Katrin Göring-Eckardt (*1966)
Landesliste Thüringen

Frau Bundeskanzlerin, die Debatte über mehr Verantwortung in der Welt ist jetzt acht Monate alt. Die Debatte ist allerdings acht Monate lang unvollständig geblieben; denn Sie definieren die Welt und die Verantwortung, die wir dort haben, immer, ohne Europa dabei mitzudenken. Egal ob es um die Konjunktur geht, egal ob es um die Flüchtlinge geht, egal ob es um die Arbeitslosen geht: Europa, das sind in Ihren Worten immer die anderen – oder es ist Krise. Das ist kurzsichtig. Nehmen Sie die nationalstaatliche Brille endlich ab, und sorgen Sie dafür, dass klar wird: Wir sind Teil dieses Europas.

Meine Damen und Herren, auch wenn sich Sigmar Gabriel und Thomas Oppermann gerade so viel Mühe geben, es wegzudeuten: Die Konjunktur in Deutschland verliert an Schwung. Wir brauchen jetzt die richtigen Weichenstellungen, und das heißt: mehr Investitionen für Deutschland, mehr Investitionen für Europa, und zwar, ohne neue Schulden zu machen. Das ist ohne Weiteres möglich. Wir müssen uns nur die Ausgaben anschauen und überlegen, welche Subventionen wir abbauen können. Aber Sie investieren nicht genug, und Sie verschulden sich trotzdem. Sie verschulden sich bei der Infrastruktur; Sie verschulden sich bei der Rentenkasse und bei den Kranken-

kassen; Sie verschulden sich bei den künftigen Generationen, egal ob es um das Klima geht oder um die Rente. Jetzt, Herr Grosse-Brömer, sollen auch noch die Frauen daran schuld sein. Sie müssen schon sehr unter der Frauenmacht in Ihrem eigenen Laden leiden.

Sie sagen es jedem in Europa, der es hören oder nicht hören will: Man möge sich doch bitte an Deutschland orientieren. Nun schaue ich mir an, mit welcher Ignoranz oder, besser gesagt, mit welcher warmen Worten Sie auf die Jugendarbeitslosigkeit eingehen. Dabei ist diese ein Drama für Europa. Es versteht kein Mensch, warum die Fördergelder – 6 Milliarden Euro sind das – bei den Jugendlichen nicht ankommen. Sinnvolle Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit werden zu Tode verwaltet, und wir sind ein Teil davon. Wenn der BA-Chef, Herr Weise, sich hinstellt und sagt: „Der Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit braucht Zeit“, dann frage ich mich: Wie lange noch? Bis die Jugendlichen alle erwachsen sind? – Wir sind dabei, eine Generation für Europa zu verlieren, die wie keine andere vor ihr dieses gemeinsame Europa verkörpert. Deswegen sage ich: Hängen Sie sich rein, damit die Jugendarbeitslosigkeit wirklich bekämpft werden kann.

Meine Damen und Herren, seit der letzten Woche haben 600 000 Menschen in Europa gegen TTIP, gegen CETA und gegen TiSA unterschrieben. Diese Leute sind gegen eine Handelspolitik, die nur die Interessen der Global Player vertritt. Diese 600.000 Leute – täglich werden es mehr – erwarten Volksvertreter in der Regierung und keine Genossen der Bosse, Herr Gabriel. Die Menschen erwarten von Europa eine Handelspolitik, die gut ist für die Wirtschaft und für die Verbraucher, die gut ist für die Kulturlandschaft und für das Klima. Insofern ist klar und deutlich: Natürlich müssen wir Handelsab-

kommen haben. Aber ihnen müssen Standards zugrunde liegen. Sie müssen dafür sorgen, dass die Interessen der Menschen, die sich so schnell und so intensiv engagieren, in Ihrer Politik, Herr Gabriel, überhaupt vorkommen und eine Rolle spielen können. Sie können sich nicht wegducken, Herr Gabriel, und nur mit ein paar warmen Worten darauf reagieren.

Die Umweltministerin musste hier letzte Woche eingestehen, dass sie in puncto Klima quasi nichts vorzuweisen hat. Sie werden nächste Woche in Brüssel die Energie- und Klimaziele für 2030 beschließen. Spätestens dann steht es schwarz auf weiß: Die deutsche Klimapolitik ist nicht mehr als Schall und Rauch. Der Rauch ist allerdings ziemlich dreckig, weil er vor allen Dingen aus Braunkohle besteht. 42 Milliarden Euro, so viel kostet die deutsche Energieerzeugung die Allgemeinheit, sagt die EU-Kommission. Und warum? Weil im vergangenen Jahr so viel Kohle in Deutschland verstromt wurde wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr.

Jetzt soll mit dem Segen der alten EU-Kommission der Neubau des Atomkraftwerks Hinkley Point staatlich subventioniert werden. Es kann doch nicht sein, dass wir die unwirtschaftliche Risikotechnologie Atomkraft mit staatlicher Beihilfe am Leben erhalten, während die Erneuerbaren längst sauberer und wirtschaftlicher sind und günstiger Strom produzieren. Wenn Sie als Bundesregierung es ernst meinen mit dem Atomausstieg und der europäischen Energiegewende, dann müssen Sie beim Europäischen Rat gegen diese Fehlentscheidungen Druck machen, und Deutschland muss sich der Klage von Österreich beim EuGH anschließen.

Beim Wahrnehmen von Verantwortung fallen der Bundesregierung immer gern die europäischen Nachbarn ein, gerade wenn es um die Flüchtlinge geht. Gleichzeitig

landen immer mehr Flüchtlinge bei uns in Notunterkünften. In München schlafen sie unter freiem Himmel. Es fehlt an Decken, an Helfern, an Unterbringungsmöglichkeiten, faktisch an allem. Wenn nicht wenigstens immer mehr freiwillige Helfer da wären, wäre es noch schlimmer. Meine Damen und Herren, die Lösung wäre: deutlich weniger Seehofer und deutlich mehr Kretschmann.

Baden-Württemberg gibt 30 Millionen Euro extra für Personal und für ein Sonderbauprogramm aus. Bis zu 1.000 Opfer sexueller Gewalt werden aufgenommen.

Meine Damen und Herren, das Boot ist nie voll. Man muss die Last gerecht verteilen, damit die Kommunen nicht Schiffbruch erleiden, ja; aber Sie verweigern sich nach wie vor einem nationalen Flüchtlingsgipfel. Da könnte man darüber reden, wie es Osnabrück schafft, 47 Prozent der Flüchtlinge in Privatunterkünften unterzubringen, oder warum es eigentlich so ist, dass in Thüringen kaum unbegleitete Minderjährige aufgenommen werden können, obwohl das gewollt ist. Die Schiefelage zwischen den Ländern geht auf Ihr Konto, meine Damen und Herren.

Das europäische Flüchtlingsrecht ist und bleibt eine Fehlkonstruktion, und zwar deshalb, weil Sie das so wollen. Sie halten an einer Politik der Abschottung an den Außengrenzen fest. Sorgen Sie doch endlich dafür, dass das Seenotrettungsprogramm „Mare Nostrum“ im Mittelmeer weitergeführt wird und dass Asylsuchende legal nach Deutschland kommen können! Das wäre Verantwortung, wie ich sie mir vorstelle.

Frau Kanzlerin, Sie fahren jetzt zum EU-Asien-Gipfel. Ihre Zeit dort werden Sie vermutlich besonders für die notwendigen Gespräche am Rande nutzen. Bitte sagen Sie Herrn Putin unmissverständlich, dass die EU ihre Sanktionen erst lockern wird und kann, wenn seinen Ankündigungen auch Taten folgen und die Ukraine nicht mehr weiter gewaltsam destabilisiert wird.

Sagen Sie den Vertretern Chinas, dass mit der brutalen Gewalt gegen friedliche Demonstrantinnen und Demonstranten in Hongkong endlich Schluss sein muss und sie der Modernisierung eine Chance geben müssen!

Ja, die Bedrohung durch die Terrormiliz „Islamischer Staat“ und die Lage im Nahen Osten sind dramatisch. Deswegen sage ich Ihnen: Überzeugen Sie Russland und China, dass sie ihre Blockade im UN-Sicherheitsrat endlich aufgeben, und ergreifen Sie eine Initiative für ein UN-Mandat! Es kann nicht bei Lippenbekenntnissen bleiben. Man kann nicht, Herr Oppermann, hier über die Völkergemeinschaft reden und gleichzeitig sagen, bei der UN hätte man sowieso keine Chance. Wenn man die Völkergemeinschaft und ihre gemeinsame Verantwortung ernst nimmt, dann geht man zu den Vereinten Nationen und macht dort Druck. Wenn man das macht, dann wird man darüber reden müssen, welche gemeinsame Strategie man hat. Ich habe nichts anderes gesagt als: Wenn man über

dieses Gemeinsame redet, dann kann man nicht als Erstes sagen: Wir sind nicht dabei. – Ein Mandat der Vereinten Nationen und ein echtes Engagement, dafür muss und dafür soll sich Deutschland einsetzen. Die Vereinten

Nationen müssen stark gemacht werden. Genau darum geht es. Da können wir uns nicht wegducken, in keiner Weise, meine Damen und Herren. Ich sage Ihnen: „Gemeinsame Verantwortung in der Welt“, das muss für diese Bundesregierung endlich heißen, Europa auch tatsächlich nicht mehr als lästige Pflichtveranstaltung zu betrachten. Europa ist nur dann stark, wenn wir es stark machen, und zwar übrigens auch gegenüber der AfD, die jetzt so viel neue Unterstützung bekommt, und gegenüber ihren nationalistischen Geschwistern. Meine Damen und Herren, machen Sie Europa stark! Alles andere ist verantwortungslos.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Vereinten Nationen müssen stark gemacht werden.

Dr. Hans-Peter Friedrich, CDU/CSU:

Deutschland muss Vorbild für Europa sein



Hans-Peter Friedrich (*1957)
Wahlkreis Hof

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der nächsten Woche wird auf dem Europäischen Rat auch das Thema Klimaschutz behandelt. Es besteht die Notwendigkeit, Verantwortung in der Welt zu übernehmen, für Europa die Stimme zu erheben, hat die Frau Bundeskanzlerin gesagt. Das alles setzt eine solide ökonomische Grundlage in Europa voraus. Deswegen ist das, was Jean-Claude Juncker und seine Kommission in den nächsten Wochen und Monaten vorbereiten, von entscheidender Bedeutung.

Ich gehe davon aus, dass dem das zugrunde liegen wird, was Juncker am 15. Juli noch als Kandidat für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission vorgelegt hat, dass das die wesentliche Wegweisung sein wird. Er sagt, das Wichtigste und die erste Priorität seien für ihn Investitionen, und zwar private und öffentliche Investitionen, um Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze in Europa zu schaffen.

Meine Damen und Herren, es ist nichts Genaueres bekannt, woher diese 300 Milliarden Euro kommen und wie sie verwendet werden sollen. Nun kann man natürlich abwarten, bis die Kommission etwas vorlegt. So haben wir es in den vergangenen Jahren gemacht. Ich rate uns dazu, dieses Verfahren zu ändern und der Kommission, noch bevor sie etwas vorlegt, einige Wegweisungen mitzugeben. Wir können das als Parlament auf dem Weg über unsere Bundesregierung machen. Wir haben vielfältige Kontakte; viele von Ihnen haben Kontakte zur Kommission auf allen Ebenen. Und wir können die -starken Persönlichkeiten im Europäischen Parlament - Martin Schulz als Parlamentspräsident und Manfred Weber als Vorsitzender der größten

Fraktion - nutzen, um diese Wegweisungen auch der Kommission mit auf den Weg zu geben.

Was ist nun das Wichtigste? Was sind unsere Bedingungen für diese Investitionspakete, die Herr Juncker schnüren will?

Erstens: keine Neuverschuldung. Ich will vorlesen, was Juncker selbst im Juli gesagt hat:

Ich glaube nicht, dass wir auf der Grundlage ständig wachsender Schuldenberge nachhaltiges Wachstum schaffen können. Dies ist eine Lehre, die wir aus der Krise gezogen haben und die wir nicht aus den Augen verlieren dürfen.

Ich hoffe, dass auch in diesem Hause jeder diese Lektion aus der Krise gelernt hat: Schulden sind der falsche Weg.

Zweitens. Es muss klar sein, meine sehr verehrten Damen und Herren, welche Haftungsfolgen sich für Investitionspakete ergeben, die auf europäischer Ebene für die Mitgliedstaaten geschnürt werden. Wir wollen hier im Deutschen Bundestag auch darüber diskutieren, ob wir diese Haftung einzugehen bereit und in der Lage sind oder nicht. Deswegen ist es wichtig, dass wir auch beim Schnüren dieser Pakete Transparenz einfordern.

Drittens. Wir reden nicht nur vom Geldausgeben, sondern von Investitionen. Was sind Investitionen? Nach Wirtschaftslexikon 24.com liegt eine Investition dann vor, wenn ein Bestandszugang eintritt. Meine Damen und Herren, volkswirtschaftlich heißt das: Eine Investition liegt vor, wenn die Substanz einer Volkswirtschaft gestärkt wird, und nicht dann, wenn einfach Geld ausgegeben wird.

Ich denke, die Frau Bundeskanzlerin hat zu Recht gesagt: Es kommt entscheidend auf die privaten Investitionen an. Hierzu sagt - auch hier darf ich wieder zitieren - Jean-Claude Juncker:

Europa wird nur dann Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionen hervorbringen, wenn wir für die richtigen rechtlichen Rahmenbedingungen sorgen und ein Klima schaffen, das unternehmensfreundlich und neuen Arbeitsplätzen zuträglich ist.

So Jean-Claude Juncker. Der Mann hat recht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist aber so: Das Schaffen eines unternehmensfreundlichen Klimas und von Rahmenbedingungen ist in erster Linie eine Aufgabe, die bei den Nationalstaaten bzw. den Mitglied-

staaten der Europäischen Union - und nicht auf der europäischen Ebene - angesiedelt ist. Weil Steuerpolitik, Sozialpolitik und Arbeitsmarktpolitik wesentliche Rahmen setzen, ist in allererster Linie jeder Mitgliedstaat selbst dafür verantwortlich, diese Rahmenbedingungen zu gestalten und die Konsequenzen aus Reformfähigkeit oder Reformunfähigkeit selbst zu tragen. Das ist im Übrigen Demokratie.

Wir werden Reformunfähigkeit nicht europäisieren. Deswegen wird es auch keine europäische Arbeitslosenversicherung geben, bei der die deutschen Arbeitnehmer Beiträge zahlen und für die Folgen haften müssen, die andere Nationalregierungen mit ihrer Reformunfähigkeit produziert haben.

Meine Damen und Herren, weil es aber so ist, dass die Mitgliedstaaten die Hauptverantwortung für die Schaffung der Rahmenbedingungen haben, müssen wir natürlich auch auf die nationalen Akteure in Deutschland -blicken. Auch wir sind in der Verantwortung, die Rahmenbedingungen für ein investitionsfreundliches Klima privater Investoren in Deutschland zu schaffen. Was sind dafür die Bedingungen?

Die erste Bedingung, dass Menschen investieren können, ist, dass wir ihnen Spielräume geben, Kapital aufbauen zu können, das sie dann investieren können. Hier spielt die Steuerpolitik eine entscheidende Rolle. Ich freue mich sehr, dass wir in der Koalition jetzt über das Thema „kalte Progression“ sprechen; denn diese Spielräume sind notwendig, um überhaupt die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Menschen investieren können.

Zweite Bedingung. Investitionen sind langfristige Kapitalbindungen. Deswegen ist die Voraussetzung für Investitionen, dass derjenige, der investiert, eine Chance hat, sein Geld wieder zurückzubekommen und vielleicht eine Rendite zu erzielen. Dazu ist notwendig, dass er Vertrauen in die wirtschaftliche Entwicklung hat; denn nur dann wird er investieren. Mein Freund, Volker Kauder, unser Kollege, sagt immer: „Politik beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit.“ Aber daraus muss

man auch Schlussfolgerungen ziehen.

Die Wirklichkeit ist - Kollege Oppermann hat es vorhin gesagt -, dass sich die Konjunktur verändert hat. Die Wirklichkeit vom Oktober 2013 war bei strahlendem Konjunkturrhimmel eine andere, als es die vom Oktober 2014 ist. Jetzt müssen wir diese Wirklichkeit nicht nur betrachten, sondern auch über Schlussfolgerungen aus dieser Wirklichkeit reden. Meine Damen und Herren, wir müssen uns als Vertreter des Volkes die Frage stellen - das dürfen wir nicht der Presse überlassen; „Können wir uns das noch leisten?“, so schreibt die Bild-Zeitung heute Morgen -, was wir uns noch leisten können und was nicht. Wir müssen die Wirklichkeit in der Welt betrachten und daraus die richtigen Schlussfolgerungen ziehen.

Wir werden Reformunfähigkeit nicht europäisieren.

Deswegen ist es auch richtig, dass sich der eine oder andere in der Koalition Gedanken macht und diese öffentlich äußert, ob man die eine oder andere neue Vorschrift, neue Belastung, neue soziale Wohltat vielleicht ein bisschen verschieben oder vielleicht für andere Zeiten aufheben sollte. Ich halte das für notwendig, auch für die Diskussions- und Debattenkultur in diesem Lande und in diesem Hohen Haus.

Dritte Bedingung. Private Investoren investieren natürlich am liebsten dort, wo sie das Risiko, das sie eingehen, auch überblicken können. Aus der Krise 2008 haben wir gelernt, dass Investoren damals Risiken eingegangen sind, die sie nicht überblickt haben. Sie haben zwar dreimal verbrieft, aber am Ende wusste keiner, wo das Risiko lag. Private Investoren investieren vor allem dort, wo sie den Überblick haben: in ihr selbst genutztes Häuschen, in ihr mittelständisches Unternehmen, in ihren Handwerksbetrieb. Meine Damen und Herren, deswegen ist es richtig, dass wir darüber nachdenken, die Investitionen in diesen Bereichen anzuregen und anzureizen. Deswegen ist es richtig, dass wir wieder über degressive AfA reden, dass wir wieder über die steuerliche Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen im Bereich der Energieeffizienzsteigerung reden. All das halte ich für dringend notwendig.

Was in Deutschland gilt, gilt übrigens auch für die Mitgliedstaaten. Auch in den Mitgliedstaaten muss jede Regierung Verantwortung für die Rahmenbedingungen für Investitionen übernehmen. Wir können und müssen feststellen: All die Länder, die harte Re-

formen gemacht haben, Herr Gysi, haben heute eine bessere Ausgangssituation und gewinnen das Vertrauen privater Investoren in ihren Ländern. Die Leute sollen nicht deswegen Reformen in ihren Ländern machen, nur weil es die Deutschen wollen, sondern sie sollen erkennen, dass sie das Vertrauen privater Investoren nur gewinnen können, wenn sie die Reformen auch durchführen. Darum geht es.

Kommen wir zum Thema der öffentlichen Investitionen. Bei den öffentlichen Investitionen stellt sich die Frage: Was will die Europäische Union auf den Weg bringen? 300 Milliarden Euro - ein großer Teil wird durch private Investitionen in den Ländern wohl schon aufgebracht werden. Ich bin dem Kollegen Oppermann, der Bundeskanzlerin und auch dem Bundesfinanzminister sehr dankbar, dass sie klargemacht haben, dass sie nicht akzeptieren werden, Hand an den ESM zu legen. Der ESM darf nicht zweckentfremdet werden. Das wäre auch gegen die ausdrückliche Beschlussfassung dieses Hauses. Deswegen vielen Dank für die klare Aussage: Hände weg vom ESM.

Aber es gibt viele Spielräume im europäischen Haushalt. Es gibt dort viele Fonds: Kohäsionsfonds und andere Fonds. Es ist richtig, dass wir diese Fonds immer wieder auf ihre Zielgenauigkeit und ihre Sinnhaftigkeit überprüfen und sie auf das Ziel Investitionen und Wettbewerb ausrichten. Das ist der entscheidende Punkt. Damit muss man nicht bis 2016 warten, bis der mehrjährige Finanzrahmen offiziell evaluiert wird, sondern man kann schon jetzt beginnen. Ich erwarte, dass die Kommission dazu einige Vorschläge macht.

Stichwort Europäische Investitionsbank. Auch hier geht es nicht darum, dass wir der Europäischen Investitionsbank einen großen Betrag geben und sagen: Sucht jetzt einmal nach Projekten. Schaut, wie ihr das Geld ausgibt; irgendwie werdet ihr es schon unter die Leute bringen. - Es muss vielmehr umgekehrt sein: Erst müssen sinnvolle Projekte gesucht werden, die dem Ziel der Wettbewerbsfähigkeit dienen. Wenn man diese Projekte gefunden hat, dann kann man darüber reden, wie die Europäische Investitionsbank sie finanziert. So muss die Reihenfolge sein. Auch diese Wegweisung würde ich gerne Herrn Juncker und der Kommission mit auf den Weg geben.

Schließlich muss es bei allen öffentlichen Investitionen immer auch um die Frage gehen: Welche Auswirkungen hat das Ganze auf den Mittelstand? Ich bin sehr froh, dass Herr Juncker in seinen bisherigen Erklärungen den Mit-

telstand in besonderer Weise berücksichtigt hat und dass er eigens dafür den Posten eines Vizepräsidenten geschaffen hat, der sich mit dem Thema Entbürokratisierung, das insbesondere ein Mittelstandsthema ist, auseinandersetzt.

Im Rahmen der Diskussionen, die wir hier in diesem Hause darüber führen, wie wir öffentliche Investitionen in der Zukunft neu gestalten können, beispielsweise durch Gewinnung privaten Kapitals, rate ich uns dazu, bei allen Schritten auch immer die Auswirkungen auf die mittelständische Wirtschaft zu betrachten.

Es geht nicht darum, irgendwie irgendwo Kapital zu haben, von dem dann die Bankkonsortien und die Großkonzerne profitieren, sondern wir müssen dafür sorgen, dass die Basis unserer mittelständischen Wirtschaft gestärkt wird. Das ist einer der entscheidenden Punkte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, dass wir in Europa und im gesamten Bereich der OECD aufhören müssen, diesen Akademikerwahn zu pflegen, der dazu führt, dass wir immer mehr arbeitslose Akademiker produzieren und immer weniger

Menschen haben, die in der Industrie als Fachkräfte oder als Techniker ihre Arbeit machen können. Wenn Herr Juncker verlangt, dass der Anteil der Industrieproduktion am Bruttoinlandsprodukt in Europa von 16 auf 20 Prozent gesteigert werden soll, dann geht das nur, wenn wir qualifizierte Fachkräfte haben, die als Techniker, als Praktiker anpacken und helfen können, die Industrie nach vorne zu bringen, anstatt sich als Arbeitslose in einem Elfenbeinturm gegenseitig auf die Füße zu treten.

In diesem Zusammenhang kann

ich die Kommission nur warnen, die Hand an den Meisterbrief zu legen. Wenn es einen Schlüssel für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa gibt, dann ist es der Export unserer dualen Ausbildung. Nun lese ich mit großer Befriedigung, dass die Kommission immer erklärt, man wolle am Meisterbrief überhaupt nichts ändern. Aber es geht ja nicht allein um den Meisterbrief, sondern darum, dass der Meisterbrief Voraussetzung für die Gründung eines Handwerksunternehmens bleiben muss. Das ist der entscheidende Punkt.

Ich kann nur davor warnen, die Hand daran zu legen; denn das würde dazu führen, dass in Deutschland Qualifikationsmöglichkeiten wegbrechen. Ich glaube, Deutschland hat eine wichtige Funktion, nämlich Vorbild für Europa in einer schwierigen und wichtigen Phase zu sein. Dafür hat dieses Hohe Haus eine große Verantwortung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Bernd Westphal, SPD:

Europa braucht eine industriepolitische Initiative



Bernd Westphal (*1960)
Landesliste Niedersachsen

Deutschlands Wohlstand basiert zum großen Teil auf seiner Exportstärke. Mehr als die Hälfte unserer Exporte geht in die Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Die Eintrübung der wirtschaftlichen Aussichten in der aktuellen Herbstprognose der Wirtschaftsforschungsinstitute zeigt einmal mehr: Nur wenn es unseren europäischen Partnerländern gut geht, kann Deutschland auch auf Dauer erfolgreich sein.

Deshalb brauchen wir dringend eine europäische Politik, die Wachstum und Beschäftigung in ganz Europa stimuliert.

Die in vielen Mitgliedstaaten anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, insbesondere unter jungen Menschen, und schädliche Deflationstendenzen müssen entschieden angegangen werden. Das von Jean-Claude Juncker vorgeschlagene 300-Milliarden-Euro-Investitionsprogramm muss daher schnell umgesetzt und die Finanzierung geklärt werden. Notwendig ist eine Überprüfung bestehender Programme. Der Abruf finanzieller Mittel auf europäischer Ebene muss vereinfacht und der Pakt für Wachstum und Beschäftigung auf seine Wirksamkeit und Umset-

zung hin überprüft werden. Die Genehmigungsverfahren bei Programmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit müssen effizienter gestaltet und die Freigabe der Gelder muss so schnell wie möglich organisiert werden.

Die EU darf auch bei wichtigen Technologien und Arbeitsplätzen der Zukunft im globalen Wettbewerb nicht den Anschluss verlieren. Bei Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung sowie Infrastruktur sind alle Mitgliedstaaten dringend gefragt.

Es müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, jetzt hierzulande Investitionen zu stärken, um innerhalb der EU neue Wachstumsimpulse zu setzen.

Die Stärkung der Wirtschaft muss mit der Stärkung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einhergehen. Viele Menschen sehen in Europa nur den Vorrang des Wettbewerbs. Dies ist nicht das Europa, das wir den Bürgern versprochen haben. Lohndumping ist in einigen Ländern Europas an der Tagesordnung. Deshalb ist die Einführung des Mindestlohns auch hier in Deutschland ein Gebot nicht nur sozialer, sondern vor allem auch ökonomischer Vernunft. Es war höchste Zeit für diesen Kurswechsel, weil es inakzeptabel ist, wenn Menschen nicht von ihrer Arbeit leben können.

Neben anständiger Entlohnung sind Teilhabe der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Sagen und Haben unerlässlich. Gute Arbeit, soziale Gerechtigkeit, sichere Arbeitsbedingungen und Mitbestimmung stehen nicht im Gegensatz zu einem innovationsfreundlichen Umfeld und zu wirtschaftlichem Erfolg, sondern bilden die Grundlage dafür.

Europa braucht aber auch eine industriepolitische Initiative. Sie muss mit privaten und öffentlichen Investitionen in Forschung und Entwicklung, in Innovationen, in Bildung und nicht zuletzt in eine intakte Infrastruktur verbunden sein. Eine zentrale Bedeutung kommt dabei der Energieversorgung zu. Europa braucht Versorgungssicherheit und eine gezielte Förderung umweltfreundlicher, ressourcenschonender und effizienter Energieformen. Eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende in Deutschland ist auch für Europa wichtig. Sie ist allerdings nicht im nationalen Alleingang möglich, sondern muss europakompatibel sein. Vor allem muss die soziale Balance durch bezahlbare Energien für private Haushalte gewahrt werden. Auch die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie darf durch steigende Industriepreise nicht zusätzlich beeinträchtigt werden. Hier ist der Kurs unseres Wirtschaftsministers Sigmar Gabriel absolut zu unterstützen.

In Europa steigt die Abhängigkeit vom Import von Energierohstoffen. Damit gehen enorme Risiken für die Versorgungssicherheit in Form von Menge und Preis einher. Daher kommt der Exploration, Gewinnung und Förderung heimischer Rohstoffe eine zunehmende Bedeutung zu. Das gilt auch für die Förderung von Erdgas und Kohle als Brückentechnologien auf dem Weg ins regenerative Zeitalter. Nur so können wir den Ausstieg aus der Kernenergie sicher gestalten. Insofern ist der Weg der Briten ein falscher.

Eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende in Deutschland ist auch für Europa wichtig.

Vor dem Hintergrund des weltweiten Potenzials und des bereits heute deutlich erkennbaren wirtschaftlichen Impulses billigen Erdgases in den USA wäre es geradezu töricht, die Förderung von Schiefergas in Deutschland nicht wenigstens, wissenschaftlich begleitet, zu erproben – mit unseren hohen Standards, enger behördlicher Kontrolle, jahrzehntelangen Erfahrungen, wissenschaftlichem Know-how und hochqualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in dieser Branche. Wo denn sonst, wenn nicht hier, sollen diese Erfahrungen gesammelt werden? Es muss doch wohl möglich sein, in einem transparenten, wissenschaftlich begleiteten Prozess Erfahrungen zu sammeln und auf dieser Basis dann politisch zu entscheiden.

Trotz seiner herausragenden Bedeutung wurde der industrielle Sektor in der Vergangenheit häufig als rückwärtsgewandt erachtet und die EU-Industriepolitik lange Zeit sträflich vernachlässigt. Dienstleistungen und Finanzmarkt standen im Vordergrund. Ordnungspolitische Vorstellungen reiner Marktregeln dominierten den Kurs. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, muss sich ändern.

Ein erhöhter Globalisierungsdruck, Rohstoffknappheit, die demografische Entwicklung oder dringend zu lösende Fragestellungen im Klima- und Energiebereich machen nicht vor den Landesgrenzen der EU-Mitgliedstaaten halt. Sie verlangen nach einer koordinierten europäischen Handhabung. Wir brauchen eine in sich schlüssige Strategie der EU. Wir brauchen eine Strategie der nachhaltigen Entwicklung.

Wirtschaftliche Dynamik, sozialer Fortschritt und Schutz der Umwelt hängen untrennbar und gleichrangig zusammen. So ist es wichtig und richtig, dass sich die Bundesregierung bei den Verhandlungen im Zuge des EU-Klima-

und Energierahmens 2030 für drei verbindliche Ziele eingesetzt hat; die Bundeskanzlerin hat auf diese Zieltrias hingewiesen. Sie muss in den Beschlüssen des Europäischen Rates am 23. und 24. Oktober im Fokus stehen. Daran werden wir die Bundesregierung messen.

Weitere wichtige Handlungsfelder auf europäischer Ebene sind zum Beispiel die Harmonisierung von Steuersätzen, Industrie 4.0, aber auch der Ausbau der Breitbandinfrastruktur. Es besteht sicherlich Einigkeit darüber, dass wir eine Innovationsagenda für Europa benötigen. Was dann aber nicht zusammenpasst, ist die Kürzung von Mitteln für den Bereich Forschung und Entwicklung im EU-Haushalt um 10 Milliarden Euro. Hier muss die zuständige Ministerin widersprechen.

Zum Schluss möchte ich noch einen wichtigen Punkt ansprechen. Große Sorgen bereiten mir die rechtsradikalen Tendenzen und die nationalen Entwicklungen in einigen Mitgliedstaaten. Mit einer perfiden Ausländerfeindlichkeit wird Stimmung gemacht und dem rechten Rand der Boden bereitet. Das dürfen wir nicht unwidersprochen hinnehmen. Das dürfen wir nicht zulassen. Diese Entwicklung schadet der europäischen Idee, dem gemeinschaftlichen Zusammenhalt und nicht zuletzt der Wirtschaft. Sie ist Gift für ein friedliches Miteinander der Menschen in Europa. Deshalb muss die künftige europäische Wirtschaftspolitik Perspektiven und Teilhabe für alle bereithalten bzw. schaffen. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die ist eine gekürzte Version der Debatte. Außerdem sprachen: Alexander Ulrich (Die Linke), Matern von Marschall (CDU/CSU), Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen), Joachim Poß (SPD), Maik Beermann (CDU/CSU) und Philipp Mißfelder (CDU/CSU).

Debatte zur Digitalen Agenda / 60. Sitzung des 18. Deutschen Bundestages am 16. Oktober 2014

Alexander Dobrindt, CDU/CSU, Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur:

Das Land hat die Chance auf ein digitales Wirtschaftswunder



Alexander Dobrindt (*1970)
Bundesminister

Wir haben uns bei den Diskussionen der vergangenen Wochen und Monate über die Digitale Agenda der Bundesregierung von einem zentralen Leitgedanken führen lassen: Wir wollen die Stärken der sozialen Marktwirtschaft nutzen, um die digitale Revolution zu gestalten. Deutschland hat eine Chance auf ein digitales Wirtschaftswunder. Das muss der Auftrag sein, den wir hier erledigen.

Wenn man die Entwicklungen der letzten Monate beobachtet, dann wird eines sehr offensichtlich: Wir stehen nicht am Anfang einer digitalen Revolution, wie viele immer wieder berichten, sondern wir stecken mittendrin in einem digitalen Wandel. Das kann man daran feststellen, dass sich die Anzahl der Patente im Bereich der -digitalen Technologien seit der Jahrtausendwende verdoppelt hat, dass der Digitalisierungsanteil über alle Wirtschaftsbereiche hinweg um 25 Prozent gestiegen ist und dass die weltweite digitale Datenmenge in den letzten Jahren regelrecht explodiert ist; sie ist seit 2005 um das 70-Fache gestiegen.

Die Prognosen besagen, dass wir bis 2020 eine weitere Verzehnfachung und dann jedes Jahr wahrscheinlich eine Verdoppelung dieser Datenmengen erleben werden. Kurz gesagt, die Digitalisierung hat die Welt – vor allem aber das Leben eines jeden Einzelnen – in nur ganz wenigen Jahren tiefgreifend verändert. Deswegen diskutieren wir auch ganz neue Phänomene in diesem Bereich. Ich sage, dass die Frage der Teilhabe an der digitalen Welt bei dieser dramatischen Veränderung unserer Gesellschaft natürlich eine Frage der Gerechtigkeit geworden ist. Weiter sage ich klar, dass digitale

Standortfaktoren mittlerweile genauso entscheidend für Wachstum und Wohlstand sind wie Rohstoffe, Energieversorgung und Fachkräfte. Diese digitale Revolution hat einen gesellschaftlichen Wandel ausgelöst, der vielleicht mit der Erfindung des Verbrennungsmotors oder der des PC vergleichbar ist. Diesen Wandel müssen wir nutzen. Wir wollen ihn gestalten. Auch wollen wir Deutschland an eine internationale Spitzenposition heranführen. Im digitalen Zeitalter kann das nur die größte politische Herausforderung bedeuten, der wir uns aktiv als Politik – gemeinsam mit Wirtschaft und Wissenschaft – komplett neu stellen müssen. Die gesellschaftliche Änderung braucht die politische Begleitung.

Diesem Auftrag haben wir in der Bundesregierung höchste Priorität eingeräumt. Drei Ressorts setzen sich intensiv mit dem Thema der digitalen Revolution auseinander. Der Bundesminister für Wirtschaft, der Bundesminister des Innern und der Bundesverkehrsminister erarbeiten gemeinsam die Digitale Agenda. Ich möchte an dieser Stelle auch einmal einen ganz herzlichen Dank aussprechen. Sehr geehrter Herr Gabriel, wir haben gemeinsam mit Innenminister Thomas de Maizière die digitalen Phänomene und Chancen intensiv miteinander diskutiert und das Projekt der Digitalen Agenda gemeinsam begleitet. Ich kann, wenn ich sehe, wie diese drei Ressorts das in einer erstklassigen, harmonischen und auch inhaltsstarken Weise umgesetzt haben, nur sagen: In dieser Bundesregierung gibt es ein beispielhaftes Vorgehen und Zusammenarbeiten.

Wir sind gemeinsam der Meinung, dass wir in der digitalen Welt an der Spitze stehen müssen, wenn wir Wachstum und Wohlstand in Deutschland weiterentwickeln wollen. Deswegen gibt es drei ganz klare Aufgaben, die auch in der Digitalen Agenda beschrieben sind: Erstens. Wir brauchen mehr soziale Marktwirtschaft in der digitalen Ökonomie. Zweitens. Wir müssen Big Data als Chance begreifen. Drittens. Wir brauchen den flächendeckenden Zugang zu schnellen Breitbandtechnologien. Nur wer bereit ist, diese drei Herausforderungen po-

sitiv zu begleiten und Entscheidungen zu treffen, hat eine Chance, dass der Wohlstand, den wir wollen, digital mitbestimmt ist und in Deutschland einkehrt.

Die soziale Marktwirtschaft in einer digitalen Welt zu definieren, ist keine ganz leichte Herausforderung. Die Digitalisierung hat nämlich mächtige globalisierte Konzerne entstehen lassen, von denen übrigens keiner aus Deutschland, nicht einmal aus Europa kommt. Die Treiber dieser Entwicklung sind vielleicht in Kalifornien oder China zu finden. Manche sprechen auch schon davon, wir hätten es vielleicht eher mit Monopolen als mit globalisierten Konzernen zu tun. Man darf die Erkenntnis darüber, dass es sich um große, einflussreiche, globalisierte Konzerne handelt, nicht überhören, aber klar ist, dass es sich um eine handfeste Herausforderung für die Balance in unserer sozialen Marktwirtschaft handelt. Jeder, der heute erkennt, dass es einzelne Konzerne sind, die die Weiterentwicklung des Digitalen vorantreiben, weiß, dass ein Stück Wettbewerb in diesen Systemen möglicherweise fehlt. Deswegen ist das für mich eine klare Frage der Ordnungspolitik. Wir haben die Aufgabe, den Wettbewerb im Digitalen zu beleben. Wir haben die Aufgabe, den Wettbewerb zu organisieren, das Antimonopol zu stärken und selber digitales Leistungszentrum zu werden. Die soziale Marktwirtschaft stärker in das Digitale hineinbringen und den Wettbewerb fördern, das muss Aufgabe dieser Bundesregierung sein.

Das gilt übrigens auch im Bereich der Sharing Economy. In Diskussionen – auch heute wieder nachlesbar – sprechen Ökonomen wie Jeremy Rifkin von einer Ablösung der marktwirtschaftlichen Gesellschaft durch eine Ökonomie des Teilens. Dazu sage ich: Diese Diagnose mag vielleicht stichhaltig sein, aber die Schlussfolgerung, die daraus gezogen worden ist, ist falsch. Die Trendwende vom Eigentum zur Nutzung ist nicht der Sargnagel der klassischen Marktwirtschaft, sondern sie ist die Chance für neue Geschäftsmodelle, neue Märkte, mehr Wettbewerb und mehr Wertschöpfung. Das kann man im Besonderen im Bereich der Mobilität

sehr genau sehen. In einer aktuellen Studie von Roland Berger wird im Bereich Shared Mobility ein Wachstum von jährlich bis zu 35 Prozent vorausgesagt. Deswegen ist klar: Auch in der Sharing Economy müssen Angebot und Nachfrage zusammengebracht, Technologien und Mobilitätsangebote bereitgestellt sowie Sicherheit gewährleistet werden. Deswegen ist Sharing Economy folglich nicht das Ende der klassischen Marktwirtschaft, wie es beschrieben wird, nein, es ist eher der Beginn einer neuen sozialen digitalen Marktwirtschaft. Die gilt es, gemeinsam mit denen zu gestalten, die heute bereit sind, Sharing Economy zur Verfügung zu stellen.

Wir bekennen uns in der Digitalen Agenda sehr klar zur Förderung jungen Unternehmertums, zu neuen Ideen und zu einem Ausbau des Gründungsgeschehens. Die Finanzierungsbedingungen für Start-ups in der Wachstumsphase zu gestalten, ist eines der Aufgabenfelder, die es zu bearbeiten gilt, wenn man die neue soziale digitale Marktwirtschaft fördern will. Denn die Monopole sind eine Herausforderung für die soziale Marktwirtschaft. Wir wollen eine wettbewerbliche Konkurrenzsituation auch für die nächsten und übernächsten Entwicklungen erhalten.

Wir haben die Rahmenbedingungen des Wettbewerbs in der Digitalen Agenda eindeutig beschrieben. Wir wollen, dass Big Data die neue Wertschöpfungskette nicht nur unterstützt, sondern auch als Grundlage zur Verfügung steht. Big Data ist der Rohstoff des 21. Jahrhunderts. Die Digitalisierung ist die Veredelung dieses Rohstoffes. Die digitale Mobilität und die Vernetzung stehen im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Wachstum an Daten, das über Mobilität generiert wird. Wer heute Big Data als Angstkulisse beschreibt, wer heute Big Data zum Angstwort macht, der hat nicht verstanden, dass zukünftig jedes Produkt 50 Prozent seines Wertes aus dem Datenanteil, aus der Digitalisierung erhalten wird. Deswegen müssen wir dafür sorgen, dass wir an der digitalen Wertschöpfung der Zukunft teilhaben. Wir dürfen uns nicht aus Angst davor der Ressource „digitale Daten“ verschließen. Wir sind Vorreiter bei der Mobilität 4.0. Wir haben einen Runden Tisch „Automatisiertes Fahren“ ins Le-

ben gerufen. Die meisten Daten, die in den nächsten Jahren erzeugt werden, werden in irgendeiner Art und Weise mit der Mobilität in Zusammenhang stehen. Wir planen ein digitales Testfeld Autobahn. Wir wollen sowohl die technischen als auch die rechtlichen Rahmenbedingungen für automatisiertes Fahren mit entwickeln. Wir sind dabei, den Grundstein dafür zu legen, damit diese Datenflut, dieser Datensunami, der auf uns zukommt, auch verarbeitet und transportiert werden kann. Maschinen müssen in die Lage versetzt werden, untereinander zu kommunizieren, und zwar so, dass zu jedem Zeitpunkt der schnellstmögliche Austausch von Daten stattfinden kann. Dazu brauchen wir überall in Deutschland moderne Breitbandtechnologien. McKinsey hat in einer Studie sehr deutlich unterstrichen, dass die Datenströme auch ein wesentlicher Teil der zukünftigen Wohl-

standsentwicklung sind. Es gibt diesen engen Zusammenhang zwischen Infrastruktur, Mobilität und Wohlstand. Deswegen haben wir uns zum Ziel gesetzt, bis 2018 in ganz Deutschland eine Versorgung mit einer Datenrate von mindestens 50 Mbit zur Verfügung zu stellen.

Wir haben die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass bei der Frequenzvergabe im nächsten Jahr die nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden, um den Breitbandausbau zu unterstützen. Ich habe mit der Netzallianz Digitales Deutschland, in der die Unternehmen, die investitionswillig sind, zusammengeschlossen sind, in der letzten Woche eine Vereinbarung getroffen, dass die privatwirtschaftlichen Unternehmen allein im nächsten Jahr 8 Milliarden Euro in die Hand nehmen werden, um den digitalen Ausbau in Deutschland zu fördern. Das ist ein Gemeinschaftsprojekt zwischen Wirtschaft und Politik. Wir brauchen in jedem Ort – überall; nicht nur in den Metropolen, sondern in allen Regionen – die schnellen Breitbandverbindungen. Das wird mit einer großen Kraftanstrengung der Wirtschaft und durch die Unterstützung der Politik mit den nötigen Fördermitteln gelingen. Wir sind auf jeden Fall vorbereitet, damit Deutschland den Sprung in die digitale Welt schafft.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir brauchen in jedem Ort die schnellen Breitbandverbindungen.

Halina Wawzyniak, DIE LINKE:

Keine Antworten auf die großen Herausforderungen



Halina Wawzyniak (*1973)
Landesliste Berlin

Die Bundesregierung hat also eine Digitale Agenda vorgelegt, über die wir hier reden sollen. „Agenda“ bedeutet: Dinge, die zu tun sind. Da hat also nun die Bundesregierung auf knapp 40 Seiten Dinge aufgeschrieben, die zu tun sind. Wow, was für eine Leistung!

Die Grünen weisen in ihrem Antrag zu Recht darauf hin, dass wir in der vergangenen Legislaturperiode eine Enquete „Internet und digitale Gesellschaft“ hatten, die über 100 konkrete Handlungs-

empfehlungen erarbeitet hat. Jetzt muss man Sie natürlich fragen: Haben Sie sie nicht gelesen, halten Sie sich für schlauer, oder warum schreiben Sie nun, nachdem die Enquete schon aufgeschrieben hat, was zu tun ist, noch einmal auf, was zu tun ist? Das, was Sie vorgelegt haben, ist folgenlose Ankündigungspolitik.

Ich hätte jetzt erwartet, dass Sie sich die Handlungsempfehlungen der Enquete einfach mal anschauen und einen Fahrplan vorlegen, was Sie wann wo umsetzen wollen, also nicht Dinge aufschreiben, die zu tun sind, sondern einfach tun. Antworten auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, die mit den Veränderungen der Produktionsprozesse und der Gesellschaft durch die Digitalisierung einhergehen, geben Sie mit dieser Digitalen Agenda nicht. Ich mache das jetzt einfach mal konkret. Kaum eine Woche vergeht, in der nicht ein neuer Überwachungsskandal bekannt wird. Es ist richtig, sich mit dem Schutz der Privatsphäre der Internetnutzerinnen und -nutzer auseinan-

derzusetzen. Gut ist, dass Sie laut der Digitalen Agenda „einfach zu nutzende Verschlüsselungsverfahren ... fördern“ und die „Wirtschaft ... stärker in die Verantwortung“ nehmen wollen. Aber: Wann kommt die gesetzliche Verpflichtung zur Ende-zu-Ende-Verschlüsselung? Wann formulieren Sie konkret und legen gesetzlich fest, dass auf die anlasslose Vorratsdatenspeicherung, die Online-durchsuchung, die nichtindividualisierte Funkzellenabfrage und die Quellen-TKÜ verzichtet wird?

Und wann streichen Sie den nicht zu kontrollierenden Geheimdiensten die Befugnisse nach dem G-10-Gesetz? Die Formulierungen in der Digitalen Agenda zum Urheberrecht sind so schwammig und allgemein – die hätten Sie auch gleich weglassen können. Wenn Sie in dem Bereich wirklich etwas Sinnvolles tun wollen, dann legen Sie schnellstmöglich ein Aufhebungsgesetz zum Leistungsschutzrecht für Presseverleger vor.

Sie wollen das Problem der Störerhaftung angehen. Das machen

Sie nur halb; denn Sie wollen die Betreiber von WLAN-Netzen im öffentlichen Bereich, und dort auch nur gewerbliche Betreiber, künftig nicht mehr für die Rechtsverletzungen ihrer Kunden haften lassen. Sie lösen das Problem nur halb, denn für Private soll die Regelung nicht gelten.

Das ist unverständlich. Und auch hier: keine Aussage, wann ein solcher Vorschlag vorgelegt werden soll.

Außerdem wollen Sie die Netzneutralität gesetzlich fest-schreiben. Das ist gut; die Forderung erheben wir schon lange. Gut ist, dass Sie sie übernehmen. Schlecht ist, dass Sie an diesem Punkt offenbar machen, wie ernst Sie selbst Ihre eigene Digitale Agenda nehmen. Kürzlich veröffentlichte die von Ihnen initiierte Netzallianz ein Kursbuch für den weiteren Ausbau des Breitbandinternets. Ich zitiere daraus: Die Netzallianz weist zudem darauf hin, dass die Entwicklungsfähigkeit der Geschäftsmodelle nachhaltig gesichert werden muss, um weitere Investitionen in den Netzausbau zu ermöglichen. Hierbei kann die Einführung von Qualitätsmerkmalen bei der Datenübertragung einen zusätzlichen Beitrag für die Refinanzierbarkeit von Netzen

und damit auch deren Ausbau im ländlichen Raum leisten. Sie nennen Qualitätsklassen einfach „Qualitätsmerkmale“ und hoffen, dass keiner mitkriegt, dass Sie die Netzneutralität opfern wollen, um den Breitbandausbau zu finanzieren. Das ist mit uns jedenfalls nicht zu machen.

Ein letzter Punkt. Sie sprechen das Thema Arbeit, genauer: Erwerbsarbeit, zwar an, aber weder haben Sie Antworten, noch haben Sie irgendeinen Fahrplan, wie das Thema bearbeitet werden soll.

Wann gibt es von Ihnen in Auftrag gegebene Studien dazu, welche Folgen die Digitalisierung der Gesellschaft für Erwerbsarbeitsplätze hat und welche Auswirkungen dies auf die Solidarsysteme hat? Das ist das Mindeste, was man von einer Regierung erwarten kann. Kurz und gut – ich komme zum Schluss –: Die Digitale Agenda ist nur Papier. Gemessen werden Sie an den Taten. Ich hoffe sehr, dass dann mehr herauskommt als das, was in dieser Agenda steht. Notwendig wäre es, und das schon viel zu lange.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sören Bartol, SPD

Digitalisierung heißt Innovation



Sören Bartol (*1974)
Wahlkreis Marburg

Liebe Kollegin Wawzyniak, wir können diese Debatte so miesepetrig wie Sie führen, wir können an allem ein bisschen rummäkeln, wir können mit hängenden Schultern den Bedenkträgern und Kritikern das Wort reden, oder aber wir können hier miteinander um die besten Ideen ringen und uns vor allen Dingen an die Umsetzung machen.

Die Menschen erwarten von uns

im Bundestag, dass wir die Dinge nicht einfach laufen lassen. Entsprechend hat diese Bundesregierung die Digitale Agenda auf den Weg gebracht. Diese Koalition hat einen Ausschuss Digitale Agenda etabliert. Das ist der Unterschied: Wir handeln, und Sie lamentieren immer nur.

Wer mit seinen Nachbarn über den Alltag spricht, wird feststellen, dass die Digitalisierung längst das Leben bestimmt. Es wird gesurft, gestreamt, gechattet, gemailt, alternativ auch gerne getwittert oder gebloggt.

Für viele steht die digitale Kommunikation für ein modernes Lebensgefühl. Gleichzeitig treffe ich aber auch andere, die skeptisch sind, die die digitale Welt ablehnen. Sie fühlen sich überfordert, beobachtet, ausgeforscht und manipuliert. Das Smartphone steht für sie für permanente Verfügbarkeit und Kontrolle. Alle sind sich jedoch einig: Der Megatrend der Digitalisierung ist offensichtlich

nicht mehr aufzuhalten.

Der Beschluss der Digitalen Agenda am 20. August durch die Bundesregierung zeigt: SPD, CDU und CSU wollen die Digitalisierung aktiv gestalten. Die Netzpolitik ist inzwischen moderne Gesellschaftspolitik. Wir erleben den größten Umbau unserer Gesellschaft seit der industriellen Revolution.

Damals wie heute stellen sich die gleichen Fragen: Wie entstehen neue, innovative Ideen für neue Produkte? Wie entwickelt sich das Verhältnis von Leben und Arbeit? Wie sichern wir gute Ausbildung und Aufstiegschancen für alle? Wie erreichen wir eine gute Infrastruktur und eine schnelle Kommunikation? Und wie schaffen wir für die Bürgerinnen und Bürger die notwendige Sicherheit

der eigenen Person?

Die Digitalisierung ist eine große Chance für Deutschland. Wir brauchen deswegen keine Angstdebatte der verschränkten Arme. Die Digitalisierung kann dazu beitragen, dass Familie und Beruf sich besser miteinander vereinbaren lassen. So hilft zum Beispiel das Internet dabei, dass immer mehr Leute von zu Hause aus arbeiten können und zum Arbeiten nicht unbedingt an einen anderen Ort wechseln müssen. Die Digitalisierung kann dafür sorgen, dass harte körperliche Arbeit erleichtert wird, und sie kann mithelfen, dass die Industrie und der Mittelstand in Deutschland in einer globalen Wirtschaft weiterhin erfolgreich mitspielen können.

Das Internet muss dabei ein Freiraum für alle bleiben. Es darf keine Nutzer erster und zweiter Klasse geben. Wir werden daher auch darauf achten, dass wir die Netzneutralität gesetzlich fest-schreiben. Dabei werden wir ein ausgewogenes Verhältnis zwischen der Absicherung eines freien und offenen Netzes für alle und der Förderung von Innovation und In-

novation erreichen. Gleichzeitig brauchen die Betreiber von WLAN-Netzen Rechtssicherheit. Dabei sollten wir nicht nur für die gewerbliche, sondern auch für private Anbieter wie Schulen oder Wohngemeinschaften eine gute Lösung finden.

Digitalisierung heißt Innovation. Sie schafft Wachstum und Beschäftigung. Dafür müssen wir einen neuen Gründergeist in Deutschland wecken und junge Unternehmen mit dem notwendigen Kapital ausstatten.

Die Digitalisierung wird die Industrie und den Mittelstand in Deutschland verändern. Die Arbeitsplätze werden komplexer und anspruchsvoller. Digitale Technologien werden immer weiter Einzug halten. Gute Bildung und Ausbildung sind daher die Triebfeder einer erfolgreichen Digitalisierung Deutschlands. Hier sind in der Schulpolitik insbesondere die Länder gefragt. Sie sollten den Vorschlag von Bundeswirtschaftsminister Gabriel aufgreifen: Das Erlernen einer Programmiersprache muss neben dem Erlernen der klassischen Fremdsprachen zu einem Pflichtfach in der Schule werden.

Fortsetzung auf nächster Seite

Die Digitale Agenda ist nur Papier. Gemessen werden Sie an den Taten.

Wir erleben den größten Umbau unserer Gesellschaft seit der industriellen Revolution.

Alle klugen Ideen der Digitalisierung unserer Gesellschaft werden wir allerdings nicht umsetzen können, wenn wir am Ende auf der Datenautobahn im Stau stecken bleiben. Unser Ziel ist deshalb ein schnelles Internet für alle. Wir müssen die digitale Spaltung zwischen Stadt und Land beenden. Bis 2018 werden wir in ganz Deutschland flächendeckend Internet mit Geschwindigkeiten von

mindestens 50 Megabit pro Sekunde ausbauen. Dafür wollen wir zusätzliche private wie auch öffentliche Investitionen für den Breitbandausbau mobilisieren.

Seit den Enthüllungen von Snowden ist endgültig klar: Freiheit und Wohlstand in einer digitalen Welt funktionieren nicht ohne den Schutz vor der Ausspähung privater Daten durch ausländische Geheimdienste oder vor Miss-

brauch durch Konzerne.

Genauso müssen wir unsere Unternehmen vor zunehmender Wirtschaftsspionage schützen. Hier wird, denke ich, das IT-Sicherheitsgesetz des Bundesinnenministers Lösungen bringen. Ich erwarte von der Bundesregierung, dass sie sich auch bei den Verhandlungen über die EU-Datenschutz-Grundverordnung für ein hohes Sicherheitsniveau für priva-

te Nutzerinnen und Nutzer einsetzt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Digitale Agenda der Bundesregierung ist ein Maßnahmenplan für die kommenden Jahre. Dieser Plan wird jetzt vom Parlament Schritt für Schritt abgearbeitet. Es liegt in unseren Händen, ob wir dabei ängstlich nur die Risiken der Digitalisierung betonen oder ob wir sie gemeinsam optimistisch als Chance begreifen. Ich

lade alle Kolleginnen und Kollegen im Bundestag, aber auch alle in der Zivilgesellschaft, in den Unternehmen und in den Verbänden ein, diese Debatte positiv und vor allen Dingen mit Zuversicht zu begleiten. Ich glaube, dann wird uns als Deutschem Bundestag am Ende etwas Gutes und Positives gelingen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Dr. Konstantin von Notz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sie liefern hier ein extrem dünnes Brett ab



Konstantin von Notz (*1971)
Landesliste Schleswig Holstein

Warum reden wir hier heute überhaupt über diesen kurzfristig auf die Tagesordnung gesetzten Bericht der Bundesregierung zur Digitalen Agenda, und warum beäugen sich gleich mehrere Minister kritisch und misstrauisch auf der Regierungsbank? Richtig, es ist wieder IT-Gipfelzeit.

Sehnsüchtig warten die Menschen, aber auch die Wirtschaft in diesem Land auf einen digitalen Aufbruch, und die Erwartungen waren hoch. Vor dem Hintergrund, dass wir hier, in diesem Hohen Haus, seit Jahren diese Themen diskutieren, und angesichts des Niveaus der 400 Handlungsempfehlungen der Enquete, von denen Sie keine einzige umsetzen, ist das, was Sie hier heute abzufeiern versuchen, hochnotpeinlich. Ihre Agenda bleibt sogar weit hinter Ihrem eigenen -Koalitionsvertrag zurück, Thomas Jarzombek, sie verharrt im Nebulösen: Irgendetwas Konkretes? Fehlanzeige. Finanzierung der wohlklingenden Absichtserklärungen? Fehlanzeige. Versprochene Beteiligung von Parlament, Ausschuss Digitale Agenda und Zivilgesellschaft? Fehlanzeige.

Nur drei Beispiele dafür: Erstens. Sie, Herr Gabriel, wollen Deutschland zum digitalen Wirtschaftsland Nummer eins machen. Das klingt ja großartig; aber Sie kriegen es noch nicht einmal

hin, Rechtssicherheit für WLAN-Betreiber herzustellen. Gleichzeitig bedroht Ihr Kleinanlegererschutzgesetz die Crowdfunding- und Start-up-Szene in Deutschland massiv. So wird das nichts.

Zweitens. Herr de Maizière will Deutschland zum Verschlüsselungsland Nummer eins machen, aber er will weiterhin keine durchgehende Ende-zu-Ende-Verschlüsselung. Er will IT-Sicherheit stärken, hält aber an der Vorratsdatenspeicherung und dem Bundestrojaner fest. Das ist widersprüchlich. Das ist kontraproduktiv.

Drittens. Herr Dobrindt, Sie wollen den Breitbandausbau nun endlich voranbringen – sehr originell –, Sie wollen ihn aber nicht finanzieren. Die digitale Spaltung zwischen Stadt und Land wird von Jahr zu Jahr schlimmer, gerade bei Ihnen, in Nordbayern. Aber Sie legen hier nur unfinanzierte Zielmarken vor, die in der nächsten Wahlperiode, im Jahr 2018, liegen. Das ist lächerlich.

Das sind Offenbarungseide in Ihren Zuständigkeitsbereichen. Das ist kein Aufbruch. Das ist Stillstand. Diese Unzulänglichkeiten sind Ihnen ja total bewusst. Deswegen sprechen Sie, wie der Kollege Bartol gerade, von einem Maßnahmenplan oder einem Hausaufgabenheft. Wenn das ein Hausaufgabenheft ist, dann ist das ein schludriges, unergiebiges und schlecht geführtes. Fakt ist doch: Niemand ist mit Ihrer Digitalen Agenda zufrieden. Alle sind enttäuscht: von den netzpolitischen Sprechern ihrer eigenen Fraktionen über die Verbraucherschutzverbände bis hin zur Wirtschaft.

Sie können dreierlei nicht entdecken: Sie wissen erstens immer noch nicht, was die Digitalisierung für unsere Gesellschaft eigentlich bedeutet, und vor allen Dingen wissen Sie nicht, wie man diesen Umbruchprozess als Gesetzgeber gestaltet. Zweitens. Sie haben die Kompetenzstreitigkeiten und Konkurrenzen zwischen

Ihren Ministerien nicht entschärft; Sie haben sie verschärft. Viele Köche verderben eben den Brei, auch in der Netzpolitik. Die Krönung ist, dass Sie hier heute die Zuständigkeit des Ausschusses Digitale Agenda streitig stellen. Das ist wirklich eine Farce. Unfassbar! Drittens. Anderthalb Jahre nach den Enthüllungen von Edward Snowden steht dazu kein Wort in Ihrer Digitalen Agenda, kein Wort über die Bürgerrechte und den Datenschutz in der digitalen Welt. Wer soll Sie damit ernst nehmen? Das ist im Jahr 2014 zu wenig. Das ist viel zu wenig für die viertgrößte Wirtschaftsnation der Welt, für einen zentralen gesellschaftlichen Politikbereich und für den Grundrechtsschutz in der digitalen Welt. Das ist keine Angstdebatte, sondern das ist die Realität. Snowden ist die Realität. Wer diese Vertrauenskrise der Menschen ignoriert, ist im digitalen Phantasieland unterwegs, Herr Gabriel.

Wenn Sie mal etwas mit Substanz im digitalen Bereich, in der Netzpolitik lesen wollen, empfehle ich Ihnen die Regierungserklärung von Winfried Kretschmann aus dieser Woche. Er hat die Dimension der digitalen Revolution verstanden. Sie liefern hier ein extrem dünnes Brett ab. Ich sage Ihnen: Diese Bundesregierung geht für die billigen Punkte. Vizekanzler Gabriel forderte eine Woche vor der Europawahl die Zerschlagung von Google. Na, das ist mal eine originelle Nummer. Nach der Europawahl treffen Sie sich auf Augenhöhe mit den Google-Managern zu PR-trächtigen Diskussionsabenden. Na, vielen Dank! Regulierung, Gesetzgebung, Verbraucherschutz, nach Jahren und Jahrzehnten endlich ein angemessener Datenschutz, die Aufkündigung von Safe Harbor – alles Fehlanzeige. Diese Große Koalition ist digital so klein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Thomas Jarzombek, CDU/CSU:

Wir müssen auf den Wandel reagieren



Thomas Jarzombek (*1973)
Wahlkreis Düsseldorf I

Eine ganze Reihe von uns waren dabei, als vor einigen Monaten der Historiker Professor Osterhammel einen Vortrag darüber gehalten hat, welche Veränderungen vor 250 Jahren stattgefunden haben. Damals waren China und Indien in der Textilindustrie weltweit führend, und Europa war hoffnungslos hinterdran. Dann kamen einige ganz zentrale Innovationen. Es waren Innovationen in den Prozessen, die Erfindung der Dampfmaschine und das Kolonialisierungssystem. Diese haben dazu geführt, dass in einem für damalige Verhältnisse disruptiven Wandel die so glorreichen Textilindustrien in China und Indien am Ende vollständig zerstört wurden und Europa eine Führungsrolle eingenommen hat.

Ich erzähle Ihnen das deshalb, weil sich das, was vor 250 Jahren passiert ist, heute wiederholt. Die Frage ist, wo wir als Deutschland und als Europa dabei sind. Der Economist hat gerade eine Studie publiziert, der zufolge 47 Prozent unserer Arbeitsplätze in den nächsten 20 Jahren durch den digitalen Wandel massiv umgewälzt werden. Darauf müssen wir reagieren. Da kann man Angst be-

kommen. Kollegen haben mir gesagt: Ihr müsst den Unternehmen die Angst nehmen. – Aber wir werden denen die Angst nicht nehmen können. Angst ist nichts Schlechtes, Angst ist gut. Denn Angst ist ein Treiber für Veränderungen. Wer sich nicht bewegt, den wird es in zehn Jahren nicht mehr geben. Wer heute in einem Industrieunternehmen ist und den digitalen Wandel nicht aktiv gestaltet, sondern meint, er könne das einfach aussitzen, den wird es in zehn Jahren nicht mehr geben. Das ist die zentrale Aussage, die wir immer und immer wieder kommunizieren müssen.

Deshalb bin ich der Bundeskanzlerin sehr dankbar, dass sie dieses Thema seit Monaten immer wieder prominent in den Raum stellt, dass sie immer wieder sagt:

**Angst ist gut.
Denn
Angst ist ein
Treiber für
Veränderungen.**

Der digitale Wandel ist die zentrale Herausforderung. – Heute Morgen hat sie gesagt, dass diese Debatte außerordentlich wichtig ist und dass das ein ganz zentrales Handlungsfeld ist. – Ich würde mir wünschen bzw. ich ver-

binde damit die Hoffnung, dass auch der Bundeswirtschaftsminister dieses Thema noch stärker nach vorne treiben wird. Ich freue mich, Herr Gabriel, dass Sie in dieser Debatte anwesend sind. Das ist ein gutes und starkes Signal. Ich war am Dienstag dabei, als Sie mit Eric Schmidt geredet haben und es auch darum ging, dass vor 15 Jahren – ich glaube, das ist ein sehr gutes und richtiges Argument – unsere Industrie schlechtgeredet wurde, dass man sagte, das habe keine Zukunft mehr, und dass es allen Unkenrufen zum Trotz richtig war, an der Industrie festzuhalten. Aber man darf der Industrie jetzt nicht signalisieren: Auch in den nächsten 15 Jahren wird es einfach so weitergehen, ihr

braucht euch nicht zu wandeln. – Das hielte ich für gefährlich. Deshalb wünsche ich mir, dass wir der Industrie ganz klar sagen: Ihr müsst loslaufen.

Wir müssen, wenn es Kritik an Google gibt – die ja in einer ganzen Reihe von Fällen auch berechtigt ist; das Thema Kartellrecht zum Beispiel verfolgt die Europäische Union genau –, höllisch aufpassen, dass aus Kritik an Google keine Kritik, keine Verweigerung des digitalen Wandels wird. Damit würden wir nur einem Schaden: uns selbst.

Herr Bundeswirtschaftsminister, Sie haben zu Recht über die Factory gesprochen – das ist eine tolle Einrichtung hier in Berlin, ein Leuchtturm der Gründungsintensität –, Sie haben zu Recht darüber gesprochen, dass jetzt auch die Wirtschaft dran ist: dass die DAX-Unternehmen in Start-ups investieren müssen. Aber wir dürfen nicht nur darüber reden, wir brauchen jetzt auch eine konkrete Agenda dafür, wie das passieren soll. Wir müssen auch darüber nachdenken: Wie groß sollte der Anteil des Staates sein – wie auch der Unternehmen –, zu dem bei Start-ups eingekauft wird? In Frankreich diskutiert man über eine Quote: dass der Staat mindestens 2 Prozent seiner Einkaufsleistungen bei Start-ups bezieht. Das ist vielleicht sehr statisch; aber ich glaube, es ist sehr wichtig, dass wir hier konkret werden.

Und ich würde mir wünschen, dass wir die Gründer auch stärker ins Schaufenster stellen. Herr Gabriel, Sie haben Eric Schmidt eingeladen in Ihre Veranstaltung „Wirtschaft für morgen“. Ich finde, es ist eine exzellente Idee, eine Veranstaltungsreihe „Wirtschaft für morgen“ durchzuführen. Aber wenn Sie über digitale Wirtschaft sprechen, warum laden Sie als Ersten Eric Schmidt ein? Warum laden Sie nicht Malte Siewert, Kolja Hebenstreit oder Ijad Madisch ein?

Um einmal drei Gründer zu nennen, die von Deutschland aus globale Unternehmen aufgebaut haben, von Düsseldorf und Berlin aus.

Ich glaube, in diesem Zusammenhang – Sie haben eine Initiative genannt: die Factory – ist auch wichtig, was Simon Schäfer, ein guter Netzwerker in dem Bereich, sagt: Wir brauchen in der Europäischen Union nicht nur eine Defi-

inition, was kleine und mittelständische Unternehmen sind, wir brauchen auch eine Definition, was Start-ups sind. Wir müssen denjenigen, die hier innovative Firmen aufbauen, Erleichterungen geben, insbesondere was die Bürokratie betrifft.

Ein ganz wichtiges Thema ist auch: Wie ist eigentlich unsere Kultur im Umgang mit den Veränderungen, die da kommen? Da komme ich auf das Thema Datenschutz zu sprechen. Ich glaube, dass Datenschutz eine zentrale Herausforderung ist für die Gründung neuer Unternehmen, aber auch für die Wettbewerbsfähigkeit unserer bestehenden.

Ich nenne Ihnen mal ein ganz konkretes Beispiel: Mit Google war bei der „Wirtschaft für morgen“ zuletzt ein Unternehmen zu Gast, das an vielen Technologien für das selbstfahrende Auto arbeitet. Sie wissen, welche Bedeutung die Automobilwirtschaft für Deutschland hat. Sie wissen auch, dass in zehn Jahren das selbstfahrende Auto das zentrale Wettbewerbsmittel sein wird.

Jetzt nehmen die meisten Szenarien an, dass dieses selbstfahrende Auto in zehn Jahren noch nicht wird fahren können, sondern dass der Fahrer an bestimmten Stellen wird übernehmen müssen. Dann muss das Auto aber wissen: Was macht denn der Fahrer? Ist der Fahrer aktiv und wachsam, oder schaut er aus dem Fenster, liest ein Buch oder schläft sogar? Das lässt sich bei den bisherigen Fahrzeugen einfach herausfinden, weil der Fahrer ja lenkt und schaltet und bremst – beim selbstfahrenden Auto tut er nichts mehr davon; also brauchen Sie eine Kamera im Auto, mit der das Auto feststellt: Ist der Fahrer eigentlich wach oder schläft er?

Mit der Diskussion, die wir über Datenschutz führen, schüren wir ein Klima der Angst. Wenn eine oberste Bundesbehörde als Werbemittel kleine Aufkleber verteilt, die man auf seine Handykamera kleben soll, sind wir, glaube ich, momentan nicht die Treiber des richtigen kulturellen Wandels, sondern haben hier eher ein Problem.

Deshalb ist es mir persönlich, ist es uns als Union sehr wichtig, dass wir mit der europäischen Datenschutz-Grundverordnung einen Rahmen schaffen, der nicht nur die berechtigten Datenschutzinteressen der Bürger berücksich-

tigt, sondern auch die Innovationsfähigkeit unserer Wirtschaft nicht einengt; das ist wichtig.

Der Kollege von Notz hat sich sehr darüber beschwert, dass die Digitalpolitik in diesem Hause nicht das nötige Gewicht hätte.

Wir haben es geschafft, einen vollwertigen Ausschuss dazu einzurichten. Die Bundeskanzlerin hat den Schwerpunkt ihrer Haushaltsrede auf das Thema Digitalpolitik gelegt. Und: Wir bewerben uns mit Günther Oettinger für den

Posten des Digitalkommissars in der Europäischen Union.

Die Bundeskanzlerin hat uns klar gesagt: Gerade für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist dieses Ressort für digitale Wirtschaft in der Europäischen Kommission das entscheidende.

Wenn Sie glauben, dass es besser wäre, die Digitalpolitik in Europa von irgendwelchen Briten, Spaniern oder sonst wem machen zu lassen, dann haben Sie bei die-

sem Thema noch einiges aufzuholen.

Ich finde es gut, dass es die Digitale Agenda gibt. Ich glaube, das ist der Schritt in die richtige Richtung. Wir werden noch sehr viel zu arbeiten haben. Wir werden noch sehr viele Innovationen sehen, und wir werden diese gemeinsam gestalten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wer sich nicht bewegt, den wird es in zehn Jahren nicht mehr geben.

Wir müssen denjenigen, die hier innovative Firmen aufbauen, Erleichterungen geben.

Herbert Behrens, DIE LINKE:

Eine wirkliche Agenda sieht anders aus



Herbert Behrens (*1954)
Landesliste Niedersachsen

Blühende Landschaften in der digitalen Welt von morgen, schneller Internetzugang, Telemedizin, Automatisierung der Produktion und kreative Start-ups,

Deutschland in der Führungsrolle: Mit diesen Versprechen, mit viel Pathos vorgetragen, versucht die Bundesregierung, uns ihre Digitale Agenda zu verkaufen. Eine wirkliche Agenda sieht anders aus; das hat meine Kollegin Wawzyniak bereits dargestellt.

Die Digitalisierung wird das Leben der Menschen stark verändern; das ist inzwischen ein Allgemeinplatz. Genau aus diesem Grunde gibt es heute schon viele Menschen, die sich an der Gestaltung der digitalen Gesellschaft aktiv beteiligen und sich damit beschäftigen. Diese waren aber bei der Formulierung der Digitalen Agenda überhaupt nicht gefragt. Stattdessen haben drei Ministerien über Monate zusammengesessen, um auf 40 Seiten zusammenzuschreiben, was in einer Großen Koalition möglich ist. „Eine bürokratische Kopfgeburt“, wie es in einem Kommentar hieß; dem stimme ich zu.

Im internationalen Vergleich befindet sich Deutschland bei der Versorgung mit schnellem Internetzugang im Hintertreffen. Aktuell haben weniger als 4 Prozent ei-

nen schnellen Glasfaseranschluss. Dieser ist aber nötig, um in der Zukunft nicht bei geringen Bandbreiten hängen zu bleiben. 50 Megabit sollen es bis 2018 flächendeckend sein. Das sind aber Downloadgeschwindigkeiten. Das heißt, Videos online ansehen und jede andere Art von privatem Konsum können wir damit gut machen. Aber Sie sprechen in Ihrer Digitalen Agenda selbst von einer netzbasierender, maßgeschneiderter Produktion, von einer Industrie 4.0. Dafür brauchen wir aber mehr Bandbreite, viel mehr Bandbreite.

Diese Bandbreite werden Sie mit Ihrem Energiemix aus optimierten Kupferkabeln und neuen Funkfrequenzen für mobiles Internet stabil nicht erreichen. Eine Netzinfrastruktur von morgen braucht ein Glasfasernetz.

Finnland macht es vor: Bis 2015 sollen alle Finnen einen Zugang zu einem Anschluss mit 100 Megabit haben. Weitere Breitbandvorbilder sind die anderen skandinavischen Länder, die EU-Länder Osteuropas, aber auch Südkorea. Diese Länder nehmen aber auch das notwendige Geld in die Hand, oder sie gehen innovative Wege, indem Kommunen und Genossenschaften eigene Glasfasernetze betreiben. Die Bundesregierung dagegen setzt auf das alte neoliberale Konzept, den Privatinvestoren und Telekommunikationsunternehmen den Breitbandausbau schmackhaft zu machen. Ich sage noch einmal: Die Breitbandversorgung ist eine öffentliche Infrastrukturaufgabe.

Wer auf „marktgetriebenen Ausbau“ setzt – so steht es in Ihrem Papier –, wer Rahmenbedingungen durch „optimale Anreize für

den Ausbau durch den Markt“ schaffen will, der hat sich bereits heute von seinem Ziel verabschiedet, einen schnellen Internetzugang für alle zu ermöglichen.

Was sind denn das für „optimale Anreize“? Sollen die Telekommunikationsunternehmen also doch Spezialdienste mit höherer Qualität zu höheren Preisen anbieten dürfen? Das ist das Aus für Netzneutralität. Dazu können sich auch einmal die Minister äußern.

Keine Ihrer Finanzierungsideen ist seriös. Eine Premiumförderung Netzausbau bieten Sie an; Größenordnung: Fragezeichen. Das digitale Antennenfernsehen soll zwei Jahre früher umgestellt werden und die frei werdenden Frequenzen für mobiles Internet genutzt werden; Ertrag: ungewiss.

Der Zeitplan ist heute schon Makulatur. Sicher sind allerdings die Kosten für die Bürger, die vorzeitig ihre alten Receiver durch neue ersetzen müssen. Sicher sind auch erhebliche Kosten für Kulturinstitutionen und beispielsweise auch für Hochschulen sowie für Leute, die für ihre Arbeit Drahtlosmikrofone brauchen.

Nachdem ihnen bereits 2010 die 800er-Frequenzen abhandlungsgeworden sind, steht nun der Verlust der 700er-Frequenzen bevor.

Sehr geehrte Damen und Herren von der Koalition, wenn die digitale Infrastruktur nichts taugt, dann können wir uns alle Zukunftspläne abschminken – Sie auch. Die Linke fordert deshalb öffentliche Investitionen statt Privatisierung. Das ist solide und innovativ, das ist Politik für eine digitale Gesellschaft.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Breitbandversorgung ist eine öffentliche Infrastrukturaufgabe.

Lars Klingbeil, SPD:

Digitale Spaltung muss verhindert werden



Lars Klingbeil (*1978)
Landesliste Niedersachsen

Die Große Koalition hat in ihrem Koalitionsvertrag schon in der Präambel auf das Thema der Digitalisierung und die riesige Herausforderung hingewiesen. Dort sind die drei großen Herausforderungen der Zukunft beschrieben: der demografische Wandel, die Frage der Energiewende und die Digitalisierung unserer Gesellschaft. Schon früh wurde hier also festgelegt, dass es eine der großen Aufgaben ist, um die sich diese Koalition kümmern will.

Wir alle wissen, dass die Digitalisierung einen enormen Wandel für unsere Gesellschaft bedeutet und alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringt. Wir reden über andere Bildungspolitik, über andere Verkehrspolitik, über Wirtschaftspolitik, über Arbeitsmarktpolitik. Alle diese Bereiche verändern sich durch die Digitalisierung. Es geht dabei nicht um die Frage, ob die Digitalisierung schlecht oder gut ist, sondern es geht um die Frage, wie wir sie politisch gestalten. Das ist die große Aufgabe. Ich bin der Bundesregierung dankbar, dass sie mit der Digitalen Agenda einen Entwurf vorgelegt hat, was in den nächsten drei Jahren passieren wird, welche Aufgaben wir gemeinsam angehen wollen. Als Parlament werden wir natürlich an vielen Stellen schauen, wie wir bei der Umsetzung dieser Digitalen Agenda behilflich sein können, wie wir vielleicht den einen oder anderen Aspekt noch in die Diskussion einbringen. Aber es ist ein guter Start, den wir in diesem Themenfeld machen.

Ich will einmal auf das eingehen, was ich hier von der Opposition erlebe: Das ist Meckern am laufenden Band. Ich wünsche mir ja eine Opposition, die stark ist und den Finger immer wieder in die richtige Wunde legt, aber ich will einmal historisch aufarbeiten,

was in den letzten Wochen im Bereich der Digitalisierungspolitik passiert ist. Da wurde uns nicht zugetraut, dass wir mit der Großen Koalition im Koalitionsvertrag das Thema verankern. Da wurde gemeckert. Dann wurde gesehen: Da ist aber vieles in diesen Koalitionsvertrag hineingekommen. Dann hieß es, wir bekämen in diesem Bundestag keinen Ausschuss hin. Dann haben wir gesehen: Der Ausschuss kommt. Dann wurde gemeckert, dass dieser Ausschuss keine Federführung bekommen wird. Dann hat der Ausschuss die Federführung bekommen. Dann wurde gemeckert, dass die Digitale Agenda der Bundesregierung nicht kommt. Auch die liegt heute vor und wird diskutiert. Ich würde gern einmal über Inhalte diskutieren. Das, was ich erlebe, ist aber Meckern am laufenden Band.

Ich möchte vier Punkte nennen, die für uns Sozialdemokraten in der Diskussion und in der Digitalen Agenda sehr wichtig sind. Der

erste Punkt ist heute schon oft angesprochen worden, nämlich der Breitbandausbau. Das ist die Grundlage für alle Maßnahmen, die wir diskutieren und die in der Digitalen Agenda vorgesehen sind. Wir müssen verhindern, dass es in Deutschland zu einer digitalen Spaltung kommt. Minister Dörner hat vorhin eindrucksvoll beschrieben, welche Maßnahmen er vorhat. Ich betone ausdrücklich: Der Weg der Netzallianz ist der richtige.

Diese Große Koalition wird sich am Erfolg des Breitbandausbaus messen lassen müssen. Ich komme aus der Lüneburger Heide. Dort gibt es noch genügend Flecken, die nicht mit ausreichend schnellem Internet versorgt sind. Wir müssen für eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse sorgen.

Der zweite Punkt, den ich ansprechen will, sind die Investitionen. Wir müssen dafür sorgen, dass in Deutschland Investitionen stattfinden. Das ist eine der großen Aufgaben, und das ist auch in

der Digitalen Agenda beschrieben. Wir müssen über die Frage von Start-ups reden. Dabei geht es um Wachstumskapital und Rahmenbedingungen. Minister Gabriel hat neulich ein Bürokratiemoratorium vorgeschlagen. Gestern war der zweite Geburtstag des Bundesverbands Deutsche Startups. Es gab sehr viel Lob für das Wirtschaftsministerium und das, was auch unter Minister Gabriel gemacht wurde.

Wir müssen in Deutschland über eine Datenpolitik reden, die Geschäftsmodelle ermöglicht. Im wirtschaftlichen Bereich liegt die große Herausforderung aber darin, dass wir Start-up-Branche und Mittelstand und Industrie, nämlich diejenigen in Deutschland, die Stärken haben, zusammenbringen und dafür sorgen, dass es auch in 20 bis 30 Jahren noch einen guten Mittelstand und eine gute Industrie, aber mit innovativen Geschäftsmodellen gibt. Das ist eine große Aufgabe der Politik, und das steht auch in der Digitalen Agenda.

Der letzte Punkt, auf den ich eingehen will, ist die Bildungspolitik. Das ist ein Thema, das in der Digitalen Agenda zu kurz kommt. Das liegt leider daran, dass der Bund wenig Zuständigkeiten in der Bildungspolitik hat. Aber wir wissen alle, dass wirtschaftliches

Wachstum, die Sicherung von Arbeitsplätzen und die Sicherheit im Netz nur dann gelingen werden, wenn es genügend Menschen gibt, die befähigt sind, sich im Netz zu bewegen. Deswegen brauchen wir eine gemeinsame Anstrengung mit den Ländern, um dafür zu sorgen, dass unser Bildungssystem umgekrempelt und auf das digitale Zeitalter vorbereitet wird. Der Vorschlag, das Programmieren als zweite Fremdsprache einzuführen, ist ein sehr wichtiger Impuls in dieser Diskussion. Wir brauchen eine bessere Ausstattung an den Schulen, und die Lehrerbildung muss dahin gehend verändert werden, dass ausreichend digitale Kompetenz in den Schulen gelernt und gelehrt wird. Das ist eine Aufgabe, die wir gemeinsam mit den Ländern haben und die wir angehen müssen.

Die Digitale Agenda liegt vor. Wir haben die nächsten drei Jahre genug damit zu tun. Ich lade noch einmal alle in diesem Haus ein, diesen Weg gemeinsam zu gehen. Es ist ein riesiger Fortschritt, den wir mit der Großen Koalition in einem Jahr geschafft haben. Ich wäre dankbar, wenn das Meckern aufhört und wir uns auf einen konstruktiven Weg machen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Dieter Janecek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Digitale Agenda zur Chefsache machen



Dieter Janecek (*1976)
Landesliste Bayern

Mir kommt diese Debatte wie ein Proseminar an der Volkshochschule vor. Die Große Koalition erklärt uns das Internet. Vor 20 Jahren wäre das noch spannend gewesen. Aber ich muss ehrlich sagen: Ich hätte heute schon erwartet, dass Sie ein bisschen mehr liefern als eine Textsammlung altbekannter Stichworte. Wo ist denn der Plan, wie Sie die Digitale Agenda vorantreiben wollen? Wo sind die Handlungsaufträge? Wo sind die

Zahlen? Es ist zwar schön, dass drei Minister damit befasst sind. Wenn Sie es aber ganz oben ansiedeln, dann müssten auch die Kanzlerin oder der Vizeminister heute hier Reden zur Digitalen Agenda halten, und nicht nur der Fachminister.

Stattdessen streiten Sie um Zuständigkeiten, und das seit Anbeginn. Wir würden aber gerne wissen, wohin Sie überhaupt wollen. Als Nutzer sind wir alle begeistert von anwendungsorientierten und cleveren Onlinediensten. Das erleichtert uns das Leben. Da werden wahrscheinlich auch Jobs in Gefahr geraten. Thomas Jarzombek hat recht: Die Berufswelt wird sich verändern. Als Wirtschaftspolitiker, Herr Gabriel, bereitet uns die Marktentwicklung Sorge; darin stimme ich Ihnen vollkommen zu. Die Herkulesaufgabe der Politik besteht in der Tat darin, für echten Wettbewerb im Bereich der Internetwirtschaft zu sorgen. Die entscheidende Frage lautet: Was folgt daraus? Eine Zerschlagung von Google kann man zwar an-

drohen. Aber welche Instrumente haben wir, und sind wir willens, diese einzusetzen? Welchen Stellenwert geben wir der deutschen Internetwirtschaft? Im Hinblick auf Industrie 4.0 heißt das für mich: Sind wir denn ausreichend gewappnet und auf dem richtigen Weg? Ich würde sagen: Bei der Industrie sind wir auf dem richtigen Weg. Aber beim Mittelstand ist noch viel zu tun, insbesondere bei den Start-ups. Einige sind innovativ. Aber die Rahmenbedingungen stimmen überhaupt nicht.

Wir müssen mehr über Ziele, Richtung und Chancen der digitalen Strategie reden. Intelligente und vernetzte Prozesse und Verfahren können und werden gerade in Industrie und Mittelstand einen enormen Beitrag zu Ressourceneinsparung und Energieeffizienz leisten. Setzen Sie hierfür endlich die richtigen Anreize.

Die Energiewende muss konsequent mit der Digitalisierung zusammengedacht werden. Mit digitaler Verkehrssteuerung können wir Staus vermeiden und die ver-

schiedenen Mobilitätsangebote miteinander vernetzen. Das ist weit mehr als Carsharing. Dann passiert vielleicht doch noch das Unvorstellbare. Vielleicht fahren in 10, 15 oder 20 Jahren nicht mehr Sie die Autos, sondern die Autos Sie. Wenn man das alles bedenkt, dann kommt man zu dem Schluss, dass die Digitalisierung als Modell für den ökologischen Wohlstand gedacht werden muss. Das tun Sie aber nicht. Während Sie die Digitale Agenda vorrangig zu einer Streitsache gemacht haben, hat sie Winfried Kretschmann zur Chefsache gemacht. Genau darum geht es: zur Chefsache machen, Handlungsaufträge und Zahlen benennen, keine Proseminare halten, sondern sagen, was Sie tun wollen. Tun Sie das, dann diskutieren wir auf einem anderen Niveau beim nächsten Mal.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Es sprachen außerdem: Jens Koeppen (CDU/CSU), Petra Sitte (Die Linke), Christina Kampmann (SPD), Tabea Rößner (Bündnis 90/Die Grünen), Klaus Barthel (SPD), Marian Wendt (CDU/CSU), Saskia Esken (SPD), Peter Tauber (CDU/CSU) und Martin Dörmann (SPD).

Debatte zur gesetzlichen Tarifeinheit / 60. Sitzung des 18. Deutschen Bundestages am 16. Oktober 2014

Beate Müller-Gemmeke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Es geht um ein Grundprinzip unserer Demokratie



Beate Müller-Gemmeke (*1960)
Landesliste Baden-Württemberg

merhin um ihre Existenz. Deshalb fordern wir heute: Beenden Sie endlich die Diskussion über die gesetzliche Tarifeinheit! Denn Solidarität lässt sich nicht verordnen und schon gar nicht gesetzlich erzwingen.

Die gesetzliche Tarifeinheit ist auch nicht notwendig. Nach dem BAG-Urteil im Jahr 2010 wurden Krisen, Chaos und englische Verhältnisse vorausgesagt. Heute, vier Jahre später, ist aber klar: Eine Flut von Arbeitskämpfen ist definitiv ausgeblieben. Nehmen Sie das endlich zur Kenntnis!

Weder sind neue streikfähige Gewerkschaften entstanden, noch hat die Zahl der Arbeitskämpfe zugenommen. Seit 2010 waren alle relevanten Berufsgewerkschaften zusammen gerade einmal in 29 Tarifkonflikte verwickelt. Zum Vergleich: Bei Verdi waren es rund 600 und bei der NGG rund 110 Arbeitskämpfe. Auch wenn GDL und Cockpit bei den aktuellen Tarifverhandlungen streiken, gilt mit

Blick auf die gesamten letzten Jahre dennoch: Ein Streikchaos sieht anders aus.

Die gesetzliche Tarifeinheit ist wahrlich auch kein „Wünsch dir was“-Thema, um Arbeitgeber zu beglücken; denn die

gesetzliche Tarifeinheit ist ein Eingriff in die verfassungsrechtlich garantierte Koalitionsfreiheit. Und das lehnen wir strikt ab.

So warnt beispielsweise der ehemalige Innenminister Gerhart Baum – seine Kanzlei hat immerhin vier Verfassungsbeschwerden durchgefochten –:

Der Gesetzgeber sollte das Vorhaben der Tarifeinheit aufgeben, wenn er keinen verfassungsrechtlichen Schiffbruch erleiden will.

Sie von den Regierungsfractionen sollten endlich die Einschätzungen namhafter Rechtsexperten ernst nehmen.

Auch die Umsetzung wirft eine Menge Fragen auf: Wie wird „Betrieb“ definiert? Kann der Arbeitgeber zukünftig Einfluss darauf nehmen, welche Gewerkschaft die Mehrheit im Betrieb hat? Wenn ja, dann wäre das -fatal. Wie wird die Zahl der Mitglieder ermittelt, und was passiert bei gleichen oder

wechselnden Mehrheitsverhältnissen? Wie kann überhaupt noch ein Flächen-tarifvertrag ausgehandelt werden? Und ganz wichtig: Wie sieht es eigentlich mit dem Streikrecht aus?

Für uns ist und bleibt die gesetzliche Tarifeinheit ein Angriff auf das Streikrecht. Und das ist nicht akzeptabel.

Die Bundesregierung will diese Frage aber im Gesetz nicht regeln. Das führt in der Konsequenz zu unzähligen Gerichtsverfahren. Sie wissen aber – das gilt insbesondere

Karl Schiewerling, CDU/CSU:

Ein Gesetz wird nicht alle Probleme lösen



Karl Schiewerling (*1951)
Wahlkreis Coesfeld – Steinfurt II

Ich will versuchen, den Rahmen zu setzen, um den es eigentlich in dieser Debatte geht. Anlass der aktuellen Diskussion, die wir jetzt erleben, ist eine vor vielen Jahren durchgeführte Klage eines Arztes aus einem Krankenhaus, der weiterhin gerne nach BAT bezahlt worden wäre, während das Krankenhaus sagte: Nein, alle Beschäftigten unterstehen jetzt dem TVöD. Mit Verdi haben wir den Tarifvertrag vereinbart. Normalerweise gelte für ihn jedoch – so war die -Meinung des Arztes – der Tarifvertrag, der für den -Marburger Bund gilt. Das war der Anlass, warum das Bundesarbeitsgericht im Vierten und Zehnten Senat die über 50-jährige Rechtsprechung aufgegeben und damit dem bis dahin gültigen Grundsatz der Tarifeinheit ein Ende gesetzt hat.

re für die SPD –: Das Bundesarbeitsgericht fordert für jeden Streik ein „tariflich regelbares Ziel“. Minderheitengewerkschaften können dann also nicht mehr legal zum Streik aufrufen. Das Thema ist elementar wichtig. Sie müssen hier endlich Farbe bekennen – insbesondere die SPD!

All das spricht insgesamt gegen eine gesetzliche -Tarifeinheit. Wir Grünen setzen auf Solidarität und -Kooperationen zwischen den Gewerkschaften. Das funktioniert aber nicht per Gesetz, sondern nur freiwillig, und das ist nicht Aufgabe der Politik, sondern Aufgabe der Gewerkschaften.

Sehr geehrte Mitglieder der Regierungsfractionen, zum Schluss noch ein anderer Aspekt, der mich wirklich ärgert. Die Ministerin behauptet, die Spartengewerkschaften legen „die Axt an die Wurzeln

der Tarifaufonomie“. Auch die Arbeitgeber sagen, die Berufsgewerkschaften würden das sorgfältig austarierte Tarifgefüge aus der -Balance bringen. Letzteres kann ich nur als scheinheilig bezeichnen. Tariffucht, also Mitgliedschaft ohne Tarifbindung, Ausgliederungen, Leiharbeit, Werkverträge und auch das Aufweichen von Flächentarifverträgen – das sind die Gründe für die Zersplitterung der Tariflandschaft. Nicht die Tarifpluralität, sondern diese jahrelange Praxis der Arbeitgeber ist ein Angriff auf die Tarifaufonomie. Die logische Konsequenz ist nicht die Einführung einer gesetzlichen Tarifeinheit, sondern sind soziale Leitplanken in der Arbeitswelt. Nur so wird die Tarifaufonomie tatsächlich gestärkt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

aber etwas, was nicht gesetzlich festgeschrieben ist, was sich aber in der Unternehmenskultur in Deutschland eingebürgert und was uns zu hohem Wohlstand geführt hat, nämlich der Betriebsfrieden. Das hat dazu geführt, dass Deutschland bis heute weltweit eines der Länder ist, in denen am -wenigsten gestreikt wird. Es geht jetzt darum, nach dem Urteil des Bundesarbeitsgerichtes zu überprüfen, wie man sich denn zwischen diesen beiden Polen, dem Artikel 9 Absatz 3 der Verfassung und dem guten Brauch des Betriebsfriedens, auf eine Lösung verständigen kann.

Wir wissen auch, dass sich die Tarifkonkurrenz von Branchen- und Spartengewerkschaften gegenseitig aufschaukeln kann.

Wir wissen darüber hinaus, dass ein Überbietungswettbewerb stattfinden kann. Das erleben wir zurzeit bei einigen Arbeitgebern. Ein solcher Wettbewerb könnte auch auf eine betriebliche Lohnpolitik und letztendlich auf Machtpositionen von Berufsgruppen Auswirkungen haben. Darunter leiden nicht nur Unternehmen, sondern es könnte auch dazu kommen, dass gesamtgesellschaftliches Konfliktpotenzial entsteht.

Ich sage allerdings an dieser Stelle sehr deutlich, weil es dazu einen

Auf der anderen Seite gibt es

Fortsetzung auf nächster Seite

aktuellen Bezug gibt: Entgegen dem, was die Überschriften einiger Tageszeitungen vermuten lassen, bedeuten die Konflikte bei der Bahn und im Luftverkehr, die wir derzeit erleben, nicht, dass bestimmte Gewerkschaften unsere gesamte Volkswirtschaft im Griff haben oder diese gar am Ende ist. Das, was geschieht, ist ärgerlich für die, die mit dem Flieger oder mit der Bahn unterwegs sind; aber es bedeutet noch nicht das Ende der Prosperität unserer Wirtschaft.

Meine Damen und Herren, wie könnten diese Probleme gelöst werden? Wenn Artikel 9 Absatz 3 des Grundgesetzes die verfassungsmäßige Grundlage für die Bildung einer Vereinigung darstellt, dann heißt das: Eine Gewerkschaft ist nur dann eine Gewerkschaft, wenn sie auch streiken kann.

Wenn sie das nicht kann, kann sie nicht wirken. Insofern liegt hier die natürliche Grenze für Regelungen.

Wir müssen nach unserer festen Überzeugung eine gesetzliche Regelung auf den Weg bringen, die, nachdem der Grundsatz der Tarifeinheit weggefallen ist,

Stufen enthält und wodurch letztendlich die Konsensfindung in einem Betrieb oder in einer Branche mit unterschiedlichen Gewerkschaften, aber mit gleichen Zielgruppen geregelt wird. Diese Stufen müssen so ausgestaltet sein, dass man am Ende möglichst zu einem von allen Seiten akzeptierten Tarifvertrag kommt. Wenn ich sage „möglichst“, heißt das, dass es bei dem Ganzen am Ende dazu kommen kann – das wissen wir auch –, dass es keinen Konsens gibt; denn man kann einer Gewerkschaft letztendlich nicht verbieten, zu streiken.

Aber jede Gewerkschaft, auch eine kleine Gewerkschaft – selbst wenn sie nur sechs Mitglieder der Berufsfeuerwehr in einem kleinen Betrieb repräsentiert –, muss sich dann überlegen, ob ihr Streik verhältnismäßig ist. Wenn nämlich ein Gericht feststellt, dass er nicht verhältnismäßig ist, kann es für diese sechs Mitglieder der Berufsfeuerwehr oder für die entsprechende Gewerkschaft teuer werden, weil sie dann auf Schadensersatz verklagt werden kann. Deswegen wäre zu überlegen, inwieweit in einem solchen Gesetz wenigstens der eine oder andere Stichpunkt zur Verhältnismäßigkeit von Streiks mit aufgenommen werden könnte – ein Punkt, über den man zumindest nachdenken sollte.

Meine Damen und Herren, auch uns in der Union geht es um das hohe Gut der Tarifautonomie.

Wir haben sie nicht umsonst im ersten halben Jahr dieses Jahres, als wir über die Mindestlohnsetzung und die Tarifgesetzgebung diskutiert haben, immer wieder in den Mittelpunkt gestellt. Es geht auch um das Grundrecht unserer Gesellschaft, sich freizusammensetzen und gemeinsam Interessen zu vertreten.

Es geht aber auch um die Frage der Tarifverträge selbst. Unter jedem Tarifvertrag stehen zwei Unterschriften, nämlich die des Arbeitgebers und die der Arbeitnehmervertretung, der Gewerkschaften. Kein Arbeitgeber ist gezwungen, mit einer Gewerkschaft, die nur 60 Mitglieder hat, einen Tarifvertrag abzuschließen.

Kein Arbeitgeber darf sich eigentlich hinterher beklagen, wenn er, nachdem er ganz viele Tarifverträge abgeschlossen hat, weil in seinem Unternehmen so viele Inter-

essensgruppen vertreten sind – das ist zum Beispiel bei der Lufthansa, bei Fraport oder anderswo der Fall –, in Bedrängnis gerät, weil eine der Gewerkschaften anfängt zu streiken.

Ein weiterer Punkt ist mir in diesem Zusammenhang wichtig: Augenmaß bewahren. Jede Gewerkschaft weiß, dass ein Streik, der von der übrigen Belegschaft nicht akzeptiert ist oder gesellschaftlich nicht mitgetragen wird, nicht von langer Dauer sein wird; einen solchen Streik hält eine Gewerkschaft politisch nämlich nicht durch.

Deswegen rate ich uns dazu, zwar ein Gesetz auf den Weg zu bringen, in dem einzelne Schritte treppenförmig und vielleicht noch der eine oder andere Punkt geregelt sind, aber bitte nicht zu erwarten, dass dieses Gesetz das Wunder bewirkt, alle Probleme, die sich aus einer tariflichen Auseinandersetzung ergeben, abschließend zu lösen. Wir werden auch in Zukunft auf entsprechende Urteile der Gerichte angewiesen sein. Dazu gehört eben auch die Klärung der Frage der Verhältnismäßigkeit bzw. der Verantwortung für den Betrieb und für den Betriebsfrieden. Wir werden uns bei der anstehenden Gesetzesmaßnahme an diese Leitlinien halten.

Ich bin ganz sicher, dass die derzeit laufenden Gespräche der Bundesarbeitsministerin im Auftrag der Bundesregierung – solche Gespräche führt sie zurzeit auch mit den Gewerkschaften – auch die Früchte tragen werden, die nötig sind, um ein Gesetz vorzulegen, das dann in allen Bereichen konsensfähig ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Klaus Ernst, DIE LINKE:

Streikrecht ist ein Grundrecht



Klaus Ernst (*1954)
Landesliste Bayern

Herr Schiewerling, das war sehr schön gesagt, auch der Schluss. Darauf, wie Sie das dann hinkriegen wollen, bin ich gespannt; ich komme gleich noch darauf zurück.

Meine Damen und Herren, wenn man hierzulande über das Streikrecht redet oder wenn man die mediale Berichterstattung darüber verfolgt, auch jetzt wieder, dann hat man den Eindruck, man habe es mit einer Naturkatastrophe zu tun, die nur noch von Tsunamis oder Hochwasser übertroffen wird. Ich möchte es noch einmal in aller Klarheit darstellen: Streik ist ein Grundrecht. – Das ist auch sehr schön gesagt worden.

Ein Blick in die Realität zeigt auch, dass in dieser Republik keineswegs zu viel gestreikt wird. Die Statistiken sind Ihnen doch auch zugänglich. Es gibt nur zwei Länder, in denen noch weniger gestreikt wird als hier, und das sind die Schweiz und der Staat Vatikanstadt.

Wir hätten also überhaupt keinen Grund, uns über die Streikhäufigkeit als Problem für unsere Ökonomie ernsthaft zu unterhalten, aber wir tun es.

Meine Damen und Herren, selbstverständlich werden immer die Gewerkschaften für Streiks verantwortlich gemacht. Warum eigentlich? Wer die betriebliche Realität kennt, der weiß, dass viel passieren muss, bevor ein Arbeitnehmer in Deutschland wirklich einmal streikt. Die Zahl der Streiktage beweist das auch. Das heißt, wenn ein Streik stattfindet, hat es vorher im Betrieb gekracht. Da hat ein Unternehmen einen großen Konflikt mit der Belegschaft. Der Konflikt kann um Löhne gehen, er kann um die Absenkung von Standards gehen – wie bei den Piloten – oder um Ähnliches. Aber in der Öffentlichkeit werden immer die Gewerkschaften für Streiks verantwortlich gemacht – Sie machen

das auch –; das sind dann die Bösen.

Mir kommt das so vor wie bei einem Brand. Bei einem Brand kommt die Feuerwehr; das Haus wird nass und unbewohnbar. Da sagt doch keiner, die Feuerwehr sei schuld. Schuld ist vielmehr derjenige, der vorher gezündelt hat, hier vielleicht der Arbeitgeber, meine Damen und Herren. Insofern bitte ich um eine faire Betrachtung dessen, was Streik eigentlich ist.

Die Arbeitgeber sind bei Streiks im Übrigen immer in der besseren Situation: Sie müssen nicht streiken, um das zu kriegen, was sie wollen; sie haben es schon. Die Arbeitnehmer sind immer in der dummen Situation, dass sie den Arbeitgebern ein Stück weit das wieder nehmen müssen, was diese ihnen freiwillig nicht geben. Deshalb beim Streik und bei der Betrachtung desselben ein wenig Vorsicht!

Erst diskutieren wir, dass man die Tarifautonomie stärken muss. Beim Thema Mindestlohn hat das eine große Rolle gespielt. Jetzt diskutieren wir aber plötzlich ganz etwas anderes; wir diskutieren über die Einschränkung des Streikrechts. Meine Damen und Herren, ich war erschüttert über die Aussage von Frau Nahles im Zusammenhang mit Streiks von Sparten-gewerkschaften. Da sagte sie – Zitat –:

Das untergräbt den Zusammenhalt in unserem Land, und es legt die Axt an die Wurzeln der Tarifautonomie.

Was ist denn das für ein Unfug: „Wenn einer streikt, gefährdet er die Tarifautonomie“? Die Tarifautonomie ist geschützt. Sie wird durch einen Streik angewendet. Ich glaube, die Frau Nahles hat von Streiks wirklich null Ahnung; ansonsten kann man so einen Unfug nicht erzählen. Meine Damen und Herren, jetzt sagen Sie – ich kann ja auch lesen – Folgendes:

Das Streikrecht wird nicht eingeschränkt, sondern es wird geregelt, dass nur der Tarifvertrag der größeren Gewerkschaft wirkt. Sie wissen aber selber, dass es rechtlich so ist, dass nur gestreikt werden darf, um einen Tarifvertrag zu erreichen. Wenn Sie das so regeln, bedeutet das im Ergebnis, dass Sie den Streik faktisch aushebeln. In der Antwort auf unsere Kleine Anfrage haben Sie das folgendermaßen formuliert:

Das Recht, durch Arbeitskampfmaßnahmen den Abschluss eines Tarifvertrags zu erzwingen, ist von der Frage zu trennen, ob ein Tarifvertrag angewendet wird. Respekt! Das wäre genauso, als wenn man sagen würde: Das Recht, vom Zehnmeterbrett in das Becken zu springen, ist von der Frage zu trennen, ob Wasser im Becken ist.

Für wie blöd halten Sie eigentlich die Menschen in diesem Lande, meine Damen und Herren? Streikrecht ist ein Grundrecht!

Abschließend sage ich: Wenn Sie sich über die Zersplitterung von Tariflandschaften ernsthaft Gedanken machen wollen, dann sollten Sie sich mit Leiharbeit, Befristung und Werkverträgen beschäftigen.

Es gibt eine große Zahl von Menschen, die in den gleichen Betrieben teilweise vollkommen andere Tarifverträge haben. Ich habe noch nie – auch nicht während Ihrer Regierungszeit – eine Initiative erlebt, mit der gefordert worden wäre, dass man das, bitte schön, wieder einheitlich regeln müsse. Jetzt, wo sich einige wehren und sich nicht mehr gefallen lassen, dass sie von der wirtschaftlichen Entwicklung abgehängt werden, haben wir hier das große Geschrei. Ich sage nur: Hände weg vom Streikrecht, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



Im Ausstand: Piloten der Germanwings

© picture-alliance/dpa

Bernd Rützel, SPD:

Tarifeinheit muss gesetzlich geregelt werden



Bernd Rützel (*1968)
Landesliste Bayern

Wir reden heute über den Antrag der Grünen, in dem sie fordern, dass keine Regelung für den Fall angestrebt werden solle, dass in einem Betrieb mehrere Tarifverträge für dieselben Arbeitsverhältnisse gelten. Stattdessen soll die jetzige Situation unverändert fortbestehen, dass nämlich diejenigen, die Schlüsselpositionen im Betrieb besetzen, ihre eigenen Interessen durchsetzen können.

Es gibt jedoch Budgetgrenzen. Oder anders ausgedrückt: Der Kuchen kann nur einmal verteilt werden. Die Durchsetzung von Partikularinteressen einer Sparte durch Streik wirkt sich, was den Verteilungsspielraum angeht, gegen alle anderen Beschäftigten im Betrieb aus. Das, lieber Kollege Klaus Ernst, entspricht dem, was Andrea Nahles gesagt hat, dass nämlich die Solidarität auf der Strecke bleibt. Schon lange Zeit vorher hat schon der Apostel Paulus sinngemäß gesagt: Starke Schultern tragen mehr.

Ich sage hier keinesfalls – es ist mir wichtig, das zu betonen –, dass die Tarifforderungen mancher Spartengewerkschaften überzogen sind. Das liegt mir fern. Mit Sicherheit haben sie ihre Berechtigung. Das ist Sache der Tarifpartner. Ich sage aber schon, dass ein Zug nicht nur deshalb fährt, weil ein Lokführer vorne sitzt, und dass ein Flugzeug nicht nur deshalb fliegt, weil Piloten darin sitzen.

Ohne Pilot fliegt kein Flugzeug, ohne Lokführer fährt kein Zug, und ohne Chirurg gelingt auch keine Operation. Wir brauchen aber auch die Krankenschwester, wir brauchen den Rangierer, wir brauchen den Wagenmeister, wir brauchen den Narkosearzt und

die Assistentin sowie Bodenpersonal wie zum Beispiel den Flugzeugbetanker. Es geht doch um ein großes Getriebe. Es gibt viele Zahnräder bzw. Menschen, die da mitarbeiten. Alle sind wichtig: jeder in seiner Bedeutung und auf seinem Platz. Und nur, wenn alle zusammenarbeiten, funktionieren die Schweizer Uhr oder die Bahn oder das Krankenhaus oder die Luftfahrt.

Diese innerbetrieblichen Verteilungskämpfe gefährden – darüber haben wir heute auch gesprochen – den Betriebsfrieden. Er ist gefährdet, wenn sich diese Diskussionen in die Tarifverhandlungen hineinverlagern. Kollege Karl Schiewerling hat es schön erklärt, warum uns diese Tarifeinheit über sechs Jahrzehnte hinweg in Deutschland zu Wohlstand verholfen hat. Es war ständige Rechtsprechung. Wir haben uns darauf verlassen können: die Betriebe, die Gewerkschaften, die Belegschaft – vor allem die Betriebe selbst konnten so immer weiter wachsen

und daraus Wert schöpfen. Ich erinnere daran, dass bei Tarifaufonomie die sogenannte Ordnungs- und Befriedungsfunktion extrem wichtig ist.

Es ist also mitnichten so, dass sich das Bundesarbeitsgericht gegen

die Tarifeinheit hin zu Auflösung in Tarifpluralität entschieden hat. Es mahnte lediglich an, dass es dazu lange keine gesetzliche Grundlage gab.

Die Bundesregierung lotet momentan unter Federführung der Arbeitsministerin eine entsprechende gesetzliche Regelung aus. Ich gebe zu, es ist ein sehr schmaler Grat, auf dem man sich bewegt.

Auf der einen Seite stehen die Festschreibung des Mehrheitsprinzips in den Betrieben – das ist vorhin angesprochen worden – und die Ordnung des Verfahrens, und auf der anderen Seite steht das Recht von Vereinigungen, die Tarifverhandlungen frei zu führen und dafür auch zu streiken.

Viele Arbeitgeber hatten geglaubt, die Gewerkschaften durch Zerschlagung und durch das Entstehen vieler kleiner Gewerkschaften besser im Griff zu haben. Dann hat man irgendwann festgestellt: Auch kleine Gewerkschaften können wehtun, können stechen,

können ihre Interessen durchsetzen.

Die Lufthansa ist von 40 Streiks betroffen gewesen, was sie sich selbst zuzuschreiben hat, weil es wegen der vielen Einzelbetriebe – ich freue mich, dass der Kollege Ernst zustimmt – so viele Gewerkschaften gibt. Man könnte jetzt aufzählen, wie das alles zusammenhängt; es ist ein kompliziertes System, das dafür sorgt, dass ein Flugzeug fliegt. Aber die Tarifeinheit, lieber Kollege Kurth, hat mit dem, was Sie gerade gesagt haben, nichts zu tun; denn die Tarifeinheit regelt nicht, dass für verschiedene Betriebe ein Tarifvertrag gelten muss. Die Tarifeinheit bezieht sich nur auf den Betrieb selber und nicht auf die Frage, ob outgesourct wurde und manche Aufgaben durch eine zweite, dritte, vierte oder fünfte Firma erledigt werden. Über diesen schmalen Grat –

ich habe es Ihnen erklärt – wollen wir gehen.

Es ist mir auch noch wirklich wichtig, eines zu sagen: Wir haben schon in den ersten vier Wortmeldungen gehört, dass dieses Gesetz noch diskutiert werden muss, dass wir darüber reden müssen; denn man hat Angst, dass wir an Artikel 9 des Grundgesetzes gehen und dass die Koalitionsfreiheit und das Streikrecht eingeschränkt werden sollen. Das machen wir nicht. Wir schränken das Streikrecht nicht ein. Wir ändern nicht das Grundgesetz; das liegt uns fern. Das würden auch die Gewerkschaften gar nicht mitmachen. Wir sind hier eng mit den Gewerkschaften in Kontakt. Wir werden das gesetzlich verbriefte Streikrecht nicht antasten.

Die Sozialpartnerschaft hat uns in den letzten sechs Jahrzehnten – ich habe es erwähnt, weil es mir wichtig ist – sehr viel Planungssicherheit, aber auch Teilhabe der Beschäftigten gebracht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, Sie beklagen in Ihrem Antrag, dass die Tarifbindung zurückgeht und Flächentarifverträge aufgeweicht werden. Genau deshalb haben wir ja – Sie ge-

meinsam mit uns – im Juli dieses Jahres das Tarifaufonomiestärkungsgesetz auf den Weg gebracht. Ich erinnere an die Regelungen zur Allgemeinverbindlichkeit. Ich erinnere an das Arbeitnehmer-Entsendegesetz. Die Stärkung der Tarifaufonomie wollen wir nun mit einem sehr ausgewogenen Gesetz zur Tarifeinheit fortsetzen; denn in der Krise 2008/2009 hat sich gezeigt, dass die kluge und schnelle Reaktion der Gewerkschaften und der Unternehmen im Rahmen der Mitbestimmung sehr schnell geholfen hat, relativ gut aus der Krise zu kommen.

Deutschland ist danach weitaus besser neu gestartet als manch anderes Land.

Zum Schluss will ich sagen: Ich halte es für unsere Aufgabe, dieses Erfolgsmodell weiterhin zu stärken und dafür zu sorgen, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gemeinsam für ihre Interessen kämpfen. Denn es heißt nicht: „Einsam bist du stark“, sondern es heißt: „Gemeinsam sind wir stark“. Insofern muss die Tarifeinheit gesetzlich geregelt werden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wilfried Oellers, CDU/CSU:

Eine einvernehmliche Lösung ist wichtig



Wilfried Oellers (*1975)
Wahlkreis Heinsberg

Wir beraten heute den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit dem Titel „Solidarität im Rahmen der Tarifpluralität ermöglichen – Tarifeinheit nicht gesetzlich regeln“. In meinen Augen ist der Titel des Antrags zwar etwas widersprüchlich, zeigt aber in Teilen die große Problematik des Themengebiets der Tarifeinheit auf.

Solidarität der Arbeitnehmer untereinander bei Ermöglichung von Tarifpluralität – bereits in diesem Teilausschnitt der Problematik, der lediglich die Interessen der Arbeitnehmerseite beleuchtet,

stellt man bereits fest, wo die Schwierigkeit in diesem Themengebiet liegt. So verwundert es nicht, dass man beim Lesen der ersten Hälfte des Antrags den Eindruck hat: Nun müsste eigentlich die Tarifeinheit gefordert werden, da doch Solidarität gefordert wird.

Denn Solidarität innerhalb der Arbeitnehmerschaft bei Tarifpluralität in ein und demselben Betrieb ist nur ganz schwer zu erreichen.

Der Spannungsbogen des gesamten Themenkomplexes ist nach meiner Auffassung jedoch größer; neben den berechtigten Interessen der Arbeitnehmerseite müssen auch die Interessen der Unternehmer berücksichtigt werden. Der Spannungsbogen zieht sich von der verfassungsrechtlich garantierten Tarifaufonomie bis hin zum hohen Gut des Betriebsfriedens.

Die Interessenlage der Arbeitnehmer ist, sich gemäß Artikel 9 Absatz 3 des Grundgesetzes im Rahmen der gewährten Tarifaufonomie frei organisieren zu können und für die eigenen Ziele streiken zu dürfen. Daneben sollte den Arbeitnehmern allerdings auch die Solidarität untereinander wichtig sein. Diesem Solidaritätsgedanken

steht es jedoch entgegen, sich mit einer kleinen Gruppe von Mitarbeitern eines Betriebes separat zu organisieren, die aufgrund der von ihr ausgeübten Tätigkeit im Falle eines Streiks ein hohes Druckpotenzial hat und dieses dazu nutzt, um für sich einen möglichst positiven Abschluss der Tarifverhandlungen zu erreichen. Die übrigen Arbeitnehmer im Betrieb, deren Tätigkeit ein weniger hohes Druckpotenzial hat, haben dagegen von Grund auf eine schlechtere Ausgangsposition.

Das Interesse der Unternehmer liegt darin, geordnete Tarifverhältnisse zu haben, die es ermöglichen, Tarifverhandlungen in einem funktionierenden Tarifvertragssystem zu führen, das Rechtssicherheit und Rechtsklarheit bietet, und damit zu wissen, dass die Tarifverhandlungen für die Dauer der Vertragslaufzeit beendet sind. Das Interesse der Unternehmen am betrieblichen Frieden ist daher berechtigterweise sehr hoch. Zur Gewährleistung des betrieblichen Friedens gehört nach meiner Auffassung allerdings auch, dafür Sor-

Fortsetzung auf nächster Seite

ge zu tragen, dass keine Konkurrenz zwischen mehreren Gewerkschaften besteht, die im selben Betrieb identische Berufsgruppen vertreten; denn das würde den betrieblichen Frieden stören.

Bis zur Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts im Jahre 2010 wurde diese besondere Situation, die sich aus den aufgezeigten Interessenlagen ergibt, durch die Rechtsprechung mit dem Grundsatz der Tarifeinheit geregelt. In Betrieben, die in den Geltungsbereich mehrerer sich überschneidender Tarifverträge fielen, fand nach dem Grundsatz der Tarifeinheit nur der Tarifvertrag Anwendung, der dem Betrieb räumlich, betrieblich, fachlich und personell am nächsten stand und deshalb den Eigenarten und Erfordernissen des Betriebes und der darin tätigen Arbeitnehmer am besten Rechnung trug.

Nachdem sich das Bundesarbeitsgericht im Jahre 2010 von diesem Grundsatz gelöst hat, besteht nun die besondere Situation, dass in einem Betrieb mehrere Ta-

rifverträge gelten können. Darüber hinaus ist auch eine Konkurrenzsituation zwischen Gewerkschaften in einem Betrieb entstanden. Zum Beispiel beanspruchen GDL und EVG jeweils für sich, sowohl für die Lokführer als auch für das Zugpersonal und weitere Mitarbeiter, die bei ihnen Mitglied sind, verhandeln zu dürfen. Dass in diesem konkreten Fall die Bahn als Arbeitgeber geordnete Verhältnisse wünscht, ist nachvollziehbar. Den gleichen Wunsch hegen auch die Fluggesellschaften

und andere betroffene Unternehmen.

Auch zeigt die Gründung von Minigewerkschaften im Bereich der Feuerwehrlaute und der Containerkranführer, dass sich einzelne Berufsgruppen aus der Solidargemeinschaft verabschieden und die oben geschilderte besondere und wichtige Position ihrer Tätigkeit im Betrieb für sich ausnutzen. Ein solches Vorgehen darf im Sinne der Solidarität durchaus infrage gestellt werden.

Nun hat das Bundesarbeitsge-

richt seine Rechtsprechung im Jahre 2010 zur Tarifeinheit mit dem Verweis auf das Grundrecht der Tarifautonomie nach Artikel 9 Absatz 3 geändert. Anschließend wurde von der Arbeitgeberseite, aber auch von Gewerkschaften, allen voran vom DGB, der Wunsch geäußert, die Tarifeinheit gesetzlich zu regeln. Das Streikrecht spielt in diesem Zusammenhang eine besondere Rolle, da es verfassungsrechtlich garantiert ist und naturgemäß das schärfste Schwert einer Gewerkschaft ist. Dieses Recht muss ihr natürlich weiterhin zustehen; das steht außer Frage.

Allerdings ist das Streikrecht im Hinblick auf die weiterentwickelte tarifrechtliche Situation und auch in jedem Einzelfall vor dem Hintergrund der Verhältnis-mäßigkeit zu beleuchten. Hierzu kann der Gesetzgeber zumindest gewisse Regeln aufstellen. Insoweit darf sicherlich nicht in das Grundrecht nach Artikel 9 Absatz 3 GG eingegriffen werden, aber bestimmte Ausgestaltungen sind möglich.

Dies erscheint mir geboten, um die Interessen der Allgemeinheit zu wahren; denn gerade am Beispiel der aktuellen Streiks im Verkehrsbereich wird deutlich, dass

nicht nur die Interessen der Tarifvertragsparteien zu berücksichtigen sind. In der heutigen Zeit ist die Mobilität für jedermann ein wichtiges Gut. Die Menschen erwarten, dass die Verkehrsmittel zur Verfügung stehen, um ihr eigenes Leben organisieren und bewältigen zu können. Daher sind auch die Interessen der Allgemeinheit im Rahmen der Erarbeitung von Lösungen zu berücksichtigen.

Wünschenswert wäre es, wenn die Tarifvertragsparteien diese Problematik im Rahmen der Tarifautonomie selber lösen und sich hierzu an den Verhandlungstisch setzen würden. Denn es gehört in meinen Augen auch zur Tarifautonomie und zum Tarifsystem, Probleme zu lösen. In der Vergangenheit ist dies immer in einem ausgewogenen Verhältnis gelungen, und das hat Deutschland Wohlstand gebracht. Es kommt nicht von ungefähr, dass Deutschland weltweit das Land mit den nahezu wenigsten Streiks ist. Wir werden darum auch beneidet.

In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass Sparten-gewerkschaften auch schon zur Zeit des Grundsatzes der Tarifeinheit gemäß der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts existierten und die Interessen ihrer Mitglieder vertreten haben. Es kann

In der heutigen Zeit ist die Mobilität für jedermann ein wichtiges Gut.

auch keiner etwas dagegen haben, wenn verschiedene Gewerkschaften ihre Zuständigkeiten untereinander selber regeln und aufteilen – ich halte dies sogar für wünschenswert und geboten, da dies zur Umsetzung der Tarifautonomie gehört –, und zwar auf Grundlage von klaren und einverständlichen Regeln. Es ist daher mein Wunsch, dass die Problemstellung hinsichtlich der Tarifeinheit einvernehmlich im Sinne aller Beteiligten gesetzlich gelöst wird und dass die Tarifautonomie mit ihrem Streikrecht sowie das hohe Gut des Betriebsfriedens gewahrt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Jutta Krellmann, DIE LINKE:

Tarifeinheit muss durch Gewerkschaften erreicht werden



Jutta Krellmann (*1956)
Landesliste Niedersachsen

Alle bisherigen Redner haben über die Bahn und über die Lufthansa geredet. Dort, wo ich herkomme, gibt es keine Sparten-gewerkschaften. Es gibt keinen Flughafen, und es gibt keinen Betrieb der Deutschen Bahn. Bei mir im Wahlkreis gibt es viele Betriebe, die zwar von außen aussehen wie ein einziger Betrieb, aber wenn man genau hinschaut, stellt man fest, dass sie nichts anderes als ein löchriger Schweizer Käse sind.

Ich will ein Beispiel nennen: Ein Betrieb in Springe, ein Leuchtenhersteller, war früher ein Betrieb und -Mitglied im Verband der Metallindustriellen Niedersachsen. Heute ist dieser Betrieb in zwei Betriebe aufgespalten. Einer ist nach hartem Kampf wieder in den -Arbeitgeberverband eingetreten – für diesen Teil gilt der Tarifvertrag –, der andere Teil nicht. Für die „alten“ Beschäftigten gelten noch die ursprünglichen Regelungen, aber jeder, der neu in den Betrieb reinkommt, hat Pech gehabt. Er bekommt weniger Geld und hat längere Arbeitszeiten als die anderen Beschäftigten. Nichts mehr mit Tarifeinheit! Pustekuchen! Das haben aber nicht die

Beschäftigten oder die Gewerkschaften veranlasst. Das waren die Arbeitgeber.

Dass sich nun ausgerechnet die Arbeitgeberverbände für das Prinzip „ein Betrieb, eine Gewerkschaft“ aussprechen, ist doch völlig unglaubwürdig. Es waren und sind die Mitgliedsfirmen der Arbeitgeberverbände, die entscheidend dazu beigetragen haben, dass die historisch gewachsene Tarifeinheit und damit die Tarifbindung durchlöchert wurden. Die neoliberale Politik von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen haben die Arbeitgeber seit Mitte der 90er-Jahre zum Anlass genommen, Tarifrucht und Tarifkonkurrenz systematisch voranzutreiben. Die Arbeitgeber haben in den letzten Jahren nichts unversucht gelassen, um ganze Betriebe und Belegschaften zu spalten, auszugliedern, gegeneinander in Konkurrenz zu bringen und im Grunde zu entsolidarisieren. Jetzt kommen genau diese Arbeitgeber plötzlich wie Kai aus der Kiste und versuchen, uns weiszumachen, dass sie sich nun darum kümmern wollen, die Belegschaften wieder zu einen. Wir führen

hier aus meiner Sicht eine völlig unglaubwürdige Debatte über die Themen, die in Deutschland eine wichtige Rolle spielen.

Frau Nahles ist leider nicht anwesend. Ich hätte ihr gerne folgende Frage gestellt: Was glauben Sie eigentlich, warum die Arbeitgeber und ihre Verbände so sehr darauf aus sind, ein Gesetz zur Tarifeinheit zu bekommen? Was glauben Sie, warum das so ist? – Sie machen sich vor unseren Augen gerade zu Erfüllungsgehilfen der Arbeitgeber. Die aktuellen Streiks von GDL und Cockpit werden genutzt, um selbst erzeugte Probleme auf dem Rücken der Beschäftigten zu lösen, und zwar nicht nur auf dem Rücken der Beschäftigten der Bahn und der Lufthansa, sondern auf dem Rücken aller Beschäftigten in Deutschland.

Ich kenne keine Gewerkschaft, die streikt um des Streikes willen und weil es so viel Spaß macht. Wer das glaubt, hat keine Ahnung, wie schwierig das ist. Es geht immer um die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen oder um den Erhalt bestehender Regelungen. Deshalb: Tarifeinheit ja, aber ohne Gesetz. Hände weg vom Streikrecht!

(Beifall bei der LINKEN)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Außerdem sprachen: Michael Gerdes (SPD), Katja Keul (Bündnis 90/Die Grünen), Tobias Zech (CDU/CSU) und Hans-Joachim Schabedoth (SPD).

SBS 74569	Radeberg			Kame
S1	Dresden-Neustadt			Meiße
RB 17222	Freiberg (Sachs) - Chemnitz Hbf			Zwick
S2	Dresden-Neustadt			Dresc
RE 17007	Bischofswerda - Bautzen			Görlit
RB 28968	Cossebaude			Große
Grund von Streikankündigungen der GDL				
20.10.14 bis 4 Uhr mit Einschränkungen				

Bekanntes Bild an Bahnhöfen der Republik: Streikankündigung der Lokführergewerkschaft GDL

leicht
erklärt!

Digitale Agenda

Was ist das?



Die Digitale Agenda - Was ist das?



Heute benutzen viele Menschen Computer. Diese Computer sind meistens miteinander vernetzt. Und das über das so genannte: Inter-Net. Das wird in sehr vielen Lebens-Bereichen so gemacht. Die Welt hat sich dadurch verändert. Sie wurde immer digitaler.

Was bringt das?



Ein Mensch kann etwas verschicken. Und zwar über das Inter-Net. Das können Texte, Bilder oder Filme sein. Sie werden in Nachrichten gepackt. Und dann über das Inter-Net verschickt.

Im Inter-Net kann auch etwas gezeigt werden. Das können Texte, Bilder oder Filme sein. Das kann sich dann jeder anschauen. Jeder, der eine Verbindung hat.

Und zwar eine Verbindung in das Inter-Net.



Das Inter-Net ist deshalb sehr wichtig. Und das in allen Lebens-Bereichen. Vor allem auch beim Arbeiten. Deshalb soll das Inter-Net gut funktionieren.

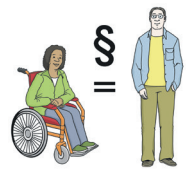
Dazu gehört:

1.
Es soll sehr schnell sein.
Denn:
Dadurch kann viel erreicht werden. Die Unternehmen in Deutschland können besser arbeiten. Sie können also zum Beispiel mehr herstellen. Und sie können dann mehr Menschen beschäftigen. Dem Land Deutschland geht es dann gut.



2.
Es soll sicherer werden.
Denn:
Nur dann haben die Menschen Vertrauen.

Und zwar in das Inter-Net.
Und nur dann kann das Inter-Net
nützlich sein.



Die Ziele von der Regierung

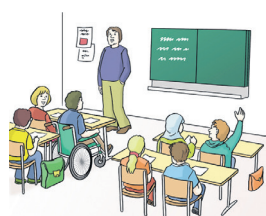
Jeder Mensch soll die gleichen Rechte
haben.
Und die gleichen Chancen.

Die Regierung will daher etwas
erreichen:
Jeder Mensch soll ein gutes Inter-Net
haben.
In den großen Städten
Aber auch auf dem Land.
Dadurch hat jeder die Möglichkeit:
Das Inter-Net kann so gut wie
möglich genutzt werden.



Die Vorteile

1. Bildung
Durch das Inter-Net gibt es viele
Möglichkeiten.
Und das in allen Lebens-Bereichen:
In der Freizeit.
Und auch beim Arbeiten.



Das ist auch gut für Kinder und
junge Menschen.
Sie müssen aber darauf vorbereitet
werden.
Und das in der Schule und in der
Universität.

Sie sollen hier lernen:
Wie geht man mit einem Computer
um?
Und:
Für was kann man den Computer
einsetzen.
Das soll vor allem dadurch passieren:
Der Computer wird ein Teil vom
Unterricht.
Also ein Werk-Zeug.



2. Teilhabe

Man kann sich im Inter-Net gut
informieren.
Und zwar über viele Dinge.
So kann man sich eine Meinung
bilden.



Und wenn man eine Meinung hat,
kann man seine Umgebung gut
mitgestalten.
Und man kann überall teil-haben.

3. Arbeit

Computer und Inter-Net haben die
Arbeit verändert.
Und sie werden sie immer weiter
verändern.



Das meint:

a) Wie arbeitet man?
Computer und Inter-Net helfen sehr
bei der Arbeit.
Und das in sehr vielen Arbeits-
Bereichen.



Dadurch wurde geschafft:
Man kann mehr erreichen.
Und das durch die Arbeit.
Man nennt das Effizienz.

b) Was arbeitet man?

Es sind viele Arbeits-Bereiche dazu
gekommen.
Und das durch Computer und Inter-
Net.
Es werden immer mehr.
Und das in der nächsten Zeit.
Denn:
Computer und Inter-Net werden
immer mehr eingesetzt.

4. Forschung

Auch Forscher nutzen das Inter-Net.
Sie können sich dadurch eng
vernetzen.
Und zwar mit anderen Forschern.
Sie können sich so ganz leicht
austauschen.
Sie können sich gegenseitig helfen.
Und sie können gemeinsam schneller
Dinge herausfinden.
Dazu soll auch das Inter-Net selbst
gehören.
Und die Möglichkeiten, die das Inter-
Net bietet.



5. Medizin

Es hilft auch sehr in der Medizin.

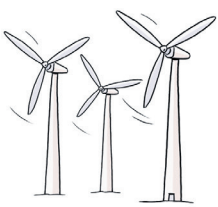


Röntgen-Bilder und Krankheits-Berichte können schnell verschickt werden.

Und:
Ärzte können sich schnell einen Rat einholen.
Und zwar von einem anderen Arzt.

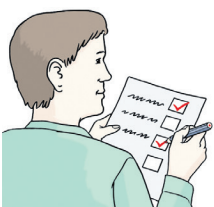
Und auch in anderen Bereichen hilft es sehr.

Zum Beispiel:
Bei der Verteilung vom Strom.
Oder bei der Nutzung von Erneuerbaren Energien.
Das ist zum Beispiel Wind-Kraft.
Die Energien können so gut genutzt werden.
Und sie können gut verteilt werden.



Die Gefahren

Im Computer wurden viele Daten gespeichert.
Aus diesen Daten kann man viel erfahren.
Und zwar:
Welche Gewohnheiten hat der Mensch?
Der Mensch, der das Inter-Net benutzt.
Oder:
Was wird der Mensch vielleicht als nächstes tun?
Denn man kann sehen:
Was hat er vorher schon im Inter-Net gemacht?



Das schreckt viele Menschen ab.
Sie finden:
Meine Daten werden missbraucht.
Sie haben also nur wenig Vertrauen.
Und das in das Inter-Net.

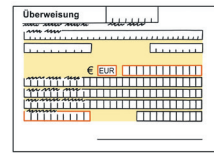


Es ist auch schon oft etwas passiert.
Vor allem dabei:

1. Einkaufen im Inter-Net
Hier muss man oft etwas angeben.
Nämlich

- die Konto-Daten,
- die Adresse
- und das, was man kaufen möchte.

Man zeigt also:
Das mag ich gerne.



2. Online-Banking
Man kann im Inter-Net viele Dinge tun.
Auch Dinge, die man früher nur bei der Bank machen konnte.
Zum Beispiel:
Geld überweisen.

Dabei werden ganz wichtige Daten verschickt.
Daten, die absolut niemand sehen soll.
Nur die Bank und der Kunde.

Manchmal wurden die Daten aber gelesen.
Und das von anderen Menschen.
Sie haben damit dann etwas Verbotenes gemacht:
Sie haben Geld gestohlen.
Und das von dem Konto von dem Kunden.



Deshalb sollte jeder überlegen:
Wie kann man das Inter-Net sicherer machen?
Das kann so funktionieren:
Daten sollen verschlüsselt werden.
Das bedeutet:
Kein anderer kann die Daten lesen.
Und das im Inter-Net.
Nur die Person, die sie auch lesen soll.



Wie will die Regierung das machen?
Die Regierung möchte etwas fördern.
Und zwar das Leben mit Computer und Inter-Net.
Sie hat deshalb einen Plan gemacht.
Er heißt:
Digitale Agenda.

1.
Das Inter-Net soll ausgebaut werden.
Das sorgt dafür:
Jeder Mensch in Deutschland hat ein schnelles Inter-Net.
Jeder kann also die Vorteile nutzen.



Nämlich die Vorteile, die das Inter-Net mit sich bringt.
Auch die Menschen, die auf dem Land leben.



2.
Die Regierung will das Inter-Net mehr nutzen.
So möchte sie den Leuten noch besser zeigen:
Das machen wir.



Und sie will die Arbeit verbessern.
Und das in ihrem Bereich.
Dazu gehört auch:
Die Verwaltung von Deutschland.
Das kann besser funktionieren.
Und zwar, wenn alle Verwaltungsstellen noch besser miteinander verbunden sind.
Und das über das Inter-Net.

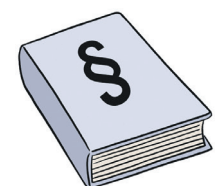


Vieles ist dann leichter.
Und zwar für die Mitarbeiter von der Verwaltung.
Aber auch für die Bürger.
Die Bürger, die sich an die Verwaltung wenden.



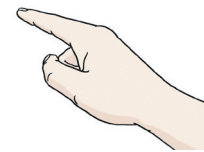
3.
Die Regierung möchte erreichen.
Jeder Mensch soll in der Lage sein.
Und zwar dazu, das Inter-Net zu nutzen.
Auch junge Menschen.

Dabei sollen sie begleitet werden.
Denn sie müssen erst lernen:
Wie geht man mit dem Inter-Net um?



Im Inter-Net gibt es aber auch viele schlechte Inhalte.
Sie können den Kindern schaden.
Die Kinder müssen geschützt werden.
Die Regierung möchte dabei helfen.
Sie will Angebote machen.
Und sie möchte ein Gesetz machen.
Das Gesetz heißt:
Jugend-Medien-Schutz.
Wie kann man die Kinder schützen?

Zum Beispiel durch Programme.
Programme, die nur bestimmte Teile vom Inter-Net freigeben.
Deshalb möchte die Regierung:
Unternehmen sollen solche Programme entwickeln.



Und die jungen Menschen sollen lernen:
Man sollte nur wenige Daten herausgeben.
Und das im Inter-Net.
Denn:
Das kann gefährlich sein.
Die Regierung will daher aufklären.
Und zwar über die Gefahren.



4.
Und die Regierung möchte auch:
Unternehmen sollen für etwas sorgen.
Und zwar für ein sicheres Inter-Net.
Sicher heißt:
Die Daten von den Benutzern sollen geschützt werden.
Es soll ausgeschlossen werden:
Die Daten werden auch zu anderen Zwecken benutzt.
Zwecke, von denen der Benutzer nichts weiß.

Weitere Informationen in leichter Sprache gibt es unter:
www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in leichte Sprache übersetzt von:



Nachrichtenwerk

www.nachrichtenwerk.de

Die Bilder sind von Stefan Albers, Atelier Fleetinsel, 2013
©Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Bremen e.V.
Titel-Bild: Thomas Trutschel/photothek.net

Beilage zur Wochenzeitung
„Das Parlament“ 43/2014